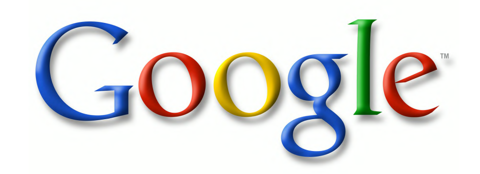




Dr. Otto Hartmann,

Die Volkserhebung der Jahre 1848 und 1849

Mit einem Vorwort von L. Quidde

Berlin
Verlag von Hugo Bermühler


EX LIBRIS
EMIL UHLES

2607

12.–

Die Volkserhebung
der Jahre
1848 und 1849 in Deutschland

von

Dr. Otto Hartmann

Mit einem Vorwort von L. Quidde.

Vom Preisgericht der Deutschen Volkspartei
mit dem ersten Preise gekrönt.

Erstes Tausend.

Berlin
Verlag von Hugo Bermühler
1900

Motto:

O, steht gerüstet! seid bereit! o, schaffet, dass die Erde,
Darin wir liegen strack und starr, ganz eine freie werde!
Dass fürder der Gedanke nicht uns stören kann im Schlafen:
Sie waren frei: doch wieder jetzt — und ewig! — sind sie Sklaven!

Freiligrath
(Die Toten an die Lebenden.)

Inhalts-Uebersicht.

Die Revolution in Berlin.
S. 44—70.

Das Vorparlament, die Erhebungen in Baden und Posen und der Krieg in Schleswig-Holstein.
S. 71—96.

Die Zustände in Berlin und Wien im April und Mai.

S. 97—113.

Das Frankfurter Parlament bis zum Siege der Reaktion in Oesterreich und Preußen.

S. 114—152.

Die Eroberung Wiens und der Staatsstreich in Preußen.
S. 153—197.

Die deutsche Reichsverfassung.
S. 198—214.

Die Erhebungen für die Reichsverfassung in Sachsen und in der Pfalz und die badische Republik.
S. 215—238.

Die Auflösung des Rumpfparlaments und der Sieg der Reaktion.

S. 239—246.

Vorwort.

Auf ihrem Ulmer Parteitag im Oktober 1896 hat die Deutsche Volkspartei auf Antrag des Unterzeichneten ihrem Engeren Ausschuß verschiedene Anregungen zu litterarischen Unternehmungen überwiesen, unter denen sich auch der Vorschlag befand, zur Halbjahrhundertfeier des Jahres 1848 ein Preisausschreiben für Schriften über die Volkserhebung von 1848 und die damit zusammenhängenden Kämpfe zu veranstalten.

Im Herbst 1897 ist dann das Preisausschreiben ergangen für eine „geschichtliche Darstellung der Volkserhebung von 1848 und der damit zusammenhängenden Kämpfe durch ganz Deutschland". Die Schrift sollte „etwa 10 Druckbogen umfassen", „der Inhalt geschichtlich zuverlässig, die Darstellung klar" sein. Es wurden zwei Preise ausgesetzt, ein erster von 1000, ein zweiter von 500 Mk. Zu Preisrichtern wurden außer dem Vorsitzenden des Engeren Ausschusses (damals Herrn Rechtsanwalt K. Schickler in Stuttgart), die Herren Redakteur Otto Hörth in Frankfurt a. M., Dr. Ernst Ziel in Cannstatt und der Unterzeichnete bestimmt.

Das Ergebnis dieses Preisausschreibens ist die vorliegende Schrift, der wir den 1. Preis zuerkannt haben, während der 2. Preis einer ohne unsere Verantwortung inzwischen bei Friedrich in Leipzig erschienenen Arbeit zufiel, deren Verfasser sich des Pseudonyms „Hans Radandt" bedient.

Der Termin für Einsendung der Bewerbungsschriften hatte leider sehr knapp bemessen werden müssen, so daß vor der vollen Zuerkennung des 1. Preises eine Revision des Manuskriptes durch den Herrn Verfasser erfolgte. Diese Ueberarbeitung hat, wie man sieht, eine ziemlich starke Ueberschreitung des ursprünglich in Aussicht genommenen Umfanges zur Folge gehabt, aber, wie wir mit Sicherheit sagen können: zum Vorteil der Sache und des Lesers.

* * *

Unser *Preisausschreiben* hatte, wenn ich recht sehe, *zwei Hauptmotive*; denn die „Deutsche Volkspartei" hat zweifache Veranlassung, die Erinnerung an die Bewegung von 1848 durch eine geschichtliche Darstellung zu pflegen.

Bei dem Thema der vorliegenden Schrift gedenkt die Partei zunächst der Wiege *ihres eigenen Daseins*. Als organisierte Partei ist die deutsche Demokratie im Jahre 1848 geboren; damals haben ihre Ideen zum erstenmale einen machtvollen Ausdruck gefunden und sind in Kundgebungen, die noch heute programmatische Bedeutung haben, niedergelegt; ihre Anhänger haben damals die Feuerprobe bestanden. So viel auch die wechselnden Bedürfnisse der Zeit im einzelnen hinzu- und hinweggethan, am Inhalt, an der Form und an der Farbe unseres Parteiprogramms geändert haben, die *Grundlinien* sind dieselben wie damals, da die Grundanschauungen der Demokratie, wie die jeder anderen großen Richtung im Kulturleben, ewig und unveränderlich sind. Aber auch in den *Einzelheiten* ist vieles aus der damaligen Bewegung für uns noch heute unmittelbar lehrreich und vorbildlich. Manche damals gestellte Forderungen berühren uns, als seien sie gestern im Hinblick auf die Verhältnisse des neuen Deutschen Reiches formuliert worden. Die Demokratie hat sich mit offener Empfänglichkeit für alle neuen Elemente der Entwickelung immer aufs neue verjüngt und soll sich immer wieder verjüngen, sie soll zu jeder Zeit eine wahrhaft moderne Partei sein, aber sie soll auch niemals die historischen Grundlagen ihrer heutigen Eigenart vergessen; sie muß ihre Vergangenheit kennen und hat oft genug an 1848 anzuknüpfen. Wir wollen uns, wenn wir nur wahrhaft jung und modern sind, ruhig wegen unserer Pietät für 1848 verspätete oder versteinerte „Achtundvierziger" schelten lassen. In unseren Augen ist es ein Ehrentitel.

Wichtiger aber als Motiv des Preisausschreibens ist zweitens ein anderer, *allgemeiner Gesichtspunkt*.

Jede geschichtliche Entwickelung wird hauptsächlich durch zwei Klassen von Faktoren bestimmt: durch den Einfluß dessen, was in den großen *Massen* sich vollzieht, durch das *Zuständliche* der ganzen Daseinsbedingungen auf der einen, durch den Einfluß einzelner *Persönlichkeiten* und durch *Thaten* dieser Individuen auf der anderen Seite. Wie der Einfluß dieser beiden Hauptfaktoren bemessen werden muß, das ist im allgemeinen und in Anwendung auf Einzelfälle Gegenstand erbitterter wissenschaftlicher Polemiken gewesen.

Mag man noch so sehr sonst über diese Dinge streiten, so kann doch *darüber kein Zweifel* sein, daß es heute dringend not thut, den Anteil des *Volkes* an der Gestaltung unserer öffentlichen Zustände

und insbesondere die Bedeutung des Jahres 1848 für unsere nationale Entwicklung kräftig zu betonen. Man muß versuchen, sie dem großen Publikum vor Augen zu führen; denn seit dem Jahre 1870 ist es üblich bei uns geworden (nicht so sehr in der wissenschaftlichen Forschung, die zum großen Teil andere Wege geht, aber in der populären Darstellung), ganz einseitig, ja fast ausschließlich den Einfluß einzelner hervorragender Persönlichkeiten in den Vordergrund zu stellen. Insbesondere die Einigung des deutschen Volkes (soweit sie erreicht ist) soll im wesentlichen das Werk eines einzelnen Mannes sein. Heinrich v. Sybel, der nach Ranke's Hinscheiden wohl der berühmteste deutsche Historiker war, hat sich nicht gescheut, ein Werk zu schreiben unter dem Titel: „Die Begründung des deutschen Reiches durch Wilhelm I." Wenn auch der Inhalt zu diesem Titel nicht stimmt und Sybel uns mehr eine Begründung des deutschen Reiches durch Otto v. Bismarck erzählt, und wenn noch heute in manchmal sehr ergötzlichen und manchmal recht widerwärtigen Episoden der Streit darüber sich fortsetzt, ob eigentlich Wilhelm „der Große" mit seinen „Handlangern" oder ob der „größte deutsche Mann„ trotz Wilhelm dem Nicht-Großen das deutsche Reich geschaffen hat, so sind doch die Streitenden meist darin einig, auf den persönlichen Einfluß der Männer, die an der Spitze des Staatswesens gestanden haben, nahezu alles Gewicht zu legen.

Neben der einen führenden Persönlichkeit kommen in zweiter Linie, noch gewisse Mitarbeiter, eben die „Handlanger", von denen der Enkel des ersten Kaisers gesprochen, in Betracht, und weiter gewisse, staatlich organisierte Machtfaktoren, vor allem die Armee mit dem preußischen Offizierkorps an der Spitze. Mit dem „Heroen"-Kultus verbindet sich Verherrlichung des Krieges und die Bewunderung militärischer Erfolge, wobei die Armee ganz vorwiegend nur betrachtet wird als die Waffe in der Hand der die Kriegsgeschicke bestimmenden Führer. Wohl bezeugt man gelegentlich der Volkskraft und den Kulturelementen, die bei Erringung der kriegerischen Siege mitgewirkt haben, der „unverdorbenen Kraft der deutschen Bauern", den Knochen des „pommerschen Grenadiers", den „bajuwarischen Fäusten" und wenn es ganz hoch kommt, auch dem „Schulmeister von Sadowa" seinen Respekt; aber das, was im Volke und vom Volke, durch die Kraft und die Anteilnahme der Massen oder durch die geistige Arbeit der geistig regsamen Klassen, für die Weiterbildung unseres politischen Lebens, für die Ueberwindung der Bundestagsmisère und für den Sturz des alten Metternich'schen Systems geschehen ist, das wird doch alles eigentlich als ein nicht recht ernsthaft mitzählender Faktor behandelt. Manchmal hat man dafür noch eine mitleidig wohlwollende Anerkennung, daß es ja ganz gut gemeint gewesen sei und auch ein wenig mitgeholfen

habe; überwiegend aber äußert sich die Berücksichtigung der im Volke thätigen Kräfte nur in billigen und einfältigen Spötteleien über die „Zeit der Turner-, Sänger- und Schützenfeste" oder in einem wohlweisen Achselzucken über „die unklare, unpraktische Schwärmerei deutscher Idealisten."

Wohl wird man aus Werken und Schriften dieser Richtung immer einzelne Stellen anführen können, die der Bedeutung der Volksbewegung gerecht zu werden scheinen (man findet in der vorliegenden Schrift z. B. solche Stellen von Sybel, Flathe u. s. w. citiert), aber der Eindruck im ganzen bleibt doch, wie ich ihn zu charakterisieren versucht habe; und mehr noch als Schriftsteller, die für ihre litterarischen Leistungen persönliche Verantwortung übernehmen, die Ruf und Namen einzusetzen haben, arbeiten in dieser Richtung die Tagespresse und eine große Broschürenlitteratur, sowie alle die Institute und Veranstaltungen, die unter dem Einfluß der Regierungskreise stehen, als wichtigste von ihnen — die Schule.

Alle die Mittel, die dazu dienen, um die Gegenwart dem herrschenden Militarismus und den Ansprüchen einer angeblich von Gott eingesetzten Autorität zu unterwerfen, werden auch benützt, um von der Vergangenheit eine Auffassung zu verbreiten, die der herrschenden Politik zur Stütze dienen soll. Um nur noch eines hervorzuheben: in hunderten und tausenden von kleinen und großen Versammlungen, fast bei allen festlichen Gelegenheiten, vor den mit Maßkrügen bedeckten Tischen so gut wie auf der Kanzel, in Ansprachen allerlei Art, von alkohol-begeisterten Toasten bis zu Grabreden, wird es den Leuten als etwas Selbstverständliches vorgehalten, wie herrlich weit wir es gebracht haben und wie alles das nur den großen Männern, „Kaiser Wilhelm und seinen Palladinen", unserer Armee, ihrer vollendeten Organisation und der überlegenen Real-Politik von Blut und Eisen zu danken sei.

Im Gegensatz zu dieser Entstellung der Wahrheit, die eine Fälschung der Geschichte und zugleich der öffentlichen Meinung bedeutet, haben wir den dringendsten Anlaß und zugleich die dringendste Verpflichtung den anderen Faktor geschichtlicher Entwicklung beim Publikum zur Geltung zu bringen: den Einfluß des Volkes neben dem der Regierungen, — den der Massen neben dem der einzelnen Individuen, — den der politischen und wirtschaftlichen Bedürfnisse, die sich aus den allgemeinen Zuständen ergeben, neben dem der politischen Pläne und wirtschaftlichen Maßregeln, die den Stempel einer einzelnen Persönlichkeit tragen, — den der im Volke lebenden und in den gesamten Kulturzuständen begründeten Ideen neben dem der noch so klugen oder genialen Einfälle irgend eines leitenden Mannes.

Daß die größten und die einfachsten, die einleuchtendsten und fruchtbarsten Gedanken von Einzelnen oft Jahrhunderte hindurch völlig er-

folglos vertreten werden, bis die allgemeinen Zustände die Vorbedingungen des Erfolges gewähren, daß dann sehr oft eine Persönlichkeit, die, verglichen mit früheren erfolglosen Kämpfern, nur ein schwächlicher Epigone ist, die reife Frucht pflückt, daß der Einzelne, und sei es auch der Mächtigste, mit dauerndem Erfolge nur seine Aufgabe lösen kann, deren „Zeit erfüllet" ist, und daß sehr oft, gerade im politischen Leben, die erfolgreichsten Staatsmänner die Vollstrecker eines übermächtigen Volkswillens sind, dessen Entwicklung sie selbst früher auf das schärfste bekämpft haben, — das sind so simple Wahrheiten, daß man sich fast scheut, diese Gemeinplätze auszusprechen. Und doch ist es gegenüber der herrschenden und mit allen Mitteln des Staates geförderten Richtung notwendig, sie zu betonen.

Vielen Tausenden deutscher Bürger ist wohl kaum je der Gedanke gekommen, daß die Zustände, in denen wir leben, mit ihren guten und schlechten Seiten, in allen wesentlichen Beziehungen das notwendige Produkt der Volksentwicklung sind und nicht das Ergebnis willkürlicher Gesetzesmacherei, nicht die Wirkung einer Verfassung, die ein Einzelner nach seinem freien Willen hätte geben oder verweigern, vielleicht so wie sie ist oder auch anders hätte machen können.

Noch weniger wird es Millionen deutscher Bürger gegenwärtig sein, daß im besonderen die Einigung des Reiches und, was wir im neuen Deutschen Reiche von freiheitlichen Einrichtungen haben, zum größten Teile zurückgeht auf die Errungenschaften einer Volksbewegung, einer Revolution. Fast vergessen ist es, daß die wichtigste Grundlage für den gesetzlichen Einfluß des Volkes auf seine Geschicke, unser Wahlrecht, geradezu bewußt und ausdrücklich herübergenommen ist aus der Verfassung von 1849. Fast niemand denkt daran, daß die Befreiung des wirtschaftlichen Lebens, der Anteil des Volkes an der Rechtspflege ebenso zu einem erheblichen Teile durch die Bewegung von 1848 gewonnen sind.

Das näher auszuführen, kann nicht meine Aufgabe sein. Der Leser möge sich auf den nachfolgenden Seiten darüber unterrichten. Aber gestattet ist es vielleicht, noch darauf hinzuweisen, in welchem Zusammenhang der über die Jahrhunderte hinwegreichenden historischen Entwicklung die Bewegung von 1848 einzureihen ist, und welche Bedeutung sie in diesem Zusammenhang beanspruchen darf.

* *

*

Die Revolution von 1848 war eine Einheits- und Freiheitsbewegung. Wir haben, als wir kurz vor den letzten Reichstagswahlen in Frankfurt die Erinnerungsfeier veranstalteten*), der Bewegung nach beiden Seiten hin gleichmäßig gerecht zu werden gesucht, — und neben diesen beiden Idealen der Einheit und Freiheit damals das der Gleichheit, der sozialen Gerechtigkeit gefeiert. Wie die Demokratie von 1848 darnach strebte, auch eine soziale Reformpartei zu sein, habe ich damals zu zeigen versucht.

Doch nicht von diesem Zusammenhang der Entwicklung sozialer Ideen und auch nicht von dem Zusammenhang der Einheits-Bestrebungen soll hier ausführlicher die Rede sein. Es muß genügen, darauf hinzuweisen, wie die Grundlinien für das Programm der Sozialreform, wenn auch unbestimmt und schwankend, damals schon gezogen sind, so daß die Stellung zur sozialen Frage und zur Arbeiterschaft eines der unterscheidenden Kennzeichen der Demokratie von 1848 gegenüber dem Liberalismus bildete. Es leuchtet auch ohne weiteres ein, daß für eine Einigung des Deutschen Volkes im Rahmen eines modernen Staatswesens das Jahr 1848 die Wege gewiesen hat.

Einer näheren Betrachtung möchte ich hier nur die Frage unterziehen, welche Bedeutung der Bewegung von 1848 als eine Freiheits-Bewegung im Zusammenhange unserer nationalen Entwicklung zukommt.

Die Germanen treten in den Kreis der alten Kulturwelt ein mit einer durchaus demokratischen Staats-, Heeres-, Gerichts- und Wirtschaftsverfassung. Der Einzelne nimmt unmittelbaren Anteil an der Entscheidung über die wichtigsten öffentlichen Angelegenheiten, über Krieg und Frieden. Der Einzelne steht im Heere als gleichberechtigter neben jedem Volksgenossen unter selbstgewählten Führern. Der Einzelne wirkt unmittelbar mit an der Rechtssprechung, ja an der Rechtsgestaltung. Der Einzelne schafft zusammen mit freien Markgenossen die wirtschaftlichen Ordnungen, deren Vorschriften dann freilich für die Willkür persönlicher Wirtschaftsführung keinen großen Spielraum lassen.

Die Anteilnahme des Einzelnen an den Staatsgeschäften, die politische Freiheit, die Souveränität der Volksversammlung geht schon in der Völkerwanderung und im Frankenreiche verloren. Von anderen Ursachen abgesehen, werden die staatlichen Verhältnisse zu groß, um den unmittelbaren Einfluß des Einzelnen auf die politischen Entscheidungen, auf die Weiterbildung des öffentlichen Rechts (von eigentlicher Gesetzgebung kann man zunächst kaum sprechen) zu gestatten, und Formen, die

*) Vgl. „Die Frankfurter Märzfeier". Bericht des Festausschusses. Frankfurt, Verlag von Gebr. Fey. 1898.



eine indirekte Einflußnahme, wie im heutigen Parlamentarismus, ermöglichen, sind noch nicht gefunden. An die Stelle des alten Gau- oder Völkerschaftsstaates treten die Stämme als staatliche Einheiten und schließlich das Reich, in dem der einzelne Gemeinfreie politisch überhaupt nicht mitzureden imstande ist. Schon zur Zeit der Merovinger und nun gar der Karolinger ist die alte Volksversammlung, das Maifeld, zur bloßen Form geworden, und was in späteren Zeiten noch von Zustimmung des Volkes zu entscheidenden Beschlüssen, zu Wahlen oder dergleichen Akten erzählt wird, hat rein dekorative Bedeutung. An die Stelle des alten staatsbürgerlichen Verhältnisses und des später daraus sich entwickelnden Unterthanenverbandes tritt im Lehensstaat die Vasallität, ergänzt durch eine Mannigfaltigkeit von Abhängigkeitsverhältnissen anderer Art. Die Einzelnen haben keine direkte Beziehung mehr zum Staat. Die feudalen Mächte, weltliche und geistliche, haben sich dazwischen eingeschoben.

Wohl erhält sich in einzelnen Gebieten und von Bedeutung für die Ordnung der Landes-Angelegenheiten die alte Volksfreiheit noch jahrhundertelang, doch im 13. Jahrhundert gehen so ziemlich ihre letzten Reste zu Grunde.

Wohl entsteht eine neue bürgerliche Freiheit in den Städten, die wieder die unmittelbare Beteiligung des Einzelnen, wenn auch nicht an den großen Geschicken der Nation, doch an der politischen Verwaltung im kleinerem Kreise gestattet und durch die politische Bedeutung der in ihren Bünden vereinigten Städte auch auf die wichtigsten Reichsangelegenheiten Einfluß nimmt. Aber nach glänzenden, hoffnungsreichen Anfängen (um die Mitte des 13. und dann gegen Ende des 14. Jahrhunderts) wird die politische Macht des neuen reichsständischen Bürgertums, das zweimal auf dem Wege schien, die Zügel des Reichs in seine Hände zu nehmen, gebrochen. Es bleibt nur eine auf den engeren Kreis der inneren städtischen Angelegenheiten sich beschränkende Selbstverwaltung, die auch von lebendiger Anteilnahme breiter bürgerlicher Massen sich sehr weit entfernt und in eine beschränkte Herrschaft zopfigen Patriziertums ausartet.

Wohl entwickeln sich in fürstlichen Territorien die „Stände“, die einen Anteil an der Verwaltung nehmen. In diesen Landständen sind die Bürger der Städte, hie und da auch Bauernschaften, vertreten, aber fast überall überwiegt doch der Einfluß des landsässigen Adels, der damals noch wirklich den wirtschaftlich mächtigen ländlichen Grundbesitz repräsentirt, und daneben der Einfluß des Klerus. Die Landstände spielen in manchen deutschen Territorien eine sehr große Rolle. Vom 14. bis 16. Jahrhundert gelingt es ihnen vielfach mit Benutzung ihres Steuerbe-

willigungsrechtes die Landesherren geradezu in Abhängigkeit von sich zu bringen oder einen großen Teil der Verwaltung selbständig in die Hand zu nehmen, aber von einem wirklichen Einfluß breiter Volksschichten auf die politischen Dinge und auf die Verwaltung ist auch bei diesen Ständen nicht die Rede, und im 17. und 18. Jahrhundert erhebt sich fast überall im Kampfe gegen die „ständischen Freiheiten“ die Macht der Landesherren, der fürstliche Absolutismus, zugleich der Beamtenstaat.

Es wird fast nur noch von oben her regiert, von oben her verwaltet. Die kümmerlichen Reste der Selbstverwaltung sind für das Gesamtbild der deutschen politischen Zustände fast ohne Bedeutung, ohne selbständige Kraft, ohne eigenes Leben und ohne einen frischen Zug, der die größeren Massen der Bevölkerung auch nur zu innerer Anteilnahme an den Fragen der Staatsverwaltung veranlassen könnte.

So ist die politische Entwickelung des deutschen Volkes bis gegen Ende des 18. Jahrhunderts eine Entwickelung von Freiheit zur Unfreiheit, von der Demokratie zum fürstlichen Despotismus, von freier Selbstverwaltung zum Polizei- und Beamtenstaat.

Wie in der Staatsverfassung und in der Verwaltung im allgemeinen, hat sich diese Entwickelung auch auf den besonderen Gebieten vollzogen, die oben schon berührt wurden.

Die alte deutsche Heeresverfassung sehen wir in den Edikten Karls des Großen schon ihren Todeskampf kämpfen. An die Stelle des Volksheeres tritt das Lehensheer, wie der Feudalstaat sich an Stelle des auf demokratischer Grundlage beruhenden Gemeinwesens entwickelt. Im 13. Jahrhundert beginnt das Lehensheer langsam militärisch leistungsunfähig zu werden, aber an seine Stelle tritt im Laufe der nächsten zwei Jahrhunderte nicht eine neue Organisation der Volkswehrkraft, sondern das Söldnerheer. In diesen Söldnerheeren steckt im 16. Jahrhundert noch ein volkstümliches Element und eine gewisse Selbstständigkeit gegenüber den territorialen Gewalten, aber seit der Zeit des 30jährigen Krieges gerät das stehende Heer völlig in die Hand des fürstlichen Absolutismus und wird in sozialer Angliederung an den landsässigen Adel eine Pflegstätte für Klassen- und Kastengeist.

Aehnlich ist die Entwickelung auch in der Rechtspflege. Allerdings hält sich hier die lebendige Teilnahme des Einzelnen am öffentlichen Leben weit länger als bei der Entscheidung über politische Fragen, als in der Verwaltung und als im Heer. Noch im 13. Jahrhundert finden überall Laien — die Schöffen — das Recht. Die Bauern geben sich ihre „Weistümer“, die Bürger bilden ihre Stadtrechte aus und im Hofgericht sind nicht Beamte, sondern Laien aus dem Herren- oder Fürstenstand die Beisitzer. Der Sachsenspiegel gibt uns am Ende des ersten Drittel des

13. Jahrhunderts ein Bild volkstümlichen Rechts und volkstümlicher Gerichtsverfassung. Aber schon hat sie mit den Einflüssen zu kämpfen, die ihren Untergang herbeiführen sollten. Das deutsche Recht ist im Verfall begriffen, und gegenüber seiner Unfähigkeit den neuen Verhältnissen, auch dem Aufkommen der Geldwirtschaft zu folgen, gegenüber besonders auch seiner Zersplitterung und seiner Unsicherheit macht sich das Bedürfnis nach einem einheitlichen, klar umgrenzten und sicher zu handhabenden Rechte geltend. Das römische Recht dringt im 15. Jahrhundert durch, mit ihm das schriftliche Verfahren, der Inquisitionsprozeß, der Berufsjurist, der Berufsrichter, — der Beamte. Diese Entwickelung verbindet sich mit der anderen, die wir in der Verwaltung beobachtet haben, und so gerät auch die Rechtspflege mit der Verwaltung und dem Heerwesen in die Hände der Staatsgewalten und des Beamtenstaates. Das 17. und 18 Jahrhundert bietet uns das Bild einer dem Volksleben völlig entfremdeten Rechtsprechung, gehandhabt von durchaus formalistisch gebildeten nnd formalistisch gesinnten Juristen. Nur ganz bescheidene, dürftige Reste vom alten Anteil des Volkes an der Rechtspflege haben sich erhalten. Gewisse Ueberbleibsel von Laienjustiz, wie in Patrimonialgerichtsbarkeit des Gutsherrn, sind aber von Volks-Rechtspflege ebenso weit wie die Beamtenjustiz des Staates entfernt.

Im wirtschaftlichen Leben dieselbe Entwickelung von Freiheit zur Unfreiheit. Die alte Wirtschaftsordnung vermag sich bei den erobernd vorgehenden Germanen gegenüber römischen Kultureinflüssen nicht zu halten und geht später auch auf altdeutschem Boden zu Grunde. Ein Großgrundbesitz kommt auf. Die Stände, die die politische Macht an sich reißen, die Organe des Feudalstaates und die Kirche werden auch wirtschaftlich übermächtig. Da die staatliche Macht dem Einzelnen, zu dem sie kein unmittelbares Verhältnis mehr hat, nicht unmittelbaren Schutz gewähren kann, so begibt sich der einzelne Gemeinfreie in den politischen und wirtschaftlichen Schutz eines Mächtigen, — der natürlich entsprechende Gegenleistung fordert. Das Schutzverhältnis wird zur Abhängigkeit, die politische Unselbständigkeit, die wirtschaftliche Verpflichtung zur politischen, und wirtschaftlichen Unfreiheit, oft zur Hörigkeit. Nicht überall in Deutschland nimmt diese Entwickelung ganz denselben Verlauf. Im Osten auf kolonisiertem Boden ist sie viel weiter fortgeschritten als im Westen des Reiches, aber die Bauernkriege erzählen uns von der Bedrückung, die auch dort zu Anfang des 16. Jahrhunderts herrschte. Es wurde nicht besser, sondern schlimmer, und im großen und ganzen stand die Masse der Landbevölkerung am Ende des 18. Jahrhunderts unter dem Druck wirtschaftlicher Lasten, Abgaben, Zehenten, Frohnden, die von wirtschaftlicher Freiheit selbst

da kaum zu sprechen erlauben, wo die persönliche Freiheit sich erhalten hatte.

In den Städten aber, wo ein freieres wirtschaftliches Leben sich mit der neuen bürgerlichen Freiheit, von der wir gesprochen haben, entfaltet hatte, war die Organisation des Handwerks mit ihrem Zunftzwang und allem was dazu gehörte zu einer wahren wirtschaftlichen Unfreiheit verknöchert. Handel und Verkehr, die sich am Ausgang des Mittelalters und zu Beginn der Neuzeit in mächtigem Aufschwung frei entwickelt hatten, waren mit der Konsolidirung des Polizei- und Beamtenstaates unter eine Reglementierungssucht geraten, die fast jede freie Bewegung hinderte.

So bezeichnet denn die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts, dieselbe Zeit, die die Blüte unserer klassischen Litteratur, das Entstehen einer neuen nationalen Bildung sah, wenn wir sie unter dem Gesichtspunkt der Teilnahme des Volkes an öffentlichen Angelegenheiten betrachten, den Tiefstand deutschen Volkslebens. Die Entwickelung von Freiheit zur Unfreiheit, von der mitwirkenden Teilnahme des Einzelnen an den Staatsaufgaben zur willenlosen Unterwerfung der Massen unter die Staatsallmacht ist auf ihrem Höhepunkt angelangt.

Erst seit den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts beginnt die Gegenbewegung, die uns von der Unfreiheit und absoluten Gebundenheit wieder zur Freiheit und zur Anteilnahme des Volks an allen öffentlichen Angelegenheiten führen muß.

Den mächtigsten Anstoß erhält diese Bewegung durch die französische Revolution. Das alte Europa bricht zusammen und der absolute Staat ist genötigt, die Elemente einer neuen Entwicklung in sich aufzunehmen. Das Bürgertum erhält wieder Anteil an der Verwaltung. Aus dem Jahre 1808 stammt die preußische Städteordnung; Verfassungen werden versprochen. Das Heerwesen wird durch die Scharnhorst'sche Organisation auf eine volkstümliche Grundlage gestellt, und wenn auch noch genug Reste von dem alten Standeswesen übrig bleiben, das neue Volksheer schlägt die Schlachten der Freiheitskriege. In der Rechtspflege, die am spätesten ihres volkstümlichen Charakters entkleidet ist, macht sich der Umschwung zunächst noch am wenigsten geltend; doch beginnen französische Einflüsse den Rhein entlang auf das bürgerliche Recht und auch auf den Strafprozeß einzuwirken. Auch wirtschaftlich muß man, wie politisch, an das Werk der Befreiung gehen, um die Volkskräfte für das verjüngte Staatswesen gewinnen zu können. Die Bauernbefreiung, wenn auch unvollkommen durchgeführt, giebt wirtschaftspolitisch dem Anbruch einer neuen Entwickelung die

Signatur, und auch das wirtschaftliche Leben in den Städten beginnt man von den alten Fesseln zu befreien.

Diese Entwickelung von der Unfreiheit zur Freiheit, oder wir dürfen wohl sagen, die Re-Demokratisierung unseres öffentlichen Lebens, hat seitdem unaufhaltsam Fortschritte gemacht; und wenn wir die Entwickelung dieser neuen zweiten großen Periode deutscher Verfassungsgeschichte vergleichen mit der ersten, die sich in der Entwickelung von der Freiheit zur Unfreiheit über mehr als ein Jahrtausend erstreckt, so dürfen wir wohl staunen darüber, wie rasch sich jetzt doch die wichtigsten Umwälzungen vollziehen, so langsam uns ungeduldigen Mitlebenden auch der Fortschritt erscheinen mag, so bitter wir die Rückschläge empfinden, und so sehr wir unter dem Einfluß von reaktionären Tageserscheinungen den großen Zug der Entwickelung zu verkennen geneigt sein mögen.

In dieser zweiten, aufsteigenden Entwicklungslinie unseres öffentlichen Lebens giebt es aber keinen anderen Einschnitt, der eine so entschiedene Wendung nach oben bedeutete, wie das Jahr 1848.

Das Jahr 1848 hat darüber entschieden, daß ohne Anteilnahme des Volkes das Reich nicht geeinigt, das geeinigte Reich nicht regiert werden kann. Verfassung, deutsches Parlament und allgemeines Wahlrecht sind die Errungenschaften des Jahres, wenn sie auch vorübergehend wieder beseitigt wurden. Die Anteilnahme des Volkes an der Rechtspflege im neuen Volksgericht, dem Schwurgericht, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens sind im Jahr 1848 gewonnen, und das Werk wirtschaftlicher Befreiung ist unter den Stürmen der Revolution für Stadt und Land erst durchgeführt worden. Für die Demokratisirung des Heeres freilich, die auch zum Programm des Jahres gehörte, sind nachhaltige Wirkungen noch nicht erreicht worden.

Für Verfassung und Verwaltung, Recht und Wirtschaft bedeutet die Volkserhebung von 1848 also den größten Schritt vorwärts, den das deutsche Volk bisher aus eigener Kraft überhaupt gethan hat, und sie wird, so glauben wir, diese Bedeutung behalten, wenn man einstmals nach Jahrhunderten, von einem weiter entfernten Standpunkt aus, die heutige Entwicklung von der Unfreiheit zur Freiheit in der Weise überblicken wird, wie wir oben versucht haben, einen Ueberblick über die Entwicklung des vorangehenden Jahrtausends von der Freiheit zur Unfreiheit zu gewinnen.

* * *

In dieser Erhebung von 1848 tritt zugleich so eindrucksvoll, wie in keinem anderen Ereignis der deutschen Geschichte, die Bedeutung

der Massen hervor, zugleich die Kraft, die einer Volksbewegung innewohnt, wenn ihre Zeit, wie wir vorher sagten, erfüllet ist, und das Recht des Volkes, wenn alle anderen Mittel versagen, sich selbst Recht und Freiheit zu erobern.

Das Recht der Revolution, wir wollen es anerkannt haben, indem wir der Ereignisse von 1848 gedenken und sie den Mitlebenden vorführen. Dieses Recht der Revolution ist, wie das Recht des Krieges, nur das äußerste Mittel gegen gewaltthätige Unterdrückung, und wer ohne diese Rechtfertigung die Schrecken eines Bürgerkrieges leichtfertig herbeizuführen sich vermißt, handelt ebenso frevelhaft und verbrecherisch wie der Staatsmann oder der Herrscher, der ohne die dringendste Not, die die Selbsterhaltungspflicht einem Staate oder einem Volke auferlegt, einen Krieg entfesselt. Dieses Recht der Revolution kann, so sollte man meinen, niemand bestreiten, der nur ein wenig ernsthaft über ethische Fragen, über das öffentliche Leben und über die geschichtliche Entwicklung nachgedacht hat. Heute aber sind wir glücklich soweit gekommen, daß „freigesinnte" Männer sich gegen den „Verdacht" wehren, die Revolution von 1848 „verherrlichen" zu wollen, soweit, daß man dem Andenken der gefallenen Vorkämpfer von damals die bescheidenste Ehrung versagt.

Ein früherer englischer Ministerpräsident Lord Rosebery, der zugleich persönlich ein naher Freund der Königlichen Familie ist, hat in diesen Tagen bei einer Feier zum Gedächtnis Cromwells geäußert: „Glücklich ist die Dynastie, die, ohne Kränkung oder Furcht zu empfinden, das Andenken eines Königsmörders in ihrer Hauptstadt ehren lassen kann. Glücklich der Herrscher und glücklich das Herrscherhaus, die in sicherem Vertrauen auf ihre verfassungsmäßig garantierte Stellung und auf die Liebe ihrer Unterthanen solch' eine Feier, wie diese, gestatten können ohne einen Schatten von Beunruhigung oder Mißtrauen." — Der frühere Minister des Innern aber, Mr. Asquith, setzte hinzu: es könne für die englischen Gesetzgeber keine heilsamere Mahnung geben, als das nahe den Thoren des Parlaments errichtete Standbild jenes Mannes, der bald den Souverain köpfen ließ, bald das Unterhaus aufhob, bald das Oberhaus reformierte.

Wie kleinlich und beschränkt nimmt sich, an dieser englischen Auffassung gemessen, deutsche Regierungsweisheit aus, die den Märzgefallenen Portal und Gitter weigert.

Wir verherrlichen nicht die Revolution an sich; wir verdammen als ein ruchloses Verbrechen jeden Versuch, mit Gewalt durchzusetzen, was auf gesetzlichem Wege zu erreichen nur die mindeste Möglichkeit besteht; aber wir erkennen an, daß wenn Unterdrückung und Gewalt von oben die freie gesetzliche Entwickelung hindern, dem Volk nichts anderes übrig

bleiben kann, um das Notdürftigste für seine nationale Existenz zu erreichen, als gegen die Gewalt Gewalt zu setzen; und wir verherrlichen diese Revolution, die Revolution von 1848; denn wenn es je eine gab, die das sittliche, politische und geschichtliche Recht auf ihrer Seite hatte, so war es diese Erhebung, legitimirt durch feigen Wortbruch der Machthaber und jahrzehntelange niederträchtige Verfolgungen, — so war es diese Erhebung, die in den großen Idealen — Einheit und Freiheit — das ganze Volk einig sah und von der Alle heute rückblickend gestehen müssen, daß sie eine historische Notwendigkeit war, um für die neue Entwickelung deutschen Wesens, die am Ende des vorangegangenen Jahrhunderts eingesetzt hatte, die Hindernisse, die sich mit Gewalt behaupten wollten, aus dem Wege zu räumen.

Indem wir dieses Buch in die Welt gehen lassen, wollen wir das Verständnis der Revolution von 1848 ins Volk hinaustragen, und das Verständnis bedeutet in diesem Falle für jeden Leser, der mit dem Volke fühlt, Sympathie, bedeutet Anerkennung des Rechtes dieser Revolution, bedeutet auch Verherrlichung, denn diese Revolution war legitim, — legitimer als so mancher Herrscher „von Gottes Gnaden“.

München, den 23. November 1899.

L. Quidde.

Einleitung.

Im Jahre 1813 hatten die deutschen Fürsten, in erster Linie der König von Preußen, dem deutschen Volke Freiheit und Selbstständigkeit versprochen. Im Vertrauen darauf hatte es sich erhoben und, freilich „mit Baschkiren im Bund", wie später Platen mit beißendem Hohne sang, in den sogenannten Freiheitskriegen Europa von seinem Unterdrücker befreit.

Aber Versprechen und Halten sind bei Fürsten oftmals zweierlei gewesen. Auf dem Wiener Kongreß war die Blüte der hochwohlweisen europäischen Diplomatie versammelt und die gläubigen Völker schienen zu der Hoffnung berechtigt, daß diese Quintessenz der Staatsweisheit ein wahres Meisterwerk liefern werde. Statt dessen wurden fast überall Zustände geschaffen, die sich schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit als nicht lebensfähig erwiesen. Deutschland und Italien vor allem wurden nach einem beliebten Ausdrucke Metternichs bloß als geographische Begriffe behandelt. Von einer wirklichen Wiederherstellung der deutschen Einheit, von der nicht bloß ideale Patrioten, sondern auch praktisch erprobte Staatsmänner träumten, war keine Rede. Man flickte vielmehr Deutschland zu einem lockeren Staatenbund zusammen, in dem die Bundesgewalt, eine höchst unbehilfliche und wenig leistungsfähige Maschine, hauptsächlich nur dann in Betrieb gesetzt wurde, wenn es galt, den Fortschritt und die Freiheit zu hindern. Von Einheit war also keine Rede, was aber die Freiheit anbetraf, so sagte freilich der Artikel 13 der Bundesakte vom 8. Juni 1815: „In allen Bundesstaaten wird eine landständische Verfassung stattfinden." Aber so bestimmt anscheinend dieses „wird" klang, so dehnbar war in der That ein solches

Versprechen, denn über den Zeitpunkt jenes „wird“ und über die notwendigen Requisiten einer Landständischen Verfassung war gar nichts gesagt. Bestimmter ließ sich in dieser Beziehung die Regierung desjenigen Großstaates aus, der in Wien auch ausdrücklich eine genauere Fassung und nähere Bezeichnung der verfassungsmäßigen Rechte verlangt hatte, Preußens. In einer Verordnung vom 22. Mai 1815 hieß es ausdrücklich: „Es soll eine Repräsentation des Volkes gebildet werden“, und im weitern war die baldige Ausarbeitung einer Verfassungsurkunde durch eine Kommission zugesagt. Aber jene Repräsentation sollte aus den Provinzialständen gewählt werden, also eine Vertretung der Provinzen und der in den Provinzialständen abgesonderten Stände, nicht aber des Volkes sein, und sie sollte nur beratende Stimme haben. Diese Verordnung trat nicht ins Leben, aber man darf es nicht bedauern, daß die in ihr ausgesprochenen Grundsätze in den Verfassungen der Mittel- und Kleinstaaten, namentlich Südwestdeutschlands und Thüringens, nicht berücksichtigt wurden, sondern vielmehr die modernen Kriterien einer Verfassung, zumal das Beschlußrecht der zweiten Kammer, freilich teilweise unter schweren Kämpfen und Einschränkungen, zum Durchbruch gelangten.

Die über das klägliche Machwerk des Wiener Kongresses natürlich ziemlich enttäuschten Völker suchte man statt der Erfüllung verheißener Versprechungen mit der phrasenreichen Rhetorik des Kaisers Alexander abzuspeisen, der, durch eine Schwindlerin gewonnen, die Idee einer christlichen, der sogenannten heiligen Allianz anregte, die, an und für sich ziemlich harmlos, doch den bedrückten Völkern bald als eine Lebensversicherung des wankenden Absolutismus und eine Verschwörung gegen die Freiheit erscheinen mußte. Denn Metternich, mehr und mehr der Leiter der europäischen Politik, benützte jede Gelegenheit, um in ein reaktionäres Fahrwasser zu steuern, und veranlaßte auch seine Bundesgenossen, seinem Kurse zu folgen. Die Unzufriedenheit in weiten Kreisen der deutschen Bevölkerung, namentlich unter der Studentenschaft, führte zu einzelnen Ausschreitungen, wie der Ermordung des russischen Spitzels Kotzebue, und diese benützte Metternich, um auf einem Ministerkongreß in Karlsbad August 1819 eine Reihe von erzreaktionären Beschlüssen durchzusetzen, die dann in der sogenannten Wiener Schlußakte vom 15. Mai 1820 noch vervollständigt wurden. Freilich wurde in der letzteren auch bestimmt, die Bundesversammlung habe darüber zu wachen, daß in

allen Bundesstaaten landständische Verfassungen stattfinden sollen. Aber die Anschauungen der Urheber dieser Bestimmung ließen klar erkennen, daß dieselben durch die beigefügten Beschränkungen weit eher die Rechte der Landstände, da wo sie bestanden, beeinträchtigen, als solche Stände anderwärts einführen wollten. Schon vorher hatte Preußen versprochen, keine Volksvertretung einzuführen; merkwürdigerweise aber gelang es seinem leitenden Staatsmann Hardenberg, der einem, freilich äußerst zahmen, Liberalismus huldigte, aber sich würdelos und schwach, wie er war, immer mehr nach rechts drängen ließ, in derselben Zeit nochmals den König zur Verpfändung seines Wortes für die Gewährung der Reichsstände zu bestimmen. Denn in einer Verordnung vom 17. Januar 1820 über die preußische Staatsschuld wurde der Staatsschuldenetat geschlossen und erklärt: „Sollte der Staat künftighin zu seiner Erhaltung oder zur Förderung des allgemeinen Besten in die Notwendigkeit kommen, zur Aufnahme eines neuen Darlehens zu schreiten, so kann solches nur mit Zuziehung und unter Mitgarantie der künftigen reichsständischen Versammlung geschehen." Damit war in der That das Versprechen der Gewährung einer Reichsvertretung in noch bestimmterer und klarerer Form gegeben als durch jene Verordnung von 1815, denn es war sicher vorauszusehen, daß Preußen in absehbarer Zeit einer neuen Anleihe bedürfen würde.

Sonst aber fiel Deutschland einer öden, trost- und geistlosen Reaktion anheim, zumal in einigen Staaten Mittel- und Norddeutschlands, wo man in kläglichster Gedankenarmut nur darauf bedacht war, von den verrotteten Zuständen des vorigen Jahrhunderts möglichst viel wieder herzustellen. Ueberall wucherte die kleinlichste und boshafteste Polizei- und Spitzelwirtschaft. Man ward nicht müde nach Verschwörungen zu suchen und erfand wohl solche, wenn keine vorhanden waren. Wenn jemand noch gegen diese gewissenlose Ausbeutung der sonst so lockeren Bundesgewalt im Sinne des finstersten Rückschritts auftreten wollte, wie etwa der König von Württemberg und sein Vertreter am Bundestag, von Wangenheim, so wurde er so lange von den Großmächten chikaniert und bedroht, bis er endlich nachgeben mußte. Die Julirevolution in Frankreich änderte an diesen Verhältnissen nicht viel. Wohl kam es auch in einzelnen deutschen Staaten zu Volksbewegungen, und in Braunschweig wurde — man denke — selbst der Herzog, dessen Bubenstreiche

sogar deutsche Geduld erschöpft hatten, verjagt. In einigen Staaten wurden Verfassungsänderungen vorgenommen, sonst aber blieb alles beim alten. Kein Wunder, daß namentlich in Südwestdeutschland, wo sich infolge des konstitutionellen Systems doch schon eine öffentliche Meinung gebildet hatte, die Oppositionslust regte. Aber einige im Grunde ziemlich harmlose Aeußerungen dieser Oppositionslust, wie z. B. das Hambacher Fest, 27. Mai 1832, und die scharfe Sprache der freisinnigen Presse, riefen sofort wieder reaktionäre Maßregeln hervor, die, wenn vollständig ausgeführt, den konstitutionellen Einrichtungen schweren Schaden bringen mußten. Ganz besonders war die freie Meinungsäußerung aufs ernstlichste bedroht. eine ganze Anzahl freisinniger Blätter wurde unterdrückt. Dieser neue Druck veranlaßte dann wieder den unter dem Namen des Frankfurter Attentats bekannten Putsch (März 1833), den man von seiten der Behörden offenbar absichtlich zum Ausbruch kommen ließ, um desto ungehinderter gegen die Opposition wüten zu können. Das Häuflein der Verschworenen wurde mit leichter Mühe zersprengt. Die Regierungen aber hatten nun, was sie brauchten, einen wirklichen und wahrhaftigen bewaffneten Ueberfall einer allerhöchst obrigkeitlichen Konstablerwache, und sie beuteten auch den Fall in schamloser Weise aus. Metternich berief neue Ministerkonferenzen nach Wien. Mit rechtsverachtender Willkür setzte man sich über die von den Fürsten feierlich anerkannten Verfassungen hinweg. Im Schlußprotokoll (Sommer 1834) wurde ausdrücklich folgendes erklärt: „Der Gang der Regierung kann durch ständische Ansprüche, in welcher Form diese auch vorkommen mögen, nicht gestört werden. Die Regierungen werden nicht gestatten, daß Stände über die Giltigkeit von Bundesbeschlüssen beraten und beschließen. Das Recht der Steuerbewilligung ist nicht gleichbedeutend mit dem das Staatsbudget zu regeln. — Gegen den Mißbrauch der Redefreiheit und die Oeffentlichkeit der landständischen Verhandlungen sollen die nötigen Vorkehrungen getroffen werden.“ Für Streitigkeiten zwischen Regierung und Ständen sollte ein Schiedsgericht eingesetzt werden, das von beiden Parteien aus einem von dem engern Rat des Bundestags, d. h. von Vertretern der Regierungen selbst, ernannten Kollegium gebildet wurde und dem sich die Regierungen überdies nicht zu fügen brauchten; also ein plumper Humbug! Außerdem wurden die Censur, die Beaufsichtigung der Universitäten und die Polizei verschärft. Das alles hieß mit andern Worten: Die souveränen Fürsten können bezüglich

der Gesetzgebung und Besteuerung thun, was sie wollen, und die Eulen des Bundestags können in ihrem lichtscheuen, verfassungswidrigen Treiben fortfahren, ohne durch Kammerbeschlüsse gestört zu werden; die freie Meinungsäußerung aber inner- und außerhalb der Kammern ist geächtet. Gegen alle, die des Radikalismus verdächtig waren, wurde nun eine niederträchtige Hetze eröffnet, welche allein schon die Revolution von 1848 mehr als rechtfertigte. In Baiern wurden der Journalist Eisenmann und der Bürgermeister Behr wegen Reden und Schriften zur Abbitte vor dem Bilde des Königs (!) und zur Kerkerstrafe auf unbestimmte Zeit verurteilt. Eisenmann, der 4 Jahre in Untersuchungshaft saß, kam erst 1847 frei. Auch Wirth und Siebenpfeiffer wurden als Teilnehmer des Hambacher Festes mit langjährigen Gefängnisstrafen bedacht. In Kurhessen gelang es durch die schlechtesten Mittel, so viel angebliches Material gegen den Urheber der neuen Verfassung, Professor Jordan, zusammenzubringen, daß man ihn in langjähriger Untersuchungshaft körperlich ruinieren konnte, wenn er auch schließlich freigesprochen werden mußte. Einer der geistigen Urheber des Frankfurter Attentats, der Pfarrer Weidig, wurde in Gießen (Hessen) so lange moralisch gefoltert, bis er sich im Kerker die Adern durchschnitt.

Besonders aber wütete man in Preußen gegen die angeblichen Verschwörer. Da die Burschenschaft immer für alle möglichen und unmöglichen Verschwörungen verantwortlich gemacht wurde, so fällte das Kammergericht von Berlin 39 Todesurteile gegen Mitglieder dieser Verbindung, und, wenn auch keines derselben vollstreckt wurde, so war doch manche hoffnungsvolle Existenz durch lange, grausame Kerkerhaft gebrochen. Ein sonst im allgemeinen gewiß konservativer Historiker, Flathe, schreibt: „Wie vieles auch jene Verschwörer und Revolutionsmacher, Verführer und Verführte, begangen hatten, es wiegt leicht im Vergleich zu dieser, allem sittlichen Gefühl Hohn sprechenden Rach- und Verfolgungssucht der Regierenden.“ Wie die Presse behandelt wurde, das zeigte sich in eklatanter Weise an einem Beispiel. Zu Ende des Jahres 1835 verbot der Bundestag die Schriften von Heine, Gutzkow, Laube, Wienbarg, Wundt und Kühne, welche der Präsidialgesandte trotz ihrer sehr ungleichen Begabung und Charakteranlage unter dem Namen des Jungen Deutschlands zusammenfaßte, und zwar bezeichnenderweise nicht nur die schon erschienenen, sondern auch die künftig erscheinenden. Und bald fand sich auch der Fürst, der mit rücksichtsloser Brutalität die letzten

Konsequenzen aus jenen Wiener Konferenzbeschlüssen zog. Im Jahre 1837 fiel durch den Tod Wilhelms IV. von England, dem dort seine Nichte folgte, die langjährige Verbindung Hannovers mit jener Großmacht dahin und Ernst August, Herzog von Cumberland, ein höchst starrsinniger, beschränkter Autokrat, der bei einem galanten Abenteuer ein Auge verloren hatte, gelangte zur Regierung. Da die neue Verfassung von 1833, welche die Domänen dem Staate zuwies, ihn, den tief verschuldeten, hinderte, sich derselben zu bemächtigen, so erklärte er die Verfassung kurzer Hand als abgeschafft und entband die Staatsbeamten des Eides auf dieselbe. Der schamlose Gewaltstreich erregte in ganz Deutschland die lebhafteste Entrüstung, allein das Land selbst, früher an lange Knechtschaft gewöhnt und wohl auch im Bewußtsein, daß beim Bundestag kein Recht zu finden war, unterwarf sich feige, auch die große Mehrheit der Professoren der Universität Göttingen. Nur sieben derselben protestierten, freilich Namen ersten Ranges. Der König entsetzte sie in seinem kindischen Zorn ihrer Stellungen und verwies drei von ihnen sogar des Landes (Dezember 1837). Die Sache schleppte sich eine Weile so hin, die neue Ständeversammlung protestierte, aber alle Proteste halfen schließlich nichts, und der Bundestag war niederträchtig genug, ein Einschreiten des Bundes als nicht begründet zu erklären. Zu der Mehrheit gehörten Preußen und Oesterreich, zur Minderheit Baiern, Württemberg, Baden und Hessen, die also trotz der famosen „süddeutschen Zuchtlosigkeit" mehr Verständnis für Recht und Treue zeigten als Preußen. Den Ausschlag aber gab, dies ist bezeichnend für die ganze Schändlichkeit dieses Handels, die hannöversche Regierung selbst.

Es gelang ihr nun auch bald eine gefügige Ständeversammlung zusammenzubringen und der König erhielt seine Domänen wieder; und ein preußischer Minister erfand bei dieser Gelegenheit das berühmte Wort von der „beschränkten Einsicht der Unterthanen" (bekannter unter der Form „beschränkter Unterthanenverstand"). Noch heute thut sich der geschichtskundige deutsche Spießbürger auf jenen Widerstand der Sieben viel zugute, ohne zu bedenken, daß eben die schnöde Gewalt doch siegte und daß kurz vorher in Frankreich ein König um weniger schlimmer Dinge willen verjagt wurde.*)

*) Daß die sonst so zahmen, modernen liberal-konservativen Geschichtsschreiber gerade diese Gewaltthat so scharf brandmarken, erklärt sich wohl aus dem Umstande, daß man auf die Welfen keine Rücksicht mehr zu nehmen braucht und hier das Standesinteresse der Professoren in Frage kommt.

War so die Freiheit in den einzelnen Staaten auf ein Minimum reduziert, so waren hingegen hinsichtlich der nationalen Einigung zunächst auf wirtschaftlichem Gebiet Fortschritte gemacht worden. Die Mißstände, welche die gegenseitige Absperrung der so und so vielen deutschen Vaterländer durch Zollschranken im ganzen Verkehrswesen der Nation erzeugte, hatten sich schon bald nach Gründung des deutschen Bundes als unerträglich erwiesen, und so schloß Preußen, das damals im ganzen einem System des gemäßigten Freihandels huldigte, da vom Bundestag nichts zu hoffen war, eine Reihe von einzelnen Verträgen. Es waren besonders Süddeutsche, der geniale Württemberger Friedrich List und der badische Staatsrat Nebenius, die schon im Jahre 1819 die Gründung eines deutschen Zollvereins befürworteten, und es war ein darmstädtischer Minister, Du Thil, der durch Anschluß an das preußische System im Jahre 1828 den entscheidenden Schritt zur Verwirklichung jenes Gedankens that; dann schlossen sich auch bald die süddeutschen Staaten an, und mit dem Beitritt Braunschweigs (1841) und Luxemburgs (1842) war außer Oesterreich, Hannover und einigen kleineren Nachbarstaaten dieses letzteren Staates das ganze Bundesgebiet im Zollverein verbunden. Derselbe war zwar noch nicht die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, wie der französische Nationalökonom Chevalier wähnte, aber, da die materiellen Interessen doch im Leben des einzelnen und der ganzen Völker die mächtigsten Triebfedern sind, trug er doch mächtig dazu bei, das Gefühl der Zusammengehörigkeit im deutschen Volke wieder zu wecken und lebendig zu erhalten.

So standen die Dinge, als im Jahr 1840 Friedrich Wilhelm III. von Preußen starb, der letzte der Monarchen der heiligen Allianz. Wie so oft, wurde auch hier der Thronfolger mit überschwänglichen Hoffnungen begrüßt, die sich nachher als trügerisch erwiesen. Friedrich Wilhelm IV. war ein geistreicher, für Kunst, Wissenschaft und Poesie begeisterter Mann, voll Redetalent und Redelust*), stets bereit zu schlagfertigem Witz, der freilich mitunter sehr plebejisch sein konnte, aber er hatte kein Verständnis für die Forderungen seiner Zeit, zumal

*) Als er in einer seiner ersten Reden die Versicherung abgab: Das gelobe und schwöre ich, wandelte der beißende Berliner Witz diese Worte um in: Dat jloob ick schwerlich. Später erinnerte man sich auch wieder bei dem Eid auf die Verfassung daran.

für die Freiheit des deutschen Volkes und für die Bedingungen, unter denen dessen Einigung möglich war, er lebte in einer erträumten Idealwelt und war ganz in romantisch-reaktionären Anschauungen befangen.*) Sein Evangelium war die „Restauration der Staatswissenschaft" des Schweizers (!) Haller, das geschätzteste litterarische Erzeugnis der damaligen europäischen Reaktion. So hatte er schon als Kronprinz bei den Beratungen über die Einrichtung der preußischen Provinzialstände im Sinne derer den Ausschlag gegeben, die das gebildete Bürgertum zu gunsten der Landjunker und Bauern von Wahlrecht und Vertretung ausschließen wollten, indem sie dieselben ausschließlich auf Grundbesitz gründeten. Zwar waren die Anfänge seiner Regierung anscheinend vielversprechend. Er beendigte den Kirchenstreit und erließ eine politische Amnestie. Aber die Nation erwartete mehr, in erster Linie eine wirkliche Volksvertretung. Dafür gab der König seinem Volke Steine statt Brod, d. h. er hielt ihm bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit schwungvolle Reden, die aber wegen ihrer Unklarheit sehr verschiedener Deutung fähig waren. Selbst stramme Monarchisten nahmen an dieser Gewohnheit, ohne Vermittlung der Minister öffentlich zu reden, Anstoß, wohl in dem richtigen Gefühl, daß Königsworte nicht immer das Non-plus-ultra staatsmännischer Weisheit ausdrücken.

Der Ausbau des Kölner Domes erschien diesem Monarchen weit wichtiger als der Ausbau einer preußischen Verfassung. Hinsichtlich dieser hielt er in seltsamer Begriffsverwirrung die Verheißung von 1815 durch jene Verordnung über die Provinzialstände für erfüllt. Als verschiedene Provinziallandtage, wie der preußische, der schlesische, der von Posen und der der Rheinprovinz, zu Beginn der 40er Jahre im Sinne der Bildung einer Landesvertretung Anträge berieten und größtenteils auch der Regierung übermittelten, da erfolgte ein von Jahr zu Jahr ungnädigerer Bescheid und schließlich die verblüffende Erklärung, daß jenes Gesetz unverbindlich sei. Die sogenannten „Vereinigten Ausschüsse" aus sämtlichen Provinziallandtagen, welche seit Herbst 1842

*) Den Militär kehrte er weniger heraus, als irgend ein anderer Hohenzoller seit Friedrich I. Immerhin hatte er wenigstens für die Aeußerlichkeiten des Militärwesens ein gewisses Interesse. Er hat die Pickelhaube, dieses später so viel berufene Symbol preußischer Schneidigkeit, in der Armee eingeführt. (Treitschke V. S. 214.)

berufen wurden, mußten als ein um so kläglicheres Surrogat einer reichsständischen Versammlung empfunden werden, je geringfügiger die ihnen zugewiesenen Beratungsgegenstände waren. Nur einer derselben konnte allenfalls den Hebel bilden, um die Verfassungsfrage endlich wieder in Bewegung zu bringen: die Aufnahme einer Anleihe für einen Eisenbahnbau in größerem Maßstab, welche nun einmal nach der Verordnung von 1820 nicht ohne Reichsstände erfolgen konnte. Besonders erregten zwei Schriften, welche Reichsstände forderten, großes Aufsehen, die eine „Woher und wohin", weil sie von keinem geringern als dem Oberpräsidenten von Preußen, v. Schön, verfaßt war*), die andere „Vier Fragen, beantwortet von einem Ostpreußen", weil ihre energische Sprache und die logische Schärfe ihrer Beweisführung Achtung abzwingen mußten. Die Fragen lauteten: Was wünschen die Stände? Was berechtigt sie? Welcher Bescheid ward ihnen? Was bleibt ihnen zu thun übrig? Und die Antwort auf die letzte Frage lautete: „Das, was sie bisher als Gunst erbeten, nunmehr als erwiesenes Recht in Anspruch zu nehmen." Der Verfasser war ein Arzt israelitischer Abstammung, Johann Jacoby, einer der imponierendsten Charaktere der kommenden Sturmjahre, ein entschiedener Demokrat, der seine Ueberzeugung auch bis zum letzten Atemzug verfocht, obgleich die Mehrzahl seiner Gesinnungsgenossen sich von ihm abgewandt hatten. Iustum et tenacem propositi virum würde Horaz in ihm erkannt haben. Die langjährigen Kriminalprozesse, worin diese und zwei folgende Schriften ähnlichen Inhalts den Verfasser verwickelten, die aber mit Freisprechung endeten, dienten nur dazu, seine Popularität zu erhöhen.

In der That drängte alles unaufhaltsam jener Lösung zu, die der König nicht wünschte. Wer sehen wollte, mußte die Anzeichen des kommenden Sturmes gewahr werden. Auch die Poesie, in der am vollsten und reichsten zum Ausdruck gelangt, was die Volksseele bewegt, hatte sich von der unterthänigen Ruhe Goethescher Objektivität und den mittelalterlichen Schwärmereien der Romantik emanzipiert und wandte sich der politischen Opposition zu. Ihr hervorragendster Chorführer war Georg Herwegh, dessen begeistertes Pathos heutzutage auch

*) Schön wurde im Jahre 1842 entlassen, fast gleichzeitig mit seinem Hauptgegner, dem Minister von Rochow, aus dessen Kanzlei das berüchtigte Wort von der beschränkten Einsicht der Unterthanen hervorgegangen war. (Ein Vorspiel des Falls Caprivi-Eulenburg en miniature!)



von Gegnern anerkannt, ja selbst im Sinne des Hurrahpatriotismus ausgebeutet wird; ihm folgten Prutz, Dingelstedt, Hoffmann v. Fallersleben; auch einige Oesterreicher, wie Anastasius Grün, Lenau, Alfred Meißner, Moritz Hartmann schlugen ähnliche Töne an und Heine lieferte im „Wintermärchen" ein Meisterstück politischer Satire. Auch Freiligrath, der anfangs die politische Poesie bekämpft, stellte sich seit dem Jahre 1843 immer entschiedener in den Dienst des Volkes. Die vielfache Unbestimmtheit und Unklarheit dieser politischen Lyrik entsprach nur den Empfindungen der Nation und trug allen Schattierungen der Opposition in gleichem Maße Rechnung.

Und auch auf kirchlichem Gebiete sorgte der Uebermut der herrschenden Organe dafür, daß der Stoff zur Gärung nicht ausging. Die Ausstellung des heiligen Rockes zu Trier, dessen Unechtheit doch gleichzeitig schlagend nachgewiesen wurde, veranlaßte die Gründung einer „deutschkatholischen Kirche" durch Johannes Ronge, die freilich den Erwartungen nicht entfernt entsprach, die man von ihr hegte. Der Zelotismus aber, womit die in Preußen herrschende orthodox-pietistische Richtung unter Führung des Kultusministers Eichhorn gegen Andersdenkende verfuhr, gab den Anstoß zu der Bewegung der „Lichtfreunde", die unter der Leitung von Uhlich und Wislicenus eigene freie Gemeinden gründeten. Auch in Sachsen breitete sich diese Bewegung aus. Darauf untersagte das Ministerium in diesem Lande, das ja bis auf den heutigen Tag das Muster eines engherzigen Polizeistaates geblieben ist, die Abhaltung von Versammlungen zur Besprechung religiöser Angelegenheiten. Darüber kam es in Leipzig zu einer Demonstration gegen den Bruder des Königs, den unter dem Namen „Philalethes" als Danteübersetzer bekannten Prinzen Johann, der als Reaktionär galt. Die Steinwürfe, mit denen die anrückenden Truppen empfangen worden, wurden ohne dringende Not mit einer Gewehrsalve erwidert, die mehrere Personen tot oder verwundet niederstreckte und allgemeine Entrüstung erregte. Einige Tage hindurch herrschte, nachdem der Prinz abgereist war und das Militär sich zurückgezogen hatte, ein sehr gewandter und beredter Volksführer, der durch den Deutschkatholizismus empor gekommen war, Robert Blum, in der Stadt. In feierlichem Zuge begab sich das Volk auf seinen Rat nach dem Stadthaus, um seine Forderungen zu formulieren. Die Ordnung wurde nicht weiter gestört und die Bewegung verlief im Sande. Man konnte es sogar wagen eine Untersuchung anzustellen,

eine Anzahl Personen zu bestrafen oder auszuweisen, die Garnison zu verstärken, Volksversammlungen und Vereine zu verbieten und die Censur noch zu verschärfen.*) Allein der Eindruck des Ereignisses war dennoch ein tiefer und nachhaltiger, und es bezeichnet die leidenschaftliche Erbitterung der Opposition, daß Freiligrath, der erst im vorhergehenden Jahre auf die Pension des Königs von Preußen verzichtet hatte, die Metzelei von Leipzig, die immerhin nur wenige Opfer gekostet hatte, mit der Bartholomäusnacht verglich.

Besonders bedeutungsvoll aber wurde und blieb auch in den Jahren 1848/49 ein Zwist mit einem kleinen Nachbarstaat, weil er einerseits das deutsche Nationalgefühl mächtig aufregte, andererseits die Unfähigkeit und Ohnmacht der Bundesgewalt wieder in unzweideutigster Weise enthüllte. Das Königreich Dänemark war mit den Herzogtümern Schleswig und Holstein (und dem kleinen Lauenburg, das kaum in Betracht kam) unter einem Szepter vereinigt. Von den Herzogtümern gehörte aber nur Holstein (mit Lauenburg) zum deutschen Bunde, Schleswig nicht. Während im vorigen Jahrhundert deutsches Wesen und deutsche Sprache auf Dänemark mächtig eingewirkt hatten, suchten jetzt die Dänen Schleswig, das doch auch zum größern Teile der deutschen Nationalität angehörte, mehr und mehr zu danisieren. Aber diese Versuche begegneten dem lebhaftesten Widerstand. Namentlich trat Uwe Lornsen, der Vogt von Sylt, den Dänen gegenüber. Es kam der deutschen Opposition dabei sehr zu statten, daß die Nationalitätsfrage sich hier zugleich mit einer Erbfolgefrage verquickte, denn König Christian VIII. war schon alt und auch von seinem Sohne Friedrich waren keine Erben mehr zu erwarten. Starb nun die ältere Linie aus, so folgte in Dänemark nach dem sogenannten Königsgesetz die weibliche Linie, in Holstein aber die männliche jüngere Linie. In Schleswig war die Frage zweifelhaft. Lornsen hatte schon 1830, lange vor der Thronbesteigung Christians, nachzuweisen versucht, daß die Herzogtümer untereinander verbunden seien („up ewig ungedeelt"). Er wurde abgesetzt, zu einjähriger Festungshaft verurteilt (übrigens eine leichte Strafe gegenüber den Mißhandlungen, die mancher deutsche Patriot zur selben Zeit wegen viel geringfügigerer Dinge erfuhr) und endete 1838 in Genf durch Selbstmord. Dieses traurige Schicksal machte ihn und seine Grundsätze erst recht populär.

*) Die Regierung entblödete sich dabei nicht durch offenbare Unwahrheiten ihre Sache in ein besseres Licht zu stellen.

Im Jahre 1841 wurde in Schleswig die dänische Gerichtssprache eingeführt und die sogenannte Eiderdänische Partei, die Schleswig vollständig einverleiben wollte, drängte den König immer entschiedener vorwärts. Endlich nach mehrfachen Erklärungen und Gegenerklärungen der Parteien erließ er im Jahre 1846 den „offenen Brief", worin er erklärte, daß in Schleswig und Lauenburg und in einigen Teilen von Holstein das Königsgesetz für die Erbfolge gelte und daß er darauf bedacht sei die Anerkennung der Unverletzlichkeit des dänischen Gesamtstaates herbeizuführen. Dieser „offene Brief" erregte eine gewaltige Entrüstung in den Herzogtümern. Die Ständeversammlungen und Volksversammlungen von Holstein und Schleswig protestierten. In Deutschland bezeugte man geräuschvoll den bedrängten Stammesgenossen seine Sympathie. Das „Schleswig-Holstein meerumschlungen" war eine zeitlang das populärste Nationallied. Zahllose Sympathieadressen von Landständen, Universitäten, Korporationen jeder Art gaben, wenn auch praktisch wertlos, dem Gefühl der Nation Ausdruck, und auch Fürsten und Regierungen interessierten sich mehr als sonst für diese Frage, weil man hier nicht bloß um die Ansprüche plebejischer Bürgerlicher, sondern um die hochgeborner Prinzen und Herzöge kämpfte. Stammte doch das dänische Königshaus selbst aus der Familie der Oldenburger. Diese und der älteste Zweig der jüngern Linie, die Augustenburger, wandten sich an den Bundestag und dieser erließ dann nach einer beruhigenden Erklärung des Königs im September eine lendenlahme Erklärung, worin er das Vertrauen aussprach, daß der König die Rechte der Agnaten und der holsteinischen Stände beachten werde. Natürlich wurde diese Erklärung in Kopenhagen nicht beachtet. So standen die Dinge, als Christian VIII. am 20. Januar 1848 starb.

Und mitten in diese Gärung und Aufregung hinein fiel nun die Nachricht, daß der König von Preußen endlich einen wichtigen Schritt gethan hatte.*) Am 3. Februar 1847 erschien ein königliches Patent,

*) Der Prinz von Preußen hatte sich allen Verfassungsplänen anfangs widersetzt und nur schrittweise nachgegeben. Er meinte, die bestehenden und zukünftigen Gattungen von Körperschaften, Provinzialstände, Vereinigte Ausschüsse, Vereinigter Landtag, sollten durchaus nur beraten und von einem Bewilligungsrecht dürfe nie die Rede sein. Die Beratungsgegenstände, namentlich das Petitionsrecht, sollte sehr beschränkt sein. Vor allem war das Heer für den Prinzen Tabu. Uebrigens tadelte der Prinz die Zusammensetzung des Landtags, der faktisch unauflöslich sei, wenn man nicht allgemeine Wahlen in allen acht Provinzen veranstalten wolle.

worin kurz gefaßt folgendes versprochen wurde: Einberufung der Provinzialstände der Monarchie zu einem Vereinigten Landtag, so oft neue Anleihen, Steuern oder Erhöhungen der bestehenden Steuern erforderlich sind, periodische Einberufung des Vereinigten Ständischen Ausschusses (alle 4 Jahre). Dem Vereinigten Landtag sollen übertragen werden: der Beirat bei der Gesetzgebung, wie er bisher den Provinzialständen zustand, die Mitwirkung bei Verzinsung und Tilgung der Staatsschulden und das Petitionsrecht in inneren Angelegenheiten. Der Vereinigte Landtag zerfiel in eine Herrenkurie, bestehend aus den Prinzen, den Standesherren und andern bisher auf den Provinzialständen stimmberechtigten Mitgliedern des hohen Adels, und in eine Ständekurie, bestehend aus 231 Vertretern der Ritterschaft, 182 der Städte und etwa 120 der Bauern. Die beiden Kurien sollten teilweise getrennt, teilweise zusammen beraten. Der Wert des Petitionsrechts wurde illustriert durch die Beschränkung, daß Bitten und Beschwerden nur dann dem König vorgelegt werden sollten, wenn sich $^2/_3$ der Stimmen in jeder Kurie dafür erklärt hätten. Dieser schnörkelhafte Wirrwarr von Versammlungen und Kurien entsprach jedenfalls vollständig den romantischen Liebhabereien des Königs; sonderbar aber war es, daß er mit diesem Patent über die Zusagen seines Vaters hinausgegangen zu sein wähnte, während er gerade das nicht gewährte, was die öffentliche Meinung am dringendsten verlangte, eine Verfassung. So kamen die Zugeständnisse des Königs viel zu spät und riefen beim liberalen Bürgertum, namentlich in Schlesien und Preußen, allgemeine Enttäuschung hervor. Justizrat Heinrich Simon in Breslau erklärte in einer Aufsehen erregenden Flugschrift „Annehmen oder Ablehnen?", die Verfassung bestehe kraft der Gesetze von 1815 und 1820 zu Recht und dem König stehe es nicht zu dieselbe abzuändern. Die Zusammensetzung der Kurien vollends war ein Faustschlag ins Gesicht des städtischen Bürgertums. 10000 Herren und Rittergutsbesitzer waren durch 278 Stimmen vertreten, 979 Städte mit 4 Millionen Einwohnern nur durch 182. Und doch trugen die Städte unendlich viel mehr zu den Staatseinnahmen bei, als jene größtenteils steuerfreien Herren. Durch die schon erwähnte Verknüpfung des Wahlrechts mit dem Grundbesitz war der größere Teil der gebildeten Stände vom Wahlrecht ausgeschlossen. Jedenfalls betrachteten die liberalen Elemente die Konzessionen des Königs nur als einen Anfang. Allein dieser war gerade der entgegengesetzten Ansicht. Am

11. April eröffnete er nach seiner Gewohnheit den Landtag mit einer schwungvollen, aber sehr unvorsichtigen und unklaren Rede. Er leugnete das Bedürfnis einer Volksvertretung und warnte den Landtag sich als solche zu geberden,*) krampfhaft klammerte er sich an den Ausdruck „Stände" an. Seine Weigerung eine Verfassung zu gewähren, suchte er (abgesehen von einem sehr unglücklich gewählten Hinweis auf England) mit der Geschichte und geographischen Lage des Landes zu begründen, und er schloß diese Erörterung mit einer berühmten Aeußerung, welche schon deshalb wörtliche Wiedergabe verdient, weil sie wieder einmal einen schlagenden Beweis von der praktischen Wertlosigkeit solcher unumstößlichen Königsworte der ehernen Notwendigkeit der Weltgeschichte gegenüber liefert: „Es drängt mich zu der feierlichen Erklärung, daß es keiner Macht der Erde je gelingen soll, das natürliche Verhältnis zwischen Fürst und Volk in ein konventionelles, konstitutionelles zu verwandeln, und daß ich es nun und nimmer zugeben werde, daß sich zwischen unsern Herrgott im Himmel und dieses Land ein beschriebenes Blatt, gleichsam als eine zweite Vorsehung, eindränge, um uns mit seinen Paragraphen zu regieren und durch sie die alte heilige Treue zu ersetzen." Kaum ein Jahr darauf mußte derselbe Vereinigte Landtag das Wahlgesetz für die neue Nationalversammlung, welche die Verfassung beraten sollte, erlassen und der Konstitutionalismus war eine Thatsache.

Der Landtag nahm sofort den Handschuh, den ihm der König hingeworfen, auf. Eine vom Grafen Arnim beantragte und von Auerswald verschärfte Adresse, die mit 484 gegen 107 Stimmen angenommen wurde,**) sprach zwar den Dank der Versammlung für das Gewährte aus, wahrte aber zugleich den durch die Gesetze von 1815 und 1820 geschaffenen Rechtsboden. Der König erklärte nun zwar, die Gesetzgebung vom Februar könne fortgebildet und der Land-

*) „Ein Teil der Presse fordert von mir und meiner Regierung geradezu Revolution in Kirche und Staat und von Ihnen Akte zudringlicher Undankbarkeit, der Ungesetzlichkeit, ja des Ungehorsams. — Ich würde Sie nicht hierher gerufen haben, wenn ich den geringsten Zweifel hegte, daß Sie ein Gelüst hätten nach der Rolle sogenannter Volksrepräsentanten."

**) In der Debatte darüber traten besonders Schwerin, Vincke und die Rheinländer Beckerath, Hansemann und Mevissen hervor. Auch der Prinz von Preußen gab eine Erklärung in „diktatorischem Ton", wie selbst Treitschke zugiebt, ab. Natürlich wurde er dadurch unpopulär und man warf ihm die Fenster ein.

tag solle alle 4 Jahre berufen werden, hielt aber hartnäckig das Februarpatent als Grundlage fest. Darauf legten wieder 138 Mitglieder der Versammlung unter dem Landrat v. Vincke, einem der bedeutendsten Redner der Versammlung, aus uraltem westfälischem Adelsgeschlecht, eine entschiedene Verwahrung ein. Wo gäbe es jetzt noch solche Landräte? Zwar wurde dann nicht sein entschiedener, sondern ein vermittelnder Antrag Hansemanns angenommen, eine Petition an den König um Einberufung des Landtags in jedem zweiten Jahr zu richten. Namentlich kam es der Opposition auch darauf an, die Konzessionen des Königs verfassungsgemäß festzulegen, während sie in der vorgelegten Form eben nur als persönliche Gnadenakte des Königs auf Wiederruf gelten konnten. Auch die Vereinigten Ausschüsse hätte sie gern beseitigt, da dieselben nur als ein Surrogat des Landtags erschienen. Zwar nahm man schließlich die Wahlen dazu vor, aber gerade die Anleihen, auf die es hauptsächlich ankam, zur Gründung von Landrentenbanken und zum Bau der Ostbahn*) lehnte der Landtag, erstere mit 447 gegen 101, die letztere mit 360 gegen 179 Stimmen ab, wobei neben den Rheinländern wiederum v. Vincke sich besonders hervorthat. Diese Versammlung wies in ihrer Entstehung und ihrem Auftreten eine unverkennbare Aehnlichkeit mit den französischen Reichsständen von 1789 auf. Wie diese ursprünglich nicht eine Volks-, sondern eine Ständevertretung, worin den Privilegierten ein unverhältnismäßiger und unberechtigter Einfluß zustand, folgte sie doch ebenso dem Zuge ihrer Zeit und forderte nachdrücklich eine Verfassung. Nur der Ausgang war wesentlich verschieden. Der Landtag mußte die Rolle der Konstituante von 1789 einer anderen Versammlung überlassen, die aber dabei nicht den Erfolg hatte, wie ihre berühmte Vorgängerin. Am 26. Juni wurde der Landtag geschlossen. Der König war über die Entwicklung der Dinge sehr verstimmt; er hatte gehofft, es werde im ganzen Reich und bei den Ständen selbst eitel Jubel herrschen, und war darum höchst empfindlich berührt durch die strenge Betonung des Rechtsstandpunkts. Die Verhandlungen wurden veröffentlicht und

*) Diese Bahn wäre in erster Linie der Provinz Preußen zu Gute gekommen, aber gerade die Mehrheit der Vertreter dieser Provinz stellte in ehrenhafter Festigkeit das Interesse des ganzen Landes (in der Verfassungsfrage) über das der Provinz. Bei dieser Debatte brauchte Hansemann das seither geflügelte Wort: In Geldsachen hört die Gemütlichkeit auf.

machten die Namen der Redner in ganz Deutschland populär, da sich gerade in der Opposition Talente ersten Ranges befanden. Im Zusammenhang mit den Verhandlungsgegenständen hatten mehrfach Debatten von allgemeinem Interesse stattgefunden, und bei diesen hatte sich als der unversöhnlichste Feind aller Neuerungen, als starrsinniger Verfechter des Althergebrachten*) ein Abgeordneter der sächsischen Ritterschaft — Otto von Bismarck-Schönhausen — erwiesen. Aber sein Name verschwand damals gegenüber den gefeierten Rednern der Opposition.

Während so in Preußen der Anfang eines politischen Lebens gemacht war, verharrte wenigstens die westliche Hälfte des österreichischen Kaiserstaates in trostloser Stagnation. Zwar regten sich die unterdrückten Nationalitäten da und dort, die Tschechen unter der Führung des Historikers Palacky begannen sich wieder als eine Nation zu fühlen. Doch war diese Opposition noch sehr zahm. Ernster schien eine polnische Verschwörung in Galizien, die sich auf das preußische Polen ausdehnte und in dem kleinen Freistaat Krakau ihren Stützpunkt hatte, wenn sie gleich nicht von dort ausging. Aber die vornehmsten Anhänger der Erhebung in Posen wurden verhaftet, unter ihnen auch der in Aussicht genommene Oberbefehlshaber Mieroslawski. Oesterreichische und russische Truppen rückten in Krakau ein, und die österreichische Regierung war frivol genug, die griechisch-orthodoxen ruthenischen Bauern gegen ihre katholisch-polnischen Bedrücker loszulassen, wobei es zu scheußlichen Metzeleien kam. Die Ostmächte aber benützten diese Gelegenheit, dem kleinen Freistaat ein Ende zu machen, indem sie ihn Oesterreich einverleibten (Ende 1846), wobei sie freilich die Bestimmungen des Wiener Kongresses, deren strenge Beobachtung sie mit pharisäischer Heuchelei von anderen forderten, selbst in eklatanter Weise verletzten. Bedenklicher standen die Dinge für Metternich in Ungarn. Dort hatte der Reichstag seine ganz bestimmten Rechte, die er mit Eifersucht hütete, und die Opposition, unter deren Führern besonders der Advokat Ludwig Kossuth**) populär wurde, machte sich immer unbequemer. Freilich erregte andererseits das Bestreben der Magyaren, den andern, zusammen ihnen an Zahl überlegenen Nationalitäten, ihre Sprache aufzunötigen, den heftigen

*) So in der Judenfrage, in der Auffassung der Befreiungskriege.

**) Geb. 1802 aus altadeliger protestantischer Familie.

Widerstand der letzteren, vor allem der Südslaven, welche auch schon anfingen, sich an der Idee einer allgemeinen Verbrüderung aller slavischen Stämme, des Panslavismus, zu begeistern. Zu Anfang des Jahres 1848 waren die Verhandlungen des Reichstags so leidenschaftlich, das Auftreten Kossuths so kühn geworden, daß die Regierung mit dem Gedanken umging, den Reichstag aufzulösen.

Während so fast überall Keime politischer Gärung sich entwickelten, waren auch die sozialen Zustände durchaus unbefriedigend. Zwar waren die Klassengegensätze im damaligen Deutschland nicht entfernt so sehr ausgebildet wie heutzutage. Großkapital und Großindustrie hatten sich noch nicht so scharf vom Kleinhandwerk abgesondert und dieses letztere hatte noch viele Berührungspunkte mit dem Arbeiterstand.

Das Eisenbahnnetz war noch zu wenig entwickelt, um der Großindustrie zum Siege zu verhelfen. In mehreren der wichtigsten Gewerbe überwog noch die Zahl der Meister; einzig in der Textilindustrie zählte man schon größere Massen von Arbeitern. Aber von Frankreich und England her, wo jene Gegensätze schon viel bestimmter ausgeprägt waren, drangen sozialistische Ideen, freilich in sehr unklaren, phantastischen Formen, in Deutschland ein. Der wissenschaftliche Sozialismus wurde begründet durch die Deutschen Carl Marx und Friedrich Engels, die sich mit ihren Genossen Kommunisten nannten, um sich von den sozialreformatorischen Bestrebungen des bürgerlichen Radikalismus zu unterscheiden. Diese beiden Führer erließen im Jahre 1848 das „Manifest der kommunistischen Partei“, die bedeutsamste Kundgebung dieser Richtung in jener Zeit, worin als Programm derselben die Emanzipation der Arbeiterklasse und die Aufhebung des Privateigentums aufgestellt wurde. Inzwischen begannen sich doch die Folgen der Maschinenarbeit in gewissen Industriezweigen fühlbar zu machen. So namentlich in der früher sehr ausgedehnten schlesischen Leinwandweberei. Von jeher arm, wurden die Weber und Spinner durch das Sinken der Arbeitslöhne dem Hungertode nahe gebracht. Wer noch etwas Vermögen besaß, dem nahmen der Fiskus und die Junker, die sich ganz unverhältnismäßige Ablösungssummen für die Feudallasten gesichert hatten, das wenige noch ab. Wer kennt nicht Freiligraths Gedicht „Rübezahl“, dessen Lektüre in den Schulen neuerdings noch von einer preußischen Provinzialbehörde verboten wurde! In Peterswaldau führte das Elend, ver-

bunden mit Gerüchten über rohe Aeußerungen der Fabrikanten und dem täppischen Einschreiten der Polizei, zu Ausschreitungen, wobei Maschinen, Bücher und Quittungen zerstört wurden. Natürlich appellierten die Besitzenden sofort an die rohe Gewalt. Es kam zu Zusammenstößen zwischen dem Militär und den Arbeitern, wobei es nicht ohne Blutvergießen abging (1844). Die Lage der Weber verschlimmerte sich fortwährend und im Winter 1847/48 brach gar der Hungertyphus aus. Die Hülfe der Regierung kam spät und unzureichend, weil es eben an der nötigen Aufrichtigkeit nach oben gefehlt hatte. Varnhagen v. Ense schreibt über den Standpunkt der Regierung den Arbeitern und insbesondere den schlesischen Zuständen gegenüber hart, aber wohl im ganzen nicht unzutreffend: „Die besitzlosen Arbeiter, die oft hungernden und bettelnden, galten für eine Art Ungeziefer; sie mochten sterben, wenn sie nicht leben konnten. Nie vorher war es in Preußen zu solcher Verwahrlosung des gemeinen Wohles gekommen. Die Minister, die hoffärtig und eingebildet auf ihre vormundschaftliche Weisheit, konnten in Wahrheit ihr Handwerk nicht mehr. In Schlesien zeugten jetzt eben*) Hungersnot und Seuche furchtbar gegen sie. Das arme Volk galt diesen dünkelvollen Höflingen für nichts; dem Könige zu schmeicheln, ihn zu belügen, Vorteil von seinen Schwächen zu ziehen, das war ihr Fach. Die frommen Thile und Stolberg, die scheinheiligen Bodelschwingh, Eichhorn und Savigny hatten das Elend ihrer Mitmenschen nicht sehen wollen, es lieber geläugnet, die Schilderungen desselben für Uebertreibungen der Uebelgesinnten ausgegeben, um nur das Wohlleben und die Behaglichkeit nicht zu stören, deren der Hof und die vornehme Welt sich erfreuten."

Auch in Böhmen erzeugten gleiche Ursachen ähnliche Wirkungen. Dort verschlimmerte zunächst die Maschinenindustrie die Lage der Arbeiter ganz bedeutend. Schließlich griffen auch hier die Textilarbeiter zu dem verzweifelten Mittel sinnloser Ausschreitungen, wie Zerstörung der Maschinen. Die Polizeidirektion in Prag wußte wiederum kein anderes Mittel als die bekannten blauen Pillen. Der

*) Zu Beginn des Jahres 1848. Heinrich Simon hatte in einer Flugschrift über die „Hungerpest" den wahren Thatbestand und die Verschuldung der Bureaukratie rückhaltlos aufgedeckt, ebenso ein junger Arzt, der die Zustände in Oberschlesien selbst an Ort und Stelle studiert hatte, der später so berühmte Pathologe Virchow.

Hungertyphus forderte ebenfalls zahlreiche Opfer. Viele, die auswanderten, zogen durch die Konkurrenz, die sie den Arbeitern anderer Gegenden machten, auch diese ins Elend.

Es wurden diese Uebelstände noch durch die hohen Schutzzölle vermehrt, die, anstatt die Industrie, wie man glaubte, zu heben, nur die Stagnation auf diesem Gebiete beförderten.

Im böhmischen Erzgebirge, wo viel Hausindustrie getrieben wurde, war man schon zufrieden damit täglich 4—6 Kr. zu verdienen. Der mittlere Wochenlohn betrug im Jahre 1847 in Wien und Umgebung etwa $3^1/_2$ fl., also ungefähr 50 Kr. pro Tag, der niedrigste Taglohn eines Arbeiters 24 Kr., einer Arbeiterin aber nur 10 Kr. Da nun auf dem Lande die Löhne großenteils noch weit geringer waren, so erklärt es sich leicht, daß eine Masse von Arbeitern in den Industriezentren zusammenströmten, so namentlich in der Hauptstadt selbst. Dieser Zudrang vermehrte bei dem großen Mangel an Arbeitsgelegenheit nur ein hungerndes Proletariat, das bei höchst kümmerlicher Nahrung und abscheulichen Wohnungsverhältnissen moralisch und physisch immer tiefer sank. Namentlich in den Vorstädten Wiens hatten sich zum Teil entsetzliche Zustände herausgebildet. Es ist natürlich, daß die Unglücklichen, die nichts zu verlieren hatten, für eine Revolution ein sehr entschlossenes und gefährliches Element liefern mußten.

Diese Verhältnisse der Arbeiterschaft sind von großer Bedeutung für den Verlauf der Revolution von 1848 geworden. Die Arbeiter hatten noch keineswegs das schroffe Klassenbewußtsein von heute, die souveräne Verachtung für die eine „reaktionäre Masse", sie schlugen sich im Gegenteil mit dem radikalen Teil des Bürgertums auf den Barrikaden. Allein, bald machten sich die Gegensätze zwischen dem wohlhabenden und deshalb naturgemäß ängstlichen Teile der Bourgeoisie und den Arbeitern geltend. Ersterer suchte die Arbeiter von weitergehenden Forderungen abzuhalten, nachdem er selbst erlangt hatte, was er wollte. Er näherte sich den Regierungen und unterstützte diese im Kampfe gegen die Radikalen. Die Reaktion wuchs ihm aber schließlich über den Kopf und die Regierungen zogen allein den Gewinn aus der rückläufigen Bewegung. Es war das Verhängnis der Bewegung von 1848, daß die soziale Frage schon in ihrem ganzen Ernste sich mit der politischen vermengte, bevor die politische Freiheit in Deutschland sicher gestellt und die Feudalität im Bürgertum auf-

gegangen war. Sehr verschieden hatte sich in der großen französischen Revolution die Entwickelung vollzogen. So groß auch die soziale Not im damaligen Frankreich sein mochte, eine eigentliche Arbeiterfrage gab es damals noch nicht, schon aus dem Grunde, weil noch keine Maschinenindustrie existierte. Die Arbeiter marschierten nur als gehorsame Gefolgschaft hinter den extremsten Parteien her. Ganz anders im Deutschland des Jahres 1848. Dort wurden populär-sozialistische Schriften zahlreich unter den Arbeitern verbreitet. In Oesterreich fanden sozialistische Ideen zwar nicht bei der in Unwissenheit und Elend verkommenen Arbeiterklasse, wohl aber bei den Gebildeten Eingang. So genügten denn, wenigstens in den großen Industriezentren, wenige Tage einer siegreichen Revolution, um die teilweise noch schlummernden Gegensätze zu wecken, zum großen Schaden für die Volkserhebung selbst.

Nicht viel besser als mit den Arbeitern stand es mit den Bauern. Zwar hatte das Ungewitter der revolutionären und napoleonischen Feldzüge vielfach reinigend gewirkt. In Preußen hatten Stein und Hardenberg Reformen auf diesem Gebiete begonnen; aber ihre Wirksamkeit wurde bald unterbrochen, und das „Bauernlegen", das Stein aufs schärfste verdammt hatte, wurde bald wieder aufgenommen. Auch die Ablösung der Feudallasten wurde bedeutend erschwert und vielfach, z. B. in Schlesien, nur gegen enorme Entschädigung ermöglicht. Noch schlimmer stand es in Oesterreich. In ergreifender Weise schildert der Bauernbefreier Hans Kudlich die trostlose Lage des Bauernstandes in seiner engeren Heimat Oesterreichisch-Schlesien. Die Bahn der Reformen, welche der edle Kaiser Joseph betreten, wurde bald wieder verlassen. Auf den Bauern lastete namentlich die berüchtigte „Robot" (Feldarbeit, Fuhren aller Art, Botendienste); dazu kamen die Grundzinsen, eine hohe Abgabe bei Besitzesänderungen. Der Pfarrer bezog seinen Zehent. Die wenigen Grundstücke, welche die Bauern besaßen, wurden noch oft von den Feudalherren streitig gemacht, in kostspieligen Prozessen, bei denen erstere gewöhnlich den kürzeren zogen, da die Behörden sich in der Regel auf die Seite des Adels stellten. Der Patrimonialherr übte auch die Gerichtsbarkeit, von ihm hing die Erlaubnis zum Heiraten, die Berufswahl, das Austeilen von Päffen ab. Und so verkommen in körperlicher und geistiger Knechtschaft waren diese Bauern, daß sie das Elende und Entwürdigende ihres Zustandes nicht einmal fühlten

Treffend vergleicht Kudlich sie mit den Negersklaven Amerikas. Was der Feudalherr dem Bauer noch ließ, das nahm ihm der Staat durch Steuer, Rekrutierung (wobei die schmählichste Bestechung mit unterlief) und Einquartierung. Von Rechtsschutz, z. B. gegen den feudalen Wildschaden, war keine Rede. Dieser Wildschaden und die Jagdvorrechte schädigten die Bauern auch anderwärts aufs empfindlichste. In einigen Gegenden durften die Wildhüter den Wilddieb, selbst wenn er nur um die Zerstörung seiner Saat abzuwehren wilderte, einfach erschießen. (Vgl. das ergreifende Gedicht Freiligraths: Im Harz.) In Baiern hatte der Gutsherr ein Pfändungsrecht für seine Forderungen an die Bauern. An einzelnen Orten mußten auch noch Judenschutzgeld und Vogteihafer entrichtet werden. Nicht bloß in Oesterreich, auch anderwärts suchten die Adligen den Bauern ihre Grundstücke streitig zu machen und zwar meist mit Erfolg. Kommt doch ähnliches heute noch vor (vgl. den großen Thüngenschen Prozeß)! So war auch hier Stoff zur Unzufriedenheit genug vorhanden. Es erhoben sich denn auch die Bauern vielfach zu Beginn der Revolution; wenn sie aber ihr spezielles Ziel erreicht hatten, sanken sie in ihre gewöhnliche Lethargie zurück und folgten ihren konservativen Instinkten.

Zu diesen allgemeinen sozialen Mißständen kamen auch noch die Hungerjahre 1846 und 1847. Namentlich stieg in letzterm Jahre die Teuerung in bedenklichster Weise. Mehrfach fanden Krawalle statt. So erregte besonders der sogenannte „Kartoffelkrieg" im April 1847 in Berlin Aufsehen. Dieser richtete sich zuerst gegen gewinnsüchtige Kartoffelhändler, dann aber überhaupt gegen Viktualienhändler aller Art. Nach einigen Tagen schritt das Militär ein, und es wurden schließlich 300 Verhaftungen vorgenommen. Auch in Steiermark kam es zu Bewegungen unter den Bauern wegen Eintreibung von Steuerrückständen.

Die Vorzeichen einer bevorstehenden Umwälzung fehlten nicht. Baden besaß damals unter den deutschen Staaten die freisinnigste Verfassung und demgemäß hatte sich, angeregt auch durch die fortwährende Berührung mit dem benachbarten Frankreich, das politische Leben dort am lebhaftesten entwickelt. Schon zu Anfang der 30er Jahre hatte Welcker, einer der hervorragendsten Führer der Liberalen, den Antrag auf Bildung einer Nationalrepräsentation im Bunde gestellt, aber die Regierung hatte sich der weiteren Erörterung des

Antrags widersetzt, was indessen den Vizepräsidenten Rotteck nicht hinderte, denselben beifällig zu kommentieren. Im Jahre 1843 verlangte in Heidelberg der Student Amand Gögg bei dem offiziellen Bankett der Verfassungsfeier die Fortsetzung der Agitation für ein Nationalparlament. Die Berufung eines reaktionären Ministeriums rief eine energische Opposition hervor und die Redner derselben Itzstein, Hecker, Welcker und andere waren in ganz Deutschland gefeiert. Manche dieser Herrn geberdeten sich damals weit radikaler als später, da ihre Forderungen in Erfüllung zu gehen schienen. So soll Welcker einmal ausgerufen haben: „Die Fürsten müssen herunter von ihren Thronen, und zwar jetzt gleich", und Karl Mathy, ebenfalls einer der Führer der Kammeropposition, der seinerzeit in die freie Schweiz geflüchtet war und dort als Lehrer an einer Bezirksschule sein Brot verdient hatte, wies den Gedanken eines deutschen Parlamentes ab, weil er, und zwar mit Recht, fürchtete, Deutschland könne durch ein Parlament nicht zur Republik gemacht werden. Im Sinne der entschiedensten Opposition wirkte namentlich auch eine Anzahl von Journalisten, Gustav Struve (aus Livland stammend) in Mannheim, Philipp Stay in Heidelberg und Joseph Fickler in Konstanz, während Hecker vorzüglich durch seine Redegabe die Massen hinriß. Er und Struve wurden bald die erklärten Lieblinge des badischen Volkes.

Die radikalere Richtung der Opposition berief nun auf den 12. September 1847 eine Volksversammlung nach Offenburg, auf der folgendes Programm als „Forderung des Volkes" aufgestellt wurde: „Lossagung von den Beschlüssen zu Karlsbad, Frankfurt und Wien, Preßfreiheit, Gewissens- und Lehrfreiheit, Beeidigung des Militärs auf die Verfassung und Schutz der persönlichen Freiheit gegenüber der Polizei; Nationalvertretung beim deutschen Bunde, volkstümliche Wehrverfassung, gerechte Besteuerung, allgemeine Zugänglichkeit des Unterrichts, Geschworenengerichte, volkstümliche Staatsverwaltung, Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit und Abschaffung aller Vorrechte." Diese Forderungen, die großenteils auch heute noch nicht erfüllt sind, erregten natürlich großes Aufsehen, um so mehr, da sie damals noch vollständig unabhängig von Einwirkungen des Auslandes waren. Und es ist bezeichnend, daß diese Forderungen, insbesondere auch diejenige des deutschen Nationalparlaments, nicht von dem nüchternen, schwerfälligen Norden,

sondern von dem lebhaften Süddeutschland ausgegangen waren. Wie die Anregungen zu der wirtschaftlichen Einigung Deutschlands, so kamen auch diejenigen zur politischen Konzentration wesentlich aus jener Südwestecke, auf die ein übermütiges Großpreußentum neuerdings oft so verächtlich herabsieht. Ja, selbst der Gedanke, die politische Führung Deutschlands aus Süddeutschland, dem sie seit der Staufenzeit wenigstens offiziell fast immer gehörte, in den märkischen Sand zu verpflanzen, war schon im Jahre 1831 merkwürdigerweise von einem Schwaben, Paul Pfizer, ausgesprochen und zuerst näher begründet worden, nachdem er schon vorher von einem andern Süddeutschen, von Gagern, dem späteren General, angedeutet worden war.

In einem andern Teile Deutschlands aber wurde zugleich das monarchische Ansehen auf's schwerste geschädigt durch einen Skandal, der in den weitesten Kreisen das peinlichste Aufsehen erregte. Der alte, immer etwas poetisch (was man freilich aus seinen Versen nicht erkennen konnte!) und romantisch veranlagte König Ludwig I von Baiern hatte sich durch die Reize einer Tänzerin halb spanischer, halb englischer Herkunft, Lola Montez, gewinnen lassen. Die Maitresse war ehrgeizig und wünschte den Titel einer Gräfin um bei Hofe auftreten zu können. Dazu aber gehörte die baierische Staatsangehörigkeit und zu der erforderlichen Urkunde verweigerten die Minister ihre Unterschrift; sie gaben ihrer Entrüstung über das Verhältnis mit der Abenteuerin in einer Denkschrift an den König in sehr schroffer Weise Ausdruck, um sich einen effektvollen Abgang aus ihrer schon wankenden Stellung zu sichern. Darauf entließ der König im Februar 1847 das klerikale Ministerium, und die Tänzerin wurde Gräfin. Allein die Erbitterung der Bürger und Studenten nahm zu, zumal da auch das neue Ministerium von der herrischen Dirne gestürzt wurde und diese sich in der Oeffentlichkeit sehr schamlos benahm. Als die Lola eine Trauerfeier zu Ehren des bekannten klerikalen Schriftstellers Görres hindern wollte, da mußte sie vor den Fäusten der Ergrimmten in eine Kirche flüchten.*) Darauf erwirkte sie in ihrem Zorn die Schließung der Universität auf ein halbes Jahr (9. Februar 1848). Dieser brutale Gewaltakt erbitterte die Münchener Bierphilister aufs höchste, wohl weniger der Schamlosigkeit wegen, mit der die geistigen Interessen eines ganzen Landes

*) Die Anhänger Lolas wurden im Gegensatz zu den Ultramontanen nicht unwitzig „Lolamontane“, die Mitglieder des der Tänzerin ergebenen Studentenkorps Alemannia „Lolamannen“ genannt.

den Launen einer sittenlosen Abenteurerin untergeordnet wurden, sondern weil der Aufenthalt der Studenten eine wichtige Erwerbsquelle für sie war. Sie rotteten sich in der ganzen Stadt zusammen, zogen vor das Schloß, und ihre drohende Haltung erwirkte schon am 11. Februar die Zurücknahme jenes Befehls und die Verweisung der Lola. Aber die Massen, einmal in Bewegung gebracht, drangen nun auch ins Haus der Lola ein und demolierten es. Lola selbst entfloh einstweilen nach Lindau. Damit war aber die Sache noch nicht völlig zu Ende; wir werden sehen, daß sie noch in die Anfänge der Revolution hineinspielte, da das sogenannte Lola-Ministerium, das sich den Launen der Tänzerin gefügt hatte und zum Teil aus zweifelhaften Persönlichkeiten bestand, am Ruder blieb. So führt uns diese Angelegenheit zu den Stürmen des Jahres 1848 hinüber.

Wie meistens in Deutschland, so kam auch diesmal die äußere Veranlassung der Umwälzung von außen. In der Schweiz warfen im November 1847 die überlegenen liberal-radikalen Kantone den Sonderbund der Klerikalen in einem raschen Feldzug nieder, trotz der offenkundigen Gunst, deren sich der Sonderbund bei allen Nachbarstaaten und den kontinentalen Großmächten überhaupt erfreute. Dieser Sieg der freisinnigen Elemente wurde daher allenthalben auch als eine Niederlage der letztern empfunden, um so mehr als die Sieger nun, wiederum ohne Rücksicht auf den Protest der Mächte, die sehr nötige Revision der Bundesverfassung an die Hand nahmen und auch das unter König Friedrich Wilhelm IV. stehende Neuenburg wegen seiner Neutralität mit einer Kontribution bestraften*). Der König sprach sich denn auch mit einer fast lächerlichen Entrüstung über die Schweizer Radikalen aus, und Frankreich, Oesterreich und Preußen wollten sogar ein förmliches Bündnis zum Zwecke einer Intervention in der Schweiz schließen, wurden aber durch die Ereignisse überholt. In der That war es ein höchst bedenkliches Symptom für die Kabinette, daß jene 13 Kantone gegen ihren Willen zum Schwert gegriffen und ihre Sache siegreich durchgefochten hatten. Es zeigte den Völkern, wie wenig die Regierungen ihrer Sache sicher waren.

*) Die Art, wie Treitschke diese Neuenburger Angelegenheit und die darauf folgende Revolution in diesem Kantone behandelt, reicht schon vollkommen aus, um ihm selbst dasjenige Maß von Objektivität abzusprechen, das bei jedem Historiker, selbst bei leidenschaftlichem Temperament und großem persönlichem Interesse für seinen Gegenstand, unbedingt vorausgesetzt werden muß.

Gerade aus Deutschland wurden denn auch den Schweizer Liberalen eine Menge Sympathiebezeugungen zu teil. Und auch in Italien erwachte nun der Volksgeist. Dort hatten die ziemlich zahmen Reformen des neuen Papstes Pius IX. die Nation mit überschwenglichen Hoffnungen erfüllt. Die täppische Politik Oesterreichs hatte sogar die Folge, daß er sich der nationalen Partei, deren Hauptziel die Befreiung Italiens von der österreichischen Fremdherrschaft war, einigermaßen näherte. Auch Carl Albert, der König von Sardinien, begann ganz langsam in ein liberales Fahrwasser einzulenken. In Toskana mußte der Großherzog liberale Forderungen zugestehen. In Neapel trotzte König Ferdinand II., wie seine Vorgänger ein gemeiner ungebildeter Mensch, den Volksforderungen, aber im Januar 1848 brach in Sizilien ein Aufstand aus, der nach langem Kampfe zum Siege führte. Darauf erhoben sich auch die Liberalen auf dem Festlande und der König mußte eine Verfassung gewähren, während gleichzeitig Carl Albert und der Großherzog von Toskana dasselbe thaten und der Papst ein Ministerium größtenteils aus Laien berief (8.—12. Februar).

Und in diesen selben Tagen, am 12. Februar, kam es nun auch in der badischen zweiten Kammer zu einer sehr bedeutungsvollen Debatte. Der Abgeordnete Bassermann stellte den Antrag, die Kammer möge die Regierung bitten, „dahin wirken zu wollen, daß durch Vertretung der deutschen Ständekammern am Bundestage ein sicheres Mittel zur Erzielung gemeinsamer Gesetzgebung und einheitlicher Nationaleinrichtungen geschaffen werde.“ Der Antrag war freilich nur eine Verwässerung der betreffenden Forderung der Offenburger Versammlung, da diese nicht eine Ständevertretung, sondern eine freigewählte Nationalversammlung im Auge gehabt hatte. Diesmal fand der Antrag größere Berücksichtigung, als derjenige Welckers im Jahre 1831, obgleich eben noch die Vereinigten Ständischen Ausschüsse in Berlin am 8. Februar in das neue Strafgesetz eine Bestimmung aufgenommen hatten, wonach jedes Unternehmen zum Zweck der gewaltsamen Auflösung oder Veränderung der Verfassung des Deutschen Bundes als Hochverrat am preußischen Staate geahndet werden sollte. Bassermann, der durch seinen Antrag eine ziemlich unverdiente Popularität erlangte, sprach dabei das prophetische Wort: „An der Seine wie an der Donau neigen sich die Tage, und nur das Gute und das Rechte sind die unsichtbaren Träger aller Herrschaft.“ Und

Welcker weissagte: „Bevor noch an der Frühlingssonne das Eis der Hochgebirge thaut, wird an der Sonne des Völkerfrühlings das Eis der Reaktion zerschmelzen. — Bedenken Sie das ewige Wort Niebuhrs: Das Recht der Völker ist älter und heiliger als das Recht der Dynastien." Hecker verkündete, daß Preußen an der Spitze Deutschlands stehen werde. Der Antrag wurde dann in die Abteilungen der Kammern verwiesen. Nicht nur die Opposition, auch die Regierungen merkten nachgerade, daß das morsche Zellengefängnis, genannt Deutscher Bund, bedenklich zu wackeln begann. So ließ z. B. der gereizte Ton der Thronrede, mit welcher König Wilhelm von Württemberg im Januar die Ständeversammlung eröffnete, deutlich die bange Ahnung einer stürmischen Zukunft erkennen.

Märzbewegung in Süddeutschland.

Alle die vorhandenen Gärungsstoffe hätten vielleicht nicht hingereicht, eine Umwälzung hervorzurufen, wäre nicht wiederum von Paris aus das Losungswort gegeben worden. Das Bourgeois-Königtum Ludwig Philipps hatte sich nicht populär zu machen verstanden. Das plutokratische Regiment, verbunden mit einer schamlosen Korruption, stieß die politisch rechtlosen, unbemittelten Klassen ab, da es für soziale Reform so gut wie nichts that. Das immer persönlichere Regiment, das Ludwig Philipp im Verein mit seinem Minister Guizot führte, und das Ueberwuchern des Beamtentums in der Kammer trieb die „dynastische Linke", d. h. die fortgeschrittenern Monarchisten, dazu, eine Wahlreform anzustreben. In der Kammer abgewiesen, suchte sie auf den sogenannten Reformbanketten dafür Propaganda zu machen und begegnete sich auf denselben mit den Republikanern und Sozialisten, denen natürlich die Erweiterung der politischen Rechte als eine Vorbedingung für ihre vorläufig noch nicht eingestandenen Ziele willkommen sein mußte. Dazu kam noch die Abneigung gegen die schwächliche und zugleich intrigante auswärtige Politik der Regierung, die nur den Interessen der Dynastie (nicht aber der Würde Frankreichs) Rechnung trug, und sich gegen alle liberalen Traditionen immer reaktionärer geberdete. Bei Anlaß eines dieser Bankette nun, womit eine größere Demonstration verbunden werden sollte, kam es in Paris zu Unruhen, die infolge der zweideutigen Haltung der Nationalgarde am 23. Februar 1848 zum Rücktritt Guizots führten. Damit war die Opposition der Bourgeoisie zufriedengestellt. Aber ein unvermuteter Zwischenfall führte nun doch noch zu einer Revolution, die schließlich bei der Un-

fähigkeit der leitenden Persönlichkeiten die Abdankung Ludwig Philipps und den Sturz seiner Dynastie zur Folge hatte. Am 24. Februar wurde in Paris die Republik proklamiert. Dieses überraschende Ereignis machte nun mit Recht in ganz Europa ungeheures Aufsehen und die Kunde davon fiel wie ein zündender Funke in die Menge der in Deutschland aufgehäuften Explosivstoffe. In der That mußten Freunde und Feinde des Julikönigtums durch dessen plötzlichen und schmählichen Fall aufs äußerste verblüfft werden. Noch wenige Wochen vorher hatte Friedrich Wilhelm IV. an Ludwig Philipp geschrieben: „Sire, Sie sind der Schild der europäischen Monarchien, der von der Vorsehung erhobene Arm, um das Werk von Jahrhunderten zu retten und die Gesellschaft auf ihren alten erschütterten Grundlagen zu befestigen.“ Und nun war der Schild, der jedenfalls lange nicht „fest genug auf den Boden gestellt“ war, beim ersten Angriff zertrümmert. Ja, Friedrich Wilhelm IV. selbst war der erste deutsche Monarch, der direkt von den Wirkungen derselben berührt wurde, allerdings nicht in Deutschland selbst, sondern in seinem Duodezfürstentum Neuenburg. Dort erhoben sich die Republikaner und schafften ungeachtet aller Proteste von Berlin aus die preußische Verwaltung ab. Der König, dem dieser Zwitterstaat gerade wegen seiner romantischen Widersinnigkeit ganz besonders gefiel, empfand diesen Schlag sehr schmerzlich. Trotzdem ließ er seine Getreuen dort im Stich, benutzte aber später einen Anlaß, auf die Angelegenheit in seinem Sinne zurückzukommen, freilich ohne Erfolg.

In Deutschland selbst machte sich die Wirkung der Revolution natürlich zuerst in den Frankreich benachbarten Gebieten, also in der Südwestecke fühlbar. Merkwürdigerweise war zuerst vielfach die Meinung verbreitet, die Franzosen wollten nun selbst zum Zwecke revolutionärer Propaganda in Deutschland einfallen. Auch die Regierungen gaben sich wenigstens den Anschein, an dieses abgeschmackte Märchen zu glauben, und ein offiziöser Artikel der „Allgemeinen Preußischen Zeitung“ warnte die deutschen Fürsten und Stämme vor den Absichten der Franzosen, obgleich Lamartine, das Haupt der französischen Regierung, wenige Tage nach der Revolution ausdrücklich erklärte, die Republik wünsche den Weltfrieden nicht zu stören und Republik und Monarchie könnten recht wohl neben einander leben. Aber die Regierungen wollten ihren Völkern den Geschmack an der Pariser Revolution verleiden und zugleich einen Vorwand zur

Rüstung gegen etwaige Erhebungen im Innern finden. Namentlich in Süddeutschland war jene Furcht sehr verbreitet. Aber auch im Norden suchte Friedrich Wilhelm IV., der, da er später noch ganz andere Gespenster sah, vielleicht ehrlich an einen solchen Einfall der Franzosen glaubte, ein Schutzbündnis der Großmächte gegen einen Angriff auf Belgien oder die Rheinlande zustande zu bringen, was aber nicht gelang. Ja, die Regierung Preußens selbst war schon so zaghaft geworden, daß sie auf die Ernennung des Prinzen von Preußen (des späteren Kaisers Wilhelm) zum Befehlshaber eines Armeekorps am Rhein verzichtete, um nicht zu einem Ausbruch des Volkszorns gegen den sehr unbeliebten Prinzen Anlaß zu geben. Immerhin wurden dann noch gemeinsame Maßregeln, namentlich zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern, verabredet. Sie wurden dann aber durch die Ereignisse überholt.

Inzwischen ging die Bewegung in Südwestdeutschland ihren Gang fort. Am 23. Februar stellte Mathy den Antrag auf Aufhebung der Zensur und meinte dabei, die Deutschen müßten es jetzt auch einmal mit der Wildheit versuchen. Am 27. Februar fand in Mannheim eine große Volksversammlung statt, worin eine ziemlich scharfe Tonart vorherrschte, Bassermann und Mathy aber schon die Beschwichtigungshofräte spielten. Uebrigens raffte sich die Versammlung nun doch zu vier Forderungen auf, die in einer von Struve verfaßten Adresse genannt wurden: Nationalparlament, Schwurgerichte, Preßfreiheit und Volksbewaffnung. Diese Adresse sollte nun in einer großen Demonstration des ganzen Volkes, in einer sogenannten „Sturmpetition", der Kammer in Karlsruhe überreicht werden (auf Antrag Struve u. a.). Die anderen badischen Städte schlossen sich an, und in der That strömte am 1. März aus allen Teilen des Landes eine große Volksmenge nach Karlsruhe. Jene Forderungen, die dann in ähnlicher Weise fast in ganz Deutschland wiederholt wurden, können wohl als gemeinsames, sehr gemäßigt liberales Programm der Märzrevolution angesehen werden.

Unter dem Eindruck dieser Demonstration verlangte nun die badische Zweite Kammer am 2. März: Abschaffung der Beschlüsse von Karlsbad, Frankfurt und Wien, Beeidigung sämtlicher Beamten mit Einschluß des Militärs auf die Verfassung, Beseitigung der Beschränkung politischer Rechte aus konfessionellen Gründen, Neuorganisation der Ministerverantwortlichkeit, Beseitigung der Feudal-

rechte, gerechtere Verteilung der Staats- und Gemeindelasten, Aufhebung der privilegierten Gerichtsstände, Einführung einer volkstümlichen Kreisverwaltung, Nationalvertretung im Bund, unabhängige Stellung der Richter, Besetzung des Ministeriums und des Postens eines Bundestagsgesandten mit Männern, die das Vertrauen des Volkes genießen. Diese sehr bescheidenen Forderungen werden von dem Historiker Flathe als „übergreifende Tendenzen" abgekanzelt.

Zugleich rührten sich auch wieder die Konstitutionellen, die bereits fürchteten, die Bewegung möchte ihnen über den Kopf wachsen. Sie standen in der Mitte zwischen den reaktionären Regierungen und dem Radikalismus, waren aber weit eher geneigt, falls keine andere Wahl blieb, mit den ersteren zu gehen. Diese Konstitutionellen hatten seit dem 1. Juli 1847 ein Organ in der „Deutschen Zeitung", deren Mitarbeiter meist Professoren waren, und auf einer Zusammenkunft in Heppenheim im Oktober 1847 waren sie einander näher gerückt. Einer ihrer populärsten Führer, Heinrich von Gagern, stellte schon am 28. Februar in der zweiten Kammer von Hessen-Darmstadt einen Antrag, der, schwerfällig in der Form, in der Sache darauf hinauslief, Preußen die Bundesgewalt zu übertragen. Und am 5. März traten 51 Männer verschiedener politischer Richtungen, die sich aus den bekanntesten freisinnigen Parlamentariern Süd- und Mitteldeutschlands rekrutierten, in Heidelberg zu einer Vorberatung über die deutsche Frage zusammen. Die Monarchisten waren entschieden in der Mehrheit und so wurden die Anträge der Republikaner auf Gründung einer Bundesrepublik abgelehnt. Andererseits befand man sich aber noch vollständig unter dem Druck der revolutionären Strömung, und so wurde denn eine ziemlich energische Proklamation erlassen, welche folgende Hauptgrundsätze feststellte: Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten und Anerkennung fremder Nationalitäten; kein Bündnis mit Rußland; baldmöglichster Zusammentritt einer nach Volkszahl gewählten Nationalvertretung; Zusammentritt einer Versammlung von Vertrauensmännern zur Weiterberatung und Mitwirkung bei dieser Angelegenheit; Einsetzung eines Ausschusses von sieben Mitgliedern, um bezüglich der Organisation der Nationalvertretung Vorschläge zu machen und die Einberufung zu jener Versammlung (Vorparlament) zu besorgen. Mit diesen Beschlüssen betrat die Versammlung offenbar den Boden der Revolution, denn sie hatte absolut

weder vom Volke noch von den Regierungen ein Mandat zu solchen weit reichenden Beschlüssen; und wenn auch noch die dringende Bitte an die Regierungen hinzugefügt war zur Berufung des Parlaments das ihrige zu thun, so waren doch die einzelnen Punkte des Programmes so bestimmt ausgesprochen, daß man deutlich voraussehen konnte, daß jene Politiker im Notfall auch ohne die Mitwirkung der Regierungen handeln würden. Es war deshalb auch komisch genug, daß später die Angstmeier im Frankfurter Parlament wieder nach Möglichkeit Fühlung mit den Regierungen suchten, um den Schein einer sehr wertlosen Legitimität zu retten. In jenen Siebener-Ausschuß wurden gewählt: Itzstein und Welcker aus Baden, von Gagern aus Darmstadt, Römer aus Württemberg, Stettmann aus Preußen, Willy aus Baiern und Binding aus Frankfurt.

Eine überaus klägliche Figur aber spielte zu derselben Zeit der Bundestag. Dieselbe lendenlahme, schwerfällige Körperschaft, die sonst die wichtigsten Verhandlungsgegenstände jahrelang verschleppte, war jetzt kaum wieder zu erkennen. Am 1. März erklärte er: Deutschland wird und muß auf die Stufe gehoben werden, welche ihm unter den Nationen Europas gebührt, am 3. März stellte er den Einzelstaaten die Aufhebung der Zensur frei, am 9. erklärte er den Reichsadler für das Wappen des Bundes und, während der kindischen Grausamkeit der Bureaukratie früher wohl der Besitz eines schwarzrotgoldenen Bändchens genügt hatte, um das Glück eines Lebens vollständig zu ruinieren, wurden jetzt, am 10. März, diese Farben völlig als offizielle Bundesfarben anerkannt und an demselben Tage gar die Regierungen eingeladen, für jede der 17 Stimmen einen Vertrauensmann zur Mitberatung der als notwendig erkannten Bundesrevision abzuordnen. Diese Zugeständnisse wurden mit Recht überall als Angstprodukt empfunden und vermehrten noch die Verachtung gegenüber dieser Behörde, da man mit Recht diese höchst auffallende Reformfreundlichkeit nicht für aufrichtig hielt. An jenem 5. März erklärte die badische Regierung, sie werde Gesetzesentwürfe im Sinne der Beschlüsse am 2. März vorlegen. Alles war entzückt und niemand dachte daran, wie lange man gebraucht hatte, um den Rücktritt einiger verhaßter Minister zu erzwingen, und daß auch die im Amte bleibenden nur notgedrungen diese Konzessionen gemacht hatten.

Mit der politischen Bewegung ging die soziale Hand in Hand; denn die Bauern hielten nun die Zeit für gekommen, auch ihre Rechnung mit

den Feudalherren zu begleichen. Im Neckargrund und Kraichgau, dem Taubergrund und Odenwald zogen die Bauern rottenweise vor die Schlösser und zwangen die Adeligen und ihre Beamten die Urkunden zu verbrennen. Die Edelleute flohen teilweise in die Stadt. Die Regierung schickte Militär, zugleich aber wurden die noch nicht beseitigten Feudallasten als aufgehoben erklärt. Die Gemeinden aber wurden für den Schaden haftbar gemacht. Vielfach fiel man auch über die Juden her nach dem Beispiel des benachbarten Elsaß. Die Führer der badischen Volkspartei, voran Itzstein und Hecker, sprachen sich sehr energisch gegen diese Ausschreitungen aus.

Der Funke der politischen und sozialen Bewegung zündete rasch nach Württemberg hinüber. Hier war besonders die Bureaukratie der sogenannten „Schreiber" verhaßt. Die entschiedene Opposition, an deren Spitze Friedrich Römer stand und in deren Reihen besonders Uhland, Pfizer, Schott und Tafel glänzten, war ziemlich zusammengeschrumpft. Jetzt geriet das ganze Land in Aufregung. Selbst das friedliche Stuttgart war nicht wieder zu erkennen. Die Regierung hob von selbst die Zensur auf. Am 2. März wurde dem König eine mit 1200 Unterschriften bedeckte Adresse von Römer überreicht, worin Berufung eines deutschen Parlaments, Geschworenengerichte, unbedingte Preßfreiheit, Versammlungsrecht, gerechte Besteuerung, Schutz gegen den Wildschaden, Volksbewaffnung verlangt werden. Aehnliche Adressen liefen aus verschiedenen Landesteilen ein. Die Regierung suchte anfangs durch militärische Maßregeln dem Volke zu imponieren, allein ohne Erfolg. Am 6. März wurde endlich das bisherige Ministerium von Schleyer durch ein anderes, von Linden, ersetzt, worin auch der später so viel genannte Freiherr von Varnbüler Platz finden sollte. Allein dieses neue Ministerium konnte sich nur einige Stunden halten, da es als ebenso reaktionär galt wie das abgetretene. Endlich nach mehrtägigen Unterhandlungen wurde ein Ministerium aus den Führern der Opposition Römer, Paul Pfizer, Duvernoy gebildet. Der Jubel war allgemein, da man Römers wahre Natur nicht kannte. Alles gab sich den Anschein, liberal zu sein, selbst die Standesherrn ließen sich eilfertig zu Konzessionen herbei. Früher hatten sie sich mit dem ihrer Klasse eigenen Egoismus geweigert, ihre Renten mit 25 % ablösen zu lassen, jetzt schlugen sie selbst eine Ablösung zu 12—16 % vor.

Sie wußten wohl, warum; denn namentlich im fränkischen

Teile Württembergs war die Stimmung der Bauern sehr bedenklich geworden. Dort wirkte als Agitator namentlich der talentvolle und redegewandte Fabrikant Gustav Rau in Gaildorf, der sich ruiniert hatte, um seinen Arbeitern Brot zu schaffen. Am 12. März zog er in einer öffentlichen Erklärung scharf gegen die wirtschaftlichen Uebelstände und gegen die Feudallasten zu Felde uud sprach den Adeligen auch das Recht der Ablösung ab, wobei er aber Schutz für Personen und Grundbesitz des Adels proklamierte, wenn derselbe die vollständige Bauernbefreiung gewähre. Diese Erklärung fand große Verbreitung und teilweise auch Anklang. Uebrigens hatten schon vorher Unruhen stattgefunden. In der Nacht vom 5. auf 6. März wurde das hohenlohische Schloß Niederstetten angezündet und ein Flügel mit der Dominialkanzlei und den Lehensbüchern brannte ab. Im Schloß Weiler bei Weinsberg wurden in der Nacht vom 12. auf den 13. alle Akten bis auf das kleinste Papier zusammengetragen und verbrannt, sonst aber wurde nicht das mindeste gestohlen oder beschädigt, selbst der Keller mit seinen trefflichen Weinen blieb unberührt. Der Oberrichter nahm später mit Hülfe von Militär Verhaftungen vor, mußte aber die Gefangenen auf die drohende Haltung der Bauern hin wieder frei geben. Gerüchte von einer großen Bauernverschwörung liefen um. So thaten denn die Feudalherren wohl daran, nachzugeben.

In Baiern zitterte noch die Erregung über den Lolaskandal nach. „Die erste Blüte des nach den Pariser Ereignissen sich freier fühlenden Volksgeistes in München", schreibt der Volksmann Dietzel, „war eine solenne Katzenmusik für Herrn Bercks, den Lola-Minister." Das Haus dieses mit Recht verachteten Mannes, der als spezielle Kreatur der Lola galt, wurde verwüstet (2. März), Barrikaden wurden errichtet und das Militär sah unthätig zu, es ertönte sogar der Ruf: Es lebe die Republik! Als dann am 4. März sich die Nachricht verbreitete, Fürst Wrede solle eine Militärdiktatur errichten und wolle mit Kartätschen feuern lassen, da wurde die Erhebung allgemein. Alles griff zu den Waffen, das Zeughaus wurde erbrochen. Die Offiziere aber, wohl selbst dem Ministerium abgeneigt, wichen einem Zusammenstoß aus.*) Am 6. März erschien, da die Aufregung fortdauerte,

*) In die Krisis hatte auch der Fürst von Leiningen, Halbbruder der englischen Königin, mit zwei sehr freimütigen Briefen eingegriffen, worin er energisch gegen die Minister auftrat und mit Hinweis auf die Gefahr, den Thron zu verlieren, zum Nachgeben aufforderte.

eine Proklamation des Königs, mitunterzeichnet von sämtlichen Prinzen des königlichen Hauses, worin die Volksforderungen (Ministerverantwortlichkeit, Preßfreiheit, Wahlreform, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens, Fürsorge für die Beamten, Verfassungseid des Heeres) genehmigt wurden. Allein das Gerücht, Lola sei wieder verkleidet in München erschienen, erweckte den Volkszorn aufs neue. Selbst die Berufung eines neuen liberalen Ministeriums stellte die Ruhe nicht her, da die Klerikalen das Feuer im geheimen schürten. Am 16. und 18. März drohten blutige Konflikte zwischen Volk und Militär. Das Polizeigebäude wurde gestürmt und die Akten wurden zerrissen. Um das Volk zu befriedigen, ließ man jetzt, da Lola längst das Land verlassen, polizeilich auf sie fahnden. Der König aber hatte nun genug. Am 20. März dankte er zu Gunsten seines Sohnes Maximilian II. ab. Natürlich that er's nicht ohne eine Proklamation, worin er komischerweise der Republik das Kompliment machte, „er sei so gewissenhaft mit dem Staatsgut umgegangen, als wenn er Beamter eines Freistaates wäre", und nicht ohne ein rührendes Gedicht in der üblichen Partizipienform an die Münchener. Die Kammer ließ sich aber von diesen Herzensergüssen des Exkönigs nicht rühren; auf ihren Beschluß mußte Ludwig trotz seiner gewissenhaften Finanzverwaltung 1 ½ Millionen Gulden, die seinem Sohne, dem König Otto von Griechenland, aus der Staatskasse vorgestreckt worden, herauszahlen, was den sehr kargen Herrn schwer gekränkt haben mag. Gleichzeitig dankte merkwürdigerweise auch der Fürst Heinrich von Reuß-Lobenstein-Ebersdorf ab, der ebenfalls mit Lola in Berührung gekommen war (bekannt durch das Wort vom „Prinzipienreiten"). Das neue Ministerium, das Maximilian II. berief, gewährte nun größtenteils die verlangten Reformen, und der neue König erwies sich im ganzen als ein ziemlich freisinniger Mann.

In Hessen-Darmstadt ging die Bewegung besonders von Mainz aus. Der Führer der dortigen Demokraten, der Anwalt Zitz, brachte eine Adresse an die Kammer in Darmstadt und am 2. März wurde dieselbe unter gewaltigem Andrang des Publikums verhandelt. Da die Regierung zögerte nachzugeben, drohte Zitz in einer Volksversammlung zu Mainz mit dem Anmarsch der ganzen Provinz. Daraufhin wurde Gagern ins Ministerium berufen und der Großherzog nahm seinen Sohn zum Mitregenten an. Ernster ließen sich die Dinge in

Kurhessen an, wo die Mißregierung eigentlich alte Tradition war. Schon lange hatten hier Verfassungskämpfe zwischen den Ständen, die beharrlich an einem streng gesetzlichen Widerstande festhielten, und den hassenswerten fürstlichen Despoten und ihren ebenso nichtswürdigen Helfershelfern stattgefunden. Jetzt aber wurde die Gärung immer drohender. Der frühere Minister des Innern, Scheffer, floh aus Furcht, gelyncht zu werden. Besonders energisch trat die Opposition in Hanau auf; dort bewaffnete sich das gesamte Volk um seine Forderungen im Notfalle zu ertrotzen. Aber die lammfromme Loyalität, die dem Deutschen angeboren ist, sorgte dafür, daß diesem tragischen Schauspiele sich ein Zug von unwiderstehlicher Komik beimischte. Die Hanauer erklärten nämlich, wenn der Kurfürst nicht nachgäbe, würden sie zu Hessen-Darmstadt abfallen! Denn ohne die väterliche Obhut eines Fürsten gings ja doch nicht; das wäre ja himmelschreiend gewesen! Immerhin war die Situation für die Regierung bedrohlich genug, denn während der Kurfürst Militär gegen die widerspenstige Stadt sandte, zogen von der andern Seite große Volkshaufen dorthin um die Stadt zu verteidigen. Das Militär aber hatte wenig Neigung zum Einschreiten und manche Offiziere erklärten sich offen gegen einen Kampf. In Kassel feilschten der Kurfürst und die Deputationen um die zu gewährenden Konzessionen. Aber auch dort geriet das Volk in Wallung. 2000 Menschen zogen vor das Schloß und mit Mühe wurde ein Straßenkampf vermieden. Endlich gab der Kurfürst nach und berief einige Oppositionsmänner als Märzminister, wie man diese neu-auftauchenden liberalen Staatslenker immer allgemeiner nannte (11. März). Die berühmte Prügelmaschine aber, die allein schon eine Revolution hundertmal gerechtfertigt hätte, wurde von den Bürgern zerstört. Auch das kleine Nassau hatte seine Erhebung. Hier wie in Kurhessen und seinerzeit in Hannover waren die Bürger besonders erbittert wegen des Domänenstreits, da der Herzog die Domänen für sich beanspruchte. Bürger und Bauern vereinigten sich. Die Bürger holten sich Waffen aus dem Zeughaus in Wiesbaden und am 4. März fanden sich Tausende bewaffneter Männer in der Hauptstadt ein. Endlich traf der Herzog, der abwesend war, ein (es ist der gegenwärtige Großherzog von Luxemburg) und bestätigte die bereits gemachten Zugeständnisse. Das Volk war übrigens hier mit Recht sehr mißtrauisch und hatte verlangt, so lange keine Steuern zahlen zu

müssen, bis die Genehmigung des Herzogs wirklich erfolgt sei. Auch das hatte der Minister zugestanden*).

In Sachsen begannen sich schon verschiedene Parteien zu bilden, von den ganz gemäßigten bis zu den Sozialreformern. Aber jetzt wirkten Blum, der schon genannte Führer der konstitutionellen Demokratie, Biedermann, der des liberalen Bürgertums, und Arnold Ruge, der sich noch als roter Republikaner geberdete, zusammen. Man sandte von Leipzig aus eine Deputation, mit einer Adresse an den König. Am 2. März führte dann Biedermann in Leipzig eine rührselige lächerliche Komödie auf, indem er vom Rathausbalkon die Antwort des Königs verlas und dabei bemerkte, der König habe die Deputation öfters unter Thränen angehört und seine eigenhändige Antwort zeige die Spuren seiner Thränen! Trotz aller Rührung des Königs und des edlen „Biedermanns" war aber die Antwort des Königs rundweg abweisend. Darüber herrschte nun große Entrüstung. Eine zweite Deputation nach Dresden hatte wiederum keinen Erfolg, ebenso wie Abordnungen anderer Städte. Da schickten sich die Leipziger an, in Masse nach Dresden zu ziehen, und auch dort kam es zu Unruhen. Hierauf entließ der König das reaktionäre Ministerium und berief am 16. März ein neues, worin einige Oppositionsmänner eintraten, dessen Seele aber der Baier v. d. Pfordten wurde, bisher Professor des römischen Rechts in Leipzig, ein Mann sehr zweifelhafter politischer Gesinnung. Einstweilen wurden auch hier die bekannten Forderungen bewilligt. Freilich kam es unter den Arbeitern und Bauern in den nächsten Wochen mehrfach zu Unruhen.

Daß König Ernst August von Hannover sich den Volkswünschen nicht ohne weiteres fügen würde, ließ sich nach dem Verfassungsbruch von 1837 voraussehen. Er wies sie, als sie auch an ihn herantraten, schroff ab und kam, als in Göttingen Unruhen und Studentendemonstrationen stattfanden, auf den schlauen Gedanken, die Schuld daran fremden Anstiftern zuzuschreiben, ein Rezept, das später auch anderwärts befolgt wurde. Am 15. März erklärte er noch eine Volksvertretung im Deutschen Bunde für unannehmbar, aber einige Tage später mußte er infolge der drohenden Bewegungen in der Hauptstadt,

*) Dessen ungeachtet lebte später die Domänenfrage wieder auf und wurde erst nach langem Streit erledigt. Die neuen liberalen Staatsmänner mußten übrigens — Ironie der Weltgeschichte — das Besitztum ihres Todfeindes Metternich, das Schloß Johannisberg, gegen die ergrimmten Bauern schützen.



die sich namentlich durch Fenstereinwerfen bei mißliebigen Persönlichkeiten äußerte, nachgeben und berief auch seine Märzminister, darunter den Bürgermeister von Osnabrück, Stüve, der in den 30er Jahren die Verfassung verteidigt hatte, und den Grafen Bennigsen, einen Sohn jenes russischen Generals, der bei der Ermordung des Kaisers Paul eine hervorragende Rolle gespielt hatte.

Aehnlich ging es auch in den kleineren Staaten. Im allgemeinen zeigte der deutsche Michel den Fürsten und Regierungen gegenüber eine viel zu große Vertrauensseligkeit und bedachte nicht, daß Zugeständnisse, die den Herrschenden wider ihren Willen abgedrungen worden, ebenso leicht widerrufen werden, wenn das Volk nicht aufmerksam über seine Rechte wacht.

Inzwischen hatte der in Heidelberg gewählte Siebener-Ausschuß am 12. März Einladungen an alle gegenwärtigen und früheren Ständemitglieder aus allen deutschen Landen, mit Einschluß der Provinzen Preußen und Posen und Schleswigs, erlassen, um sich am 30. März 1848 zum sogenannten Vorparlament zu versammeln.

Wie stellten sich nun aber die Großmächte zu der allgemeinen Erhebung? Das war natürlich die Hauptfrage. Auf den österreichischen Kaiserstaat wirkte die Revolution infolge der geringen politischen Bildung der deutschen Reichshälfte, der schlechten Finanzen und des Nationalitätenhaders am intensivsten von allen deutschen Staaten ein, sie schien ihn zeitweise geradezu auflösen zu wollen, wie eine große Anstrengung oder Aufregung einen siechen menschlichen Organismus auflöst. Natürlich gab in erster Linie Ungarn, wo die politische Erörterung schon seit Jahren an der Tagesordnung war, den Ton an. Der gefährlichste Feind der lothringischen Dynastie wurde hier der schon genannte Advokat Kossuth, einer der glänzendsten Redner seiner Zeit und persönlich erbittert durch mehrjährige Kerkerhaft. Am 3. März hielt er auf der Ständetafel in Preßburg eine flammende Rede, die „Taufrede der österreichischen Revolution", wie man sie später nannte. „Aus den Beinkammern des Wiener Regierungssystems", rief er aus, „weht ein ausžehrender Wind uns an, der unsere Nerven erstarren macht und niederdrückend auf den Flug unseres Geistes wirkt. — Es ist meine feste Ueberzeugung, daß die Zukunft unserer Dynastie an die Verbrüderung der verschiedenen Völker der Monarchie gebunden ist, und diese Verbrüderung kann mit Achtung der bestehenden Nationalitäten nur der Kitt der Konstitutionalität zustande bringen. Das

Bureau und Bajonett sind ein elendes Bindemittel." Die gewaltige Wirkung seiner Rede zeigte sich in der einstimmigen Annahme seines Antrages den Kaiser mittelst einer Deputation und einer Adresse aufzufordern ein verantwortliches Ministerium aus Ungarn zu bilden und eine Verfassung für alle Länder der Monarchie zu bewilligen.

Vermutlich war Kossuth selbst von der Undurchführbarkeit einer solchen Verfassung überzeugt, er hoffte eben durch die infolge dieser Umwälzung eintretende Verwirrung Ungarn unabhängig zu machen. Wie oft hätte man übrigens seither, sogar noch in neuester Zeit, alle Ursache gehabt, Kossuths Worte zu beherzigen. Umsonst suchte man die Wirkung der Rede abzuschwächen, indem die Zensur ihren Abdruck verbot oder verstümmelte. Sie verbreitete sich bald über das Reich. Nach den Ungarn machten dann auch die Slaven ihre Forderungen geltend. In Prag stellte die demokratische Tschechenpartei am 11. März ihre Petition auf. In Wien selbst begannen die Bürger ganz ungeniert, ohne sich um die sonst gefürchtete Zensur und Polizei zu kümmern, ihre Glossen über die Zeitereignisse zu machen. Studenten und Arbeiter wurden von der Gärung ergriffen und draußen in den Vorstädten grollte ein elendes, hungerndes Proletariat. Am Hofe aber herrschte die kläglichste Ratlosigkeit, die zu der früheren erheuchelten Unerschütterlichkeit und dem starren Hochmut Metternichs im grellsten Widerspruch stand. Zunächst that er zwar noch ziemlich trotzig und nahm eine Adresse des nieder-österreichischen Gewerbevereins fast verächtlich entgegen. Aber andere Adressen mit Tausenden von Unterschriften, darunter die von sehr angesehenen und wohlhabenden Bürgern, folgten. Besonders wirksam aber traten die Studenten in die Bewegung, im allgemeinen idealgesinnte, tapfere und aufopferungsfähige, aber politisch natürlich durchaus unerfahrene Leute.*)

In einer großen Versammlung in der Universitätsaula (12. März)

*) Daß dieselben sich mit Vorliebe radikalen Anschauungen zuwandten, erklärt sich aus dem grenzenlosen geistigen und materiellen Druck, der auf ihnen lastete. Das Mittel- und Hochschulwesen lief auf geistlose Abrichtung hinaus. In Wien mußten die Studenten der Philosophie in jedem Semester dreimal beichten, ein Zwang, dem man sich durch unwürdigen Schacher mit Beichtzetteln entzog. Ein großer Teil der Studenten befand sich in der drückendsten Lage. Manche wohnten in Kellerlöchern und lebten von Wasser und Brot! Die grenzenlos kleinliche Bevormundung der Polizei zwang die Studenten zu geheimen Verbindungen ihre Zuflucht zu nehmen, das materielle Elend und der Kollegien- und Examenzwang aber verhinderten die Bummelei und hielten zum Fleiß an.

unterzeichneten etwa 2000 Studenten eine Adresse mit den üblichen Volksforderungen, die dann von den Professoren Hye und Endlicher überbracht wurde.

Am Abend des 12. März beschloß dann die Staatskonferenz, in der die klerikal gesinnte Erzherzogin Sophie und die Erzherzöge Johann und Stephan schon vorher auf Konzessionen gedrungen hatten, während Metternich sich widersetzte, es sollten aus allen Provinzen ständische Mitglieder berufen werden, um mit einem Regierungskomitee zu verhandeln. Am 13. März traten die niederösterreichischen Stände zusammen, sonst eine sehr harmlose Körperschaft, die aber in Anbetracht des großen Moments diesmal eine besondere Bedeutung gewann. Vor dem Ständehaus sammelten sich bald Studenten und Volksmassen. Dr. Fischhof, der auch später bis zu seinem Tode († 1893) seinen demokratischen Ueberzeugungen treu blieb, lieh dem unklaren Gefühle der Menge Worte, indem er Preßfreiheit, Geschworene, Volksvertretung verlangte und die Freiheit hochleben ließ. Darauf ertönten bald allgemein die Rufe „Preßfreiheit, Konstitution, Ministerverantwortlichkeit.“ Während dann Fischhof mit den Ständen parlamentierte, Dr. Goldmark sie zu einer Sturmpetition an den Kaiser zwingen wollte, und einige Zeugen zu ihren Beratungen zugelassen werden mußten, las ein Student Kossuths Rede vor und diese entflammte nun erst recht die Erbitterung der Menge. Man rief: Fort mit Metternich und mit den Jesuiten! Volksbewaffnung! Keine Russen! Als darauf die Nachricht kam, die Stände wollten den Kaiser bloß um Veröffentlichung des Staatsbudgets und Berufung eines ständischen Ausschusses aus allen Provinzen bitten, da durchbrach der gerechte Volkszorn alle Dämme. Man verwünscht*) die Stände, die Masse dringt ins Ständehaus, das demoliert wird, die Mitglieder laufen davon und der Landtagsmarschall zieht mit einem Haufen Studenten in die Burg um wohl oder übel die Volksforderungen dort anzubringen. In der Hofburg zaudert man und will durch langwieriges leeres Geschwätz Zeit gewinnen. Aber inzwischen kommt's auf der Straße zur Entscheidung.

Man hatte nämlich schon am Morgen bedeutende Truppen-

---

*) Jedenfalls befanden sich unter der Volksmenge auch schon zahlreiche Arbeiter. Die Studenten, die wohl wußten, daß es sich um ihr ganzes Dasein handelte, hatten nämlich schon am Tag vorher die Arbeiter in den Vorstädten und Vororten zur Unterstützung ihrer Demonstration aufgefordert.



massen aller Waffengattungen aufgeboten, die der Erzherzog Albrecht, ungleich seinem Vater, dem Sieger von Aspern, ein sehr schroffer Herr, befehligte. Die Truppen wollten den Platz vor dem Ständehaus säubern, und nun wurde das zertrümmerte Mobiliar zum Fenster hinaus und auf die Truppen herabgeworfen. Als ein Offizier getroffen wurde, erfolgte eine Salve gegen die Fenster, die aber unschädlich war. Als dann aber Erzherzog Albrecht angeblich von einem Holzstück gestreift wurde,*) gaben die Truppen (auf wessen Befehl, ist unbekannt), zwei Salven ab, die 4 Personen töteten (eine Frau wurde erdrückt). Die Menge floh und suchte Barrikaden zu errichten, doch ohne großes Geschick, denn die gemütlichen Wiener hatten in solchen Sachen gar keine Erfahrung. Die Waffen, zu denen man griff, waren zum Teil höchst primitiv. Es kam zu einer Anzahl von teilweise ziemlich blutigen Straßentumulten.**) Nachmittags versammelten sich dann die bewaffneten Bürger auf dem Glacis und sandten eine Deputation zum Kaiser um den Rückzug der Truppen zu fordern. Andererseits sandten auch die Studenten den Rektor in die Hofburg, um Waffen zu verlangen, freilich eine in anbetracht der Umstände ziemlich naive Zumutung. Als das Volk auch gegen die starkbesetzte Hofburg heranrückte, wollte Erzherzog Maximilian mit Kartätschen feuern lassen, aber die Kanoniere, vor allem der wackere Oberfeuerwerker Pollet, versagten den Gehorsam. Der Verlust des Volkes war übrigens nicht bedeutend gewesen und bestand bezeichnenderweise aus Wehrlosen, zum Teil auch Frauen.

In der Hofburg herrschte inzwischen die größte Konfusion. Kaiser Ferdinand war ein Idiot, dabei aber sehr gutmütig und wollte vom Schießen nichts wissen, aber die Staatskonferenz verweigerte immer noch jede Konzession. Metternich selbst sprach sich gegenüber einem Mitgliede der Bürgerdeputation, Scherzer, spöttisch über den Straßenkrawall aus. Darauf antwortete Scherzer: Durchlaucht, das ist kein Straßenkrawall, sondern eine Revolution (also eine Wiederholung der Worte, die der Graf Rochefoucauld-Liancourt bei Ge-

*) Es kam dabei zunächst zu einem furchtbaren Gedränge, wobei die vom Erzherzog Albrecht herbeigerufenen Pioniere wütend auf die Wehrlosen einhieben und stachen und z. B. auch Kudlich verwundet wurde. Letzterer hat übrigens von einer Provokation der Truppen durch die Menge nichts gesehen.

**) Von Kämpfen kann man eigentlich kaum reden, da die Menge größtenteils gar nicht oder sehr schlecht bewaffnet war und meist bald das Feld räumte.

legenheit des Bastillesturmes Ludwig XVI. sagte). Metternich aber behauptete, es seien nur Juden, Polen, Italiener und Schweizer, die das Volk aufwiegelten, eine Selbsttäuschung, welche auch, wie wir sehen werden, in Berlin geteilt wurde. Es kam noch zu einem scharfen Wortwechsel zwischen den Erzherzögen Albrecht und Maximilian einerseits und der Deputation andererseits. Indessen zerstörte das Volk die Villa Metternichs; die Stimmung der Massen wurde immer bedenklicher.*) So siegten endlich die Gegner Metternichs, die ehrgeizige Erzherzogin Sophie und der Erzherzog Johann. Sehr wahrscheinlich hat die Partei der ersteren sogar durch Hinderung der Regierungsmaschine die Bewegung mindestens indirekt gefördert. Man ließ Metternich fallen, und dieser kündete selbst den Deputationen seinen Rücktritt an. Dann entfloh er mit Hülfe des Afrikareisenden v. Hügel. Er ging nach London, wo er seinen guten Freund Guizot schon vorfand. Metternich erlebte noch die neue Reaktion, aber eben auch noch den Beginn des abermaligen Zusammenbruchs des österreichischen Systems in Italien, er starb während des italienischen Krieges von 1859. Das Facit seiner Regierung aber war gleich Null, wie überhaupt konservative Staatsmänner sich nur selten und dann meist gegen ihren Willen in der innern Politik schöpferisch erwiesen haben.

Der Sturz Metternichs erregte in der ganzen Stadt brausenden Jubel. Die Bewaffnung der Studenten wurde bewilligt und die schon bestehende Bürgerwehr auf alle Bürger ausgedehnt, also eine Volksbewaffnung wie in Süddeutschland, wo auch die Bürgerwehren eine sehr große Rolle spielten und sich sehr geräuschvoll mit Waffenübungen vergnügten, die glücklicherweise keine ernste Probe zu bestehen hatten. Indessen trat jetzt schon ein Gegensatz zwischen der Bürgerwehr und den Arbeitern der Vorstädte zutage, wo, wie schon angedeutet, Fabriken und Maschinen und mehrfach auch die Mauth- und Zollhäuser zerstört wurden, deren Insassen sich besonders verhaßt gemacht hatten. Die Bürgerwehr schritt gegen die Tumultanten ein, zum Teil unter

*) Namentlich hat wohl die Haltung der Proletarier in den Vorstädten, die bei den Versuchen, in die Stadt einzudringen, mehrfach abgewiesen, ihren Grimm gegen die Fabriken und Wachthäuser kehrten, zu diesem Entschluß mitgewirkt. Der gut bürgerliche Kudlich schreibt: „Mehr noch als Vorstellungen gutgesinnter Vermittler mögen wohl die in den Vorstädten aufsteigenden Feuersäulen, mag die Mitteilung des Militärs gewirkt haben, daß man mit 7000 Mann diesem Sturme nicht gewachsen sei."

blutigen Kämpfen, während die Studenten, die sich als akademische Legion konstituiert hatten, zwischen den Arbeitern und Bürgern die Mitte hielten. Indessen aber gab die Militärpartei am Hofe sich noch keineswegs zufrieden. Obwohl der arme Ferdinand sich wiederholt gegen das Schießen erklärte,*) erschien doch am 14. nachmittags noch eine Proklamation, wonach Fürst Windischgrätz eine Art von Militärdiktatur übertragen wurde. Windischgrätz selbst erließ einen Aufruf, worin vorläufig (in einer Partizipialkonstruktion!) auch der Belagerungszustand verkündet wurde. Darauf aber rüstete sich das Volk zum unerbittlichen Kampfe und eine Katastrophe schien nicht mehr zu vermeiden. Es wurde sogar ein Sturm auf die Burg geplant. Aber am andern Morgen erschien Kossuth mit seiner Deputation und zugleich Frankls flottes Lied: „Die Universität", das gleich sehr populär wurde.**) Endlich gab der Hof definitiv nach, wobei wohl dem Kaiser, der an diesem Tage imstande war seine eigene Meinung geltend zu machen, ein Hauptverdienst gebührt. Es erschien eine Proklamation, worin folgende hauptsächliche Verleihungen gemacht wurden: Preßfreiheit, Nationalgarde, Einberufung von Abgeordneten aller Provinzialstände der Monarchie mit verstärkter Vertretung des Bürgerstandes und unter Berücksichtigung der bestehenden Provinzialstände „zum Behuf" (wie es in diesem wunderbaren Kanzleideutsch hieß) der Verfassung. Kossuth selbst gab dem Triumph der Bürger noch die höhere Weihe durch eine glänzende Rede in der Aula, wo dann Deutsche, Magyaren und Tschechen sich, allerdings leider nur sehr vorübergehend, verbrüderten. Auch die Ungarn erhielten nun ihr eigenes verantwortliches Ministerium. Am 17. März wurden dann die Gefallenen bestattet unter der Begleitung der Nationalgarde und einer riesigen Volksmenge, zusammen 30 000 Mann.***) Die Wiener Revolution entschied nun auch,

---

*) Nach dem Sturze Metternichs war der Erzherzogin Sophie nämlich die Bewegung höchst unbequem geworden; sie und die Kaiserin wären jetzt sehr gern mit Gewalt eingeschritten.

**) Versuche der Militärpartei, die Studenten unter dem Vorwande der Bekämpfung der Proletarier aus der Stadt herauszulocken, scheiterten an dem entschiedenen Widerspruch der Akademiker.

***) Am selben Tage wurde auch die Einsetzung eines verantwortlichen Ministeriums beschlossen: Graf Kolowrat Ministerpräsident, Graf Ficquelmont Aeußeres, Graf Taaffe Justiz, Pillersdorf Inneres.

was wir wenigstens beiläufig hier erwähnen müssen, die Erhebung in dem zu Oesterreich gehörenden Lombardo-Venetien. Die höchst kleinliche, niederträchtige Polizeiwirtschaft der Oesterreicher hatte dort die größte Erbitterung hervorgerufen, und als nun die Nachrichten aus Wien eintrafen, brach der Aufstand in Mailand aus. Der energische und vortreffliche Feldmarschall Radetzky, wohl der beste Feldherr der damaligen Zeit, mußte doch nach mehrtägigem Straßenkampfe weichen und im Festungsviereck Schutz suchen. Und bald begann auch König Karl Albert, angespornt durch das stürmische Drängen seines Volkes, den Kampf gegen Oesterreich. Gleichzeitig konstituierte sich auch Venedig wieder als Republik. So war dann die Lage Oesterreichs bedenklich genug.

In Preußen schien eine Volkserhebung schwieriger als vielleicht in irgend einem anderen Staate Deutschlands. Eine stramme Bureaukratie, ein nicht minder schneidiges Kriegsheer, die kürzliche Gewährung von Konzessionen, mochten sie auch noch so bescheiden und unzureichend sein, erschienen als ebenso viele Hindernisse einer entschieden fortschrittlichen Bewegung. In der That schrieb noch am 12. März Robert Prutz hart, aber teilweise zutreffend: „Den härtesten Stand wird die Sache der Freiheit in Preußen haben, nach beiden Seiten hin, bei der Regierung wie beim Volk; jene ist zu frivol, zu selbstisch, zu verlogen, dieses der Mehrzahl nach zu borniert, zu knechtsgewohnt. zu respektvoll vor Stock und Knute, um sich der Bewegung mit Ernst und Nachdruck hinzugeben. Ja, selbst nur zu einem einigermaßen ernsten kritischen Konflikt sehe ich in Preußen keinen rechten Anfang.“ Indessen blieb doch nicht alles so ruhig, wie man gewähnt hatte. Namentlich im Rheinlande, deren Bewohner sich gewissermaßen als Mußpreußen fühlten, schlugen die Nachrichten aus Paris kräftig ein. In Köln spielte und sang man wohl die Marseillaise und neben den Bürgern traten hier auch die Arbeiter mit einem nach der Seite der Sozialreform hin vermehrten Programm auf. Die Arbeiter wurden aber rücksichtslos durch das Militär auseinandergesprengt und mehrere Volksredner verhaftet, so die ehemaligen Artillerieoffiziere Willich und Anneke und der Arzt Gottschalk. Darüber gerieten die Massen in großen Zorn, man stritt bereits um Republik oder Monarchie und drohte auch mit Anschluß an Frankreich.

Die Revolution in Berlin.

Auch in Berlin begannen die Nachrichten aus Paris die sonst sehr philisterhafte Bürgerschaft allmählich aufzurütteln, und andererseits fing die Regierung an militärisch zu rüsten, hier jedenfalls nicht gegen einen Angriff von Frankreich. Am 6. März entließ der König den Vereinigten Ständischen Ausschuß und erklärte dabei: „Man müsse der Welt zeigen, daß in Preußen der König, das Heer und das Volk dieselben seien von Geschlecht zu Geschlecht." König Friedrich Wilhelm war nicht ganz ohne Verständnis dafür, daß namentlich in der deutschen Frage etwas geschehen müsse, und andere maßgebende Persönlichkeiten sahen darin noch weit klarer. Der General v. Radowitz, Militärbevollmächtigter beim Deutschen Bund, aber ebenso wie der spätere Bundestagsgesandte Savigny klerikal, hatte schon im November 1847 schlagend nachgewiesen, daß der Bund absolut nichts geleistet habe und daß die Sehnsucht des deutschen Volkes nach einer großen wirklichen Gemeinschaft befriedigt werden müsse, auch im eigenen Interesse Preußens. Am 1. März wurde Radowitz mit Vorschlägen in diesem Sinne nach Wien geschickt, aber diese Sendung wurde durch die Ereignisse überholt. Friedrich Wilhelm aber hielt immer noch den Gedanken eines Fürstenkongresses fest. Obschon das bairische Ministerium „solch ein Seitenstück der Kongresse von Aachen, Carlsbad, Verona und Wien" nicht mit Unrecht verworfen hatte, ließ er noch am 16. März eine Einladung an die süddeutschen Regierungen ergehen, namentlich zum Zweck der Beratung über das National-parlament.

Indessen begannen seit dem 6. März die Volksversammlungen in den Zelten im Tiergarten, bei denen allerdings nicht viel heraus

kam. Eine Adresse wurde nicht überreicht, weil der Polizeipräsident v. Minutoli, der in diesen Tagen eine sehr zweideutige Rolle spielte, für diesen Fall mit bewaffnetem Einschreiten drohte, aber immerhin doch zum Unterzeichnen aufgelegt. Inzwischen hatte Graf Kleist mit dem Prinzen von Preußen, dem Bruder des Königs, eine Unterredung gehabt, worin er ein deutsches Parlament und Bürgerbewaffnung für die innere Sicherheit befürwortete, war aber vom Prinzen unbedingt abgewiesen worden.

Auch die Stadtverordneten zeigten sich gegenüber fortschrittlichen Anträgen sehr zaghaft, wie sie dies auch später noch sehr oft gethan haben, wenn sie nach oben Anstoß zu erregen fürchteten. Am 8. März erließ der König eine sehr vage Proklamation, worin er eine Reform der Preßgesetzgebung mit Zensurfreiheit, natürlich aber auch mit den beliebten Garantien gegen den „Mißbrauch", versprach. Bei dem vielen Geschwätz und den Adressen, die schließlich doch die Zeltenversammlung und die Stadtverordneten absandten, kam nicht viel heraus. Ein größerer Zug kam erst in die Bewegung, als sich das Gerücht verbreitete, der Prinz von Preußen solle nach dem Rhein abgehen, um die dortige Bewegung zu unterdrücken, und man wolle die Versammlungen im Tiergarten mit Gewalt hindern. In der That rüstete die Regierung energisch. Auch offenbarte sich bereits in der Presse die Angst des Spießbürgertums ob jener Volksbewegung, weil auch Forderungen der Arbeiter erörtert wurden. Ein sehr feiner Beobachter, Varnhagen von Ense,*) sprach sich bereits sehr pessimistisch über den Erfolg der freiheitlichen Bestrebungen aus. Am 14. März erschien ein Patent des Königs, worin er den Landtag auf den 27. April einberief, um Deutschland gegen die Gefahren des Umsturzes und der Anarchie zu schützen. Aber der Eindruck dieser Proklamation wurde mehr als aufgehoben durch das herausfordernde Benehmen der Offiziere und die Strafandrohung der Behörden gegen Ansammlungen. Schon am 13. hatte ein Zusammenstoß stattgefunden, wobei u. a. ein

*) Sehr interessant sind trotz aller Anfechtungen für die Berliner Zustände dieser Jahre immer noch die Tagebücher von Varnhagen von Ense. Mag auch manchmal Klatsch mitunterlaufen, so hatte doch Varnhagen offenbar gute Verbindungen beim Hofe, und es ist kein Grund vorhanden, ihm zu mißtrauen, wenn er sich auf gute Quellen beruft. Als ehemaliger Offizier und Diplomat der alten Schule, der sich selbst konservativ nennt (IV, 359), hatte er auch an und für sich durchaus kein Interesse, zu Gunsten der Demokratie zu schreiben.



Sohn des Dichters Rückert verwundet wurde, am 14. wiederholten sich dieselben, obgleich der Gouverneur von Berlin, von Pfuel, ein Mann aus der Schule Gneisenaus, Schonung anempfohlen hatte. In der Brüderstraße hieben die Gardekürassiere in die dichtgedrängte Menge, die nicht weichen konnte, roh ein, und, wie Varnhagen berichtet, gestand von Pfuel selbst, es seien bei diesem Angriff viele Unschuldige zusammengehauen worden. Daß solche verwundet wurden, gestand sogar eine Bekanntmachung, gezeichnet v. Pfuel und Minutoli, ein. Friedrich Wilhelm, der in Potsdam war und die witzig oder geistreich sein sollenden Bemerkungen über alles liebte, sagte auf die Kunde von den Vorgängen in Wien: „Nun werd' ich nach Berlin müssen, damit sie mir dort nicht auch tolle Streiche machen." Am 14. März erschien ein Patent, worin der Vereinigte Landtag auf den 27. April einberufen wurde, aber das genügte schon nicht mehr. Am 15. März kam es zu neuen Aufläufen,*) einige Offiziere von hohem Rang wurden mißhandelt und Bürger und Studenten bildeten eine Schutzkommission zur Beruhigung. Die guten Leute mit ihren weißen Stäben und weißen Binden wurden vom erbarmungslosen Berliner Witz als „Leichenbitter" verhöhnt, später hatten übrigens ihre Bemühungen einigen Erfolg. Am Abend wurde der mit großen Menschenmassen besetzte Schloßplatz von der Truppe gesäubert und, als man in den nächsten Straßen Barrikaden zu errichten versuchte, gab das Militär Feuer. Mehrere Tote und Verwundete blieben auf den Platze. Auch der folgende Tag forderte eine Anzahl von Opfern. Besonders im Lokal der demokratischen „Zeitungshalle" benahm sich das Militär sehr brutal. Man wollte sogar durch die Fenster schießen. Die Zensur setzte inzwischen rüstig ihre erbärmlichen Chikanen gegen die oppositionelle Presse fort. Umsonst verlangte der Minister von Bodelschwingh energische Reformen und, da er nicht populär war, seine eigene Entlassung. Der König zögerte noch immer. Am 17. war es in der innern Stadt ruhiger. Dafür gab man aber seiner Entrüstung über das rohe Einschreiten des Militärs in den Wirtshäusern und Cafés Ausdruck.**) Besonders war

*) Es kam darüber zu einer heftigen Szene zwischen dem Prinzen von Preußen und Pfuel. Ersterer warf dem Gouverneur seine Langmut vor, Pfuel beschwerte sich beim König, und dieser mußte vermitteln.

**) Verfasser hatte das Glück, außer den ihm vorliegenden gedruckten Quellen auch noch Mitteilungen eines sehr besonnenen und zuverlässigen Augenzeugen



man gespannt auf das Auftreten einer kölnischen Deputation unter dem Oberpräsidenten Eichmann, bei der sich auch Volksmänner wie Franz Raveaux und Dr. d'Ester befanden und die, wie es hieß, mit dem Abfall der Rheinlande oder gar mit dem Anschluß an Frankreich drohen sollte, wenn die Volksforderungen nicht bewilligt würden. Ferner beschloß man in Bürgerversammlungen mit einer Sturmpetition vor das Schloß zu ziehen. Man verlangte Preßfreiheit, frühere Einberufung des Landtags, Zurückziehung des Militärs und Bürgerwehr.

Am 18. März erschien dann die rheinische Deputation und wurde gnädig aufgenommen, denn der König hatte sich nun entschlossen nachzugeben und schon den Grafen*) Armin-Boitzenburg mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt. Er willfahrte den Wünschen der Rheinländer und versprach, sich an die Spitze der deutschen Bewegung zu stellen, ja, als die Rheinländer Bürgschaften verlangten, forderte er sie auf, nur einige Stunden zu warten, damit sie die Proklamation gleich mit nach Hause nehmen könnten. Der Prinz von Preußen zeigte sich ebenfalls entgegenkommend. Auch einer Deputation der Stadtverordneten verhieß der König die Bewilligung der Volksforderungen. In der That erschien nachmittags um 1 Uhr ein Extrablatt der „Allgemeinen preußischen Zeitung" mit zwei Patenten. Das eine derselben stellte die Einberufung des Landtags auf den 2. April in Aussicht und enthielt auch das Programm für die Bundesreform:

---

benutzen zu können. Dieser (in der Folge kurz „Augenzeuge" citiert) hatte den Eindruck, daß man die Hauptstadt durch Schrecken im Zaume halten wollte. Das schroffe Einschreiten des Militärs rief maßlose Erbitterung hervor. Andererseits waren die Soldaten besonders infolge der Konsignierung in den Kasernen sehr gereizt.

*) Da in der Geschichte des Jahres 1848/49 verschiedene Repräsentanten des alten weitverzweigten Adelsgeschlechtes von Arnim auftraten, so mögen hier, um Verwechslungen vorzubeugen, die wichtigsten folgen:

Adolf Heinrich von Arnim-Boitzenburg (1803—1868), Märzminister. Sein Sohn, bekannter konservativer Politiker, war Reichstagspräsident.

Heinrich Alexander von Arnim-Suckow (1798—1861), Minister vom März bis Juni, später einer der entschiedensten und angesehensten der liberalen Konstitutionellen in Preußen. Sein Neffe war der bekannte, von Bismarck mit so kleinlicher Rachsucht verfolgte Diplomat.

Heinrich Friedrich von Arnim-Heinrichsdorff-Werblow (1791—1859), Botschafter in Wien, dann Februar bis Mai 1849 Minister.

Verwandlung des Staatenbundes in einen Bundesstaat; Vertretung beim Bund, zunächst aus den Ständen aller deutschen Länder, die eine konstitutionelle Verfassung in allen deutschen Staaten zur Voraussetzung habe, allgemeine deutsche Wehrverfassung, deutsche Flotte, Bundesgericht, allgemeines deutsches Heimatrecht mit voller Freizügigkeit, allgemeiner deutscher Zollverein, gleiches Maß und Gewicht und gleicher Münzfuß. Das Patent war vom Prinzen von Preußen und allen Ministern — freilich noch den alten, obschon bereits ein neues Ministerium in Aussicht genommen war — gegengezeichnet. Das andere Patent hob die Zensur auf und führte die Zeitungskautionen ein. Nun herrschte großer Jubel in der Stadt. Die liberale Bourgeoisie schien alles erreicht zu haben, was sie wollte, und kümmerte sich wenig darum, ob der König seine Zugeständnisse aus freier Ueberzeugung oder nur dem Drange der Umstände gehorchend gemacht hatte. Etwa 2000 Menschen, in der großen Mehrzahl dem Bürgerstande angehörend (nach andern noch weit mehr), sammelten sich vor dem Schlosse und brachten fortwährend stürmische Hochrufe auf den König aus. Es war eine im ganzen von den besten Absichten beseelte Menge, die dem König ihren Dank für die gemachten Konzessionen erweisen wollte. Der König wollte reden, aber seine Worte wurden vom tosenden Jubel verschlungen. Eine Civilperson, vermutlich Bodelschwingh, verlas die gewährten Konzessionen. Auch dies wurde nicht verstanden. Nun suchten Bodelschwingh, Graf Arnim-Boitzenburg und der Gouverneur Pfuel die Menge zum Auseinandergehen zu bewegen, doch umsonst; sie wollte nicht weichen, sie konnte es wohl gar nicht, da sie sich auf dem Platze gestaut hatten. Auch mischten sich Arbeiter unter die Bürger und äußerten, man habe gar nichts bewilligt oder es helfe den armen Leuten doch nicht. Immerhin erschien die Lage dem Gouverneur Pfuel so wenig bedenklich, daß er noch das Schloß verließ. Bald aber änderte sich die Stimmung. Die Menge drängte, vermutlich durch neu hinzukommende selbst vorwärts geschoben, gegen die Portale heran und viele gewahrten nun erst das innerhalb derselben aufgestellte Militär. Da erwachte der Ingrimm gegen letzteres, dessen Zurückziehung von der Bürgerschaft schon seit mehreren Tagen gefordert wurde. Es ertönten Rufe: Militär weg, woran sich auch die vorn stehenden Schutzbeamten beteiligten. Da Pfuel nicht wieder zurückkam, übertrug der König das Kommando an den kommandierenden General des Gardekorps, den schneidigen von Prittwitz, und erteilte ihm

den Befehl den Schloßplatz mit Kavallerie zu säubern, aber im Schritt und mit eingesteckter Waffe. In der That führte nun auch Prittwitz von der Seite der Schloßfreiheit her eine Schwadron Gardedragoner gegen die Menge, aber nicht im Schritt, mit eingesteckter Waffe, sondern, wie Varnhagen nach den Berichten zahlloser und unverdächtiger, selbst der Hofpartei angehöriger Zeugen wiederholt versichert, im Galopp und mit gehobenem Säbel. Die Wirkung läßt sich denken. Die Menge wich abermals nicht zurück. Im Gegenteil warf sie sich erbittert den ansprengenden Dragonern entgegen. Da kam vom nächstliegenden Portal eine Kompagnie des Kaiser Franz-Regiments, der bald aus einem andern Portal eine weitere folgte. Natürlich wurde die Verwirrung und das Gedränge noch größer. Zweimal entstand nach Versicherung des „Augenzeugen" der blinde Lärm, man habe geschossen. Indessen suchten einzelne zu vermitteln. Der Dr. phil. Schasler, der in den Zeltenversammlungen präsidiert hatte, ersuchte den General v. Möllendorf, das Militär, das mittlerweile den Schloßplatz gesäubert hatte, zurückzuziehen. Während Möllendorf gerade eine entgegenkommende Antwort gab, fielen aus einem Zuge der einen Kompagnie, der von der Breitestraße bis zur Kurfürstenbrücke vorgegangen war, 2 Schüsse. Ueber das Wie und Warum dieser Schüsse wird wohl nie völlige Klarheit geschaffen werden. Die Angaben widersprechen sich zu sehr. Sehr beachtenswert ist immerhin, daß Dr. Schasler ganz deutlich gesehen haben will, daß zwei Grenadiere aus dem Gliede sprangen, die Gewehre senkten und zwei Schüsse auf die das Trottoir passierenden abfeuerten. Ein anderer Zeuge glaubte sich freilich zu erinnern, daß die beiden die Gewehre hochhielten.*) Jedenfalls aber verdienen die Angaben Schaslers, der aus unmittelbarer Nähe den Vorfall gesehen hatte, eben so viel Glauben als der amtliche Bericht über das vorgenommene Verhör,

*) Verfasser erinnert sich, welche Verwirrung das Ansprengen einiger berittener Schutzleute im Jahre 1882 in Berlin bei Anlaß eines unbedeutenden Brandausbruchs hervorrief. Es wurde übrigens 1848 die freilich durchaus unverbürgte Vermutung geäußert, der Prinz von Preußen habe den Befehl in diesem Sinne abgeändert. Die Schneidigkeit des Herrn von Prittwitz hat aber wohl auch allein diese Abänderung veranlassen können. Höchst auffallend ist in der Darstellung Bodelschwinghs (in dem bei Diest abgedruckten Briefe), daß hier die Säuberung des Platzes und die zwei Schüsse der Ernennung von Prittwitz vorausgehen. Dadurch wird die auch sonst mit reaktionären Wahnvorstellungen sehr stark durchsetzte Schilderung vollends verdächtig.

der nur von einer zufälligen Entladung der Gewehre spricht. *) Uebrigens hat die ganze Frage kaum die Bedeutung, die man ihr von beiden Seiten zugeschrieben hat, denn nach allen glaubwürdigen Berichten (auch nach dem „Augenzeugen“) war die Erbitterung der Bürger gegen das Militär so gestiegen, daß der kleinste Funke genügte, um die Explosion hervorzurufen. Wären jene Schüsse, die niemand verletzten, nicht gefallen, so hätte ein anderer Anlaß die gleiche Wirkung hervorgebracht. Man darf auch mit Zimmermann zugeben, daß unter dem fortgeschrittenen Teil des Bürgertums und unter den Arbeitern vielfach die Meinung herrschte, der Kampf sei doch unvermeidlich. Vielleicht wurden sogar schon an einzelnen Orten Barrikaden gebaut, wie dies an den vorhergehenden Tagen mehrfach geschehen war. Allein an einen bestimmten Plan ist dabei nicht zu denken. Viele mochten nach der dumpfen Schwüle der vormärzlichen Zeit ein gewisses grimmiges Behagen an einem kräftigen Gewitter empfinden, andere wieder denken, daß Berlin auch in dieser Richtung nicht hinter Paris zurückbleiben dürfe. Endlich mögen auch fremde Agitatoren, z. B. Polen, mitgewirkt haben. Daß diese aber planmäßig die Revolution vorbereitet und veranlaßt haben, das läßt sich, trotzdem es auch von den neuesten Darstellern der Märzkämpfe, Blum und Busch, mit einer Sicherheit behauptet wird, die einer bessern Sache würdig wäre, unbedingt nicht beweisen. Der loyale Deutsche, zumal der ruhige und besonnene Norddeutsche, unternimmt nicht ohne den triftigsten Grund eine Revolution und läßt sich nicht von fremden Agitatoren fortreißen. Das schlagendste Argument

*) Da Sybel, H. Blum und Busch sich überhaupt mit Vorliebe auf amtliche oder von höheren Beamten oder Offizieren stammende Berichte stützen, so mag hier ein für allemal vor dem grundfalschen System gewarnt werden, solche Berichte prinzipiell denen von der Gegenseite vorzuziehen; denn auch Amtspersonen nnd Militärs waren Partei und stellten die Dinge von ihrem Standpunkt aus dar. Das Wort des Bürgersmannes ist, wenn er Augenzeuge war, ebensoviel wert als das eines Generals oder Ministers. Welche Entstellungen enthielten nicht die Proklamation des Königs an die Berliner und seine späteren Aeußerungen über die Märzereignisse! Erstere war doch gewiß „amtlich“ par excellence. Und waren nicht die vielfachen nichtswürdigen Verläumdungen gegen die Demokraten in den späteren Reaktionsprozessen großenteils amtlich? Auch der Immediatbericht Bismarcks gegen das Tagebuch Kaiser Friedrichs war amtlich. Und was ist z. B. in dem Dreyfushandel nicht alles von den höchsten Civil- und Militärpersonen „amtlich“ zusammengelogen worden!

gegen die von den ganz- und halbkonservativen Historikern so eifrig verteidigte Theorie von den fremden Aufwieglern scheint mir aber die Thatsache, daß in den folgenden Zeiten einer wütenden Reaktion, wo doch an Denunziationen und Verläumdungen gegen die Demokratie das menschenmögliche geleistet wurde, der Beweis für jene Behauptung nicht geführt werden konnte. Selbst, wenn die Leitung geheim war, hätte man doch wohl Spuren davon entdecken müssen.

Auch die konservativen Schriftsteller müssen übrigens zugeben, daß die Aeußerungen der Rache und Wut, die nach den zwei Schüssen*) laut wurden, ganz spontan gewesen sind. Unter dem Rufe: „Verrat, man schießt auf uns", stürmte das Volk fort. Viele, die noch eben dem König laut zugejubelt, waren jetzt vom wildesten Zorn entflammt.

Mit größtem Eifer und mit unglaublicher Schnelligkeit wurden überall Barrikaden errichtet und der „Augenzeuge" fand etwa eine Stunde nach dem Zwischenfall der beiden Schüsse alles im Kampf. Die Zahl der Barrikaden, die in der ganzen Stadt, auch in Vierteln errichtet wurden, die später das Militär gar nicht berührte, wurden auf mehr als 900 geschätzt, wohl übertrieben. Viele dieser Barrikaden waren wahre Meisterwerke in ihrer Art, so namentlich die am köllnischen**) Rathause und am Alexanderplatz. Andererseits aber rügt ein militärischer Berichterstatter, der Artillerieleutenant Orges, der freilich nach dem 19. März gleich seine Entlassung einreichte, die ungünstige Lage der Barrikaden.***) Derselbe sagt auf die Theorie von fremden „Emissären" anspielend:

„Man wird mir den Nachweis zu geben erlauben, daß diese Emissäre dann erschrecklich einfältig gewesen sein müssen und jedenfalls von dem Straßenkampfe nichts verstanden. Alle Bar-

*) Nach der Darstellung eines gewissen Julius Curtius, der ebenfalls mit Möllendorf verhandelte, müßten wohl schon vorher zwei Schüsse, ohne zu schaden, gefallen sein; anders ist die Sache kaum zu erklären. — Der Vollständigkeit wegen sei noch die Aeußerung eines andern militärischen Augenzeugen Artillerieleutenant a. D. v. Bruchhausen (bei Wolff, Revolutionschronik I 140) mitgeteilt. Obwohl kein Freund der Revolution und teilweiser Anhänger der Aufwiegler-Theorie behauptet er doch, daß die Schüsse erst nach dem Einhauen der Reiterei und zwei Bajonettangriffen gefallen seien.

**) Bekanntlich bildete der köllnische Stadtteil früher eine eigene Gemeinde.

***) Wolff, Berliner Revolutionschronik I, 177.

rikaden lagen genau an den Ecken der Straßen, so daß von demselben Schuß, der die einen in der Front traf, alle anderen flankiert wurden. In den langen, gradlinigten Straßen Berlins ein ungeheurer Nachteil; abgesehen davon, daß die Barrikaden, um ein Haus vorgeschoben, viel besser zu verteidigen waren. Jeder Militär wird begreifen, welchen ungeheuren Wert die großen Plätze für die Aufstellung der Reserven hätten, ein Stoß hätte die Thüren des Opernhauses, des Schauspielhauses geöffnet, ein Funke die Koulissen in Brand gesteckt, dann wären die Plätze und die Kommunikation darüber für die Truppen fast unmöglich geworden. An solchen Maßregeln würde man Emissäre erkennen."

Mit der Wissenschaft der „Barrikadenprofessoren"*) stand es also jedenfalls sehr schlecht. Und daß man öffentliche Gebäude schonte, spricht dafür, daß die Leitung in Händen von Berlinern war, die diese Bauwerke nicht zerstören wollten, während Fremde sich nicht darum gekümmert hätten. Eine wilde Begeisterung hatte die ganze Bevölkerung ergriffen, es war nicht allein der Haß gegen die Rohheit und den Uebermut der Soldatesca, die den Zorn der Bürger entflammte, sondern ebenso oder noch mehr ein nicht ganz unberechtigtes Mißtrauen gegen die Aufrichtigkeit der Konzessionen des Königs. Man deckte Dächer ab um die Ziegel auf die Truppen herabzuschleudern, nahm überall Waffen, wo man sie fand, und entwaffnete auch vereinzelte Soldaten, (zuerst erfolgte die Entwaffnung eines Wachtpostens von 2 Mann an der Bank in der Jägerstraße, wobei einer derselben umkam, ein Ereignis, welches von der „amtlichen" Rhetorik zu einer „Mordthat" im Jahrmarktsstil aufgebauscht wurde). Das Pflaster wurde aufgerissen und die Pflastersteine wurden zum Teil von Mädchen und Frauen in die obern Stockwerke geschafft, um ebenfalls als Wurfgeschosse zu dienen. Ebenso wurden Flaschen, Scherben

*) Der Ausdruck ist wohl eine Erfindung von Hans Blum, da er ihn mit Behagen so oft wiederholt. Höchst naiv ist die Bemerkung Blum's, worin er auf die Aehnlichkeit der Taktik der Berliner Straßenkämpfe mit der der Kommunards von 1871 aufmerksam macht, womit er offenbar andeuten will, daß eben Pariser „Professoren" diese Taktik gelehrt hätten. Als ob nicht eine ähnliche Lage auch ganz von selbst eine ähnliche Taktik erzeugte! Höchst absurd ist es immer von französischen Agitatoren zu reden. Diese hatten zu Hause Näherliegendes und Wichtigeres zu thun. Gerade in den Tagen vor dem 18. März befand sich infolge der gegenseitigen Demonstrationen der Bourgeoisie und der Arbeiter Paris wieder in großer Aufregung.

siedendes Wasser bereit gehalten. Man zog Gräben, um die Annäherung der Truppen zu erschweren. Die oberen Stockwerke namentlich in den Eckhäusern wurden von den besten Schützen besetzt. Bürger und Arbeiter eilten auf die Barrikaden, auch die Studenten, deren Meinungen bisher sehr geteilt gewesen waren, schlossen sich jetzt der Bewegung an. Einige derselben eilten zu der großen Borsigschen Maschinenfabrik hinaus und veranlaßten die dortigen stämmigen Arbeiter sich dem Aufstand anzuschließen. Sturmglocken verkündeten den Ausbruch der Revolution auch der Umgegend.

Eine Vergleichung der beiderseitigen Streitkräfte ist natürlich sehr schwierig. Prittwitz verfügte über rund 14000 Mann (Sybel marktet in seinem Haß gegen die Demokratie davon gleich 2000 herunter) mit 36 Geschützen. Diese waren wohl ausgerüstet und diszipliniert und unter einheitlicher Leitung. Die Bürger waren in Ueberzahl, wenn es auch unmöglich ist festzustellen, wie viele sich wirklich am Kampfe beteiligten; sie genossen auch die sehr wertvolle Unterstützung der nicht kämpfenden Bevölkerung; dagegen waren sie ohne einheitliche Leitung, nicht diszipliniert und großenteils auch im Kampfe und im Schießen nicht geübt, auch namentlich im Anfang sehr schlecht bewaffnet. Geschütz, was diesen Namen verdiente, hatten sie nicht.

Noch wurden zunächst Vermittlungsversuche gemacht. So wurde zwischen 3 und 4 Uhr eine weiße Leinwand zwischen 2 Stangen befestigt herumgetragen, worauf mit großen Lettern die Worte standen: „Mißverständnis. Der König will das Beste!" Diese Lesart vom „Mißverständnis" blieb fortan die offizielle und sie war insofern berechtigt, als der König selbst gewiß nicht daran gedacht hatte durch brutales Einschreiten einen Konflikt hervorzurufen. Graf Arnim ritt durch die benachbarten Straßen, indem er das Patent des Königs verkündete. Der Polizeipräsident von Minutoli eilte ins Schloß, gelangte aber nicht bis zum König selbst. Er wandte sich auch an die Barrikadenkämpfer, hatte aber auch hier keinen Erfolg. Die Deputation der Universität wurde zwar zur Audienz zugelassen, der König speiste sie aber mit nichtssagenden Redensarten ab.

Inzwischen hatte schon teilweise der Kampf begonnen.*) Eine Ueberſicht über denselben ist unmöglich, da er sich naturgemäß in eine

*) Die Zeitangaben sind sehr verworren oder widersprechend. Man thut daher gut dabei sehr vorsichtig zu sein.

Anzahl von einzelnen Kämpfen auflöste. Nur das Wichtigste sei hervorgehoben. Der erste Angriff des Militärs auf eine Barrikade erfolgte, angeblich gegen 4 Uhr, an der Ecke der Werder- und Oberwallstraße. Sie mußte bald geräumt werden. Dann wurde eine andere an der Oberwall- und Jägerstraße bei der Zeitungshalle angegriffen, wobei in dem Haus der letzteren auch einige Unbeteiligte getötet wurden.*) Besonders wurde ein Vorfall bei der Artilleriekaserne am Oranienburger Thor bedeutungsvoll. Dort befanden sich die großen Maschinenfabriken von Borsig und andere. Als nun der Versuch gemacht wurde Geschütze nach dem Schlosse zu bringen, widersetzten sich die Arbeiter und bauten Barrikaden. Es gelang zwar die Geschütze auf einem Umwege doch abzuführen, aber die Kaserne wurde vom Volke umdrängt. Vergeblich suchte die zurückgebliebene Mannschaft den Bau einer Barrikade zu hindern. Die Artilleristen, wütend und kopflos, brachten unbemerkt eine Haubitze heran und feuerten aufs geratewohl einen Kartätschenschuß in die dichtgedrängte Menge ab. Fünf Männer blieben tot, die Menge geriet in furchtbaren Zorn und die Maschinenarbeiter traten nun erst recht in den Kampf ein. Das erbitterte Volk aber warf sich auf die Wagenhäuser der Artillerie und die königliche Eisengießerei und zerstörte sie.**)

Ein Teil der Barrikaden wurde rasch genommen, namentlich solche, die nicht kunstgerecht konstruiert oder nicht genügend verteidigt waren. Andere hielten sich länger, zumal dort, wo tüchtige Führer kommandierten. Die reaktionären Geschichtsschreiber fabelten und fabeln, wie schon angedeutet, jetzt noch von Polen und Franzosen, welche die Verteidigung geleitet hätten.***) Aber die Führer waren vielmehr in Berlin wohl bekannt, der Tierarzt Urban, der Drechsler Hesse, der Stadtverordnete Berends, Dr. Eichler, der Maschinenbauer

*) Seltsam war das Geschick eines Dienstmädchens, das mit den Worten: „Seinem Schicksal kann man nun einmal nicht entgehen", ans Fenster trat und in demselben Augenblicke tötlich getroffen wurde.

**) Nach dem „Augenzeugen" müßte dies schon etwa um 4 Uhr geschehen sein, nach andern später.

***) Polizeipräsident v. Minutoli bestritt später entschieden, daß Hunderte von Franzosen und Polen zum Zwecke eines Straßenkampfes nach Berlin gekommen namentlich auch, daß viele deutschredende Franzosen sich dort befunden hätten. Mit Recht bezweifelt er auch, daß die Berliner Bevölkerung sich von des Deutschen unkundigen Ausländern leiten lasse.

Siegrist und andere. Die Taktik der Truppen änderte sich im Laufe des Kampfes. Zuerst stürmten dieselben in breiter Masse heran, wurden aber bald durch wohlgezieltes Feuer und durch einen Hagel von Wurfgeschossen aller Art von den Häusern herab belehrt, daß ein Erfolg so nicht zu erzielen war. Später ging man dann zweckmäßiger vor. Die Artillerie leitet den Kampf ein, dann näherte sich die Infanterie in aufgelösten Schützenketten, wozu man die besten Schützen auswählte. Dann wurde gestürmt, und wenn die Barrikade genommen war, wurden die benachbarten Häuser durchsucht.

Besonders stark war eine Barrikade auf der Breitenstraße am köllnischen Rathause, die Maschinenbauer Siegrist selbst erbaut hatte und verteidigte. Hinter derselben befand sich das Haus des Konditors d'Heureuse. Mehrere Stunden hielt sich diese Barrikade, bis von einer Seitenstraße Infanterie hervorbrach und in das Rathaus eindringen konnte. Auch an der Ecke der Mohren- und Markgrafenstraße blieb der Kampf lange unentschieden. Besondere Ausdauer bewiesen die Verteidiger der Barrikade in der Taubenstraße, wo ein Student mit fliegenden Haaren im dichtesten Kugelregen kommandierte und eine dreifarbige Fahne schwenkte.

Sehr leidenschaftlich war der Widerstand an der Königstraße wo eine Anzahl Barrikaden hintereinander errichtet waren. Auch sie wurden genommen, aber am Alexanderplatz fanden die Truppen einen solchen Widerstand, daß sie nicht weiter vordringen konnten. Auch in der Charlotten- und Luisenstraße wurde heftig gekämpft.

Die Lage der Barrikadenkämpfer wurde noch wesentlich erschwert durch den Umstand, daß ein Teil der Truppen sich bei Beginn des Kampfes außerhalb der Stadt befand, so daß diese nun von zwei verschiedenen Seiten, vom Frankfurter- und Potsdamer Thor, in die Stadt eindrangen und den Bürgern in die Flanke und in den Rücken fielen.

Von beiden Seiten werden Züge bewunderungswürdigen Heldenmutes erzählt, würdig des alten Rufes preußischer Tapferkeit. Auf der Seite der Bürger zeichneten sich nicht nur Männer, sondern mehrfach auch Frauen und Knaben durch ihre Todesverachtung aus. Besondere Erwähnung verdient in dieser Hinsicht die Verteidigung der Barrikade an der Jägerstraße. Diese, schwach und unhaltbar, wurde nur von zwei Personen, dem 19 jährigen Schlossergesellen Glasewald und dem 17 jährigen Schlosserlehrling Zinna, verteidigt.

Ersterer wurde zudem gleich bei Beginn durch einen Schuß kampfunfähig. Zinna aber stürzte mit seiner einzigen Waffe, einem alten krummen Säbel, auf einen voranmarschierenden Offizier los und versetzte ihm einen Hieb in den Hals. Der Salve, die nun folgte, wie durch ein Wunder entronnen, schleuderte er drei Pflastersteine nach einander den Soldaten entgegen. In den Unterleib getroffen, floh er in ein Haus und verschied ohne einen Schmerz zu verraten, ein zweiter Benedikt Fontana. Ueberhaupt nahm die ganze Bevölkerung am Kampfe regen Anteil: Frauen und Mädchen brachten den Kämpfern Speise und Trank, die Knaben gossen Kugeln. Freilich gingen Tapferkeit und guter Wille einerseits und Erfahrung andererseits nicht immer Hand in Hand. Wie ein Einjährig-Freiwilliger unserm Gewährsmann erzählte, wurde eine Abteilung Soldaten beim Angriff von den oberen Stockwerken der Häuser in der heftigsten Weise beschossen, ohne daß sie im geringsten Schaden litt.*) Auch die Offiziere und Krieger rechtfertigten ihren alten Ruf. So bei dem Angriff auf das Landwehrzeughaus in der Lindenstraße, wo die Büchsenschützen der Gardekürassiere sich siegreich des Angriffs der Aufständischen erwehrten und erst in der Nacht unbemerkt abzogen. Ferner im Schlosse Monbijou, das Premier-Lieutenant von Reibnitz mit 50 Mann gegen eine gewaltige Ueberzahl verteidigte. Freilich mußte er sich doch schließlich der Vermittelung eines Professors und einer Anzahl Studenten bedienen, um seine Mannschaft zu retten, aber die Todesverachtung, mit der er dann allein und unbewaffnet der Menge entgegentrat und die Ablieferung der Waffen verweigerte, verdient die höchste Anerkennung. Ein schwer verwundeter Soldat raffte sich nochmals auf, um eine Barrikade zu stürmen. Noch sympathischer erscheint wohl das Verhalten des Lieutenants Tüpke, der tötlich getroffen, noch anzeigte, daß er seinen Unterricht im Kadettenhause nicht geben könne und in der Todesstunde zu einem Freunde sagte: der Gegensatz zwischen Bürger und Soldat müsse aufgehoben werden und er wolle gern ein Opfer für Deutschlands Wiedergeburt sein. Daß Soldaten gewankt hätten oder übergetreten seien, ist wohl behauptet worden, aber es fehlen stichhaltige Beweise.

Was das Benehmen der Barrikadenkämpfer und der Soldaten gegen Gegner und Unbeteiligte anbelangt, so haben erstere sich

*) Der Augenzeuge erklärt dies daraus, daß bei unvorsichtiger Ladung die meisten Kugeln vor dem Schuß herausfielen.

im ganzen durchaus ehrenhaft und würdig benommen. Gestohlen oder ohne Not beschädigt wurde nichts, nicht einmal in Häusern, aus denen auf die Bürger geschossen wurde oder in denen Offiziere wohnten. Als ein hoher, aber sehr verhaßter Staatsbeamter vom Volke aus einem Versteck geholt und beschimpft wurde, schrieb ihm ein gutmütiger Proletarier, der ihn retten wollte, auf den Rücken: „Nationaleigentum," und dieser Witz rettete in der That dem Geängstigten das Leben. Ein Student, der bei Tage auf den Barrikaden kommandierte, sprach abends bei Bettina v. Arnim seinen Schmerz darüber aus, daß er die unschuldigen Soldaten habe schädigen müssen, und nachts ließ er den ermüdeten Leuten noch Brot und Schnaps geben. Im Kampfe selbst waren sie sich der Schrecken des Bürgerkrieges wohl bewußt. Ernst, mit stummem Grimm fochten sie*) höchstens die Pausen des Kampfes mit dem bekannten Berliner Witze würzend. Ganz anders die Truppen. Schon durch den ermüdenden Dienst und die Konsignierung der vorhergehenden Tage höchst gereizt, noch hie und da durch schneidige Offiziere aufgehetzt, gingen sie mit großer Wut vor und verübten in den Häusern mancherlei Gewaltthätigkeiten und Grausamkeiten. Freilich konnte man ihnen nicht zumuten, Frauen und Kinder zu schonen, wenn sie sich etwa auf den Barrikaden zeigten; diese wußten, was sie in diesem Falle zu erwarten hatten. Auch kann man es ihnen nicht vorwerfen, wenn verirrte Kugeln Unbeteiligte trafen, die unvorsichtig zum Fenster heraussahen. Aber es steht fest, daß viele Wehrlose oder Gefangene ohne Not getötet wurden, wenn auch die Mitteilung eines zeitgenössischen Darstellers, es seien von den 230 Bürgerlichen, die in diesen Tagen starben, um 75 in offenem Kampfe gefallen, wohl übertrieben ist.**) Namentlich hausten die Truppen im köllnischen

*) Sie fochten 13 Stunden lang,
Die Erde hat gezittert,
Sie fochten ohne Sang und Klang,
Sie fochten stumm erbittert.
(Freiligrath, Lied der Amnestierten im Auslande.)

**) Darf man sich über die Rohheit der Soldaten wundern, wenn einer ihrer Anführer, der Bataillonskommandeur Graf Lüttichau, in einer Schrift über die Märzereignisse sich folgende, eines Edelsten der Nation würdige Phrase leistete: In alten Zeiten würde man ihre (der Barrikadenhelden) Leichen verbrannt und die Asche allen Winden preis gegeben haben, um ihr Andenken aus dem Gedächtnisse der Menschen zu vertilgen, sie die aus dem Abhub aller Nationen und aus dem niedrigsten Pöbel Berlins bestanden und nur ein frecher Hohn der Menschheit sind!!?

Rathause und im d'Heureuse'schen Gebäude. Im Rathause drangen die Soldaten in die Privatwohnung des sehr loyalen Gymnasialdirektors August, eines alten Veteranen, der auch hatte vermitteln wollen, und bedrohten ihn so, daß er sich voller Entrüstung die Kriegsmedaille abriß; darauf schleppten sie seinen Knaben und seine Neffen, zuletzt auch ihn selbst unter Mißhandlungen hinweg. Der eine der Neffen kam mit einem Bajonettstich davon, der andere aber, von Holtzendorf, wurde erschossen, obgleich er sich nie am Kampfe beteiligte. In einem Hause am Spittelmarkt ließ der Lieutenant von Pannewitz 2 junge Männer erschießen und zeigte nicht übel Lust alle im Hause befindlichen Personen ebenso zu behandeln. Sie mußten nachher als Gefangene die Barrikaden in die Spree werfen, wobei der schneidige Leutnant den Soldaten zurief: Es schadet nichts, wenn ihr auch einen von den Schuften mit hineinwerft. Wie mußten solche Aeußerungen auf die ungebildeten und erbitterten Soldaten wirken. Manchmal griff man auch aufs Geratewohl Personen auf, um sie in die Gefangenentransporte einzureihen, so komischerweise auch einen mit einer wichtigen Mission betrauten Jäger Bodelschwinghs. Die Gefangenen wurden zuerst in die Keller des Schlosses und des Kriegsministeriums und dann am 19. März in der Frühe nach Spandau geführt, teilweise mit auf dem Rücken zusammengeschnürten Händen. Es wurde amtlich konstatiert, daß unter den sämtlichen Gefangenen, etwa 700 an der Zahl, kein einziger bestrafter Verbrecher sich befand, ein eklatantes Zeugnis gegen die reaktionären Lügen, wonach ein großer Teil der Aufständischen aus zweifelhaften Existenzen bestanden hätte. Ferner wurde festgestellt, daß unter sämtlichen Gefangenen sich nur acht Ausländer (darunter nur ein Franzose und keiner aus dem nichtdeutschen Polen!) befanden! Nach den Zeugnissen von 91 Mitbeteiligten wurden die Gefangenen auf dem Transport von den eskortierenden Pommern mit Faustschlägen, Kolbenstößen und Bajonettstichen auf die roheste Weise mißhandelt. Der konservative bessere und geringere Pöbel von Charlottenburg und Spandau höhnte noch die Gefangenen.

Währenddessen hatten die Vermittlungsversuche im Schloß fast ununterbrochen fortgedauert. Städtische Deputationen lösten einander ab und baten um Zurückziehung der Truppen. Der König aber, von seiner Umgebung in entgegengesetztem Sinne bestürmt, gab nicht nach, er fuhr manche Deputirte rauh an, so unter anderen den würdigen protestantischen Bischof Neander, der darüber in große Ent-

rüstung geriet. Mehr Eindruck machte der Major v. Vincke (ein Vetter des berühmten Landtagsredners) *), der, direkt von seinem schlesischen Gute kommend, den Höflingen sehr derb die Wahrheit sagte und erklärte, die Krone sei in Gefahr. Der König wurde überhaupt von den widerspruchvollsten Empfindungen beherrscht. Auf der einen Seite wollte ihm sein königlicher Stolz nicht erlauben den Aufständischen nachzugeben, auf der anderen Seite war ihm wieder der Gedanke unfaßbar, daß sein Volk, auf dessen Liebe er unbedingt gebaut, gegen ihn zu den Waffen greifen könne. In dumpfer Verzweiflung schwankte er zwischen verschiedenen Entschlüssen hin und her. Endlich schrieb er in der Nacht den berühmten Aufruf: „An meine lieben Berliner," nieder, schwungvoll in der Form, aber sehr sentimental und sonderbar im Inhalt. Die seinen Wahnvorstellungen **) entsprungene Redensart: „Eine Rotte von Bösewichtern, meist aus Fremden bestehend", ist bis heute mit mehr oder weniger Einschränkung das Dogma der halb und ganz konservativen Geschichtsschreiber der Revolution geblieben und hat auch modernen kaiserlichen Entrüstungsformeln zum Muster gedient. Auf die Berliner mußte es einen halb widerwärtigen, halb mitleiderregenden Eindruck machen, daß der König zuerst die Revolutionäre in ganz unköniglicher massiver Art schmähte und dann doch wieder an das Gefühl der Bevölkerung mit rührseligen Bitten appellierte, ja sogar noch die Person der leidenden Königin mit hineinzog. Bodelschwingh ließ die Proklamation drucken und anschlagen, aber sie machte wenig Eindruck.

*) Daher auch öfters bis in die neueste Zeit mit ihm verwechselt, so von Blum, von Busch und, wie mir scheint, auch von Sybel. Vielleicht ist indessen wirklich auch der andere Vincke damals im Schlosse gewesen und hat ähnliche Ratschläge erteilt, wenigstens läßt sich eine bei Wolff citierte Aeußerung kaum anders deuten.

** Ein sehr loyaler Schriftsteller, Rellstab, der später selbst die Legende von den fremden Aufwieglern eifrig verfocht, erschien am 19. morgens im Schloß und teilte dem König seinen eigenen Entwurf einer Proklamation mit. Als er dann auch die bereits gedruckte Proklamation des Königs las, da erschien ihm die angeführte Stelle „als eine auf dem vollkommendsten Irrwahn begründete" und er suchte dem König diese Auffassung auszureden. Als dieser bei seinen Anschauungen beharrte, sagte auch Rellstab dem König ins Gesicht, es handle sich vielleicht um die Dynastie der Hohenzollern überhaupt. Die Stimmung der Offiziere und Soldaten scheint übrigens nach Rellstab eine ziemlich gedrückte, friedfertige gewesen zu sein.

Die Berliner antworteten auf den Aufruf mit dem beißenden Witz, daß sie auf eine Granate, die in einer hölzernen Pumpe stecken geblieben war, die Aufschrift klebten: An meine lieben Berliner.

Die Verwirrung im Schlosse nahm immer mehr zu, das Gedränge einer Menge von berufenen und unberufenen Ratgebern dauerte auch am Morgen des 19. fort. Die königliche Halle glich, wie ein anwesender General schrieb, einer Börsenhalle und zu mehreren Tageszeiten einer Restauration. Der General von Prittwitz hatte den ersten Teil seines Planes erfolgreich gelöst. Er hatte nämlich beabsichtigt das Centrum der Stadt im Kreis von einem Durchmesser von etwa 3 Kilometer um das Schloß herum zu erobern, dann aber, falls die Unterwerfung noch nicht erfolge, die Stadt zu verlassen und sie dann von außen zu blockieren und zu beschießen. Er hatte auch wirklich das ganze Centrum vom Alexanderplatz östlich bis zum Tiergarten westlich und von der Spree nördlich bis zur Leipzigerstraße südlich eingenommen. Aber auf Befehl des Königs wurde noch in der Nacht das Vorrücken eingestellt.*) Was nun im Laufe des Tages folgte, darüber hat gegenüber höchst verworrenen und widersprechenden teilweise auch „amtlichen" Berichten und ergebnislosen Kontroversen die neueste Untersuchung von Wilhelm Busch ziemliche Klarheit geschaffen. Die bürgerlichen Deputationen forderten immer dringender den Rückzug der Truppen, und selbst der bei dem frommen König so einflußreiche Hofprediger Strauß riet dem König nachzugeben. Nach mehrfachen Beratungen, wobei Bodelschwingh die Forderung stellte, zuerst müßten die Barrikaden geräumt werden, sein bereits ernannter Nachfolger Graf Arnim-Boitzenburg aber für bedingungslose Erfüllung des Volkswunsches eintrat, fiel die Entscheidung des Königs in letzterm Sinne, immerhin in der Voraussetzung, daß die Beseitigung der Barrikaden bereits begonnen sei. Das Schloß, das Zeughaus und andere öffentliche Gebäude sollten besetzt bleiben. Der Prinz von Preußen und Prittwitz widersetzten sich in Abwesenheit des Königs heftig.**) Ersterer warf

*) Auch das langsame Vorrücken der Truppen wird von den Kartellgeschichtsschreibern mit der schwankenden Haltung des Königs motiviert. Sie wollen natürlich nicht zugestehen, daß der tapfere Widerstand der Bürger die Truppen solange aufgehalten hat.

**) Nach andern angeblich zuverlässigen Quellen hatte ersterer sogar mit dem König selbst eine sehr heftige Scene, wobei er ihm den Degen vor die Füße warf und ihn persönlich beleidigte.



den Degen auf den Tisch und erklärte, er könne ihn nicht mehr mit Ehren tragen. Bodelschwingh aber erklärte, man müsse den Willen des Königs befolgen, und gab selbst den Offizieren den Befehl in diesem Sinne. Prittwitz und der Prinz von Preußen stimmten zwar den König nochmals um, er widerrief den Rückzugsbefehl, aber es war zu spät. Die Truppen rückten nun von allen Seiten gegen das Schloß zu. Da aber die dortige Stellung aus Mangel an Verpflegung und wegen der gegenseitigen Erbitterung der Bürger und Soldaten nicht zu halten war, so ließ Prittwitz die Truppen nach den Kasernen und Quartieren abmarschieren, keineswegs infolge eines Mißverständnisses, wie man früher geglaubt hat, sondern der Sachlage gemäß.*)

Damit hat das Königtum thatsächlich vor der Revolution kapituliert. Gewiß hatte der Wunsch des Königs wieder Frieden mit seinem Volke zu haben wesentlich zu diesem Entschlusse mitgewirkt. Daß auch mit der Möglichkeit eines militärischen Mißerfolges gerechnet werden mußte,**) das wollen natürlich die militärischen und mit diesen die liberalkonservativen Darsteller nicht anerkennen. Sie behaupten der Sieg sei den Truppen vollständig sicher gewesen. Dem widersprechen aber ganz bestimmte Thatsachen und Zeugnisse. Wohl waren die Truppen überall siegreich gewesen, aber die Barrikadenkämpfer waren keineswegs entmutigt. Drangen die Truppen weiter in die entfernteren Stadtteile vor, so zersplitterten sie sich und liefen Gefahr, daß die Empörung in ihrem Rücken aufs neue aufflammte. Die Truppen litten Mangel an Verpflegung, während das Volk sich gut verproviantieren konnte. Und selbst, wenn die Truppen die ganze Stadt einnahmen, wie stand es, wenn die Aufständischen Hülfe vom Lande erhielten? Und wie mußte das unvermeidliche schreckliche Gemetzel auf die öffentliche Meinung in ganz Deutschland wirken!***) Der schließliche Ausgang war also ganz ungewiß.

*) Die Konfusion in den Berichten entstand aus dem Bestreben den König, den sein Entschluß später reute, zu decken.

**) Die allem Kriegsrecht zuwider erfolgte Gefangennahme des Generals Möllendorf durch die Aufständischen war eine Episode, die auf die Entscheidung des Königs wenig oder gar keinen Einfluß ausübte.

***) Auch Rellstab, der nochmals mit andern Bürgern ins Schloß gegangen war, hielt die Lage des Militärs durchaus nicht für günstig. Der „Augenzeuge" glaubt ebenfalls, der Befehl zum Rückzug der Truppen sei durchaus richtig gewesen und eine Fortsetzung des Kampfes hätte entsetzliches Unglück über die Stadt heraufbeschworen.

Dem König aber blieb eine große Demütigung nicht erspart. Nach dem Abzug der Truppen, etwa um den Mittag des 19., zog eine große Menschenmenge vor das Schloß, teils um ihrer Freude Ausdruck zu geben, teils um Volksbewaffnung zu verlangen. Einige suchten sie zu beruhigen, so der später in Frankfurt viel genannte Fürst Lichnowsky und der Dichter Gutzkow, aber vergebens. Es erschien ein Zug von Leuten mit einem Möbelwagen, auf dem Leichen von Barrikadenkämpfern mit entblößten Wunden und mit Blumen geschmückt lagen. Man verlangte stürmisch nach dem König. Auf das Drängen Minutolis hin erschien dieser wirklich bleich und gedrückt mit seiner vor Entsetzen bebenden Gemahlin auf dem Balkon. Die Menge rief: „Die Mütze ab" und der König entblößte in der That sein Haupt.*) Schon mehrmals war der König auf dem Punkte gewesen zu fliehen, jetzt stiegen er und die Königin bereits die Treppe hinunter, da erschien ein neuer Trupp mit Leichen im Schloßhof und vereitelte den Fluchtversuch. Die noch im Schlosse zurückgebliebenen Soldaten mußten nun ebenfalls die Leichen begrüßen, sich aber dann ins Schloß zurückziehen. Das Königspaar aber war gezwungen die Klagen und Verwünschungen der im Schloßhofe befindlichen Angehörigen der Erschossenen auf der Gallerie oben anzuhören. Das Volk sang: „Jesus meine Zuversicht." Ein Eisen meine Zuversicht, wär paßlicher gewesen, sang Freiligrath in seiner herrlichen Dichtung: „Die Toten an die Lebenden," worin er mit ehernem Griffel jene Scene, wenn auch vielleicht in den Einzelheiten nicht ganz korrekt, der Nachwelt überliefert hat. Diese Demütigung aber hat der König nie vergessen.**) Schon vorher dem Fortschritt abgeneigt, wurde er dadurch mit dem bittersten Hasse gegen die Demokratie erfüllt.

Nun wurde auch die Volksbewaffnung gewährt, und am

*) Daß er auch in den Hof herabgestiegen sei, wie auch Blum wieder behauptet, ist unrichtig. Nach Varnhagen hätte der König übrigens diese Demütigung durch einen sehr übel angebrachten Scherz über den Zustand der gefangenen Bürger selbst provoziert.

**) Mit Recht sagt Zimmermann „der so gedemütigte König konnte nicht — denn er war ein Mensch, kein Gott — von nun an dem Volke und seiner Sache zugethan ohne immer wieder das Schwert zu fühlen, das in diesem Augenblicke durch sein Herz ging." Ein ziemlich unparteiischer Augenzeuge geht so weit, das Schicksal Friedrich Wilhelms tragischer zu finden als das Ludwigs XVI. Eine merkwürdige Geschichtsauffassung!



Abend bezogen bereits Bürger die Wachen am Schlosse. Die Truppen hatten sich indessen den Schimpf- und Spottreden des erbitterten Volkes ausgesetzt gesehen, und da neue Konflikte zu befürchten waren, so hatte Prittwitz den Kommandeuren anheim gestellt, die Stadt zu verlassen, sodaß bis zum 26. morgens das Militär sich bis auf die wichtigsten Besatzungen ganz aus der Stadt entfernt hatte. Der Volkszorn richtete sich aber nicht bloß gegen das Militär, sondern auch gegen einige angebliche Verräter, die dem Militär Volkskämpfer denunziert haben sollten. Ihre Habe wurde auf die Straße gebracht und verbrannt, aber gestohlen wurde auch jetzt nichts. Die größte Erbitterung herrschte gegen den Prinzen von Preußen, in dem der Volksinstinkt ganz richtig einen Gegner der konstitutionellen Entwicklung und die Seele des Widerstandes gegen die Entfernung der Truppen witterte. Ist doch der spätere König und Kaiser Wilhelm, wenn er auch die gemachten Versprechungen hielt, nie ein Freund parlamentarischer Einrichtungen geworden. Schon bei jenen Scenen vor dem Schlosse hatte man seinen Verzicht auf die Thronfolge gefordert. Die Menge drohte dann am 20. das Palais des Prinzen zu zerstören. Aber Bürger und Studenten legten sich, teilweise auch aus Besorgnis vor einer Zerstörung der benachbarten Bibliothek, ins Mittel und erklärten das Palais als Nationaleigentum.*) Entsprechende Inschriften wurden am Palais angebracht. Auch Schilder, die den Namen des Prinzen trugen, mußten abgenommen werden. Im Palais nistete sich eine sogenannte Bittschriftenkommission von Schwindlern ein, die sich dort einige Tage gütlich that, dann aber wieder beseitigt wurde. Der Prinz selbst war nach den Vorgängen des 19. März entflohen unter dem Vorwande einer angeblichen Mission nach England. Er war zuerst nach Spandau gegangen und gelangte dann mit Hülfe desselben Majors von Vincke, der den Höflingen so scharf entgegen getreten war, unter mancherlei Fährlichkeiten nach Hamburg, [wo er sich einschiffte. Der Haß und das Mißtrauen des Volkes gegen ihn legten sich nicht so bald. Am Abend des 20. genügte der blinde Lärm, der Prinz von Preußen überfalle mit den Truppen Berlin, um die ganze Stadt in die größte Aufregung zu versetzen. Die Bürger griffen aufs neue zu den Waffen.

*) Dieft erzählt mit Behagen, wie er mit Hülfe eines andern feudalen „Saxoborussen“ eine dieser Inschriften nachts wegwischte und dabei mit kindischer Wut auch die herunterhängenden schwarz-rot-goldenen Fahnen zerfetzte.

In den Vorstädten wurden wieder Barrikaden errichtet. Das Volk, das später den Prinzen als „Heldenkaiser" verehrte, nannte ihn damals den „Kartätschenprinzen".*)

Am Morgen des 20. ließ man auch die Gefangenen in Spandau frei und verkündete eine allgemeine Amnestie für politische und Preßvergehen. Dieselbe kam in erster Linie den politischen Verschwörern, die noch in Moabit gefangen saßen, zu gute. Mieroslawski und Libelt, ihre Führer, mit schwarz-rot-goldenen Fahnen an der Spitze, wurden sie im Triumphe durch die Straßen und vors Schloß geleitet, wo sie dem König dankten und ihre Ergebenheit gegen Preußen beteuerten. Sie erließen auch eine Dankadresse an das Berliner Volk. Freilich war es den Polen mit ihren Sympathien für Deutschland nicht Ernst, aber das Volk sah in ihnen eben nur Opfer des verhaßten Absolutismus.

Graf Arnim-Boitzenburg hatte indessen nicht ohne Mühe ein neues Ministerium zu stande gebracht. Graf Schwerin übernahm den Kultus, Bornemann die Justiz und v. Arnim-Suckow das Auswärtige. Letzterer suchte nun den König, der zu gleicher Zeit auch der Armee die Anlegung der schwarz-rot-goldenen Kokarde anbefahl, zu einer Demonstration im Sinne der deutschen Einigung zu bewegen. Am 21. März erschien eine Proklamation, worin verkündigt wurde, daß Deutschland einig geworden sei und der König sich an seine Spitze gestellt habe. Zunächst fand eine Versammlung der bewaffneten Studentenschaft statt, wo Graf Schwerin eine patriotische Ansprache hielt. Dann erschienen der König hoch zu Roß mit schwarz-rot-goldener Binde, natürlich in Uniform, worin er sich nie besonders gut ausnahm, die anwesenden Prinzen, Generäle, Bürgerwehrmänner, Studenten und Schützen. Hinter ihm trug man eine große schwarz-rot-goldene

*) Nach Varnhagen v. Ense war dieser Ausdruck durchaus nicht so ganz unberechtigt, wie die heutigen Bewunderer des „Heldenkaisers" glauben machen wollen. Nach dem Zeugnis einiger höherer Offiziere hätte nämlich der Prinz, als die ersten Gefangenen in den Schloßhof gebracht wurden, gerufen: „Grenadiere, warum habt ihr die Hunde nicht auf der Stelle niedergemacht!" Und als in der Nacht vom Feuereinstellen die Rede war, rief der Prinz nach sehr zuverlässigen Quellen aus: „Nein, das soll nicht geschehen, nimmermehr. Eher soll Berlin mit allen seinen Einwohnern zu grunde gehen. Wir müssen die Aufrührer mit Kartätschen zusammen schießen." Wie aus einem Rundschreiben des Kultusministers vom 28. April hervorgeht, ließen sogar einzelne Prediger den Namen des Prinzen aus dem Kirchengebet fort.

Fahne, unter deren Schatten der später so berüchtigte Stieber, der zukünftige Chef der Geheimpolizei, sich breit machte. So begann der König seinen Umritt. Wenn konservative und halbkonservative Historiker behaupten, der König sei durch die Vorgänge vom 19. März ganz gebrochen gewesen, so scheint uns dies doch etwas zu viel behauptet. Jedenfalls hat ihn dieser Zustand nicht daran gehindert, nach seiner Gewohnheit viel zu reden. So sprach er zum Volke, es sei keine Usurpation von ihm, er schwöre zu Gott, daß er keinen Fürsten vom Throne stoßen wolle, aber er wolle Deutschlands Freiheit und Einheit schützen. Als ihm jemand zurief: „Es lebe der Kaiser von Deutschland!" antwortete er unwillig: „Nicht doch, das will, das mag ich nicht", und zu den Studenten gewandt, wiederholte er: „Ich trage Farben, die nicht mein sind, aber ich will damit nichts usurpieren, ich will keine Krone, keine Herrschaft, ich will Deutschlands Freiheit, Deutschlands Einigkeit, ich will Ordnung!" Er habe nur gethan, was schon früher Fürsten und Herzöge, wenn die Ordnung niedergetreten worden sei, gethan hätten, nämlich das Banner ergriffen und sich an die Spitze des Volkes gestellt. Zu den Stadtverordneten sprechend variierte der König das alte Thema: „Nicht Roß nicht Reisige" usw. Natürlich jubelte das Volk ihm allerwärts pflichtschuldig zu.*) An demselben Tage erschien noch eine neue Proklamation, worin es unter anderem hieß:

„Deutschland ist von innerer Gärung ergriffen und kann durch äußere Gefahr von mehr als einer Seite bedroht werden. Rettung aus dieser doppelten, dringenden Gefahr kann nur aus der innigsten Vereinigung der deutschen Fürsten und Völker unter einer Leitung hervorgehen. Ich übernehme heute diese Leitung für die Tage der Gefahr. — Ich habe heute die alten deutschen Farben angenommen und Mich und Mein Volk unter das ehrwürdige Banner des deutschen Reiches gestellt. Preußen geht fortan in Deutschland

*) Mit Recht schließt der „Augenzeuge" aus der Thatsache daß der Umritt der Königs, wo er ganz in der Gewalt des Volkes sich befand, sich so glücklich vollzog, daß auch am 18. März die Menge ursprünglich von durchaus friedlichen Gesinnungen beseelt war. Der „Augenzeuge" deutete übrigens auch an, daß gerade durch den Haß gegen den Prinzen von Preußen der König beim Volke wieder sehr beliebt geworden sei. Die Begeisterung war in diesen Tagen so allgemein, daß ein Staatsanwalt erklärte, es gäbe nichts mehr zu thun, weil nichts mehr gestohlen würde, und andererseits die Dirnen darüber klagten, daß sie nichts mehr verdienten.

auf. — Ich beabsichtige in einer unverzüglich näher zu erwägenden Form den Fürsten und Ständen Deutschlands die Gelegenheit zu eröffnen, mit Organen dieses Landtags zu einer gemeinschaftlichen Versammlung zusammen zu treten. — Was heute vor allem not thut, ist 1. Aufstellung eines allgemeinen deutschen volkstümlichen Bundesheeres, 2. bewaffnete Neutralitäts-Erklärung. Gleichzeitig mit den Maßregeln zur Anwendung der augenblicklichen Gefahr wird die deutsche Ständeversammlung über die Wiedergeburt und Gründung eines neuen Deutschlands beraten, eines einigen, nicht einförmigen Deutschlands, einer Einheit mit Freiheit. Allgemeine Einführung wahrer konstitutioneller Verfassungen mit Verantwortlichkeit der Minister in allen Einzelstaaten, öffentliche und mündliche Rechtspflege, in Strafsachen auf Geschworenengerichte gestützt, gleiche politische und bürgerliche Rechte für alle religiösen Glaubensbekenntnisse und eine wahrhaft volkstümliche freisinnige Verwaltung werden allein solche höhere und innere Einheit zu bewirken und zu befestigen im Stande sein."

Wie man sieht, viel schöne Dinge, aber auch sehr viele Unklarheiten und Trivialitäten waren in diesem Programm enthalten. Die Junker waren wütend, daß Preußen in Deutschland aufgehen solle. Heutzutage könnte man beinahe das Umgekehrte befürchten.*) Aber auch sonst erregte die Proklamation vielfach Verstimmung. Die große Mehrheit, immer gewohnt dem Erfolg zu huldigen, hatte die Achtung vor dem Könige verloren, seit er vor der Berliner Revolution die Waffen gestreckt, ohne zu bedenken, daß die Nachgiebigkeit wenigstens teilweise einem sehr ehrenwerten Motiv, dem Wunsche weiteres Blutvergießen zu vermeiden, entsprungen war. Die Demokratie betrachtete es als eine Usurpation, daß der König der künftigen Gestaltung Deutschlands vorgreifen wollte, und überall, wo man mit der „preu-

*) Herwegh (eine Antwort):

„Geht Preußen nicht in Deutschland auf?"
Jawohl, so wie der Schwamm im Wasser,
Der, wenn er voller sich und voller
Gesogen, wie ein Hohenzoller,
Sich ebenfalls könnt unterfangen
Und sprechen: Guckt, Ihr Tröpfchen, guckt,
Wie ich so prächtig aufgegangen
In Euch, indem ich Euch verschluckt.

Und Scherr, sonst gewiß kein Preußenfeind, schrieb noch in den 70er Jahren: Im Hochsommer von 1866 wurde Deutschland in Preußen aufgegangen.

ßischen Spitze" nicht einverstanden war, wollte man natürlich von der Leitung Friedrich Wilhelms nichts wissen. Besonders stark sprach sich diese Abneigung begreiflicherweise in Wien aus. Das neue Ministerium Ficquelmont befand sich zwar in äußerst schwieriger Lage, aber sich Berlin zu unterwerfen, fiel ihm nicht ein. Es hatte den preußischen Antrag, den Bundestag von Frankfurt nach Potsdam zu verlegen, angenommen und der österreichische Präsidialgesandte Graf Colloredo war schon beauftragt worden, die Sitzungen in Frankfurt zu schließen und in Potsdam wieder zu eröffnen, da kam die Nachricht von den Ereignissen des 21. März. Sofort ward jener Befehl zurückgenommen und in einem Rundschreiben vom 24. März protestierte die österreichische Regierung gegen jede Aenderung der Bundesakte ohne gemeinsames Einverständnis und gegen die Verlegung des Bundessitzes. Diesen Standpunkt hielt Oesterreich auch nachher konsequent fest. Die offizielle Zeitung in Wien führte eine Sprache, die kurz vorher unter ähnlichen Umständen einem Demokraten jedenfalls langjährige Kerkerhaft zugezogen hätte. Da hieß es „erst das Röcheln ermordeter Bürger habe Friedrich Wilhelm an das deutsche Volk erinnert, mit blutiger Hand habe er die seit Jahren verfolgten Farben aufgepflanzt, die deutsche Nation aber bebe vor dem königlichen Enthusiasmus zurück, ein österreichischer Prinz habe dem einigen Deutschland am Rhein ein Hoch gebracht, als es in Preußen noch verfolgt worden sei; Habsburgs Haus habe die Geschichte vergangener Jahrhunderte und die Liebe der Völker zur Seite, wenn es seinen alten Vorsitz im deutschen Reiche behaupten wolle. Aber die Wahl müsse von den Vertretern des deutschen Volkes ausgehen und frei bleiben." Und in der politischen Poesie der Wiener, welche die damaligen Stimmungen derselben getreu wiederspiegelte, kam dieser Gedanke auch vielfach zum Ausdruck. Ein junger Jurist spottete mit treffendem Witz über das „Mißverständnis" und wollte auch in der deutschen „Sendnis" Friedrich Wilhelms ein Mißverständnis erblicken. Und Saphir parodierte den „Erlkönig", wohl eine der giftigsten Satiren, die je auf Friedrich Wilhelm geschrieben worden sind. Jetzt trug man erst recht geflissentlich die schwarz-rot-goldenen Farben.

Inzwischen hatte gleichzeitig mit der Berliner Bewegung auch in Breslau eine solche stattgefunden, infolge deren eine Deputation, bestehend aus Heinrich Simon, Regierungsrat Abegg und dem Stadtverordneten

Kopisch, nach Berlin gesandt wurde. Diese stellte eine Reihe von Forderungen auf, verlangte aber vor allem, der Vereinigte Landtag sollte nicht mehr berufen werden, der König solle dagegen sofort eine Nationalversammlung, hervorgehend aus Urwahlen, zusammenberufen. Der Stadtverordnete Kopisch schilderte dabei die bedenkliche Lage in Breslau, wo eine extreme Partei eine schlesische Republik oder den Anschluß an Oesterreich anstrebe. Aber die Minister gaben nicht nach.

Noch an demselben Tage, am 22. März, erschien wiederum eine Proklamation des Königs, worin ein volkstümliches Wahlgesetz mit Urwahlen verheißen wurde, allein erst nach Begutachtung durch den Vereinigten Landtag. Zugleich wurde aber versprochen dem neuen Landtag Vorschläge im Sinne jener Breslauer Wünsche zu machen über Sicherstellung der persönlichen Freiheit, freies Vereins- und Versammlungsrecht, allgemeine Bürgerwehrverfassung mit freier Wahl der Führer, Ministerverantwortlichkeit, Schwurgerichte für politische und Preßvergehen, Unabhängigkeit des Richterstandes, Aufhebung des eximierten Gerichtsstandes der Patrimonialgerichtsbarkeit und der Dominial-Polizeigewalt. Auch sollte das Heer auf die Verfassung vereidigt werden. Wie man sieht, wurden auch den Bauern Zugeständnisse gemacht; man wollte, da man den konservativen Grundzug des Bauernvolkes wohl kannte, denselben ködern, um dann eventuell später bei einer rückschrittlichen Bewegung seiner Unterstützung gewiß zu sein.

An demselben 22. März wurden dann auch die bürgerlichen Gefallenen begraben; 31 Namen konnten nicht festgestellt werden. Jedenfalls hatten die Arbeiter verhältnismäßig die meisten Opfer gebracht. Viele starben noch später, so daß die Gesamtzahl auf 230 stieg.*) Die Toten wurden, geleitet von einer unabsehbaren Menschenmenge, in 183 Särgen nach dem Friedrichshain gebracht. Als der Zug am Schloß vorbei kam, traten der König und die Minister entblößten Hauptes auf den Balkon. Am Grabe sprachen ein protestantischer und ein katholischer Geistlicher und ein Rabbiner. Der Bischof Neander segnete die Toten ein und die Schützengilde gab eine dreifache Ehrensalve ab. Still und verlassen liegen heute die Gräber

*) Die Verluste der Truppen wurden später offiziell folgendermaßen angegeben: Tote 3 Offiziere und 17 Mann. Verwundete 14 Offiziere, 14 Unteroffiziere, 226 Mann. Diese Angaben erinnern zu sehr an die bekannten Nachrichten von dem einen toten Kosaken um Glauben zu verdienen.

der Freiheitskämpfer, die Mehrheit des Bürgertums, tiefgebückt vor Königsthronen, hat vergessen, daß sie auch für ihre Freiheit gestorben. Nur die wirklich demokratischen Elemente und die Arbeiter bekränzen jährlich am 18. März die Gräber und gedenken der Gefallenen*.)

An demselben Tage erschien auch eine Deputation aus Süddeutschland, um die Übertragung der provisorischen Centralgewalt an den König anzuregen, allein sie wandte sich nun nach Frankfurt.

Die Wirkungen der Berliner Revolution waren auch außerhalb der Hauptstadt sehr bedeutend. Die Märzkämpfer wurden überall mit Adressen, Reden und Liedern gefeiert. In verschiedenen preußischen Städten fanden ebenfalls Bewegungen statt. In Schlesien rührten sich auch die Bauern lebhaft. Die Junker und die Regierung kamen ihnen entgegen, aber erstere wußten sich mit ihrem bekannten hartgesottenen Egoismus später schon zu entschädigen.

Bedenklich war es für die demokratische Sache, daß sich innerhalb des Bürgertums schon unmittelbar nach dem Kampfe vielfach wieder die alte Aengstlichkeit und Vertrauensseligkeit gegenüber dem Hofe einstellte. Die Radikalen ihrerseits beschleunigten in sehr schroffer und unkluger Weise den Bruch innerhalb der Sieger. Ein Artikel der „Zeitungshalle" von Julius, der den Bruch zwischen Bourgeoisie und Arbeitern bereits als vollendet darstellte, rief unter den Bürgern große Erbitterung hervor und hatte allerlei unangenehme Folgen für den Verfasser, u. a. auch den Verruf seines Blattes an der Börse. In einem Punkte hatte übrigens Julius recht, wenn er nämlich vor allzuschneller Aussöhnung mit dem Militär und vor einschläfernder Beruhigung warnte. Aber die Stimmen, welche die Spuren der

---

*) Bei der Jubelfeier des letzten Jahres wollten die Stadtverordneten einen Kranz auf das Grab der Märzgefallenen niederlegen, aber der Oberpräsident und in seinem Auftrag der Magistrat suspendirten den Beschluß. Und im Reichstag beschimpften der Kriegsminister und die Junker in unwürdiger Weise die Volkserhebung. Die Linke der Stadtverordnetenversammlung erfüllte nichtsdestoweniger ihre Pflicht. Beim Begräbnis hatte der Prediger Sydow von dem Denkstein gesprochen, der diese Stätte zieren werde „welche die Gebeine der Märtyrer unserer Freiheit und Rechte umschließt". Mit Recht bemerkte letztes Jahr die „Frankf. Zeitung" dazu. „Noch entbehrt die Ruhestätte dieser Toten des Denksteines; reaktionärer Haß und servile Feigheit haben das gehindert." Aber wenn einmal dort ein Denkmal sich erhebe, so dürfe es mit der Inschrift prangen: Dulce et decorum est pro patria mori.

letzten Kämpfe in einem allgemeinen Wohlgefallen auflösen wollten, mehrten sich. Varnhagen schrieb am 23. März: „Die Philisterei nimmt überhand, die mutigen Kämpfer sind abgetreten, die Matten und Furchtsamen machen sich geltend, unter Bürgern und Studenten, es ist als ob ihnen das Geschehene leid wäre; auch wünschen sie schon Truppen herbei, weil ihnen der Wachtdienst zu schwer wird."*) Viele hatten von der großen geschichtlichen Bedeutung der Märztage keine Idee; zu leicht auf Königsworte bauend, wollten viele es sich nicht eingestehen, daß ohne den großen Kampf vom 18. die vorher gemachten Konzessionen in der Luft geschwebt hätten. Sagt doch selbst der den Freiheitskämpfern so abgeneigte Wilhelm Busch: „Wir dürfen wohl fragen, ob die Verheißungen vom Morgen des 18. März gegenüber dieser Geistesart des Königs ohne die furchtbare Niederlage der Krone am 18. und 19. März und ihre Folgen hätten stand halten können, und wenn jene Verheißungen auch nicht einfach beseitigt worden wären, ob sie sich wenigstens in ihrem dem König so verhaßten konstitutionellen Sinne behauptet hätten, in dem sie von Bodelschwingh gedacht und von der Oeffentlichkeit aufgefaßt worden waren. Da sich die Antwort hierauf wohl von selbst ergiebt, so erscheint im geschichtlichen Zusammenhang die Katastrophe vom 18. und 19. März doch als ein notwendiges Glied in der Kette der Ereignisse von der Verheißung zur endlichen Erfüllung", d. h. in ehrlichem Deutsch, ohne die diplomatischen Klauseln Buschs: Ohne Revolution keine wirkliche preußische Verfassung!

Freilich schien vorläufig noch die fortschreitende Bewegung anhalten zu wollen.**) Graf Arnim-Boitzenburg trat zurück und wurde durch Camphausen, den Präsidenten der Kölner Handelskammer, ersetzt. Mit ihm trat zugleich einer seiner Gesinnungsgenossen, Hansemann, Präsident der Aachener Handelskammer, in das Ministerium, während ein anderer, v. Auerswald, bereits als Minister des Innern demselben angehörte.

---

*) Die Konservativen jammerten vollends, als ob die Welt unterginge, sogar Leute von umfassendster Gelehrsamkeit, wie Ranke. Varnhagen verzeichnet von ihm: Ranke ist vollends unsinnig geworden, jammert und wütet, hält alles für verloren und auf immer, glaubt an völligen Untergang der gebildeten Welt 2c.

**) Die Aufregung und das Mißtrauen der Bevölkerung waren übrigens lange nicht zu beschwichtigen. Wie der „Augenzeuge" berichtet, entstand einige Wochen nach den Märzereignissen zweimal ein blinder Lärm: Die Russen kommen.

Das Vorparlament, die Erhebungen in Baden und Posen und der Krieg in Schleswig-Holstein.

Unterdessen war man in Frankfurt nicht müßig gewesen. Der Siebener-Ausschuß hatte seine Einladungen zum sogenannten Vorparlament ursprünglich bloß an die gegenwärtigen und früheren Mitglieder deutscher Ständeversammlungen und eine bestimmte Anzahl anderer durch das Vertrauen des deutschen Volkes ausgezeichneter Männer gerichtet. Allein die Frankfurter Mitglieder des Ausschusses hatten noch die preußischen Stadtverordnetenversammlungen gebeten, Vertreter zu schicken. Bei dieser Auswahl war es begreiflich, daß die demokratischen Ideen in der Versammlung nur spärlich vertreten waren, denn in jenen ständischen oder städtischen Körperschaften hatte man nur um ein größeres oder geringeres Maß von liberal-konstitutionellen Forderungen gekämpft, von eigentlicher Demokratie oder gar von Republik war nie die Rede gewesen. Am meisten vertreten war der gewöhnliche bürgerliche Durchschnittsliberalismus, der den Fortschritt nur in engen Schranken guthieß, namentlich auch die Professorenwelt, reich an gründlicher Gelehrsamkeit, aber arm an praktisch-politischer Erfahrung. Es waren im ganzen 511 Männer, die am 31. März in Frankfurt zusammentraten, und zwar stellten Preußen 141, Baiern 44, Hannover 9, Württemberg 52, Sachsen 26, die sächsischen Herzogtümer 21, Baden 72, Hessen-Darmstadt 84, Hessen-Homburg 2, Kurhessen 26, Nassau 26, Braunschweig 5, Oldenburg 4, Schleswig-Holstein 7, Mecklenburg und Lippe 19, Anhalt, Reuß und Hohenzollern 8, die freien Städte 26, Oesterreich bezeichnender Weise nur 2 Mitglieder. Wie man sieht, war Südwestdeutschland im Ver-

hältnis weitaus am stärksten vertreten; Kurhessen und Nassau eingerechnet, hatten die Vertreter dieses Gebietes sogar die Mehrheit. Die Mitglieder traten zuerst im „Römer" zusammen und wählten dann den Vorstand. Präsident wurde Professor Mittermaier aus Heidelberg, Vizepräsidenten Itzstein aus Mannheim, Dahlmann (der lange in Kopenhagen und Kiel geweilt hatte und daher die schleswigholsteinische Frage gründlich kannte) aus Bonn, Robert Blum aus Leipzig und S. Jordan (der Märtyrer der kurhessischen Liberalen) aus Marburg. Darauf zog das Vorparlament, vom Volke mit ungeheuerem Jubel begrüßt, in die Paulskirche, die von jetzt an über ein Jahr lang Sitz der deutschen Volksvertretung wurde. Der einzige Beratungsgegenstand war der Entwurf des Siebener-Ausschusses. Dieser verlangte als Grundlage der neuen Verfassung: „Ein Bundeshaupt mit verantwortlichen Ministern, einen Senat der Einzelstaaten, ein Volkshaus, hervorgehend aus Vorwahlen nach dem Maßstab von 1 zu 70000, Kompetenz des Bundes durch Verzicht der Einzelstaaten auf folgende Punkte: 1. ein Heerwesen, 2. eine Vertretung gegenüber dem Auslande, 3. ein System des Handels, der Schiffahrtsgesetze, des Bundeszollwesens, der Münze, Maße, Gewichte, Posten, Wasserstraßen und Eisenbahnen, 4. Einheit der Civil- und Strafgesetzgebung und des Gerichtsverfahrens, ein Bundesgericht, 5. Verbürgung der nationalen Freiheitsrechte. Der Beschluß der Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung auf obigen Grundlagen erfolgt durch die mit Vertrauensmännern verstärkten Bundesbehörden. Ein aus gegenwärtiger Versammlung zu wählender permanenter Ausschuß von 15 Mitgliedern ist beauftragt, die Vollziehung der Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung zu betreiben. Wenn innerhalb vier Wochen von heute der Zusammentritt nicht erfolgt ist, so tritt diese Versammlung am 3. und 4. Mai hier wieder zusammen. Im Falle der Dringlichkeit kann der Ausschuß die Versammlung auf einen früheren Termin zusammenberufen."

In diesem Entwurf war unleugbar der Standpunkt der Einheit viel schärfer betont, als der der Freiheit, ein Fehler, der sozusagen allen von monarchisch-konstitutioneller Seite ausgehenden Reichsverfassungsentwürfen anhaftet. Deshalb traten die Demokraten und Republikaner ihm entschieden entgegen.

Die demokratische Bewegung hatte inzwischen nicht geruht. In Offenburg hatte am 19. März eine großartige Volksversammlung, die von

15 000, nach anderen sogar von 25 000 Menschen besucht war, stattgefunden. Der energische, schlaue, im Seekreis überaus populäre Redakteur Fickler von Constanz, der Typus eines echten Volksführers, wollte dabei sofort die Republik proklamieren, und wenn je, so hätte diese Staatsform jetzt, in der ersten Zeit der stürmischen Erregung und während man in Berlin und Wien vollauf mit sich selbst beschäftigt war, Aussichten gehabt. Allein die Einberufer der Versammlung, Itzstein, Soiron, Brentano, ja selbst Hecker und Struve widersetzten sich*). Sie hielten den Zeitpunkt nicht für geeignet, wobei sie wohl für sich anführen konnten, daß ja von Frankfurt aus damals noch nichts geschehen war um sie zu enttäuschen. Hecker meinte auch mit Recht, man dürfe sich nicht auf die Unterstützung der Franzosen verlassen, Deutschland müsse sich aus sich selbst neu gestalten. In der That schloß sich die Versammlung der Meinung Heckers an, fügte aber den früher aufgestellten Forderungen noch folgende hinzu: Abschaffung der ersten Kammer; Abschaffung aller anderen Abgaben außer den direkten Steuern und den Zöllen und Einführung einer progressiven Einkommens- und Vermögenssteuer; sofortige Abschaffung aller Vorrechte irgend welcher Art; Trennung der Kirche von Staat und Schule; Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen den Besoldungen der Geistlichen und denen der Lehrer; wohlfeile Regierung mit Abschaffung der Apanagen und unverdienten Pensionen. Ferner wurde noch die Organisation der demokratischen Partei durch Gründung von vaterländischen Vereinen beschlossen und zwar gegliedert nach Gemeinden, Bezirken und Kreisen. Alle Vereine sollten dann zusammen den Landesverein bilden und alle Provinzen Deutschlands wurden aufgefordert sich ähnliche Organisationen zu geben. Die Versammlung wählte selbst die Mitglieder für die 4 Kreisausschüsse und als Obmann aller dieser Ausschüsse Hecker. Leider wurde diese Organisation nur sehr unvollkommen durchgeführt. Die Versammlung trennte sich erst, nachdem Hecker, Struve, Fickler, überhaupt die populärsten Führer versprochen hatten zur Gewalt zu schreiten, wenn die Regierung nicht sofort die Forderungen der Versammlung erfüllen würde. Auch sonst fanden noch in den nächsten Tagen eine Anzahl Volksversammlungen in allen Teilen

*) Hecker soll Fickler sogar, mit der Pistole in der Hand, gezwungen haben, von seiner Absicht abzugehen.

Badens statt, wo zu den Offenburger Forderungen noch folgende weitere hinzukamen: Gleichberechtigung ohne Unterschied des Glaubens; Habeas Corpus-Acte; Abschaffung des Adels; allgemeines Niederlassungs- und Staatsbürgerrecht in Deutschland; Einführung der föderativen Republik in Deutschland nach dem Muster der Vereinigten Staaten. Ueberall wurden diese Forderungen fast einstimmig angenommen. Nur in Heidelberg gab es eine starke Minderheit, weil Welcker, der einst den sofortigen Sturz der Fürsten verlangt hatte, jetzt von der Republik abriet. In Göppingen stellte eine große württembergische Volksversammlung ähnliche Forderungen auf.

Ganz Süddeutschland befand sich damals immer noch in großer Aufregung. In Paris war unter den zahlreichen dortigen Deutschen unter Leitung des Dichters Herwegh die Bildung einer demokratischen Legion im Werke. Allein es war noch nicht entfernt daran zu denken, daß dieselbe die Grenze überschreiten würde, da wurden schon die unsinnigsten Gerüchte über einen Masseneinfall in Süddeutschland verbreitet. Die Regierungen benützten diesen bequemen Vorwand, um Truppen zusammenzuziehen und die gelockerte Disziplin derselben wieder zu befestigen. Natürlich beschränkte sich die Phantasie des Volkes nicht auf jene Deutschen, sondern Ende März ging auch eine neue Kunde von einem Einfall der Franzosen durchs Land, die namentlich in Württemberg*) zu sehr sonderbaren Scenen und Vorschlägen Anlaß gab.

Auf die Stimmung des Volkes in Baden bauend, glaubten nun die Demokraten im Vorparlament ihre Forderungen aufstellen zu können. Gustav v. Struve, ein schroffer Doktrinär mit mancherlei wunderlichen Schrullen (u. a. Phrenologie und Vegetarianismus), machte dieselben geltend. Diese Forderungen entsprachen jenen in den badischen Versammlungen formulierten. Die letzte (Punkt 15) lautete: Aufhebung der erblichen Monarchie und Ersetzung derselben durch freigewählte Parlamente, an deren Spitze frei gewählte Präsidenten stehen, alle vereint in der föderativen Bundesverfassung nach dem Muster der nordamerikanischen Freistaaten. Ferner verlangte er die Permanenz der Versammlung bis zum Zusammentritt eines frei gewählten Parlaments. Mittler-

*) Der badische Minister Bekk sagte sogar in einer Schrift über die Bewegung in Baden, der Franzosenlärm sei aus Württemberg „amtlich" nach Baden hinübergetragen worden.

weile solle dieselbe die erforderlichen Gesetzesvorlagen entwerfen und durch einen freigewählten Vollziehungsausschuß die Wiederherstellung Deutschlands vorbereiten.

Ob eine Bundesrepublik nach nordamerikanischem Muster damals in Deutschland möglich war und ob sie je möglich sein wird, erscheint allerdings sehr zweifelhaft. Unzweifelhaft aber ist es unseres Erachtens, daß bei den sehr wohlbegründeten föderalistischen Anschauungen des deutschen Volkes eine Bundesrepublik wenigstens geringere Widerstände zu besiegen gehabt hätte als eine Einheitsrepublik. Natürlich erregte aber der Antrag Struve bei den Monarchisten ungeheure Bestürzung. Charakteristisch für die unverwüstliche Loyalität vieler dieser Männer war eine Aeußerung des schon genannten Eisenmann, er habe unter der konstitutionellen Monarchie 15 Jahre lang widerrechtlich im Kerker gesessen, doch lebe und sterbe er für die konstitutionelle Monarchie. Der Antrag Struve wurde abgelehnt, und die Versammlung folgte der Meinung Vogts*) und Wesendoncks, die Frage der Staatsform der künftigen Nationalversammlung zu überlassen. Diese Nationalversammlung (so beschloß die Versammlung weiter) solle aus Urwahlen hervorgehen, von denen kein würdiger Bürger ausgeschlossen sein solle. Auch Schleswig-Holstein und Ost- und Westpreußen sollten vertreten sein. Dabei wurde ausdrücklich die Verbindung Schleswigs und Holsteins betont, und die Aufnahme aller genannten Länder in den Deutschen Bund verlangt, für Posen die Frage offen gelassen, aber die Teilung Posens als schreiendes Unrecht erklärt und Deutschland dessen Wiederherstellung zur Pflicht gemacht. Die konstituierende Versammlung solle nach dem Verhältnis von einem Abgeordneten auf 50 000 Seelen zusammengesetzt werden.

Am zweiten Sitzungstage kam die Frage der Wahlart zur Sprache. Das allgemeine und direkte Wahlrecht fand energische Verteidiger, zu denen der alte Turnvater Jahn gehörte, dessen politisches Denken sich sonst ausschließlich auf Franzosenhaß beschränkte. Allein die Versammlung faßte schließlich in kaum glaublicher Grundsatzlosigkeit den Beschluß, die Entscheidung, ob direkte oder indirekte Wahl, den

*) Als Vogt dabei einen scharfen Seitenhieb gegen Welcker führte, der übrigens, wie auch H. Blum zugiebt, in der Form untadelig war, geberdete sich die Mehrheit wie unsinnig. Ebenso geriet die Versammlung in allgemeine Verwirrung bei der Nachricht von einer Prügelei zwischen Konstitutionellen und Republikanern.

einzelnen Regierungen zu überlassen. Darauf erneuerte Hecker den Antrag auf Permanenz des Parlaments. Allein die Aengstlichen sahen schon im Geiste die Erinnerungen der Konventszeit wieder aufleben. Und doch hätte das Vorparlament, so wenig seine Mehrheit an und für sich dazu geneigt war, weit eher als die Gewalten, die inzwischen das Ruder ergriffen, immerhin noch die Bewegung in fortschrittliche Wege leiten können. Es entspann sich darüber eine sehr lebhafte Diskussion. D'Ester, Rittinghausen (eifriger Verteidiger der direkten Volksgesetzgebung und später sozialdemokratischer Abgeordneter), Jacoby, Itzstein, Raveaux sprachen dafür, Rüder, Venedey (ein sonst radikal gesinnter ehemaliger Flüchtling) und Gagern waren dagegen. Gagerns Antrag, ein Ausschuß von 50 Mitgliedern solle mit dem Bundestag ins Vernehmen treten und denselben bei der Wahrung der Interessen der Nation beraten, wurde angenommen, der Antrag Heckers mit 368 gegen 148 Stimmen abgelehnt. Selbst Uhland, der edle Patriot, der mit richtigem Scharfblick gesagt hatte: „Wochen sind jetzt Jahrhunderte“, stimmte gegen die Permanenz.

So hatten denn die Gemäßigten im Bunde mit den Reaktionären den Sieg davongetragen. Das war den Demokraten und den Republikanern aber doch zu stark. Wie! Der Bundestag, diese erbärmliche Clique von Freiheits- und Einheitsfeinden, sollte nun nach wie vor die Geschicke Deutschlands leiten und durch den Fünfziger-Ausschuß nur beraten werden. Wenn Flathe (Zeitalter der Restauration und Revolution S. 457) sagt: „Unverfälschter konnte die monarchische Volksgesinnung nicht zu Tage treten, als durch diesen Beschluß einer Versammlung, von der auch der leiseste Schimmer einer Regierungsbeeinflussung fern geblieben war,“ so ist dies eine dreiste Entstellung der Thatsachen. Denn wie konnte diese Versammlung, aufs Geratewohl von einem Ausschuß ernannt, und zwar aus dem Kreise von Ständemitgliedern, die in der vormärzlichen Zeit zum Teil nach vorsintflutlichem Wahlsystem gewählt waren, und andern Vertrauensmännern, die wahre Volksgesinnung repräsentieren?*) Und ob nicht da und dort Regierungseinflüsse maßgebend waren, da doch Minister selbst der Versammlung angehörten? Die Demokraten waren gegen-

*) Damit wollen wir durchaus nicht bestreiten, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes monarchisch gesinnt war, allein die Zusammensetzung des Vorparlaments konnte und kann nicht als Beweis dafür angeführt werden.

über der kläglichen Kapitulation des Vorparlaments vor dem Bundestag im vollsten Recht, wenn sie, an der Spitze Blum und Zitz, verlangten: „Bevor die Bundesversammlung die Gründung einer konstituierenden Versammlung in die Hand nimmt, möge sie sich von verfassungswidrigen Ausnahmebeschlüssen lossagen und die Männer aus ihrem Schoß entfernen, die zur Hervorrufung und Ausführung derselben mitgewirkt haben." Da kam es von neuem zu einem sehr heftigen Zusammenstoß zwischen den Parteien. Uhland sagte in recht poetischer Weise: „Ich glaube, daß wenn der Frühling Sprossen treibt, das alte Laub von selbst abfällt." Aber er täuschte sich schwer; denn, wenn auch einzelne Personen gingen, die ganze Bundestagsmisère wurde wieder hergestellt und überlebte noch den Dichter. Alle Warnungen der Demokraten halfen nichts, der Antrag ward nur mit einer Verschlimmbesserung Bassermanns angenommen, die ihn gegenstandslos machte.*) Darauf traten 79 Republikaner und Demokraten aus, darunter Hecker, Struve und Zitz, eine nutzlose und unkluge Demonstration, da der Entschluß nicht aufrecht erhalten wurde. Ein Teil der Demokraten, darunter Blum, Jacoby und Itzstein, blieb aber zurück. In diesem Augenblick beantragte Glaubrech von Mainz, der Fünfziger-Ausschuß solle die Volksbewaffnung in die Hand nehmen, damit er sich auf eine wirkliche Macht stützen könne. Aber selbst dieser Antrag, dessen Berechtigung sich jedem Unbefangenen aufdrängen mußte, wurde bekämpft, u. a. auch von dem Märzminister Römer, dagegen merkwürdigerweise von Mathy mit der Bemerkung unterstützt, daß man die Volksbewaffnung „als einzig sichere Garantie gegen Reaktion im Innern haben müsse." Das Benehmen Mathys einige Tage später zeigte, was von dieser Behauptung zu halten war. In der That wurde, wie denn diese Versammlung über Halbheiten nicht hinauskam, nur beschlossen, der Fünfziger-Ausschuß solle dahin wirken, daß die Volksbewaffnung durchgeführt werde, eine hohle Phrase, die sich nicht einmal auf dem Papier schön ausnahm. Indessen wurden Anstrengungen gemacht die Ausgetretenen zum Wiedereintritt zu bestimmen, und da in der That auf das Drängen des Präsidenten Mittermaier, der eine Revolution fürchtete, der Bundestagspräsident

*) Bassermann ersetzte das Wort „bevor" durch das Wort „indem", eine Unklarheit, infolge derer unter Umständen der Bundestag noch lange in seiner bisherigen Gestalt hätte fortvegetieren können.

die Aufhebung der freiheitsfeindlichen Beschlüsse zusagte, so traten die 79 inkonsequenterweise wieder ein. Es wurden nun noch einige Anträge an die Nationalversammlung überwiesen: der von Jaupp (schon früher von Hecker gestellt) auf Erklärung der Rechte des Volks als Grundlage der künftigen Verfassung Deutschlands, von Venedey auf Schutz der Arbeit, von Biedermann auf ein allgemeines deutsches Staatsbürgerrecht und was dergleichen akademische Anträge mehr waren.

Endlich wurde noch auf Antrag Soirons beschlossen: die Beschlußnahme über die künftige Verfassung Deutschlands solle einzig und allein der vom Volke zu wählenden Nationalversammlung überlassen sein. Freilich erläuterte er diesen Antrag zur Beruhigung ängstlicher Gemüter sofort dahin, daß damit nur das Prinzip der Volkssouveränität gewahrt, dagegen der Nationalversammlung überlassen werde nach Beendigung der Beratung Verträge mit den Fürsten darüber abzuschließen. Dann wurde noch der Fünfziger-Ausschuß gewählt, 38 Mitglieder der Mehrheit und 12 aus der Minderheit. Unter den letzteren befanden sich Itzstein, Blum, Jacoby, Kolb, Raveaux, Seon, Simon. Präsident wurde Soiron, zu Vizepräsidenten wählte man Blum und Abegg. Hecker war als der 51ste, daher nur als Ersatzmann gewählt, Struve erhielt noch weniger Stimmen. Am 3. April war die Session schon zu Ende.

Der Fünfziger-Ausschuß konnte im ganzen nur wenig leisten. Wohl trat er scharf gegen einzelne Regierungen auf, wenn sich dieselben etwa, wie Preußen, allzugroße Abweichungen von den Wahlvorschriften des Vorparlaments gestatten wollten; er sandte auch da und dorthin Repräsentanten, um politische oder wirtschaftliche Streitigkeiten zu schlichten, aber nicht immer mit Erfolg. Der Bundestag, so trostlos feig und kläglich er sich äußerlich, seiner ganzen frühern Haltung zuwider, jeder Regung der öffentlichen Meinung anzuschließen schien, intriguierte doch mit allerlei Nadelstichen gegen die neuen Zustände. Zwar nahm er den Antrag des Fünfziger-Ausschusses, eine halbe Million Thaler zu einer deutschen Kriegsflotte zu bewilligen, an, aber er weigerte sich zuerst mit dem Ausschuß anders als durch die 17 Vertrauensmänner in amtlichen Verkehr zu treten. Freilich bequemte er sich dann doch zu persönlichen Verhandlungen. Er suchte nämlich die Fünfziger zu bestimmen, die Einsetzung eines Triumvirats durch den Bundestag zu genehmigen. Sie gingen schließlich auch darauf ein in dem Sinne, daß dieses Triumvirat die auswärtigen

Angelegenheiten und die Vollziehung der Parlamentsbeschlüsse besorgen solle. Aber nun empfahl der darmstädtische Bundestagsgesandte von Lepel in einer geheimen Denkschrift der Regierung durch Korruption der Wahlen und Bestechung von Parlamentsmitgliedern auf die neue Verfassungsarbeit Einfluß zu gewinnen. Der Bundestag beschloß am 4. Mai dieses saubere Machwerk den Regierungen zur Kenntnisnahme einzusenden und veröffentlichte die Einsetzung des Triumvirats als einer Behörde, die sich mit der Bundesversammlung in die vollziehende Gewalt teilen solle, ohne die Fünfziger auch nur zu nennen. Natürlich waren die Fünfziger, die von jener Denkschrift Kunde erhielten, über die offenen und geheimen Intriguen dieser verächtlichen, abgewirtschafteten Behörde sehr erbittert.*) Sie widerriefen ihre Zustimmung zur Einsetzung des Triumvirats und veröffentlichten den Vorfall. Die entschiedenen Fortschrittsmänner aber mußten durch solche Vorfälle in ihrem gewiß nicht unberechtigten Mißtrauen gegen die Regierungen nur bestärkt werden. Es ging überhaupt durch das Nichtzustandekommen jener provisorischen Bundesbehörde schwerlich etwas verloren. Dieselbe hätte nur als Werkzeug der Reaktion gedient.

Währenddem handelten die Republikaner. Die „Aufschlüsse über die badische Revolution von 1849“**) behaupten, wenn Hecker, Struve und andere Volksmänner in den Fünfzigerausschuß gewählt worden wären, so wäre es nicht zu einer Schilderhebung gekommen.***) So aber erwachte in Hecker und seinen Genossen der kaum beschwichtigte Unwille wieder und ein großer Teil des badischen Volks teilte denselben. Am 4. April kamen Struve und Fickler zu dem badischen Bundestagsgesandten Welcker, mit einer Eingabe des Inhalts, die badische Regierung möge eine Abstimmung veranstalten über die Frage, ob Monarchie oder Republik. Man wolle sich dabei alle Mühe geben, die Privatinteressen des Großherzogs zu wahren und sich jedes ungehörigen Parteieinflusses enthalten. Ein höchst unvorsichtiger und naiver Schritt, denn die beiden kannten die jetzige Ge-

*) Peinlich war die Sache natürlich für Gagern, der als Hessen-Darmstädtischer Ministerpräsident Lepel abberufen und sein Benehmen mißbilligen mußte.

**) Der Verfasser war, wie wir von gut unterrichteter Seite hörten, der 1897 verstorbene Amand Goegg.

***) Selbst H. Blum sagt in seiner „Deutschen Revolution“, die Ausschließung Heckers und Struves sei politisch eine große Unklugheit gewesen.

sinnung Welckers jedenfalls genügend, um die Aussichtslosigkeit desselben von vornherein einzusehen. Was freilich Welcker später in der Paulskirche über seine Antwort erzählte, namentlich in bezug auf einen Brief Herweghs, worin dieser den Republikanern die Hilfe von 100000 Franzosen in Aussicht stellte, erscheint uns sehr problematisch, denn in dem offiziellen Aufruf Herweghs, wo doch in erster Linie diese Hilfe hätte betont werden müssen, war kein Wort von einer solchen Hilfe enthalten, Herwegh wies im Gegenteil die Hilfe der Franzosen, die sich ihm in großer Anzahl anboten, entschieden zurück, auch kam er erst viel später in Straßburg an, hätte also damals gar nicht eingreifen können. Sei dem wie ihm wolle, Welcker benachrichtigte seine Regierung, that aber weiter nichts in dieser Sache: Anders Mathy. Hecker, ein schöner Mann von einnehmendem Wesen und feuriger Rednergabe, und Struve beschlossen nämlich nun loszuschlagen, da sie in Briefen, Adressen und von Deputationen massenweise aufgefordert wurden, dies zu thun. Sie nahmen eben Worte für Thaten,*) wurden aber auch noch durch persönliche Gründe zum Handeln gedrängt. Nach der Offenburger Versammlung im September 1847 hatte nämlich die badische Regierung eine Untersuchung wegen Hochverrats gegen sie eingeleitet. Umsonst hatte sich der Advokat Brentano mit seinem Kopfe dafür verbürgt, es werde keine Unruhe mehr vorkommen, wenn die Prozesse niedergeschlagen würden. Daher fürchteten Hecker und Struve ihre Verhaftung. Außerdem war auch die Aufregung über die Truppenmärsche der benachbarten Regierungen sehr groß. So glaubten denn Hecker und Struve diese Aufregung benützen zu können. Im Seekreis sollte die Erhebung beginnen.

*) Es ist schwer zu tadeln, daß sie, die doch die Volksherrschaft in den Himmel erhoben, nicht abwarteten, bis der Volkswille sich in den Wahlen zum deutschen Parlament unzweideutig offenbart hatte. Gerade von ihrem Standpunkte hätten sie den Willen der Mehrheit respektieren müssen, und zu diesem Zwecke mußten sie ihn doch zuerst kennen. Andererseits war es begreiflich, daß sie nach der langen Reaktionsperiode von 1815—1848 von der fixen Idee beherrscht war, daß eine freiheitliche und fortschrittliche Entwickelung nur innerhalb der Republik möglich sei. Je mehr dann später die Reaktion um sich griff, um so mehr mußte diese Idee sich unter allen entschiedenen Demokraten ausbreiteten. Die Geschichte Englands, Norwegens und teilweise auch einzelner deutschen Staaten hat bewiesen, daß der Fortschritt mit der konstitutionellen Monarchie keineswegs unverträglich ist; die Frankreichs und teilweise der amerikanischen Staaten, daß Reaktion und Militarismus auch oft in Republiken wüten.

Dort war Fickler die Seele der ganzen demokratischen Bewegung, während gleichzeitig der ehemalige badische Leutnant Sigel, ein junger Mann von großer Energie und militärischer Begabung, ein Volksheer zum Schutze des künftigen deutschen Parlaments zu organisieren begann. Fickler hielt sich nun auf der Rückreise nach Konstanz in Karlsruhe auf und traf am Abend des 7. April noch mit anderen oppositionellen Kammermitgliedern zusammen, auch mit Mathy, dem er früher Wohlthaten erwiesen und ein Landtagsmandat verschafft hatte. Als nun aber am anderen Morgen Fickler abreisen wollte, da erwartete ihn Mathy schon auf dem Bahnhofe; er rief Polizisten und Bahnbeamte herbei, um Fickler zu verhaften, und als diese sich weigerten, rief er einigen Soldaten zu: „Verhaftet diesen Mann, er ist ein Landesverräter!", worauf Fickler treffend erwidert haben soll: „Ich bin kein Landesverräter, aber Sie sind ein Volksverräter." Wie man auch diese von den jetzigen tonangebenden Geschichtsschreibern so gerühmte That beurteilen mag, sie war ebenso ungesetzlich wie die geplante Erhebung, denn Mathy hatte als Abgeordneter zu einer solchen Handlung nicht die mindeste Kompetenz.*) Daß Mathy übrigens zu allem fähig war, beweist auch der Umstand, daß er später — Nationalliberaler wurde. Der Vorwurf des Landesverrats war um so verläumderischer, als Fickler die Gemeinschaft mit den deutschen Demokraten in Paris ausdrücklich abgelehnt hatte. Die Karlsruher, weniger zahm als heutzutage, nahmen indessen eine so drohende Haltung an, daß Mathy eiligst Karlsruhe verließ und nach Mannheim zurückkehrte. Auch dort wandte sich der Volkszorn gegen ihn. Mathy verteidigte sich dann unter dem Schutze der Bürgerwehr

*) Natürlich wird die That Mathys von unsern schein- oder auchliberalen Historikern Bismarckscher Observanz als eine Handlung „männlichen Muts, leuchtenden Bürgermuts, mannhafter Eigenmächtigkeit" gepriesen. Was würden sie wohl sagen, wenn in den Märztagen ein Berliner Demokrat die „mannhafte Eigenmächtigkeit" begangen hätte, den Prinzen von Preußen auf seiner Flucht zu verhaften? Auch der der Revolution überaus abgeneigte Pfarrer Hagenmeyer spricht sich über diese That des „politischen Ueberläufers" nicht günstig aus und „läßt es immerhin dahingestellt sein, ob nicht der ihm damals schon winkende Ministerposten, der ihm wirklich schon zwei Tage nach jener That zu teil wurde, einen gewissen Einfluß ausübte." Mathy wurde nämlich in der That gleich darauf badischer Staatsrat. Freilich eine bessere Stelle als die eines Schullehrers in Grenchen, die er unter dem Schutze des radikalen späteren Bundesrats Munzinger innegehabt hatte!

vom Balkon des Rathauses, indem er behauptete, Fickler habe die Franzosen ins Land rufen wollen und er habe bei Mittermaier, dem Präsidenten der zweiten Kammer, die aktenmäßigen Beweise dafür gesehen. Mittermaier erklärte aber diese Behauptung als eine Lüge, worauf ihn Bassermann so beschimpfte, daß er vor Aerger erkrankte. Und dieser Mathy, dieser undankbare, heimtückische Lügner, war später badischer Minister und ein Ideal der Nationalliberalen und Gustav Freytags! Freilich hatte Mathy die bevorstehende Erhebung in ihrem Lebensnerv getroffen; denn Fickler hatte, besonders im Seekreis, alle Fäden der demokratischen Organisation in der Hand.

Hecker fürchtete nun auch seine und seiner Genossen Verhaftung, falls er noch länger zögerte, und so reiste er denn am 9. April nach Konstanz ab. Dort fand er schon seine hauptsächlichsten Freunde Struve, Mögling (württembergischer Landtagsabgeordneter und Professor in Hohenheim), Willich (früher preußischer Artillerieoffizier) und andere vor. Nach einigem Schwanken entschlossen sich die Führer einen Vorstoß gegen Karlsruhe zu machen und dann die badische Republik zu proklamieren, der dann auch die deutsche folgen würde. Sie wiegten sich in solchen Illusionen, daß sie gar nicht an einen Widerstand glaubten, sondern hofften, Truppen und Volk würden ihnen ohne große Mühe zufallen. Anders betrachteten die Führer, die dem Seekreis selbst angehörten, die Sache. Zwar riß Hecker am 12. April in einer Volksversammlung die Masse durch seine feurige Beredsamkeit mit sich fort, aber jene Häupter, namentlich der Bürgermeister Hütlin, erklärten die Sache mit Recht für aussichtslos. Derselben Meinung war auch Sigel, jedenfalls der kundigste Militär der ganzen Bewegung. Aber Hecker ließ sich nicht mehr zurückhalten. Am 13. April brach er auf mit 57 Mann statt der 400, die man erwartet hatte, und zog nach Stockach, wo er endlich etwa 300 Teilnehmer beisammen hatte. Dann löste er die monarchische Verwaltung des Seekreises auf und setzte komischerweise seinen guten Freund, den bisherigen Regierungsdirektor Peter, gleich als republikanischen Statthalter ein, obwohl er sich sagen mußte, daß derselbe nur gezwungen annehmen würde. Von Konstanz wurde dann auch eine Proklamation erlassen, worin das deutsche Volk zur Gründung einer Republik aufgefordert wurde.*) Von Stockach aus

*) Daß die Republik gerade im Süden Badens noch am meisten Anhang fand, erklärt sich, wie Otto Hörth mit Recht betont hat, aus der Thatsache, daß der

ging Sigel nochmals nach Konstanz zurück und folgte dann Hecker mit 150 Mann und 2 Kanonen. Dieser wollte nun gegen Donaueschingen, um dort die Operationen fortzusetzen; auf dem Zuge traf er in Eupen Frau Herwegh, eine schöne, reiche und mutige Berlinerin. Diese wünschte eine Vereinigung mit der demokratischen Legion, die unterdessen großenteils in Straßburg angekommen war, zu verabreden. Hecker aber, der die Unbeliebtheit der Pariser Deutschen fürchtete, gab einen ausweichenden Bescheid. Bald kam ihm auch Struve mit einem kleinen Haufen entgegen mit der Nachricht, daß Donaueschingen bereits von württembergischen Truppen besetzt sei. Darauf wurde beschlossen nach Todtnau zu ziehen und die Verstärkungen Sigels und Weißhaars von Lotstetten abzuwarten. Das schlechte Wetter wirkte ungünstig auf die Stimmung der Freischaren ein.

In Bernau trafen Venedey und Spatz, die schon ihr Glück umsonst bei Herwegh versucht hatten, als Mitglieder des 50er Ausschusses bei Hecker ein, um ihn unter dem Angebot einer vollen Amnestie zur Niederlegung der Waffen zu bestimmen. Hecker wies sie mit den schroffen Worten ab: Zieht mit, statt in Frankfurt leeres Stroh zu dreschen. Leider ließ sich Hecker, der kein militärisches Talent besaß und daher die Führung besser einem andern überlassen hätte, von Willich verleiten, statt auf Sigel und Weißhaar in Todtnau zu warten, nach Schopfheim und ins Rheinthal zu marschieren, um von dort wieder nordwärts zu ziehen, da die Päße gegen Freiburg hin besetzt waren. So wurden die Freischaren, die strengstes Zusammenhalten sehr nötig gehabt hätten, unnütz zersplittert und ermüdet und mußten dem Feinde erliegen. Das schlimmste war freilich die Gleichgültigkeit der Bevölkerung,*) welche die Illusionen Heckers grausam zerstörte. Nicht nur der Fünfziger-Ausschuß und die badische Kammer verdammten sein Unternehmen, auch die Vaterlandsvereine im Seekreis erklärten sich gegen ihn. Infolge jener Zersplitterung aber hatte Hecker nur etwa 1000 Mann, als er nach Kandern zog, während in Schliengen bereits 2400 Mann Truppen (meist Hessen) unter dem Be-

größte Teil des Südens erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit zu Baden gehörte. Namentlich erhielten sich viele Erinnerungen an die kaiserliche Zeit. Von alter Anhänglichkeit an das Haus Zähringen konnte da keine Rede sein.

*) Hecker verfuhr vielleicht auch zu schonend gegenüber offen feindlich gesinnten Elementen, eine Thatsache, die schon häufig bei Revolutionen, entgegen dem Gerede von Terrorismus, konstatiert werden konnte.

fehl Friedrichs von Gagern,*) eines Bruders des bekannten Märzministers und Parlamentariers, eingerückt waren. Sigel, der in Todtnau 3500 Mann gesammelt hatte, war inzwischen Hecker wieder ganz nahe gekommen, zog nun aber das Wiesenthal hinauf und forderte Hecker auf, sich ihm anzuschließen. Hecker, der in der Zwischenzeit Frau Herwegh nochmals abgewiesen, zog sich in der That am 20. April morgens von Kandern nach der Scheideck zurück. Bei der Nachhut, die unter Dr. Kaiser von Konstanz noch in Kandern zurückgeblieben war, erschien der badische Regierungs-Kommissär Stephani mit einem hessischen Trompeter und verlas die Aufruhrakte. Seine Aufforderung die Waffen niederzulegen wurde abgewiesen. Darauf wurde Hecker selbst mitgeteilt, Gagern wolle ihn sprechen. Gagern und Hecker hatten eine kurze heftige Diskussion, wobei sie sich gegenseitig des Fanatismus beschuldigten und Gagern schließlich erklärte, er werde mit aller Strenge einschreiten. Auf der Paßhöhe, über der Scheideck, machten die Republikaner Halt, da sie natürlich die Höhe nicht aufgeben wollten. Dr. Kaiser suchte noch zu vermitteln und die Republikaner riefen den Truppen: „Brüder" zu. Ein Teil der Truppen schien wirklich zu schwanken, keine der beiden Parteien wollte zuerst Blut vergießen. Aber Gagern, der wohl nicht mit Unrecht den Abfall seiner Truppen fürchtete, stieg zu Pferd, rief Freiwillige und Unteroffiziere vor und ließ mit gefälltem Bajonett einen Angriff machen. Als die Republikaner wiederum „Brüder" riefen, antwortete Gagern rauh: Gesindel seid ihr, und drückte seine Pistole ab. Darauf schossen die Republikaner ebenfalls und Gagern fiel. Von beiden Seiten floh man, nur die Mutigsten hielten Stand und die Leiche Gagerns war einen Augenblick in den Händen der Republikaner. Es kam dann zu mehrfachen Unterhandlungen und obgleich die Hessen versprochen hatten, nur bis zur Scheideck vorzudringen, verfolgten sie die Republikaner doch. Heckers Freischar löste sich auf und er selbst gelangte am zweiten Tag auf Schweizerboden. Mit diesem kläglichen Ausgang schwanden endlich seine Illusionen und er verfiel jetzt ebenso sehr einem allzu schwarzsehenden Pessimismus, wie er früher einem übertriebenen Optimismus gehuldigt hatte. Seine Popularität litt übrigens durchaus keinen Schaden, im Gegenteil wurde das Heckerlied überall gesungen, und es war daher für die

* Gagern war in holländischen Diensten gewesen, aber durchaus kein einseitiger Soldat, sondern ein allseitig gebildeter, selbst poetisch angelegter Mann.

spätere Revolution in Baden verhängnisvoll, daß Hecker schon vor Ende des Jahres nach Amerika, seinem erträumten Ideal republikanischer Zustände, übersiedelte. Unmittelbar aber schadete der Demokratie der Tod Gagerns, denn die Reaktionäre streuten geschäftig die Tendenzlüge aus, Gagern sei nicht im Kampfe gefallen, sondern meuchelmöderisch während der Verhandlungen erschossen worden*), was natürlich einen um so schlechteren Eindruck machte, als er der Bruder des so beliebten Heinrich v. Gagern war.

Die monarchischen Truppen, jetzt unter dem Badenser Hinckeldey, stießen dann bei Steinen auf die Kolonne von Weißhaar und Struve und sprengten sie ohne Mühe auseinander. Struve wurde in Säckingen gefangen, aber durch Mögling befreit, der mit dem Erscheinen eines republikanischen Heeres und dem Niederbrennen der Stadt drohte. Sehr verhängnisvoll wurde die Auflösung der Heckerschen Schar auch für Sigel. Dieser wollte nämlich, da er von Heckers Flucht in die Schweiz noch nichts wußte, die Flüchtigen an sich ziehen und rückte nach Schopfheim, wodurch er sehr kostbare Zeit verlor, und der Zug auf Freiburg, den er geplant, viel schwieriger geworden war. Von überall rückten jetzt die Truppen zur Unterdrückung des Aufstandes heran. Hessen, Nassauer, Badenser, Württemberger umzingelten die Republikaner, ja selbst Baiern rückten in den Seekreis ein. Um Freiburg standen 3000 Mann hessische, badische und nassauische Infanterie, dazu ein Regiment Kavallerie und 4 Geschütze unter dem Oberbefehl des Generals Hoffmann. Sigel verhehlte sich die Schwierigkeit seiner Aufgabe nicht, wollte aber die Freiburger Republikaner nicht im Stiche lassen. Am 22. April strömten die Bauern massenhaft in die Stadt; es fand dort eine bewaffnete Volksversammlung von 1500 Mann statt. Die Bürger wußten nicht was thun, die Mehrheit derselben aber unterhandelte mit den Regierungstruppen und ließ ihnen Nachrichten über die Republikaner zugehen, während Studenten, Turner und Arbeiter sich zum Kampfe rüsteten. Den Befehl derselben

---

*) Selbst die liberal-konservativen Historiker geben neuerdings diese Legende auf. Hagenmeyer geht mit Recht noch weiter und tadelt das ganze Verhalten Gagerns nach dem Abbruch der Verhandlungen, da er nun nicht sogleich angegriffen, die Anrede der Republikaner geduldet und sich schließlich zu sehr exponiert habe. Dagegen hat der badische Archivdirektor v. Weech, der es wohl besser hätte wissen können, die Fabel vom Meuchelmorde unbedenklich wiederholt! Ebenso auch Schleiden in seinem Werk: Schleswig-Holsteins erste Erhebung.



führte der Student Langsdorff, der sogenannte „Münsterturmgeneral“, weil er die Bewegungen des Feindes vom Münsterturm aus beobachtete. Langsdorff ließ mit Gewalt die städtischen Kanonen (4 Sechspfünder) aus dem Rathaus holen. Die Stadt wurde stark verbarrikadiert. General Hoffmann forderte Abzug der Republikaner unter Androhung des Sturmes, gab aber noch Frist bis zum 24. April. Sigel suchte inzwischen die Stadt zu entsetzen. Sein Korps rückte über Horben und Günterstal gegen Freiburg. Er hatte strengen Befehl gegeben, daß keine Abteilung über Günterstal vorrücken solle. Aber Struve, der noch weniger als Hecker etwas vom Kriege verstand, ließ doch die Vorhut aus dem Walde heraus und gegen Freiburg auf offenem Felde marschieren (23. April). Am Ausgange des Thales stand badisches Fußvolk mit hessischer Artillerie. Versuche zu unterhandeln schnitt General Hoffmann barsch ab, und die Kartätschen der Hessen sprengten die Abteilung der Sensenmänner in wilder Flucht auseinander. Diese rissen dann auch die andern erst anrückenden Truppenteile mit sich fort und Sigel konnte in Günterstal nur noch 400 Mann mustern. Zwar schlug er den Feind wieder zurück, allein das Unternehmen war durch Struves Unvorsichtigkeit unheilbar geschädigt. Auch ein Ausfall aus Freiburg mißlang. Sigel versuchte das Unmögliche zu leisten. In Horben im Gebirge sammelte er 600 Mann und drang am folgenden Tage nochmals vor. Aber da seine kleine Schar natürlicherweise einige Stunden hatte rasten müssen, kam er zu spät. General Hoffmann hatte den Sturmangriff von allen Seiten schon am Morgen des 24. (Ostermontag) begonnen. Die Republikaner leisteten sehr tapfern Widerstand. Die Barrikaden am Prediger-, Breisacher- und Zähringerthor wurden lange behauptet, obwohl die Aufständischen nur 300 Gewehre hatten. 12 Schützen und 18 Sensenmänner mit einer Kanone hielten die Barrikaden in der Jesuitenstraße zwei Stunden lang gegen 1000 Nassauer; die große Barrikade am Breisacherthor, die 2000 Nassauer und Hessen mit zwei Geschützen bestürmten, wurde erst aufgegeben, als die Verteidiger auch im Rücken bedroht wurden. Manche Republikaner retteten sich über den nicht besetzten Schloßberg. Eine große Anzahl wurde gefangen und namentlich von den Hessen mißhandelt. Sigel und Mögling kamen an, als jeder fernere Widerstand gegen die gewaltige Uebermacht aussichtslos war. Sie gelangten ans Schwabenthor, wurden aber von den Truppen, die gerade die dortige Barrikade besetzt hatten, zurück-

getrieben. Sie kletterten über die Stadtmauern und entkamen wie die andern Führer in der nächsten Nacht unter großen Gefahren. Die Führung der Truppen war in diesem Feldzug überhaupt nicht gerade viel besser als die der Freischärler.

Unterdessen hatte Herwegh in Straßburg vergeblich auf eine bestimmte Nachricht bezüglich des Anschlusses gewartet; ohne eine solche aber mochte er begreiflicherweise nicht aufs Geratewohl marschieren. Uebrigens wollte er durchaus nur politischer Führer sein, während die militärischen Führer Adalbert von Bornstedt, Otto von Corvin und Reinhardt von Schimmelpennig waren, alle drei frühere preußische Offiziere. Herwegh hatte von der französischen Regierung nur sehr magere Unterstützung erhalten, aber keineswegs, weil diese das Unternehmen fördern wollte, sondern da sie die ihr unbequemen Gäste abzuschütteln wünschte. Waffen, die Herwegh verlangte, verweigerte sie. Die klarsehenden Demokraten in Paris, namentlich Marx und Engels, hatten sich gegen das Unternehmen erklärt. Am 24. April überschritt die Legion östlich von Mühlhausen den Rhein auf einen Ruf Sigels, der Waffen versprach. Sie wollten auf Todtnau marschieren, unterwegs aber erfuhr man die Niederlage bei Freiburg. Darauf hielt Herwegh mit Recht jeden weitern Versuch für aussichtslos und man beschloß bei Rheinfelden die Schweizer Grenze zu überschreiten. Aber durch lange Märsche erschöpft, und absichtlich von einem falschen Führer irre geführt, wurden die 650 Mann, von denen lange nicht die Hälfte Gewehre hatten, von einem württembergischen Truppenkorps bei Dossenbach, unweit des Rheines, angegriffen und nach tapferm, aber regellosem Widerstand vollständig zerstreut (27. April). Schimmelpfennig und der Obergerichtsanwalt Oedermann aus Oldenburg fielen. Herwegh und seine Frau machten, wie ein Augenzeuge später konstatierte, während der ganzen Dauer des Kampfes Patronen und auf ihrem Wagen befanden sich auch die ersten Toten und Verwundeten. Begreiflicherweise suchten aber bei der allgemeinen Flucht auch sie sich zu retten und entkamen unter großen Gefahren bei Rheinfelden in die Schweiz.*) Die Württemberger veranstalteten eine

*) Die bekannte Spritzledergeschichte, ursprünglich von einem Spaßvogel übel genug erfunden, von den „Fliegenden Blättern" illustriert und von den Reaktionären geschäftig weiter verbreitet, ist längst als eine abgeschmackte Verleumdung in das Reich der Fabel verwiesen worden. Der bekannte Oscar Jäger hat sie aber noch in den 70er Jahren mit großem Behagen wieder aufgetischt, obgleich er sich schon



Hetzjagd auf die Flüchtigen, indessen scheint die Schilderung v. Corvins über die von den Siegern verübten Grausamkeiten stark übertrieben zu sein.

Damit war die erste republikanische Schilderhebung in Deutschland zu Ende. Wohl war es auch anderwärts zu kleinen Unruhen und Kämpfen gekommen. In Offenburg war sogar die Republik ausgerufen, aber wieder abgeschafft worden. Man hatte dabei in einer Erklärung die prinzielle Sympathie der Bürgerschaft für die Republik ausgesprochen, aber die Verwirklichung derselben der Nationalversammlung oder den grösseren Schwesterstädten überlassen. Wie die „Aufschlüsse“ behaupten, drückte diese Erklärung die Stimmung aller Orte Badens mit Ausnahme der Residenz aus. Aus der Sinsheimer Gegend zogen am 24. April noch zahlreiche Bewaffnete nach Heidelberg, die zu Hecker stoßen wollten. In Mannheim machte die Bürgerwehr mit den von Auflösung bedrohten Sensenmännern gemeinsame Sache. Die Nassauer wurden von der Wache an der Brücke vertrieben, Barrikaden wurden errichtet, ein Joch der Brücke wurde abgefahren. Mit den Baiern, die in Ludwigshafen lagen, schoß man sich am 26. April von der Brückenbarrikade aus lebhaft herum, wobei ein mutiges Mädchen mit einer schwarz-rot-goldenen Fahne in der Hand sich den Kugeln der Gegner aussetzte. Erst am 1. Mai besetzten die Baiern Mannheim. Die Stadt wurde in Belagerungszustand erklärt, ebenso Freiburg. Im ganzen Oberrhein- und Seekreis wurde eine allgemeine Entwaffnung angeordnet. Den Seekreis besetzten die Baiern, um, wenn nicht am Kampfe, so doch wenigstens am Schergendienst Anteil zu nehmen. Grausam war begreiflicherweise die Reaktion, die Gefängnisse füllten sich mit Republikanern, und die Exekutionstruppen benahmen sich so brutal, daß ihr Verfahren allgemeine Entrüstung hervorrief. Weit mehr aber schadeten die Verleumdungen über den Tod Gagerns und die Flucht Herweghs der demokratischen Sache; natürlich wurde auch die Thatsache weidlich ausgebeutet, daß unter den 370 Gefangenen der demokratischen Legion

---

damals hätte leicht eines besseren belehren können. Daß auch Treitschke in den Chor der Verläumder einstimmte, versteht sich bei der sattsam bekannten Objektivität dieses Historikers von selbst. Auch Hagenmeyer wiederholt die Geschichte neuerdings wieder, wenn auch nur in der Form eines Gerüchtes. Für den wirklichen Hergang vergl. Briefe von und an Herwegh, herausgegeben von Marcel Herwegh. Münch en1896.

trotz der anfänglichen Abmachungen Herweghs sich doch 67 Franzosen befanden.

Besseren Erfolg hatte, wenigstens in dieser Zeit, die Schilderhebung der Schleswig-Holsteiner, weil es sich da nicht allein um die Rechte des Volkes, sondern auch um die einiger Prinzen handelte. Der neue König von Dänemark Friedrich VII. hatte wenige Tage nach seinem Regierungsantritt, Ende Januar, den Entwurf der in Aussicht genommenen Gesamtstaatsverfassung wirklich veröffentlicht. Die Gerechtigkeit erfordert es zu sagen, daß darin auch nach der demokratischen Seite hin Zugeständnisse gemacht waren. Aber auch diese selbst waren, abgesehen von der dänischen Tendenz, die der Verfassung zu Grunde lag, den aristokratisch zusammengesetzten Ständeversammlungen ein Dorn im Auge. 60 Mitglieder derselben beschlossen am 17. Februar in Kiel den Rechten der Herzogtümer nichts zu vergeben, und als nun die Revolution ausbrach, kam es zu weiteren Schritten gegenüber Dänemark. Am 18. März fand eine große Versammlung von schleswig-holsteinischen Ständemitgliedern in Rendsburg statt, worin die Absendung der üblichen Deputation nach Kopenhagen beschlossen wurde. Sie sollte außer den gewöhnlichen Volksforderungen auch Vereinigung der Ständeversammlungen von Schleswig und Holstein und Einverleibung Schleswigs in den Bund verlangen. Allein dort fand sie natürlich kein Gehör.

Freilich schien es Friedrich VII. im Hinblick auf die Erregung des deutschen Volkes doch zu gewagt, etwa auch Holstein noch als dänische Provinz zu behandeln. Er erklärte, Holstein gehöre zum deutschen Bund, Schleswig aber zum dänischen Gesamtstaat. Eine große Volksdemonstration am 22. März veranlaßte ihn gleichzeitig ein Ministerium der eiderdänischen*) Partei (Orla-Lehmann, Bischof Monrad, Tscherning) zu berufen. Am 23. erhielt die schleswig-holsteinsche Deputation eine ausweichende Antwort, am 24. mußte sie, von der Menge bedroht, abreisen und empfing auf dem Schiff noch die definitive Antwort im Sinne der Eiderdänen. Schon am 23. März aber brach inzwischen der Aufstand in Kiel los. Zum Kampfe kam es nicht, da die Truppen sofort zum Volke übergingen, und am 24. trat eine provisorische Regierung zusammen, bestehend aus dem Bruder des Herzogs Christian von

*) Die Eiderdänen hätten im Notfall Holstein gern aufgegeben, wenn nur Schleswig ganz dänisch werde. Daher auch der Name.



Augustenburg, dem Prinzen Friedrich von Augustenburg-Noer, dem Grafen Reventlow-Preetz, Beseler, Bankier Schmidt und Advokat Bremer, zu welchen hocharistokratischen oder gemäßigten Elementen erst später (am 28.) der Demokrat Olshausen hinzugezogen wurde. Diese Regierung erließ schon am 24. März einen Aufruf; darin stellte sie die Behauptung auf, daß der König, durch den Kopenhagener Pöbel bedroht, nicht mehr frei sei, eine Behauptung, die schwerlich mehr als eine der gewöhnlichen konstitutionellen Fiktionen war, da Friedrich VII. gegen den Teil des eiderdänischen Programms, der Schleswig und Holstein betraf, kaum etwas einzuwenden hatte. Sie übernahm die Leitung der Geschäfte im Namen des Herzogs Christian. Der Prinz v. Noer bemächtigte sich durch einen Handstreich der Festung Rendsburg und das Land erkannte die Regierung an. Aber es war von vornherein klar, daß die Schleswig-Holsteiner allein den Dänen nicht widerstehen könnten, und die Regierung rief daher den Schutz Preußens an. Friedrich Wilhelm IV. hatte seinerseits schon einen Schritt in dieser Angelegenheit gethan. Am 24. März schrieb er dem Herzog von Augustenburg einen Brief, worin er die 3 Sätze anerkannte, daß die Herzogtümer selbständige Staaten seien, daß sie fest mit einander verbundene Staaten seien und daß der Mannesstamm in ihnen herrsche. Aber er bemerkte dabei ausdrücklich, daß er das Bestehende nach Kräften erhalten wolle und daß das bestehende Recht, ausgesprochen in jenen Sätzen, die Rechte Dänemarks in keiner Weise verletze. Das war wieder einmal die widerspruchsvolle, wolkenwandelnde Politik des Königs. Der Gedanke, Dänen und Schleswig-Holsteiner in gleicher Weise zufrieden stellen zu wollen, konnte nur im Gehirn dieses Monarchen entspringen. Diesem Standpunkt entsprach dann auch das Verfahren Preußens in dieser Angelegenheit. Es ließ sich vom Bundestag die Vollmacht geben, die schleswig-holsteinsche Sache in die Hand zu nehmen, und am 8. April übergab der Major v. Wildenbruch dem König Friedrich, der sich in Sonderburg befand, die Erklärung, Preußen wünsche die Herzogtümer dem König zu erhalten, das Einrücken preußischer Truppen habe nur den Zweck, republikanische Elemente fern zu halten und einen Ausgleich zwischen dem König und seinen Unterthanen herbeizuführen; wenn Dänemark auf dieser Grundlage unterhandeln wolle, so müsse es auf den Einmarsch in Schleswig verzichten. Das war keine jener beschönigenden Erklärungen, mit denen so oft ein Krieg gerechtfertigt werden soll. Im Gegenteil,

es war dem König mit dem Inhalt dieser Ankündigung vollständig Ernst*), und die Dänen hätten bei einiger Vorsicht den ganzen Kampf vermeiden und die armen Schleswig-Holsteiner später übervorteilen können. Aber sie verließen sich auf die Hilfe der Großmächte. Mit 10 000 Mann und 30 Geschützen überschritten sie die Grenze Schleswigs und vernichteten am 9. April bei Bau in der Nähe von Flensburg das kleine Korps der Schleswig-Holsteiner, größtenteils aus Studenten, Jägern, Turnern und Freiwilligen bestehend. Namentlich erregte der Untergang der Abteilung von Kieler Studenten und Turnern, welche ganz aufgerieben oder gefangen wurde, große Aufregung. Nun mußte der Bundestag wieder in Aktion treten. Er beauftragte Preußen, auf den Eintritt Schleswigs in den deutschen Bund hinzuwirken, übertrug Preußen den Oberbefehl, was sich eigentlich von selbst verstand, und wies das 10. Armeekorps an die Preußen zu verstärken. Den Oberbefehl der letzteren führte, nachdem der Prinz von Preußen, wohl im Bewußtsein seiner Unbeliebtheit in Preußen, abgelehnt hatte, General Wrangel, ein schon ergrauter Haudegen, durch seinen Feldwebelton und seinen Berliner Dialekt in der Hauptstadt populär, aber kein großer Stratege.

Als die Dänen erfuhren, daß Wrangel in Schleswig eingerückt sei, betrachteten sie dies als Kriegserklärung und konfiszierten alles deutsche Eigentum in Dänemark. Am 23. April erstürmte die preußische Garde das ausgedehnte Festungswerk des Danewirke bei Schleswig nach heftigem Kampfe. Am folgenden Tag siegten die Hannoveraner bei Oeversee und besetzten am 25. Flensburg und nachher auch den Sundewitt. Wrangel hätte das dänische Heer wohl bis zur Vernichtung schlagen können, allein er war wohl durch Instruktionen von Berlin aus gebunden. Als der Prinz von Noer die Dänen auch noch über Schleswig hinaus verfolgen wollte, erklärte er ihm barsch: „Nee, hier hören Sie man uff.“ Indessen ging er doch selbst wieder vor und besetzte Anfang Mai Kolding, Fridericia 2. Mai) und Aarhus in Jütland. Gleichzeitig erließ er am 3. Mai

*) Freilich hatte Wildenbruch die Verhandlungen sehr ungeschickt geleitet und den Inhalt seiner Instruktion, die doch ursprünglicher etwas entschiedener lautete und den König Friedrich namentlich auf die Gefahr einer skandinavischen Union für die dänische Krone aufmerksam machte, durch Auslassungen und Umstellungen so verändert, daß, um ein berühmtes Wort umzukehren, fast aus einer Fanfare eine Chamade geworden war.

einen pomphaften Tagesbefehl, worin er sagte: „Schleswig und Holstein hat der Feind geräumt, bis auf wenige Inseln, die wir wegen Mangels an Kriegsschiffen nicht betreten können.“ Aber eben in diesem Mangel an Kriegsschiffen lag die unheilbare Schwäche der deutschen Stellung, über welche auch die Kontribution von 2 Millionen Speziesthalern, welche Wrangel in Jütland ausschrieb und die Beschlagnahme des dänischen Eigentums in den deutschen Häfen nicht hinweghelfen konnte. Denn die Dänen, die allein eine Flotte besaßen, erklärten die deutschen Küsten in Blokadezustand und fügten namentlich den preußischen Ostseeprovinzen ungeheuern Schaden zu. Es rächte sich jetzt, daß Preußen, das als Großmacht und durch seine geographische Lage in erster Linie dazu berufen war, es versäumt hatte, eine kleine Flotte zum Schutze der Küsten zu erbauen. Quantum mutatus ab illo! Heute baut man sogar Schiffe um Abenteuer in fernen Weltteilen ausführen zu können! Friedrich Wilhelm IV., um ein geistreiches Wort nie verlegen, nannte den Kampf den einer Dogge mit einem Fisch. Wrangel trat freilich energisch genug auf, er erklärte für jedes Haus, das die Dänen an der deutschen Küste in Brand schießen würden, brenne er ein jütisches Dorf nieder. Nun aber mischte sich auch die europäische Diplomatie ein, die sich diese Gelegenheit, im Trüben zu fischen, durchaus nicht entgehen lassen konnte. Besonders zeigten sich England und Rußland dem deutschen Interesse in der schleswig-holsteinischen Frage feindlich. Palmerston hatte zwar anfangs eine Teilung Schleswigs nach den Nationalitäten vorgeschlagen, eine Lösung, die unstreitig besser gewesen wäre als die später gewählte, bei der die dänischen Nordschleswiger vergewaltigt werden, wie es früher die Deutschen wurden.*) Allein später näherte er sich mehr und mehr den Dänen. Auch in Schweden regte sich das skandinavische Gemeingefühl.

Mit besonderem Grimm aber sah Kaiser Nikolaus, einer der dünkelhaftesten Despoten, die je einen europäischen Thron verunziert, auf die ganze revolutionäre Bewegung jener Zeit. In der That war die Furcht vor

---

*) Geschrieben vor den letzten Ausweisungen, die in ganz Europa gerechte Entrüstung hervorriefen. Palmerston machte auch noch den Vorschlag, der König möge den Augustenburger adoptieren; damit wäre wohl die Erbfolgefrage beseitigt worden, nicht aber das unklare und widerspruchsvolle Verhältnis der Herzogtümer untereinander, zu Deutschland und zu Dänemark.



einem Krieg mit Rußland, die in den Kreisen der Liberalen und Radikalen sich vielfach in kräftigen Ausdrücken des Hasses gegen diesen Staat äußerte, wohl keineswegs ganz unbegründet. Am 8. März hatte der Zar befohlen sofort einen Teil des Heeres auf den Kriegsfuß zu setzen und am 26. März erließ er ein Manifest an die Völker seines Reiches, worin er mit der ganzen Anmaßung des halbasiatischen Despoten den Abendländern gegenübertrat. Er gab sich die Miene zu glauben, daß Rußland selbst bedroht sei, und versicherte, jeder Russe werde unter dem alten Kriegsrufe „für Glauben, Zar und Vaterland“, die kein Mensch bedroht hatte, den Weg zum Siege finden. Die namenlos unverschämte Proklamation schloß mit einem Citat aus Jesaias: „Vernehmet es, ihr Heiden, und unterwerfet euch, denn Gott ist mit uns.“ Daß der Statthalter Fürst Paskiewitsch den Polen drohte bei dem geringsten Aufstandsversuch Warschau in einen Aschenhaufen zu verwandeln, über dem sich nur die Galgen für die Unruhestifter erheben würden, läßt sich angesichts der Erhebung der Polen allenfalls noch verstehen, wenn auch das Verfahren echt asiatisch gewesen wäre. Was aber hatten die armen Buchhändler in Dorpat und Riga verschuldet, die man nach Versiegelung ihrer Läden über 2 Jahre in Hausarrest hielt? Der Zar sprach sich nun auch über seinen Schwager in Berlin in der wegwerfendsten Weise aus und ließ dem Prinzen von Preußen, der sich noch in London befand, vorschlagen, er solle mit den Truppen in Schleswig-Holstein oder in Posen mit russischer Hülfe nach Berlin marschieren und mit den dortigen Demokraten kurzen Prozeß machen.

Natürlich sah er auch nur mit Ingrimm die schleswig-holsteinische Bewegung, um so mehr als auch sein Haus zu der großen oldenburgischen Familie gehörte und deshalb eventuell (freilich erst nach dem Aussterben der beiden Sonderburger Linien) Erbansprüche erheben konnte. Palmerston bot nun, um einer Einmischung Rußlands vorzubeugen, und die englischen Handelsinteressen durch die Fortdauer des Krieges nicht zu gefährden, seine Vermittlung an, unter der Bedingung, daß Jütland geräumt werde. In der That erteilte die preußische Regierung dem General Befehle in diesem Sinne. Gleichzeitig aber hatte Wrangel, der in dieser Zeit sich leicht ganz Jütlands hätte bemächtigen können, schon selbständig den Entschluß gefaßt, sich zurückzuziehen, angeblich aus strategischen Gründen (23. Mai). Dieser Beschluß rief in ganz Deutschland das peinlichste Aufsehen hervor.

Der Mangel einer deutschen Flotte regte aufs neue dazu an eine solche zu bilden, ein Gedanke, der schon 1817 den Bundestag beschäftigt hatte und von Freiligrath und Herwegh besungen worden war. Der Fünfziger-Ausschuß forderte in einer Proklamation die Bewohner der Seeküsten auf, Kriegsschiffe auszurüsten. In den Hansestädten, namentlich in Hamburg, wurden Vereine zur Umwandlung von Handelsschiffen in Kriegsschiffe gebildet. Auch wurde in Hamburg am 1. und 2. Juni ein Marinekongreß abgehalten, der einen Ausschuß von Regierungs- und Komiteevertretern zum Studium und zur Berichterstattung in der Frage ernannte. Bei dieser Gelegenheit wurde auch zuerst auf die Bedeutung eines großen Nordostseekanal hingewiesen. Bekanntlich ist dieses Projekt, das von Schleswig-Holsteinern ausging, erst in unsern Tagen verwirklicht worden.*) In ganz Deutschland wurden Sammlungen für eine deutsche Flotte veranstaltet, wobei gerade die weniger Bemittelten sich in der Regel opferwilliger erwiesen, als die wohlhabenden Marineschwärmer (gerade wie heutzutage). Das Ergebnis war denn auch sehr bescheiden: bis zum 30. April 1849 waren nach dem Bericht des Reichsministers Duckwitz nur etwa 96000 Thaler an freiwilligen Beiträgen Privater eingegangen. Indessen gelang es doch mit Hülfe einer Bewilligung der Nationalversammlung von 6 Millionen Thalern, die auf dem bisherigen Wege der Matrikularbeiträge von den Einzelstaaten erhoben werden sollten, aber nur teilweise eingingen, bis zum nächsteu Sommer 12 größere Kriegsschiffe und 6 Kanonenboote, die freilich nur teilweise dienstfähig waren, unter dem Admiral Brommy an der Wesermündung zusammenzubringen.**)

Noch eine andere Erhebung muß hier kurz berührt werden, die polnische. Am 23. März war aus Posen eine Abordnung unter Erzbischof Przyluski in Berlin erschienen, die um eine nationale Reorganisation des Großherzogtums Posen in ruhiger und gesetzlicher

*) Schleiden weist auf die interessante Thatsache hin, daß das Kanalprojekt später Bismark die Handhabe bot, um die schon fast vollständig erzielte Verständigung zwischen König Wilhelm und dem Herzog Friedrich von Augustenburg wieder zu vereiteln.

**) Daß mit einer verhältnismäßig so geringen Summe (etwa 3 Millionen Thaler) so viel Schiffe ausgerüstet werden konnten, erklärt sich daraus, daß man großenteils alte Handelsschiffe für Kriegszwecke umwandelte. Sehr empfindlich machte sich übrigens der Mangel an sachkundigen Seeleuten in Deutschland fühlbar.

Weise und unter dem Schutze des Königs bitten sollte. Um diese Reorganisation herbeizuführen, erbat die Deputation die Bildung einer provisorischen Kommission von Männern des allgemeinen Vertrauens, die sich mit Nationalisierung des Militärs und der Bureaukratie beschäftigen sollte. Der König willfahrte diesem Wunsch am folgenden Tage. Allein dieses Zugeständnis half wenig. Einer der befreiten Verschwörer von 1846, Libelt, hatte zwar am 20. März in einem Briefe dringend gemahnt, keine Unruhen zu erregen und die Deutschen, die ihn und seine Genossen befreit hätten und die polnische Sache unterstützen würden, nicht zu hassen, und in der That fraternisierten Deutsche und Polen in der Stadt Posen. Auf dem Lande aber kam es zu den gröbsten Exzessen, da sich das Märchen verbreitete, Preußen existiere nicht mehr und die polnische Freiheit sei wieder hergestellt. Die preußischen Adler wurden herabgerissen, königliche Kassen konfisziert, Depeschen aufgefangen, Steuern erhoben, Beamte abgesetzt, Deutsche und Juden mißhandelt und beraubt. Volkshaufen, mit Sensen bewaffnet, tauchten auf und zwangen Deutsche und Juden sich ihnen anzuschließen. In Posen selbst trat schon am 20. März ein Nationalkomitee zusammen. Die Reorganisation Posens befriedigte die Polen nicht, da sie von einer Wiederherstellung des ganzen Reiches träumten. Dazu kam nun noch, daß eben die liberalen und demokratischen Kreise Deutschlands sich in demselben Sinne aussprachen. That dies doch in eben jenen Tagen auch das Vorparlament! Ob freilich, wie heute noch behauptet wird, ein hergestelltes Polen eine Vormauer gegen Rußland wäre, das ist noch sehr die Frage. Am 28. März erschien auch Mieroslawski in Posen, der früher, als er im Gefängnis saß, erklärt hatte, der König müsse ihn hinrichten lassen, denn sonst werde er, sobald er wieder frei komme, wieder von vorne anfangen. Die Truppen mußten sich schon vom Lande auf Posen zurückziehen. Am 3. April wurde der Belagerungszustand verkündigt. Zwar wollte der General Willisen, der am 6. April als Kommissär dort erschien, nochmals vermitteln, aber der gegenseitige Fanatismus vereitelte diese Bemühungen. Die Deutschen, etwa ebenso stark wie die Polen, wollten sich natürlich nicht von Deutschland trennen und so kam es zu den größten gegenseitigen Gewaltthätigkeiten, wobei aber wohl die Polen, als der bei weitem ungebildetere Teil, den Preis davon trugen. Willisens Versuch, die Entwaffnung der Polen friedlich herbeizuführen, veranlaßte nur einen Zusammenstoß

der Truppen mit den Sensenmännern. Eine Teilung Posens schien schließlich das einzige Mittel, um die Ruhe wieder herzustellen. Zuerst wurde der fast ganz deutsche Netzedistrikt ausgesondert und dann auch die Stadt Posen mit einigen Kreisen auf Antrag Preußens mit dem deutschen Bunde vereinigt, allein diese Ausscheidung rief bei den Polen die größte Erbitterung hervor. Allerdings fand die Bewegung unter den polnischen Bauern, die von der Schlachta immer schlecht behandelt worden waren, wenig Anklang. Aber ohne mehrfache Kämpfe gelang die Unterwerfung doch nicht. Am 28. April wurde Xions von den Preußen genommen und die Besatzung gefangen oder getötet. Am 30. April schlug hingegen Mieroslawski die Preußen bei Miloslaw, und auch am 2. Mai behauptete er, wenngleich unter großen Verlusten, das Feld. Endlich erschien General von Pfuel mit diktatorischer Vollmacht. In einigen wenigen Gefechten wurden dann alle Freischaren zersprengt, Mieroslawski selbst gefangen.

Die Zustände in Berlin und Wien im April und Mai.

Unterdessen war man auch in den Hauptstädten der Großmächte bei den Märzerrungenschaften nicht stehen geblieben. Man hätte glauben können, der Hochmut der preußischen Kriegerkaste habe in den Märztagen eine gründliche Niederlage erlitten, zumal Friedrich Wilhelm wenige Tage nach dem Kampfe in einer Ansprache die Gardeoffiziere ermahnte, sich als ebenso treue Staatsbürger zu bewähren, wie sie sich als treue Soldaten bewährt hätten. Allein das ängstliche Spießbürgertum Berlins war kaum vom Militär befreit, als es dasselbe wieder zurückwünschte. Am 27. März hatte man schon 14 000 Unterschriften für Rückkehr des Militärs beisammen, größtenteils von Geldmenschen, die durch den Abzug desselben Einbuße im Geschäft erlitten hatten. Die Proletarier, die sich aus den Vorstädten in das Centrum der Stadt wagten, trugen dazu bei, das Gruseln der „Heuler", wie man die Aengstlichen im Gegensatz zu den „Wühlern", den Demokraten, nannte, noch zu vermehren. Schon am 21. März hatte übrigens höchst sonderbarerweise einer der Hauptanführer der Barrikadenkämpfer, Tierarzt Urban, um Zurückberufung des Militärs gebeten, und da auch die Bürgerwehr ein gleiches that, so erschienen vom 30. März bis 1. April wieder die ersten Regimenter in der Stadt. Die Bürgerwehr, die sich unterdessen unter Leitung des Polizeipräsidenten von Minutoli, etwa 20 000 Mann stark, organisiert hatte, war natürlich ihres Wachtdienstes bald überdrüssig geworden. Sie versah ihren Dienst sehr lässig, und da die Bestimmungen der Organisation sie faktisch zu einem untergeordneten Polizeiorgane herabwürdigten, so verlor sie rasch an Popularität. Da hauptsächlich

wohlhabende Bürger und Beamte ihr angehörten,*) so wandte sie ihre Energie hauptsächlich gegen Arbeiter und Demokraten, während sie gegen Junker und Offiziere sehr schonend auftrat. In Berlin hatten sich damals auch politische Vereinigungen gebildet, in denen die verschiedenen Schattierungen der Bürgerschaft zum Ausdruck gelangten. So der „politische" oder später „demokratische" Klub, der die neuen Errungenschaften sichern und gegen eine mögliche Reaktion verteidigen wollte. Präsident war Assessor Jung, und zu seinen Mitgliedern gehörten die Schriftsteller Held, Eichler und Oppenheim. Dieser Klub protestierte mit dem hauptsächlich aus Arbeitern bestehenden „Volksverein" unter dem Präsidium von Schaßler gegen die Rückkehr der Truppen. Zum „konstitutionellen Klub", der die Interessen der liberalen Bourgeoisie vertrat und ja nicht über das Erreichte hinausgehen wollte, gehörten Crelinger, Lette, bekannt durch seine Bestrebungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik, Wilhelm Jordan, der übrigens zweideutig von Anfang an, auch im politischen Klub wirkte, und Aegidi. Die Arbeiter hatten schon am 26. März eine große Volksversammlung unter der Leitung von Tierarzt Urban vor dem Schönhauser Thor abgehalten, wobei zum Teil sehr traurige Zustände unter der arbeitenden Bevölkerung enthüllt wurden. Die Versammlung stellte nach langer Debatte folgende Forderungen auf: Ein Arbeitsministerium, aus, Arbeitern und Arbeitgebern bestehend, Verringerung des stehenden Heeres, Volkserziehung, Versorgung für die Invaliden der Arbeit, wohlfeile Regierung, Erlaß eines neuen Wahlgesetzes auf Grund des allgemeinen Wahlrechts. Da die aufgeregte Zeit natürlich auch zu einer Geschäftsstockung führte, suchten der Magistrat von Berlin und der Staat die Arbeitslosen mit Bau- Kanal- und Erdarbeiten zu beschäftigen. Die Auswärtigen wurden ausgewiesen, womit freilich nur Berlin, aber nicht ihnen selbst gedient war. Bei jenen öffentlichen Arbeiten wollte man sich wohl an das Muster von Paris anlehnen, wo ja auch die Behörden von sich aus den Versuch der „Nationalwerkstätten" gemacht hatten. Aber auch hier war dieses Auskunftsmittel nicht erfolgreich, so sehr auch der gute Wille anzuerkennen ist.

*) Nach Streckfuß, Erinnerungen aus den Jahren 1848, hat Minutoli die Organisation der Bürgerwehr wohl absichtlich so durchgeführt, daß ihr die innere Kraft fehlte. Nach derselben Quelle traten die Beamten auf eine höhere Weisung hin massenhaft in die Bürgerwehr ein und wurden großenteils zu Hauptleuten gewählt, was das Mißtrauen der Radikalen erregte.

Inzwischen trat der Vereinigte Landtag am 3. April zu einer einzigen und letzten Session zusammen.*) Es wurden demselben 2 Gesetze vorgelegt. Das eine betraf die Wahlen zur künftigen preußischen Volksvertretung, welche die Verfassung mit dem König vereinbaren sollte. Danach sollte jeder 24jährige preußische Staatsbürger ohne Unterschied des Standes**) und Vermögens Urwähler sein, wobei allerdings die indirekte Wahl beibehalten wurde. Das andere war das sogenannte Sechsparagraphengesetz. Darin wurde die Presse für frei erklärt, die Zeitungskautionen wurden abgeschafft und Schwurgerichte für politische und Preßvergehen in Aussicht genommen; Unabhängigkeit der Richter, freies Vereins- und Versammlungsrecht wurden garantiert und ebenso wurde der Grundsatz ausgesprochen, daß künftig ohne Zustimmung der Volksvertretung kein Gesetz erlassen, kein Etat festgestellt und keine Steuer erhoben werden dürfe. Der Landtag nahm die beiden Gesetze mit einer von Beckerath verfaßten Dankadresse entgegen. Selbst der Landtagsmarschall Fürst Solms sprach gegen die Adelsvorrechte, und der Oberpräsident Meding beteuerte seine konstitutionelle Gesinnung. Nur 2 Mitglieder der Versammlung sprachen sich gegen die Adresse aus, v. Thadden-Triglaff, der meinte, auch er sei für Preßfreiheit, aber nur dann, wenn man zugleich einen Galgen errichte, um die Preßverbrecher zu bestrafen(!), und Otto v. Bismarck-Schönhausen, welch letzterer bedauerte, daß die Vergangenheit begraben sei, was jeder, der die Politik dieses Staatsmannes unbefangen, ohne Hurrahpatriotismus verfolgt hat, ohne weiteres begreifen wird. Der Landtag bewilligte auch noch eine Anleihe von 40 Millionen. Schließlich hatte aber der Landtag, so freisinnig er sich auch geberdete und obgleich er für die preußischen Wahlen das allgemeine Wahlrecht zugestanden hatte, die kaum glaubliche Anmaßung, auf Aufforderung des Ministeriums, die Vertreter zum deutschen Parlament selbst ernennen zu wollen, und vollzog diese Ernennungen thatsächlich. Da kamen

*) Wolff's Revolutions-Chronik hebt u. a. hervor, daß in dieser Versammlung, in der es jedenfalls von Reserve- und Landwehroffizieren wimmelte, nur der Kriegsminister und ein Mitglied der Herrenkurie, Fürst Radziwill, in Uniform erschienen, die andern alle in bürgerlicher Kleidung. Die Leute waren eben noch sehr in der Kultur zurück. Unser Fortschritt fin de siècle erlaubt dergleichen Ungehörigkeiten nicht mehr.

**) Die Regierung hatte zuerst die Dienstboten ausschließen wollen, was aber nicht angenommen wurde; dagegen wurden die Almosenempfänger nicht zugelassen, und das Recht des Urwählers an einen Wohnsitz von einem Jahre in derselben Gemeinde geknüpft.

von allen Seiten Proteste, Bourgeoisie und Arbeiter gingen hier zusammen, und ein Professor der Rechtswissenschaft hatte keine Schwierigkeit nachzuweisen, daß der Landtag den gerühmten Rechtsboden diesmal gründlich verlassen hatte. Auch der Fünfziger-Ausschuß protestierte, wie schon angedeutet, da das Vorparlament nur die Entscheidung über direkte oder indirekte Wahl, keineswegs aber über die Urwahlen nach allgemeinem Wahlrecht den Regierungen überlassen hatte, erklärte nur Volkswahlen anerkennen zu wollen und drohte sogar mit der Wiederberufung des Vorparlaments. So mußte der Landtag seine Ernennungen zurücknehmen (10. April), behielt aber natürlich auch für die Wahlen nach Frankfurt das indirekte Wahlsystem bei.

Die Wahlbewegung war begreiflicherweise sehr lebhaft. Die Demokraten protestierten heftig gegen die indirekten Wahlen und veranstalteten Versammlungen in diesem Sinne. Aufs neue machten sich aber die Gegensätze zwischen dem Mittelstande und den Arbeitern geltend. Die Kaufleute und Gewerbetreibenden lamentierten, natürlich, über Geschäftsstockung. Die Bürgerschaft schritt bei geringfügigen Anlässen scharf gegen die Arbeiter ein. Beim Staatsanwalt v. Kirchmann wurden massenhaft Denunziationen gegen die Presse eingereicht, die aber dieser nicht berücksichtigte.*) Die unnötige Vielgeschäftigkeit der Bürgerwehr in der Aufrechterhaltung der sogenannten Ordnung charakterisiert treffend der Bericht eines Patrouillenführers: Alles ist ruhig, mit Ausnahme der Bürgerwehr. Unter den Arbeitern traten besonders hervor der Schriftsetzer Born, der zum Präsidenten eines Arbeitercentralkomitees gewählt wurde und eine allgemeine Arbeiterorganisation gründen wollte**), und der Student Gustav Adolf Schlöffel, der Sohn des alten Demokraten Schlöffel.

Das Wahlkomitee für direkte Wahlen, das sich Mitte April gebildet hatte, beschloß, nachdem es sich vergeblich an den Minister-

*) Er antwortete auf die Hetzereien in einer sehr würdigen Erklärung, worin er u. a. sehr treffend sagte: „Gegen die Erzeugnisse des Geistes, selbst des böswilligsten in dieser Sphäre, giebt es keine andere Waffen, als die des Geistes. Zuchthaus, Geldbußen dagegen anzuwenden, erscheint als rohe Gewalt. — Je mehr jeder Ansicht, auch der äußersten, Raum gestattet wird, sich öffentlich auszusprechen, um so gefahrloser wird sie."

**) Born, später Professor in Neuchâtel und dann lange Zeit Redakteur der „Basler Nachrichten" starb als solcher im letzten Jahre, nachdem er soeben seine sehr interessanten „Erinnerungen eines Achtundvierzigers" veröffentlicht hatte.

präsidenten gewandt hatte, eine große Volksdemonstration zu veranstalten. In Folge dessen trat schon ein großer Teil der Mitglieder des Komitees, darunter Berends, Prutz und sogar Born, aus. Hatten schon diese Männer Bedenken, so ist das Entsetzen der wohlhabenden Bourgeoisie über diesen Plan einigermaßen erklärlich. Der konstitutionelle Klub und die Stadtverordneten suchten der Demonstration entgegen zu wirken und das Ministerium verbot dieselbe geradezu. Die Bürgerwehr rüstete sich, um ihr entgegenzutreten. Das Komitee gab zunächst nicht nach, es rechnete sogar darauf, 60000 Mann zu dem geplanten Zuge zusammenzubringen. Allein, am entscheidenden Tage (Gründonnerstag, den 20. April), scheiterte die Demonstration kläglich.*) Der Staatsanwalt v. Kirchmann belangte nun Schlöffel auf Grund eines allerdings sehr derben und scharfen Artikels, der aber erst am Abend in seinem „Volksfreund" erschienen war, „wegen Verleitung zu persönlicher Mißhandlung des Staatsministers Camphausen", wozu dann später noch ein Artikel, der zur Nachahmung der badischen Republikaner riet, hinzugezogen wurde. Schlöffel wurde sogleich verhaftet. Der Staatsanwalt beantragte in der Gerichtsverhandlung am 11. Mai, Gefängnisstrafe von 6 Wochen und Verlust der Nationalkokarde, d. h. der bürgerlichen Ehrenrechte. Nach einer Aufsehen erregenden, aber freilich sehr kühnen und herausfordernden Verteidigungsrede, wurde Schlöffel zu sechs Monaten Festungshaft verurteilt, die er in Magdeburg absitzen mußte. Damit war seine Rolle in Berlin ausgespielt.

Die widerspruchsvolle Haltung vieler Liberaler zeigte sich auch in ihren Wahlprogrammen. So wollte Julius Berends eine republikanische Regierung und an ihrer Spitze einen König, „der als Repräsentant des Volkes nach außen jeder andern Macht entsagt, um die Freiheit des Volkes nicht zu beschränken". Wie das freilich gerade unter Friedrich Wilhelm möglich sein sollte, das hätte wohl der Klügste nicht erraten können. Bei den Wahlen in Berlin blieben infolge des indirekten Wahlsystems die Demokraten in der Minder-

*) Man könnte nicht behaupten, daß v. Kirchmann sich buchstäblich mit der oben zitierten Erklärung in Widerspruch gesetzt hätte, denn er hatte Aufreizung zu Verbrechen oder Ehrenverletzung ausdrücklich als Gegenstand des Einschreitens bezeichnet, und dergleichen konnte man allenfalls in dem Artikel finden. Auffallenderweise gründete sich die Anklage nicht auf Majestätsbeleidigung, obgleich in dem einen Artikel solche unzweifelhaft enthalten waren.

heit. Freilich gewannen unter den für die preußische Versammlung Gewählten einige später einen bedeutenden Ruf, so u. a.: v. Kirchmann, Geheimrat Waldeck, Oberbürgermeister Grabow, Johann Jacoby, der genannte Berends und Stadtverordneter Jung. Nach Frankfurt wurde nur ein Demokrat, Nauwerk, gewählt.*) Und während ein Teil des Volkes in leichtgläubigem Vertrauen mehr Fühlung nach rechts als nach links suchte, intriguierten die Junker eifrig gegen die neuen Zustände, es bildete sich eine neue Kamarilla, an deren Spitze der Generaladjutant Leopold von Gerlach stand. Dazu gehörten dessen Bruder, Ludwig v. Gerlach, Hermann Wagener, der bekannte spätere Arbeiterfänger Bismarcks und Gründer, Kleist-Retzow &c. Auch Bismarck gehörte dieser Partei an, trat indes damals noch weniger hervor. Gerlach versuchte bereits Ende März ein geheimes Ministerium zu gründen, aber der König war damals noch nicht geneigt auf die Kamarilla zu hören. Dagegen hatte die Königin, eine bairische Prinzessin, großen Einfluß auf den König, den sie in reaktionärem Sinne verwertete. Auch Radowitz und der preußische Gesandte in London, Bunsen, die damals sonst am meisten beim Könige galten, waren, wenn auch nicht altreaktionär, doch immerhin Romantiker und nicht liberal. Uebrigens hätte es solcher Einflüsse kaum bedurft, denn der König haßte ohnehin die Liberalen und Demokraten, wenn er auch von den Fähigkeiten der Junker mit Recht keine große Meinung hatte. Und vor allem hegte er einen geradezu pathologischen Haß gegen die „Revolution", einen Begriff, den er sehr weit faßte. Höchst bezeichnend für die geistige Beschaffenheit dieses Mannes, von dessen Entscheidungen unglücklicherweise damals für die deutsche Freiheit und Einheit so unendlich viel abhing, ist ein Brief, den er am 13. Mai 1848 an Bunsen schrieb. Darin hieß es u. a.: „In Berlin war seit mehr als 14 Tagen alles zur infamsten Revolte, die jemals eine Stadt entehrt hat, vorbereitet. Es waren Steine zum Steinigen meiner treuen Soldaten in allen Häusern gesammelt. Ferner waren in den Hauptstraßen alle Böden in Verbindung gesetzt, um von den Dachfenstern aus die Vor- oder Rückbewegung der Truppen mit Schüssen und Steinwürfen verfolgen zu können. Es war nachgewiesen über 10000 Mann und nicht nach-

*) Unter den Stellvertretern für Frankfurt befand sich auch der später vielgenannte Historiker Adolf Schmidt, der bald als Abgeordneter in die Nationalversammlung eintrat.

gewiesen wohl das Doppelte des allergräßlichsten Gesindels seit Wochen in die Stadt geströmt und verborgen worden, darunter der Abschaum von Franzosen (Galériens), Polen und Süddeutschen, namentlich Mannheimer. — Ein reicher Mannheimer Kaufmann hat seinen Tod in der Königsstraße gefunden, nachdem ihm Mannschaft von meinem göttlichen*) 1. Garde-Bataillon das Leben geschenkt und er sie rücklings mit der Axt wieder anfiel. — Aus Paris, Karlsruhe, Mannheim, Bern weiß ich von den Tagen selbst offiziell, daß die Häupter der Bewegung am 18. laut sagten: Heute fällt Berlin." — Also auch hier wieder Polen und Franzosen im Bunde mit den fürchterlichen Mannheimern! Ob dem König diese Märchen alle von auswärts, vielleicht von Spitzeln, beigebracht wurden oder ob sie sich teilweise erst in seiner blühenden Phantasie zu dieser Form verdichteten, mag dahin gestellt bleiben.

Es wurde damals allerdings von allen Parteien gewaltig viel in Uebertreibungen geleistet, aber man sieht doch, daß der König schon jetzt an einer Art von Verfolgungswahnsinn der Revolution gegenüber litt. Wie stellte er sich aber zur deutschen Frage? Wir hatten gesehen, daß der Bundestag die Regierungen aufgefordert hatte, für jede der 17 Stimmen einen Vertrauensmann zur Mitberatung für die Verfassungsrevision abzuordnen. Diese Vertrauensmänner hatten nun Dahlmann mit des Ausarbeitung eines Entwurfes des Reichsgrundgesetzes beauftragt. Mit Hilfe eines früheren Göttinger Kollegen, Albrecht, (beide gehörten zu den Sieben, die der König von Hannover 1837 abgesetzt hatte) vollendete Dahlmann den Entwurf in einer Woche; derselbe wurde dann von den Vertrauensmännern noch gründlich durchberaten und am 26. April gedruckt. Dahlmann war damals Professor in Bonn und Vertreter Preußens in jenem Kollegium. Er selbst war neben Pfizer einer der ersten Vorkämpfer der Einigung Deutschlands unter preußischer Führung gewesen und hatte im Namen der Universität Bonn schon am 8. März in einer Adresse an den König, worin die üblichen liberalen Forderungen gestellt wurden, diesen Standpunkt aufs neue angedeutet. Der Entwurf, der die Kompetenzen des Reichs und der Einzelstaaten sehr zweckmäßig schied und sowohl über die Rechte des Reichstags, wie die verfassungsmäßigen Rechte des

*) Damit hat wohl Friedrich Wilhelm sogar seinen Großneffen zum voraus übertrumpft. Schade, daß er noch keine Kolonien hatte, sonst hätte man vielleicht das Evangelium des göttlichen Garde-Bataillons auch dort ausbreiten können.

Volkes den einzelstaatlichen Regierungen gegenüber sehr klare Bestimmungen enthält, war, wenn man den sehr gemäßigt liberalen Standpunkt Dahlmanns in Anschlag bringt, ganz leidlich, im ganzen jedenfalls besser, als die Reichsverfassung von 1871. Aber gerade die Aufstellung eines erblichen Reichsoberhaupts*) begegnete starkem Widerspruch, wobei u. a. Uhland eine fünfjährige Wahl aus einem der regierenden Fürstenhäuser Deutschlands vorschlug, und wurde nur mit schwacher Mehrheit angenommen. Der ganze Entwurf fand natürlich im Bundestag erst recht allerlei Bedenken und wurde schließlich in den Akten desselben begraben. Gleichzeitig hatte auch der Prinz-Gemahl Albert von England, einen Plan entworfen, wonach ein Kaiser lebenslänglich oder auf Zeit, aber nicht erblich, gewählt werden solle. Darüber schrieb nun Friedrich Wilhelm IV. an Dahlmann am 24. April einen Brief, worin er nicht nur den Plan des Prinzen, sondern überhaupt den Kaisertitel für das neue Reichsoberhaupt verwarf, weil die Kaiser von Oesterreich und von Rußland diesem nicht den Vorrang cedieren würden. Sein eigener Vorschlag aber war nun so romantisch, wie nur möglich: Erneuerung der römischen Kaiserwürde, die mit dem Erbkaisertum Oesterreich unauflöslich verbunden ist,**) daneben aber Erwählung eines „Königs der Teutschen", natürlich mit allen mittelalterlichen Schnörkeln und Chikanen. Derselbe soll durch die Fürsten im Frankfurter Dom gewählt werden, wobei noch womöglich den Königen und Großherzogen ein Extraplatz reserviert wird. Darauf soll der römische Kaiser oder sein Bevollmächtigter die Wahl bestätigen und das Volk noch seine Akklamation vornehmen. Dann muß der „teutsche König" natürlich noch gesalbt und gekrönt werden: wenn katholisch, durch den Erzbischof von Köln, der Reichserzkanzler sein soll,

*) Varnhagen nannte ihn ein Werk größter Kühnheit und Rücksichtslosigkeit, sah aber mit tiefem Schmerz darin den Untergang Preußens. Sehr günstig, aber doch mehrere gewisse Einzelheiten kritisierend, sprach sich auch der Prinz von Preußen aus. Bemerkenswert ist, daß Dahlmann, der doch die preußische Führung wollte, als Reichsresidenz Frankfurt vorschlug, ein Gedanke, der gewiß sehr der Erwägung wert war und es vielleicht unter anderen Verhältnissen wieder sein wird.

**) Ganz dasselbe sprach er am 18. April in einem Briefe an Metternich aus: „Was ich vermag, um Oesterreichs Erbkaiser die erbliche römische Kaiserwürde zu schaffen, werde ich redlich thun." Und schon am 21. März hatte er einer Gesandtschaft der süddeutschen Regierungen gesagt, er sehne den Augenblick herbei, wo er seinem Vetter in Wien wieder das silberne Waschbecken halten könne, und diesem gebühre der goldene Reif.

wenn evangelisch durch einen zu ernennenden Erzbischof von Magdeburg, Primas Germaniae (!!). Der Kern dieses phantastischen Vorschlags bestand darin, daß Friedrich Wilhelm unbedingt ein Zusammenbleiben Deutschlands mit Oesterreich und die Anerkennung des Vorrangs dieses letztern forderte. Und als Dahlmann nun in einer Antwort vom 30. April mit großem Recht einwandte, daß Oesterreich sich nie mit dem bloßen Titel eines römischen Kaisers zufrieden geben würde, und dann unumwunden das preußische Erbkaisertum empfahl, selbst unter der Bedingung eines einstweiligen Verzichtes auf Oesterreich, da lehnte Friedrich Wilhelm diese Würde in einem Briefe vom 3. Mai rundweg ab und forderte nochmals das „römisch-deutsche Kaisertum" für Oesterreich und (aber nicht als conditio sine qua non) das Reichs-Erzfeldherrnamt erblich für Preußen. Denn das preußische Heer „das erste der Welt und meines Hauses Schöpfung" wolle er nicht in ein Reichsheer aufgelöst sehen. Hier zeigte sich deutlich der von Berlin aus neuerdings so hartnäckig geleugnete preußische Partikularismus. Der König aber war von seiner Idee so beherrscht, daß er seinen Kaiserplan sogar dem Ministerium vorlegte und einer Anzahl deutscher Fürsten vertraulich zusandte um denselben beim Bundestag amtlich zu verhandeln. Arnim lehnte begreiflicherweise diese Zumutung entschieden ab. Darüber beklagte sich der König dann bei Dahlmann, und er wiederholte seine frühere Erklärung, daß er eine Reichskrone ohne Oesterreich nicht annehmen würde. Daraufhin bestürmte Dahlmann am 12. Mai den König nochmals seinen Entschluß zu ändern, indem er ihm vorstellte, daß ohne sein Zuthun Preußen durch die geschichtliche Entwicklung an die Spitze Deutschlands gestellt sei; er wollte es ihm sogar zur religiösen Pflicht machen, sich der höhern Fügung zu unterwerfen. Der König aber lehnte am 15. Mai nochmals entschieden ab, außer in dem Fall, den jeder Vernünftige von vornherein als unmöglich erkennen mußte, daß Oesterreich die deutsche Krone feierlich zurückweisen würde. „Sonst weise ich die Krone ab und fordere das Erbfeldherrnamt für meine Krone und die alten Militärherzogtümer für die Könige und das Oberhaus, wie ich es will, und den Fürstentag."*) Dahlmann wußte also genau, als er in die Nationalversammlung eintrat, daß sein Kaiserplan nur eine Chimäre war, da die Haupt-

*) Recht hatte Friedrich Wilhelm freilich, wenn er sagte, Deutschland ohne Deutschösterreich sei ein Rumpf. Das heutige Großpreußentum hat sich mit diesem großen Mangel allerdings merkwürdig leicht abgefunden.



person, auf die es ankam, sich demselben versagte, und er lud daher eine schwere Verantwortung auf sich, als er dessenungeachtet hartnäckig daran festhielt. Es war nötig diese Korrespondenz zwischen dem König und Dahlmann kurz zu erwähnen, da sie die Vorgänge nach der Kaiserwahl von 1849 vollständig erklärt.

Auch in Wien hatte sich eine Schwenkung nach links vollzogen. Die Revolution hatte auf den österreichischen Kaiserstaat die Wirkung, daß dieses bloß durch dynastische Interessen zusammengeleimte Konglomerat der verschiedensten Völkerschaften in seine nationalen Bestandteile auseinander zu fallen drohte. In Ungarn hatte infolge der Märzzugeständnisse das liberale Ministerium Batthyany, worin Kossuth als Finanzminister eintrat, die Geschäfte übernommen. Die radikalere Richtung gewann immer mehr die Oberhand. Der Einfluß der Magnatentafel wurde annulliert, Preßfreiheit, allgemeine Steuerpflicht und Ablösung der Urbariallasten von der Ständetafel beschlossen. Der Wiener Regierung trotzte Batthyany durch die Drohung mit seinem Rücktritt die weitgehendsten Zugeständnisse ab, die von der Verbindung Ungarns mit der gesamten Monarchie kaum mehr als eine Personalunion übrig ließen. Kossuth aber war der wahre Herr der Regierung in Pest, von den Ungarn vergöttert und auch in Wien unendlich populär. Die genügend bekannte Intoleranz der Magyaren gegenüber den andern Nationalitäten aber veranlaßte nun auch diese, Serben, Kroaten und Rumänen, ihre Ansprüche geltend zu machen. — In Böhmen suchten zugleich auch die Tschechen sich eine ähnliche Stellung zu erringen, wie im Osten die Magyaren. Die Leitung der Bewegung übernahm in Prag ein Nationalausschuß, gebildet aus der Vereinigung des sogenannten „Wenzelsbad-Ausschusses“ *) mit der aus den Prager Ständen vom Oberstburggraf ernannten Kommission; dieser stellte die faktische Regierung dar. Die Forderungen der Böhmen waren ein eigenes böhmisches Ministerium und die Vereinigung sämtlicher Länder der Wenzelskrone. In der That erklärte die kaiserliche Verkündigung der neuen böhmischen Verfassung den

*) Dieser Ausschuß war bereits am 11. März von einer Volksversammlung gewählt worden. Uebrigens war die Bewegung ursprünglich durchaus nicht tschechisch gewesen, weder bei den Bürgern, noch bei den Studenten. Deutsche und Tschechen stellten vielmehr gemeinsam jene Forderungen auf, auch bezüglich der Sprachenfrage, die gleichfalls eine große Rolle spielte und dort bekanntlich noch heute wie eine ewige Krankheit fortlebt.

nächsten böhmischen Landtag als einen konstituierenden und die tschechische Sprache der deutschen als gleichberechtigt. Eine tschechische Bürgerwehr wurde gebildet. Der bekannte Historiker Palacky verweigerte seinen Eintritt in den Fünfzigerausschuß, und der Nationalausschuß hintertrieb im größten Teil des Landes die Wahlen zum Frankfurter Parlament. Sehr erklärlicherweise brach auch in dem erst vor kurzem von Metternich eskamotierten Krakau eine Revolution aus (26. April), wurde aber noch an demselben Tage blutig niedergeschlagen, nachdem die Truppen anfangs zurückgewichen waren, nachher aber die Stadt beschossen hatten.

Auch in Wien selbst war das Ministerium nicht auf Rosen gebettet. Der Erzherzog Ludwig, obgleich wie Erzherzog Albrecht bald von seiner hohen Stelle entfernt, und die Erzherzogin Sophie behaupteten am Hofe ihren alten Einfluß, und die Regierung, deren Präsidium wechselte (am 3. April nach dem Rücktritt v. Kolowrats Ficquelmont, am 4. Mai Freiherr von Pillersdorf), folgte, soweit es der Zustand Wiens erlaubte, ihren Eingebungen. Daß der alte Geist auch in der neuen Verwaltung herrschte, bewies das von Pillersdorf wohl gegen seinen Willen Ende März erlassene reaktionäre Preßgesetz, das er dann allerdings auf den stürmischen Protest der Studentenschaft hin halb zurücknahm, wie denn überhaupt diese letztere eine sehr bedeutende Rolle spielte. Neben ihr stand die Presse, da sie gerade in Wien so lang darniedergehalten worden war, zunächst im Vordergrund des öffentlichen Interesses. Eine Menge radikaler Blätter und Blättchen schossen empor, die aber großenteils auch wieder schnell verschwanden. In Wien sollen im Jahre 1848 200 politische Blätter erschienen sein. Der Ton der radikalen Presse war nicht immer fein und der der konservativen wo möglich noch gröber.*) An der Spitze der Bewegung standen der Centralausschuß der Nationalgarde und die Studentenschaft; letztere aber hielt gute Freundschaft mit den Arbeitern, was ihr das Uebergewicht über die den Arbeitern durchaus nicht gewogene Nationalgarde gab. Auch hier suchte man Arbeitslose als Erdarbeiter zu beschäftigen. Es wurden auch in den Fabriken so viel Arbeiter als möglich eingestellt, und die Arbeitszeit wurde herabgesetzt. Die Arbeiter hatten sich übrigens noch nicht selbst organisiert, sie folgten der Führung

*) Das Mißvergnügen der Wiener über die schwächliche Politik des Ministeriums machte sich in sehr unästhetischer Weise in zahllosen Katzenmusiken Luft, die, wie Kudlich sagt, eine förmliche Institution geworden waren.



der Studenten. Zu den vielen Nöten des Ministeriums gesellte sich noch die äußerst bedrängte Finanzlage. Das Bargeld verschwand ganz aus dem Verkehr und der neue Finanzminister Kraus griff zu den verzweifeltsten Mitteln, um einen Bankerott abzuwehren (so z. B. zu einem Silberausfuhrverbot, das den deutschen Handel schwer schädigte). Daß das Patent vom 13. März, das den Reichsrat aus den Provinzialständen bilden wollte, nicht genüge, wurde von jedermann, außer dem Hofe, anerkannt. Namentlich drängte Pillersdorf, jedenfalls der ehrlichste und freisinnigste unter den Ministern, fortwährend auf eine Verfassung. Am 25. April wurde also ein neues Staatsgrundgesetz verkündigt, das aber nur darauf berechnet war, die öffentliche Meinung zu befriedigen, aber die wichtigsten Fragen offen ließ und von Ficquelmont selbst nur als etwas Transitorisches bezeichnet wurde. Allein gerade jenen Zweck erreichte es in Wien nicht, weil es oktroyiert und durchaus nicht demokratisch war. Die Verfassung enthielt u. a. eine erste Kammer und ein absolutes Veto des Kaisers und schaffte auch die veralteten Provinzialstände nicht ab.*) Die demokratische Presse protestierte heftig, unterstützt vom neugebildeten politischen Centralkomite der Nationalgarde und der Studentenschaft. Die Berufung des Kriegsministers Latour, der als brutal und aristokratisch galt, sowie nach Ficquelmonts Rücktritt die Aufforderung an Palacky das Unterrichtsministerium zu übernehmen, vermehrten noch die Erbitterung. Studenten und Centralkomite petitionierten in betreff der Wahlordnung. Die Regierung wußte sich schließlich nicht anders zu helfen, als daß sie das Centralkomite auflöste (14. Mai). Bürger und Studenten protestierten durch Deputationen bei Pillersdorf, aber vergeblich. Während man von demokratischer Seite eine Sturmdeputation gegen das reaktionäre Wahlgesetz veranstaltete, rückte am 15. Mai das Militär aus. Auch die Nationalgarde, die teilweise geschwankt hatte, stellte sich nun entschieden auf die Seite der Studenten. Diese, die durch die Truppenbewegungen von den Arbeitern der Vorstädte abgeschnitten zu werden fürchteten, ergingen sich in den heftigsten Reden gegen Hof und

*) Das provisorische, auch durchaus nicht freisinnige Wahlgesetz schloß die Arbeiter und Dienstleute vom Wahlrecht aus. Merkwürdig ist in diesem Wahlgesetz, daß die Abstimmung schriftlich oder mündlich geschehen konnte und daß die Wähler der ersten Kammer bei den Wahlen zur zweiten Kammer nicht wahlfähig sein sollten. Dasselbe wurde übrigens erst am 11. Mai veröffentlicht.

Minister*) und sandten später zwei Deputationen nacheinander unter Dr. Goldmarck, Unger, Dr. Giskra (bekanntlich später selbst Minister) u. A. nach der Burg. Die Forderungen betrafen die Zurücknahme jenes Auflösungsbefehls, Aenderung des Wahlgesetzes, gemeinsame Besetzung der Wachen durch Nationalgarde und Militär und Rückzug der Truppen. Der Hof war unschlüssig, das Volk wurde ungeduldig und Tausende von Arbeitern zogen den Studenten zu Hülfe. Ein gewaltiger Zug wälzte sich gegen die Burg heran. Das Militär schien teilweise zu schwanken. Die Minister zögerten und suchten die Sache zu verschleppen. Da aber die Menge sofortige Antwort begehrte, so mußte schließlich Pillersdorf doch die Genehmigung des Kaisers zur Bewilligung der Forderungen einholen. Dieser gewährte sie, da er nicht schießen lassen wollte. Auch hätte die Besatzung von 8000 Mann in einem Kampfe wohl den Kürzeren gezogen. Die Menge ließ sich aber schwer beruhigen. Sie zog nicht ab, bis die Bewilligung der Forderungen (Zurücknahme des Auflösungsbefehls, Abänderungen des Wahlgesetzes, Wahlen ohne Census, Einkammersystem für den konstituierenden Reichstag) auch gedruckt war und Pillersdorf sein Ehrenwort für sofortige Veröffentlichung der bezüglichen Proklamation verpfändet hatte. Das Ministerium aber demissionierte nun, behielt indessen vorläufig noch die Geschäfte bei.

Da trat ein unerwartetes Ereignis ein. Am 17. Mai entflohen der Kaiser, der Erzherzog Franz Carl, ihre Gemahlinnen und drei Prinzen nach Innsbruck. Offenbar ist der arme willenslose Monarch von seiner Umgebung entführt worden. Aber wie seinerzeit nach der Flucht Ludwigs XVI. in Paris, so erfolgte auch in Wien ein Rückschlag in der öffentlichen Meinung. Die wenigen Stimmen, die zur Entschlossenheit mahnten, verhallten ungehört. Die gemütlichen Wiener waren entsetzt darüber, daß ihr Kaiser sie verlassen hatte. Die Bourgeoisie wütete gegen die Radikalen. Die radikalen Journalisten Häfner und Tuvora, die eine provisorische Regierung einsetzen wollten, mußten von der Nationalgarde, die sie verhaftete, gegen die wütenden Bürger geschützt werden. Das Ministerium erreichte sogar soviel, daß sich Nationalgarde und Studenten unter den Befehl des Militärkommandanten von Auersperg stellten, und daß das Centralkomite sich von selbst auflöste. Ja es

*) Besonders entflammte ihre Begeisterung der Feldkaplan der akademischen Legion, der sehr populäre Professor Füster.

wurde sogar ein Versuch gemacht, das Standrecht zu proklamieren. Der Hof in Innsbruck aber erließ ein Manifest, worin man den Kaiser sagen ließ, er sei durch eine anarchische Fraktion der Freiheit des Handelns beraubt gewesen. Als ob der schwachsinnige Fürst überhaupt je eine solche besessen hätte! Das Manifest verfehlte seine Wirkung nicht in den Provinzen, wo natürlich allerhand Uebertreibungen über die Wiener Ereignisse kolportiert wurden. So herrschte in Prag, Linz und Salzburg große Erbitterung gegen Wien. Die Reaktionäre betrieben nun auch in Wien selbst die Auflösung der ihnen besonders unbequemen akademischen Legion und schienen sogar unter den Studenten Anhänger zu finden. Am 24. Mai wurde die Universität geschlossen. Die akademische Legion hatte trotz des energischen Widerspruchs Füsters eingewilligt, bis zum 1. Oktober ihre Thätigkeit einzustellen, ja die in die Provinz abgehenden Studenten hatten sogar ihre Waffen abgeliefert, dies alles freilich unter gewissen, aber sehr bescheidenen Bedingungen. Wären die Reaktionäre darauf eingegangen, so hätte die Reaktion wohl schon damals ihren Einzug in Wien gehalten und der Oktoberaufstand wäre unmöglich gewesen. Nur auflösen wollte die Legion sich nicht, wie ihr sogar ihr eigener Kommandant, Graf Colloredo, zumutete. Aber der Bogen wurde zu straff gespannt.

Am 26. Mai morgens las man in Wien an den Straßenecken eine Verfügung des intriganten niederösterreichischen Regierungspräsidenten Montecuculi, worin die akademische Legion als selbständiger Bestandteil der Nationalgarde aufgelöst wurde. Da riß den Studenten die Geduld. Sie widersetzten sich der Ausführung des Befehls, Füster und Dr. v. Frank feuerten sie an. Die Offiziere, die zuerst bei der Universität einschreiten sollten, zögerten und parlamentierten. Fischhof und Füster unterhandelten mit Pillersdorf, aber dieser blieb unerbittlich. Die begeisterten Studenten riefen darauf Füster zu ihrem Kommandanten aus. Sie waren in sehr bedenklicher Lage und wandten sich an die Bevölkerung um Hülfe. Die Arbeiter und die radikalen Vorstadtgarden kamen der Aufforderung bereitwillig nach und drangen in die Stadt ein, auch der größere Teil der Bevölkerung der inneren Stadt stellte sich den Studenten zur Verfügung.*)

*) Das konstatiert nicht bloß Kudlich, sondern auch Laube, ein grimmiger Feind der Revolution und speziell der österreichischen. Er schrieb: Wo die Soldaten nicht standen, da bedurfte es nur eines Studenten mit dem obligaten Säbel und Feder-

Zahlreiche Barrikaden, zum Teil von gewaltiger Größe, erhoben sich blitzschnell. Freilich imponierten manche mehr durch malerisches Aussehen als durch ihre technische Konstruktion und gerade die große Anzahl — es sollen etwa 160 gewesen sein, — hätte wahrscheinlich die Bürger im Kampfe mehr gehindert als gefördert. Die größte Barrikade wurde am Stephansplatz beim erzbischöflichen Palais errichtet, wobei freilich der erzbischöfliche Keller als „Nationaleigentum" zum Zwecke der Nationalverbrüderung geleert wurde. Die Bevölkerung nahm eifrig an den Verteidigungsarbeiten teil, auch Frauen und Mädchen, selbst aus wohlhabenden Familien, halfen bei den Barrikaden und reichten den Verteidigern Speise, Trank und Munition oder trugen Pflastersteine in die Häuser. Bei der erwähnten Barrikade verteilten junge Damen selbstgefertigte Patronen. Die Arbeiter, erbittert über die Versuche der Reaktion, sprachen vom Aufhängen der Aristokraten. Graf Hoyos, der zweideutige Kommandant der Nationalgarde, wurde gefangen und auf die Universität gebracht. Diese äußerst entschlossene Stimmung der Bevölkerung brachte endlich das Ministerium zur Besinnung. Schritt für Schritt ließ es sich die verlangten Konzessionen abtrotzen.

Indessen konstituierte sich ein Ausschuß der Bürger Nationalgarde und Studenten Wiens für Aufrechterhaltung der Ruhe, Sicherheit und Ordnung und Wahrung der Rechte der Völker (gewöhnlich kurzweg Sicherheitsausschuß genannt). Dieser stellte auch seine Forderungen auf. Nachts blieben die Barrikaden besetzt, obgleich das Militär abgezogen war. Da man die Ankunft frischer Truppen befürchtete, bewachte man Eisenbahn und Telegraphen und stellte in einer Ausdehnung von 5 Meilen berittene Wachen auf. Gleichwohl brachte das Gerücht, Windischgrätz komme, Nachts neue Aufregung hervor. Die Barrikaden wurden verstärkt, neue Vorräte von Steinen in die Häuser getragen. Am 27. abends erließ das Ministerium eine Proklamation, worin es die Forderungen des Sicherheitsausschusses teilweise genehmigte. Darnach teilten sich die Nationalgarden und Studenten mit dem Militär in die Thorwachen, alles übrige Militär

---

hute. An der Ecke blieb er stehen und winkte mit dem Finger gleichsam in die Luft hinaus, und aus allen Häusern kamen dienstbare Geister mit Brechstangen und Hackinstrumenten und hingen an seinem Auge. Wie der Feldherr bezeichnete er kurz die strategischen Linien und wenn das geschehen, da ging er weiter, des Vollzugs gewiß.

zog, soweit zum Dienste nicht notwendig, ab. Graf Hoyos blieb im Hofe (auch Graf Dietrichstein wurde dann als Geißel zurückbehalten). Gegen die angeblichen Urheber des Auflösungsbeschlusses wurde eine Untersuchung eröffnet. An den Kaiser erging eine Einladung zur Rückkehr, dem Sicherheitsausschuß wurden weitgehende Kompetenzen eingeräumt. So hatten die Studenten gesiegt und es war ein schöner unbefleckter Sieg. Mit Recht schrieb Kudlich damals: „Am 26. hatten Studenten und Arbeiter*) alles in ihrer Hand, Leben und Eigentum ihrer Feinde. Beide haben groß gehandelt. Statt den wütenden Arbeitern und Vorstadtgarden ihre Feinde zu überlassen, haben die Studenten an diesem Tage manches Leben gerettet. Die Arbeiter selbst hielten Ruhe und Ordnung aufrecht. Man weiß von keinem Diebstahl, und doch hatten nicht alle von ihnen satt zu essen bekommen.“

Freilich hatten die Arbeiter diesmal keine Neigung, die Barrikaden so schnell hinwegzuräumen, und sie hatten recht zu mißtrauen, denn mit dem Hof war doch keine aufrichtige Versöhnung möglich.**) Der Sicherheitsausschuß war im Augenblick in Wien allmächtig. Bestehend aus den Vertrauensmännern der Nationalgarde und Delegierten des Gemeindeausschusses und seit 1. Juni unter dem Vorsitz von Dr. Fischhof, war er gewissermaßen oberste Instanz in Justiz und Verwaltung. Aber die Sieger versäumten ihren Sieg zu benützen. Der Sicherheitsausschuß hätte das teils feindlich gesinnte, teils unfähige Ministerium ganz beseitigen und die Zügel der Regierung selbst ergreifen müssen. Vor allem mußte, um Wien aus seiner Isolierung zu befreien, der Wille der Hauptstadt auch für die politisch größtenteils noch sehr unreifen Provinzen maßgebend werden. Widerstand war bei der bedenklichen Lage in Böhmen und Italien nicht wohl möglich. Statt dessen ließ man sich durch eine phrasenreiche und unklare Proklamation des Ministeriums, durch das neue Wahlgesetz vom 1. Juni, das übrigens noch in demokratischem Sinne verbessert werden mußte, und durch Proklamationen von Innsbruck aus einlullen. Diese enthielten neben vielem schmeichelhaften gerade so viel Tadel als nötig war, um den Schein der Aufrichtigkeit zu wahren. Die in ihnen

*) An vielen Thüren wurde angeschrieben: Heilig ist das Eigentum!

**) Die Barrikaden bei der Universität blieben übrigens stehen, bis die von den Studenten verlangten Geschütze ihnen ausgeliefert waren.

gegebene erneute Zusicherung der Berufung eines konstituierenden Reichstags reichte hin, alle Bedenken niederzuschlagen.

So standen die Dinge, als das Frankfurter Parlament zusammentrat. Manche entschiedene Demokraten aber blickten schon mit banger Sorge in die Zukunft und vermißten die nötige Energie des Volkes*).

*) So Ferdinand Freiligrath. In seinem drohenden „Lied vom Tod" rief er dem Fünfziger-Ausschuß mit vollem Recht zu:

Euch heißt „Rebell" der entschiedene Mann,
Der die volle Freiheit zu fordern wagt? —
Ei, wie man so bald nur vergessen kann,
Daß von Aufruhrs Gnaden zu Frankfurt man tagt!

Das Frankfurter Parlament bis zum Siege der Reaktion in Oesterreich und Preußen.

Am 18. Mai ward die konstituierende Nationalversammlung in Frankfurt unter ungeheuerm Jubel der Bevölkerung und unter Glockengeläute eröffnet. In feierlichem Zuge begaben sich die Abgeordneten vom Römer nach der Paulskirche. Die stolzesten Hoffnungen knüpften sich an dieses deutsche Parlament. Und in der That, wenn wirklich gründlich wissenschaftliche Bildung hinreichen würde, einen freien und einigen Staat zu schaffen, so wäre diese Versammlung mehr als irgend ein anderes Parlament, welches die Welt bisher gesehen, befähigt gewesen, seine Aufgabe zu erfüllen. Da sah man u. a. Arndt, Dahlmann, J. Grimm, Gervinus, Raumer, Stengel und Waitz, die Dichter Uhland und Moritz Hartmann, die Juristen R. Mohl, Welcker, Wurm, Zachariä, Beseler, Mittermaier, ferner den Turnvater Jahn, den Reisenden und Geschichtsforscher Fallmerayer, den Theologen Döllinger, den Philosophen Arnold Ruge, die liberalen Märtyrer Silvester Jordan, Eisenmann u. a. Aber es zeigte sich bald, daß es eben der großen Mehrzahl der Mitglieder, vor allem den viel zu stark vertretenen Professoren, in der Regel vollständig an politischer Erfahrung fehlte, und daß die wissenschaftliche Gründlichkeit in Zeiten, wo jeder Augenblick kostbar ist, weit eher schädlich als nützlich wirkt.*)

Ueber die Präsidentenwahl war die Mehrheit bald einig. Gagern war durch seine stattliche Erscheinung, sein rednerisches Pathos,

*) Die französischen Nationalversammlungen von 1789 bis 1795, deren Mitglieder im Durchschnitt jedenfalls über höchst mittelmäßige Kenntnisse verfügten, haben doch bei weitem mehr geleistet, als wohl alle deutschen Parlamente.

seinen durchaus reinen persönlichen Charakter und seine bisherige politische Thätigkeit unverdienterweise der populärste Mann Deutschlands geworden. So wurde er denn schon am 19. Mai mit 305 von 397 Stimmen (85 Stimmen fielen auf Soiron, die andern waren zersplittert) gewählt. Bei der Ansprache sagte er ganz erfüllt von den Illusionen der Konstitutionellen: „Wir haben die größte Aufgabe zu erfüllen. Wir sollen schaffen eine Verfassung für Deutschland, für das gesamte Reich. Der Beruf und die Vollmacht zu dieser Schaffung, sie liegen in der Souveränität der Nation.“ Diese Wahl, sowie die Niederlage Blums bei der Vizepräsidentenwahl, wo er es gegenüber Soiron nur auf 26 Stimmen brachte, bewies deutlich, daß die Mehrheit der Versammlung gemäßigte Anschauungen hegte.*) (Bei der definitiven Konstituierung des Bureaus erhielt Blum als erster Vizepräsident 84, als zweiter Vizepräsident gegenüber dem gewählten Freiherrn v. Andrian 116 Stimmen.) Wie es mit der Souveränität der Nation, die diese Versammlung vertreten sollte, stand, zeigte sich bald. In Mainz war es zwischen den Preußen und der Bürgerwehr**) zu einem Krawall gekommen, wobei es auf beiden Seiten Tote und Verwundete gab, die Preußen aber größere Verluste hatten. Der Festungskommandant in Mainz hatte darauf (und zwar nachts) gedroht, die Stadt zu beschießen, wenn die Bürgerwehr die Waffen nicht innerhalb 2 Stunden ausliefere, hatte öffentliche Ansammlungen von Menschen verboten und die Thore geschlossen. Die Versammlung hätte hier eine Kraftprobe wagen sollen, gleichviel ob sie formell ausdrücklich dazu berechtigt war oder nicht. Zitz, Bürgerwehrkommandant von Mainz, forderte sie in der That auf, die Maßregeln des Kommandanten rückgängig zu machen, die Truppen aus der Stadt zu bringen und ihnen das Tragen der Waffe außer Dienst zu untersagen, und wurde von Robert Blum unterstützt.***) Aber die Leise-

---

*) Wer die stenographischen Berichte der Nationalversammlungs-Verhandlungen auch nur flüchtig durchblättert, wird auch von der angelobten „höchsten Unparteilichkeit“ Gagerns einen eigentümlichen Begriff bekommen.

**) Infolge von Wirtshausaffairen, die stark an gewisse moderne Vorfälle erinnern. Die preußischen Reservisten hatten sich schon vorher öfters Gewaltthaten gegen die Bevölkerung zu Schulden kommen lassen.

***) Das war der Sinn seiner ganzen Rede, wenn auch Hans Blum eine beiläufige gegen Zitz gerichtete Bemerkung citiert und dadurch den Schein erwecken will, als habe Blum gegen Zitz gesprochen!

treter der Versammlung fanden das zu bedenklich und die Angelegenheit wurde durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Bei dieser Gelegenheit prophezeite auch Schmerling („in Enthüllung seiner eigenen geheimsten Zukunftspläne", wie H. Blum meint), daß Mainz bestimmt sei die Versammlung gegen feindliche Ueberfälle zu beschützen. Am 27. Mai beschloß dann freilich die Versammlung, daß sie eine konstituierende sei, d. h. daß sie selbst die neue Verfassung schaffen und in Kraft setzen wolle, und daß Verfassungen der Einzelstaaten in Zukunft nur soweit gültig seien, als sie mit der neuen Verfassung übereinstimmten. Allein das bedeutete nichts, da der Versammlung die reelle Macht fehlte. Sie hatte nicht den Mut, sich durch eine eigentliche Organisation der Volksbewaffnung zu schützen. Sie setzte wohl einen Wehrausschuß ein, aber da er fast nur aus den Mitgliedern der Rechten bestand, wurde diese so überaus wichtige Angelegenheit verschleppt. Viel eiliger hatten es die Konstitutionellen mit der Aufstellung einer provisorischen Centralgewalt, wozu eigentlich ein dringendes Bedürfnis nicht vorlag, da es an allerlei Regierungen wahrhaftig nicht fehlte und man im Notfall auch noch den alten Bundestag zur Hand hatte. Am 3. Juni wurde ein Ausschuß für diese Angelegenheit eingesetzt. Die Beratung im Parlament selbst begann am 19. Juni. Die Ausschußmehrheit (Dahlmann, Gagern, Duncker, Raumer ꝛc.) schlug ein Bundesdirektorium vor, das die vollziehende Gewalt, namentlich die Oberleitung des Heerwesens und die Vertretung nach außen, übernehmen und seine Gewalt durch verantwortliche Minister ausüben solle. Die Mitglieder sollten von den Regierungen mit bloßem Zustimmungsrecht der Versammlung ernannt werden. Ein Minderheitsantrag verlangte ein Direktorium, bestehend aus 3 Vertretern der Regierungen, 3 Mitglieder der Versammlung und einem nicht souveränen Prinzen. Ein anderer, der der Demokraten Blum und Trützschler, wünschte einen Vollziehungsausschuß, gebildet in der Weise, daß ein von der Versammlung gewähltes Mitglied nach freier Wahl als Präsident die 4 andern Mitglieder des Ausschusses ernennen solle; der Ausschuß sollte der Versammlung verantwortlich sein und zurücktreten müssen, wenn die Mehrheit der Versammlung gegen ihn sei. Dazu kamen eine Menge Anträge aus der Versammlung. Von diesen verdienen diejenigen Erwähnung, die mit verschiedenen Modifikationen einen Vollziehungsausschuß

aus der Mitte der Versammlung selbst (Wesendonck, Dieskau, Schulz) oder ohne diese Beschränkung, aber von der Versammlung gewählt, verlangten (Zimmermann-Spandau). Andere Anträge bezweckten ähnlich dem der Ausschußmehrheit die Ernennung des Direktoriums oder auch eines Ministeriums durch die Regierungen. Der Abgeordnete Möring-Wien enthüllte den geheimen Gedanken eines großen Teiles der Mitglieder, indem er geradezu ein Triumvirat von 3 Prinzen, Erzherzog Johann von Oesterreich, Prinz Wilhelm von Preußen (nicht zu verwechseln mit dem Prinzen von Preußen) und Prinz Karl von Baiern (sämtlich Oheime ihrer Souveräne) als „oberste Reichsstatthalter" vorschlug. Am nächsten kam wohl der definitiven Lösung ein Antrag von Rödinger-Stuttgart, der einen nicht successionsfähigen Prinzen als Präsidenten, mit einem Ministerium zur Seite, beantragte. Die Debatte zog sich in ermüdende Länge, es hatten sich zuerst 116 Redner eingeschrieben und zu den ursprünglichen 16 Anträgen kamen noch zahlreiche Verbesserungsanträge. Unter diesen Amendements war eines bemerkenswert, an und für sich durch den Inhalt, dann aber auch durch die Aufnahme, die es fand. Einige pommersche Abgeordnete beantragten nämlich, die Ausübung der Regierungsgewalt provisorisch der Krone Preußen zu übertragen. Als der Hauptantragsteller Braun von Köslin am 20. dieses Amendement vorlas, da entstand stürmische Heiterkeit in der Versammlung, von der er selbst angesteckt wurde. Warum, begreift man eigentlich nicht recht, denn trotz der sonderbaren Anschauungen Friedrich Wilhelms wäre dieser Ausweg viel zweckmäßiger gewesen, als was nachher wirklich geschah, und später wählte ja doch die Mehrheit Friedrich Wilhelm zum Kaiser. Aber obwohl Braun seinen Antrag ganz geschickt begründete, fand er nicht einmal die zur Verhandlnng nötige Unterstützung von 20 Stimmen.

Wedekind schlug ein aus Vertretern der Regierungen und der Nationalversammlung gemischtes Direktorium vor, er verlangte dabei wie mehrere andere Antragsteller sofortige Aufhebung des Bundestags, während andere Anträge, sogar derjenige der Ausschußmehrheit, diese Frage unbegreiflicherweise offen ließen, und andere die Forteristenz desselben geradezu voraussetzten. Blum erklärte offen, er wolle die Republik für den Gesamtstaat, ohne daß jedoch dadurch die Verhältnisse der Einzelstaaten berührt würden. Den Vorschlag der Ausschußmehrheit be-

zeichnete er als Despotie und Diktatur. Das Gespött über Frankreich und die Berufung auf den „historischen Rechtsboden" wies er damit ab, daß er an Baiern erinnerte, das trotz seines historischen Rechtsbodens durch den Fuß einer Tänzerin erschüttert worden sei. „Wollen Sie das Himmelsauge der Freiheit brechen sehen und die alte Nacht über unser Volk aufs neue heraufführen, so schaffen Sie Ihre Diktatur", so schloß er diese Rede, eine der glänzendsten, die er je gehalten. Simon von Trier trat aufs entschiedenste für die Volkssouveränität ein. Treffend verglich er das brutale Einschreiten der Schweizer Söldner und das Plündern der royalistischen Lazzaroni in Neapel mit der würdigen und ehrenhaften Haltung des Volkes in Wien. Trützschler, aus adeliger Familie stammend, aber sehr radikalen Anschauungen huldigend, betonte noch schärfer als Simon die Souveränität des Individuums. Er that den paradoxen Ausspruch, jeder Mensch käme als souverän auf die Welt. Den Antrag der Ausschußmehrheit bezeichnete er als Hochverrat und drohte mit der Möglichkeit eines Volksgerichts.

Am folgenden Tage (21.) sprach Jordan-Berlin. Er verglich die Ausschußmehrheit, deren Berichterstatter und leitendes Haupt der starre Doktrinär Dahlmann war, und ihre Verteidiger witzig mit Archimedes, der in Studien vergraben, von der Erstürmung seiner Stadt nichts hörte und dem einstürmenden Feind nur zuzurufen wußte: „Zertritt mir meine Figuren nicht." „Ein Gespenst hat diesen Entwurf diktiert," rief er unter dem beifälligen Gelächter der Linken aus, die das Gespenst in Dahlmann personifizierte, „dieses Gespenst ist die Furcht vor der Republik." Dann bekannte er sich zu dem Standpunkt, den damals jedenfalls viele teilten, daß er eine constitutionell-monarchische Regierungsform im Einzelstaat mit der republikanischen im Gesamtstaat für vereinbar halte und wünsche. Daß dies nicht möglich war, dürfte heute wohl jeder Unbefangene zugeben. Mit Recht brandmarkte er die Zumutung zu dem Beschlusse der Regierungen in aller Ehrerbietung und Demut „Ja" zu sagen. Nachdem Schaffrath aus Sachsen prophetisch vor den Gefahren des Einheitsfanatismus für die Freiheit gewarnt und Schoder-Stuttgart noch für Versöhnung der verschiedenen Richtungen gesprochen hatte, trat endlich v. Vincke auf, der nun verriet, daß die Entscheidung über die Centralgewalt thatsächlich schon hinter den Kulissen, ohne Rücksicht auf die Redeschlacht des Reichstags, erfolgt sei. Gagern

hatte nämlich die Gefahren eines Triumvirats bei der damaligen Lage Deutschlands erkannt und entschied sich darum für einen Reichsverweser. Da er aber die Linke zu gewinnen wünschte, so wollte er dieser die Konzession machen, daß der Reichsverweser formell allein durch das Parlament, ohne Mitwirkung der Regierungen, gewählt werde. Weil aber diese Ansicht bei den Konservativen und Gemäßigten voraussichtlich auf Widerspruch stoßen mußte, so spielte Gagern, um zum Ziele zu gelangen, ein höchst zweideutiges Doppelspiel*). Den Mitgliedern der Versammlungsmehrheit spiegelte er vor, die Regierungen und namentlich Friedrich Wilhelm wünschten jetzt schon die Wahl des populären Erzherzogs Johann, den 3 Bundesgesandten von Oesterreich (Schmerling), Preußen (Usedom)**) und Baiern (Closen) aber, daß der Gedanke eines Reichsverwesers immer mehr Anhänger gewinne. Die drei Gesandten zeigten sich zunächst der Wahl des Erzherzogs eher abgeneigt, aber immerhin ließ Usedom durchblicken, daß der König persönlich den Erzherzog annehmen würde. Gagern wußte diese Anschauung auch im Parlamente zu verbreiten und so deutete denn Vincke auf den Erzherzog Johann und die Zustimmung des Königs zu diesem Vorschlag hin. Der Erzherzog Johann genoß in der That einer großen, aber ziemlich unverdienten Popularität; daß er sich mehrfach von französischen Generalen hatte schlagen lassen, das war so wenig sein Verdienst, wie später in ähnlichen Fällen dasjenige des „ruhmvollen Besiegten von Reichshofen". Aber er hatte eine Postmeisterstochter geheiratet, es wurde ihm ferner ein Toast auf die deutsche Einheit zugeschrieben, den er in dieser Form nie ausgebracht hatte, und er hatte in Steiermark wohl manches Löbliche gethan und mit und unter dem Volke gelebt. Wahrlich ein dürftiges Piedestal für seine Volksgunst und ein Beweis, wie erstaunlich billig es in dieser Hinsicht Fürsten und Prinzen in Deutschland haben. Indessen vorläufig fand die Anregung Vinckes noch wenig Anklang, der Redestrom ergoß sich weiter. Natürlich können hier immer nur die bemerkenswertesten Aeußerungen Platz finden. Am 23. sprach Zitz in in hypothetischer Form als eine irreale Voraussetzung eine große Wahrheit aus. Er sagte: „Wir müssen die Ueberzeugung in uns

*) Dieser Ausdruck ist wohl nicht zu stark, da selbst Sybel von dem „Beigeschmack einer verdeckten Intrigue" spricht.

**) Später Bundestagsgesandter und dann Botschafter in Italien, fiel Usedom bekanntlich dem Haß Bismarcks zum Opfer.

tragen, daß unsere Beschlüsse souverän sind, und wenn irgend eine Macht in Deutschland wäre, die stark genug sein würde, diesen Beschlüssen Widerstand zu leisten, so wäre die Einheit Deutschlands, die Entwicklung der Freiheit, die Begründung des Bundesstaates nur ein Traum". In der That sollte es sich bald zeigen, daß dem Parlament jede Macht fehlte, seine Beschlüsse durchzuführen. Radowitz behauptete, es handle sich nicht um den Gegensatz von Regierungen und Volk, sondern um den des Gesamtvolkes und der einzelnen Stämme. Er, der Günstling Friedrich Wilhelms, ließ einige Andeutungen fallen, welche die Versammlung in der Meinung bestärkten, daß der König mit der Idee des Reichsverwesers einverstanden sei. Ruge polemisierte dann äußerst scharf gegen die Gemäßigten und citierte die Juniusbriefe. Ein Wort von ihm sollte sich später als eine verhängnisvolle Prophezeiung erweisen. Ruge sagte: „Hier ist die deutsche Nation. Wenn wir hinausgreifen, so wird aus der deutschen Nation hinausgegriffen." Und als hier der übermütige Junker Lichnowsky lachte, fügte er zornig hinzu: „dem, der darüber lacht, sehe ich die facies hippocratica an, die Zukunft wird über ihn richten. Es ist ein Hohngelächter, aber auch ein Gelächter des Todeskampfes." Bekanntlich sollte diese Prophezeiung wörtlich in Erfüllung gehen. Wenige Monate vergingen, und Lichnowsky fiel als Opfer seines Hohngelächters der Volkswut zum Opfer.

Indessen war die Kulissenintrigue zum Abschluß gelangt. Gagern hatte den schwankenden Usedom mit der Andeutung in die Enge getrieben, wenn man beim Direktorium beharre, so würde es aus Privatmännern gewählt werden, und um dieser angeblich republikanischen Einrichtung vorzubeugen, gebe es nur ein Mittel, die Wahl Johanns. Gleichzeitig erhielt Usedom zwar von Berlin aus den Befehl, gegen diese Wahl zu wirken. Da aber sein Ministerium soeben gestürzt war, wollte er die Verantwortung eines Zwistes zwischen Frankfurt und Berlin nicht übernehmen und unterdrückte den Protest seiner Regierung, obgleich Gagern sich ihm gegenüber noch ausdrücklich auf die Fiktion berufen hatte, daß die Fürsten keinen andern wählen würden, und ihn auch bedeuten ließ, daß die Wahl durch die Nationalversammlung erfolgen würde. Daraufhin konnte dann die wohlvorbereitete Aktion in Scene gesetzt werden. Noch sprachen Blum (weniger glücklich als das erste Mal), dann der süffisante Aristokrat Lichnowsky, Karl Vogt, der der Central-

gewalt, wie sie die Mehrheit wünschte, die schärfste Opposition ankündigte, Raveaux, der das Parlament zu einer Sympathiekundgebung für die französische Republik fortriß. Mathy, der nächste Redner, befürwortete die Fortdauer des Bundestags als einer Bundeskammer und die Verständigung mit den Regierungen; nur wenn einige derselben ihre Pflicht gegen das Vaterland nicht erfüllten, „dann“, sagte er, „wäre uns ein kühner Griff nach der Allgewalt nicht nur erlaubt, sondern durch die Not geboten“. Da trat Gagern auf und sagte nach einer längeren Einleitung: „Ich thue einen kühnen Griff und ich sage Ihnen, wir müssen die provisorische Centralgewalt selbst schaffen.“ Diese allgemeine Phrase, die schließlich auch die Linke befriedigen konnte, erweckte einen gewaltigen Beifallssturm, obgleich der Redner eigentlich nur die Worte Mathys wiederholt hatte. Dann aber suchte er, auch befangen in der unheilbaren Servilität des deutschen Philisters gegenüber seinen Dynastien, nachzuweisen, daß der Reichsverweser ein Prinz sein müsse. Es müsse ein Fürst sein, nicht weil, sondern obgleich es ein Fürst sei.*) Diese Rede, namentlich im Centrum der Versammlung mit großem Beifall begrüßt, entschied die Wahl des Erzherzogs Johann. Dahlmann schlug noch selbst in Abänderung seines ersten Antrags, im Namen der Mehrheit des Ausschusses, die Ernennung eines Reichsverwesers durch die Regierungen vor, die dann einfach von der Versammlung zu genehmigen sei. Es wurde noch viel Zeit mit endloser Rederei über Abstimmungsfragen verloren.

Gagerns Ansicht, die Wahl selbst vorzunehmen, siegte schließlich am 27. Juni mit 403 gegen 135 Stimmen, während im übrigen die Vorschläge des Ausschusses über die Organisation der Centralgewalt angenommen wurden. Welche Verblendung war es nun gerade von den Anhängern der preußischen Hegemonie, vor allem von dem Erzpreußen v. Vincke, gerade einen österreichischen Erzherzog zu wählen! Selbst der zahme Flathe**) sagt doch mit vollem Recht:

*) Gagern hatte geschickt operiert. Indem er die Wahl des Reichsverwesers der Versammlung vindizierte, gewann er zuerst die Linke, während er dann durch die Erklärung, der Reichsverweser müsse ein Fürst sein, die stutzig gewordene Rechte beschwichtigte.

**) Bei dieser Debatte kam es auch zu einer sehr heftigen Szene zwischen dem charakterlosen Heckscher, der sehr taktlos gegen die Linke sprach, und dieser letzteren. Dieser Auftritt trug viel dazu bei, die Gegensätze zu verschärfen.

„Welch ein Widersinn war es doch, einen Prinzen, der, abgesehen von seiner staatsmännischen Unbedeutendheit, nicht im mindesten Herz und Verständnis für die Wiedergeburt Deutschlands besaß, sondern vom Scheitel bis zur Sohle Oesterreicher und Habsburger war, zum Schirmvogt der werdenden deutschen Einheit zu machen. Konnte seine Wahl nach Lage der Dinge unvermeidlich heißen, so war sie doch zugleich der erste Schritt rückwärts." Die absolute Notwendigkeit sehen wir freilich nicht ein. Wenn die Mehrheit der Versammlung in Gagern so sehr vernarrt war, warum wählte sie nicht ihn selbst, der immerhin, um dem Vorurteil des Philisters Rechnung zu tragen, wenn auch kein Prinz, so doch ein Adeliger war? Aber „der Widersinn und der Rückschritt" wurde zur Thatsache. Am 29. Juni fand die Wahl statt. Johann erhielt von 579 Mitgliedern 436 Stimmen, 52 Gagern, 32 Itzstein; 27 größtenteils von der äußersten Linken enthielten sich der Wahl, weil sie keinen Unverantwortlichen wählen wollten, denn in dem definitiven Beschluß über die Centralgewalt war der Reichsverweser ausdrücklich als solcher bezeichnet.*) In Deutschland herrschte unter dem Bürgertum eitel Jubel über die Wahl. Die Sache der Einheit und Freiheit aber hatte den schwersten Schlag erlitten. Möglich, daß zu diesem Schlage schon die Nachrichten aus Paris teilweise mitgewirkt hatten. Dort hatte nämlich das überaus ungeschickte und rücksichtslose Verfahren der Regierung, welche die verfehlten Nationalwerkstätten geschaffen, einen großen Aufstand der Arbeiter hervorgerufen, der gerade in diesen Tagen in Strömen von Blut erstickt wurde. Das deutsche Bürgertum aber entrüstete sich in seiner Mehrheit keineswegs über die schonungslose Behandlung der Besiegten, die man ohne gerichtliches Urteil zu Tausenden deportierte, es verdammte nur die Störung der Ruhe und der Ordnung durch die Arbeiter und deren vereinzelte Gewaltthaten,

*) Flathe und Jäger scheinen den „kühnen Griff" besonders deshalb für einen „beklagenswerten Mißgriff", wie ersterer schreibt, zu halten, weil damit der Weg der Vereinbarung mit den Regierungen verlassen wurde. Nach dieser Richtung lag der Mißgriff sicher nicht, denn man schenkte im Gegenteil den Regierungen, deren erzwungener Freisinn nur eine Maske, ein Angstprodukt war, also dahinfiel, wenn die Ursache der Angst, die Volksbewegung, verschwand, viel zu viel Vertrauen. Der Mißgriff bestand vielmehr darin, daß man eine unverantwortliche, von der Versammlung unabhängige Centralgewalt schuf und dieselbe einem Prinzen übertrug, dessen Dynastie aus 100 Gründen dem Einigungswerke entgegenarbeiten mußte.

und die Folge war, daß der Ordnungsfanatismus und die Scheu vor irgend welchen revolutionären Bewegungen auch in Deutschland so sehr überhand nahmen, daß dadurch die Pläne der Reaktion wesentlich gefördert wurden.

Der Erzherzog nahm natürlich die Wahl, die ihm durch eine Deputation angetragen wurde, sofort an, und seine Reise glich einem Triumphzug. Am 12. Juli*) wurde er feierlich in die Paulskirche eingeführt, wo ihn Gägern, „der Tambourmajor der Phrase", wie ihn Pfau treffend nennt, mit einem seiner Dithyramben empfing. Der Bundestag war schlau genug, bevor er abtrat, sich die Hinterthüre offen zu halten, durch die er später wieder hineinschlüpfen konnte. Er erklärte noch am Abend des Wahltags in einem Glückwunschschreiben an den Erzherzog, daß er schon vor dem Parlamentsbeschluß von den Regierungen ermächtigt worden sei, sich für seine Wahl zu entscheiden, was nur halb auf Wahrheit beruhte, da ja nur die Gesandten der drei größten Staaten befragt worden waren. Blum interpellierte, aber Gagern leugnete nicht ohne Sophistik, daß zwischen ihm und dem Bundestagspräsidenten die geringste Communikation stattgefunden habe, und Schmerling wußte durch allerhand Flunkereien die Bedeutung jenes Glückwunsches abzuschwächen und die Tagesordnung zu erschleichen. Schmerling selbst aber schloß die letzte Sitzung des Bundestags mit der feierlichen Erklärung, daß die Bundesversammlung „die Ausübung der verfassungsmäßigen Befugnisse und Verpflichtungen an den Reichsverweser übertrage, und sie ihre bisherige Thätigkeit als beendet ansehe." Das hieß so viel als: Wenn der Reichsverweser seine Lückenbüßerrolle ausgespielt hat, dann kann der Bundestag wieder in Aktion treten.

Einige freisinnige Abgeordnete stellten denn auch den Antrag, die Uebertragung der Befugnisse der Bundesversammlung an die Centralgewalt seitens der erstern als rechtlich nicht geschehen zu erklären. Aber der Antrag wurde durch Verwerfung der Dringlichkeit ohne Diskussion beseitigt.**) Johann aber, um den Demokraten keine weiteren Angriffspunkte zu bieten, lehnte die angebotene Civilliste ab,

*) Heckscher erstattete zuerst einen weitschweifigen Reise- und Festbericht für die Deputation, wodurch er sich unsterblich blamierte.

**) Dies war überhaupt ein sehr bequemes und häufig ungerecht gehandhabtes Mittel, die Minderheit mundtot zu machen. Heutzutage wären derartige Vergewaltigungen, wie sie in Frankfurt hundertfach vorkamen, einfach unerhört.

was natürlich die blinde Begeisterung noch erhöhte.*) Es dauerte mehrere Wochen, bis der Reichsverweser sein definitives Reichsministerium beisammen hatte. Natürlich trat wieder ein hochadeliger Herr an die Spitze, ein Fürst von Leiningen, Halbbruder der Königin von England; Preußen abgeneigt, talentvoll, schnell seine Ideen wechselnd, mutete er mit der nicht unberechtigten Verstimmung eines Mediatisierten den Fürsten zu, sich zu unterwerfen. Das Innere übernahm Schmerling, die Seele des ganzen Ministeriums, der natürlich stets in erster Linie das Interesse Oesterreichs wahrnahm, das Aeußere Heckscher, ein Advokat aus Hamburg, von israelitischer Herkunft, die Justiz der Württemberger Robert von Mohl, den Krieg der Preuße v. Peucker, die Finanzen**) der Rheinländer Beckerath, den Handel der Bremer Duckwitz, ein erfahrener und eifriger Mann, vielleicht das tüchtigste Element des Ministeriums. Unter den Unterstaatssekretären befanden sich natürlich auch Bassermann, Mathy und Max von Gagern, ein Bruder des Präsidenten. Das Ministerium hätte bei weniger Vertrauensseligkeit von vornherein Mißtrauen erregt, denn maßgebend waren darin die Herren „von“ und die Apostaten und Schaukelpolitiker, wie Heckscher (der zuerst gegen die Fürsten, dann gegen die Demokratie gedonnert hatte und den selbst Laube ziemlich ungünstig beurteilt), Bassermann und Mathy; ja der letzte Bundestagspräsident war anfänglich, und dann wieder später, auch formell sein Leiter. Die Linke sah die Gefahr wohl ein, aber der große demokratische Kongreß, den sie schon im Juni nach Frankfurt einberufen hatte, konnte keine Abhilfe schaffen. Mehrere bedeutende

---

*) Später zeigte der Reichsverweser deutlich, daß er die Bedeutung jenes Intriguenspiels wohl zu würdigen und im reaktionären Sinne zu verwerten verstand, indem er sich nach Auflösung des Parlaments weigerte, sein Amt niederzulegen.

**) Was die Finanzen anbetrifft, so standen der provisorischen Centralgewalt die alten Bundeskassen zur Verfügung, d. h. die Bundeskanzleikasse, für die gleiche Beträge von jeder der 17 Stimmen des Bundestags erhoben werden, und die Bundesmatrikularkasse, gespickt durch Matrikularbeiträge der einzelnen Staaten. Später wurden Matrikularbeiträge zu Deckung der notwendigsten Bedürfnisse erhoben (vgl. u. a. Bericht von Beckerath in der Sitzung vom 25. August und Beschluß vom 29. September). Uebrigens hat nach einem Bericht von Vogt in der vorletzten Sitzung der Nationalversammlung (16. Juni) die Centralgewalt niemals Rechenschaft über die Verwendung der Gelder abgelegt und für 1849 überhaupt ohne Bewilligungen gewirtschaftet.

Mitglieder schieden übrigens schon damals aus, sei es aus gekränkter Eitelkeit, wie Gervinus, oder aus anderen Motiven, wie Anastasius Grün, oder aus Hoffnungslosigkeit, wie Rapp und Ruge.

Mit der Anerkennung der Reichsgewalt sah es von vornherein schlimm genug aus. Preußen verwahrte sich gegen alle Folgerungen, die aus der mangelnden Mitwirkung der Regierungen zu den Parlamentsbeschlüssen gezogen werden könnten. Der König von Hannover aber, der starrsinnige Autokrat, ließ in der dortigen Ständekammer erklären, „weder das Wohl und die Freiheit der Völker, noch seine eigene fürstliche Ehre würde es gestatten einer Verfassung zuzustimmen, welche der Selbständigkeit der Staaten Deutschlands nicht die notwendige Geltung sichere, daher er entschlossen sei, lieber das Aeußerste zu ertragen, als zu Maßregeln die Hand zu bieten, welche Pflicht nnd Ehre als verwerflich darstellen würden." Zwar gab es darüber in Frankfurt einen großen Sturm und die Linke drohte sogar mit Absetzung des Königs. Der hannöversche Gesandte sprach in der That auf eigene Faust die unumwundene Anerkennung aus. Noch viel bedenklicher war die Kraftprobe, welche der Kriegsminister v. Peucker wagte, als er befahl, daß am 6. August in sämtlichen Bundesstaaten das Heer dem Reichsverweser huldigen und die deutschen Farben anlegen solle. Wohl gehorchten die Kleinstaaten, aber schon bei den Mittelstaaten regte sich der Widerstand. Baiern gab der Huldigung eine bedeutungslose Form, Hannover verweigerte sie ganz offen, in Oesterreich*) protestierte man und ließ wohl den Erzherzog Johann, aber nicht als Reichsverweser, hochleben. In Preußen fühlte sich der Partikularismus so verletzt, daß v. Schmerling, damals noch provisorischer Ministerpräsident, in den Verdacht geriet, diese Huldigung ausgeheckt zu haben, um Preußen und die Reichsgewalt zu entzweien. Selbst das Volk schien dort und zwar mit einem gewissen Recht einer solchen Huldigung vor einem österreichischen Prinzen nicht geneigt.**) Man

*) Man erlebte das Curiosum, daß das Ministerium des Erzherzogstellvertreters von Oesterreich, Johann, an das Ministerium desselben Erzherzogs-Reichsverwesers hierüber eine Beschwerde richtete.

**) Natürlich spotteten auch die Republikaner über die „Huldigung." Herwegh machte in dem so betitelten Gedichte darüber u. a. folgende sehr treffende und die Situation durchaus richtig charakterisierende Glossen:

Israel, ziehe ihm entgegen, bring ihm Palm und Tricolore,
Dem Messias der Monarchen; thu die frohe Botschaft kund,



mußte sich daher mit einem schon früher veröffentlichten Armeebefehl des Königs begnügen: „Ueberall, wo preußische Truppen für die deutsche Sache einzutreten und nach einem Befehle Sr. k. k. Hoheit dem Reichsverweser sich unterzuordnen haben, werdet Ihr den Ruhm preußischer Tapferkeit und Disziplin treu bewähren usw." Die Parade am 6. August aber unterblieb. So hatte sich also die Reichsgewalt in ihrer ganzen Ohnmacht gezeigt. Die Versammlung kümmerte sich nicht weiter darum. Bevor sie an die eigentliche Verfassungsberatung ging, vertiefte sie sich in das Studium der Grundrechte, als ob es sich nicht zuerst darum gehandelt hätte, die Verfassung unter Dach und Fach zu bringen, so lange noch einigermaßen eine Möglichkeit für Verwirklichung derselben vorlag. Freilich ahmte sie dabei nur das Beispiel der französischen Constituante nach, als diese die Menschenrechte zuerst an die Hand nahm, aber die Verhältnisse waren grundverschieden. Natürlich wollte keiner, der etwas davon verstand oder auch nicht verstand, sein Licht unter den Scheffel stellen und so plätscherte der Redestrom endlos fort, bis endlich der Abgeordnete Giskra eine charakteristische Berechnung aufstellte, die zugleich die Beratungsweise dieses „Parlaments", das diesen Namen wenigstens in vollstem Maße verdiente, trefflich illustriert: „Der ursprüngliche Entwurf der Grundrechte enthält 48 Paragraphen, der volkswirtschaftliche 40; bereits eingereicht sind 350 Abänderungsanträge, macht zusammen 438 Paragraphen. Für jeden derselben wiederum 10 Redner, macht 4380 Redner. 15 Redner für jede Sitzung macht 292 Sitzungen, 3 Sitzungen in der Woche giebt 98 Wochen. Also Ende der ersten Beratung der Grundrechte im April 1850." Darüber erschrak man denn doch und beeilte sich ein wenig, aber auch so noch vertrödelte man zu viel Zeit, so daß erst am 13. Oktober der Schluß der ersten Lesung erfolgte. In dieser selben Zeit, vom 15. Mai an, hatte die schweizerische Tagsatzung, die allerdings mit kleinen und einfachen Verhältnissen, aber auch mit der Sprachverschiedenheit zu

Dem Messias der Propheten — — aus dem alten, deutschen Bund —
Zweifel, nüchterner Geselle, schau die Menge hochgestimmt,
Wie sie trunken den Johannes schon für den Erlöser nimmt. —
Die Minister sind geraten!
All die glühenden Apostel wandeln sich in Apostaten. —
Aber tückisch im Verstecke lauert Austria, die Spinne,
Lauert, wie sie das Vertrauen dummer Fliegen sich gewinne.

kämpfen hatte, nicht nur die Beratung der schweizerischen Bundesverfassung zu Ende geführt, sondern die Verfassung war schon vom Volke angenommen und dann in Kraft erklärt worden, ja, die Tagsatzung hatte sich sogar schon aufgelöst und die Wahlen für die Bundesversammlung waren bereits ausgeschrieben. Freilich hatte man sich auch nicht damit gequält, eine neue provisorische Exekutive zu schaffen. An und für sich waren ja die Grundrechte allen Lobes wert.*) Sogar die soziale Frage war hinsichtlich des Unterrichtswesens wenigstens gestreift, wenn auch von der damaligen Generation ein näheres Eingehen auf dieselbe nicht zu erwarten war. Aber man verlor darüber, wo doch jeder Tag kostbar war, eben viel zu viel Zeit, die man für dringendere Aufgaben verwenden konnte.

In diesen Debatten aber bildete sich nun auch das Parteiwesen der Versammlung, das noch wenig abgeklärt gewesen war, bestimmter aus. Die Parteien wurden gewöhnlich nach den Orten, wo sich ihre Klubs versammelten, benannt. Die Rechte oder äußerste Rechte der Versammlung wollte den Standpunkt festhalten, auf dem Wege der Vereinbarung mit den Regierungen die Reichsverfassung zu schaffen, wenigstens war das äußerlich ihr Standpunkt, während sie im Geheimen auch gegen die Rückkehr zu den alten Zuständen nichts einzuwenden hatte. Sie spaltete sich in den protestantischen Flügel, das „Café Milani," später „Englischer Hof" (darunter Vincke, der glänzende Redner des vereinigten Landtags, Graf Schwerin, Grävell-Frankfurt, der boshafte Detmold aus Hannover) und den kirchlich-katholischen, das „Steinerne Haus". Dazu gehörten v. Radowitz, eine etwas geheimnisvolle und romantische Persönlichkeit, die einen eigentümlichen Zauber ausübte und gerade zum Günstling Friedrich Wilhelms wie geschaffen war,**) Lassaulx, Lichnowsky, ein galanter, kecker Abenteurer und Junker, der bei den Karlisten gedient hatte und äußerst herausfordernd auftrat, Ketteler, der spätere Bischof von Mainz, und sein nachmaliger Gegner, der Theologe Döllinger. Das rechte Centrum, oft auch Rechte genannt,

---

*) In diese Zeit fällt auch der tragikomische Versuch einiger Heidelberger Studenten durch einen Putsch in Frankfurt dem Radikalismus zum Siege zu verhelfen. Dabei beteiligte sich u. a. der damalige Kommunist und jetzige Junkerfreund Miquel, der also nur in der politischen Rückwärtskonzentrierung konsequent geblieben ist.

**) Laube vergleicht ihn mit einem Cagliostro oder Grafen St. Germain.

die zahlreichste Partei des Hauses, wollte die Reichsgewalt zwar kräftig zur Geltung bringen, aber auch die Stammeseigentümlichkeiten schonen und namentlich der sogenannten „Anarchie" scharf entgegentreten. Es nannte sich zuerst „Hirschgraben", dann „Kasino". Hier saßen vorzugsweise die Professoren, namentlich die norddeutschen, von denen nach Arneths Bericht Dahlmann, Georg Beseler, Waitz, Max Duncker „eine so diktatorische Rolle spielten, daß sie die Befolgung einer andern als ihrer Meinung gänzlich ausschloß". Von ihren Kollegen sind hier zu nennen: Albrecht, Droysen, Edel, Haym, Zachariä, Welcker. Außerdem gehörten zum „Kasino" noch Gagern, Soiron, Bassermann, Heckscher, Beckerath, Simson (der spätere Parlaments-, Reichtags- und Reichsgerichtspräsident), die Franzosenfresser Arndt und Jahn*), zwei verehrte Reliquien vergangener Zeit, endlich die Oesterreicher Schmerling und Würth. Wesentlich denselben Anschauungen, aber mit einer kleinen Verschiebung nach links, huldigte der „Landsberg", wo meist Norddeutsche, z. B. die beiden Jordan und Wichmann, saßen, und der „Augsburger Hof" (entstanden aus einer Spaltung des „Württemberger Hofs" nach der Abstimmung über den Waffenstillstand von Malmö), wo sich Wilhelm Beseler, das Regierungsmitglied von Schleswig-Holstein, der Geschichtsschreiber Stenzel, Robert v. Mohl, der Hamburger Riesser**), Rümelin, Biedermannn, Wurm, Francke, der Dichter Heinrich Laube und von Oesterreichern der später berühmte Geschichtsschreiber Arneth begegneten. Nächst dem Kasino war am zahlreichsten der „Württemberger Hof", das linke Centrum, das die unbedingte Unterordnung der Einzelstaaten unter die monarchische Reichsgewalt ohne Verständigung mit den Regierungen verlangte (Mittermaier, Gumprecht und die Oesterreicher Giskra, der später vielgenannte Bürgermeister, und Stremayr, die eigentliche Leitung hatte der im Parlamente sonst sehr schweigsame Zell-Trier.***) Wie später der „Augsburger Hof" nach rechts, so spaltete sich im

---

*) Jahn wurde auch zur äußersten Rechten gezählt, und er wäre dort jedenfalls an seinem Platze gewesen, da er ebenso gern Demokraten wie Franzosen verschlang.

**) Nach Arneth „ein edler, feinfühlender Mensch, ein Jude, welcher wohl auch den verhärtetsten Antisemiten von seinen Vorurteilen zurückzubringen vermocht hätte."

***) Zum linken Centrum gehörten auch Uhland, der Reisende und Geschichtsschreiber Fallmerayer und Moritz Mohl, doch war es mir nach dem vorliegenden Material nicht möglich, sie mit Sicherheit in einen Klub einzureihen.

Juli vom „Württemberger Hof" eine sogenannte „gemäßigte Linke" ab, die sich in der „Westendhalle" oder im „Nürnberger Hof" versammelte. Zu ihr gehörten Raveaux und Heinrich Simon, der strenge Jurist, und, nach Verstärkung von links her, Venedey, der unermüdliche Redner, aus Württemberg Vischer, Schoder, Schott, Reh von Darmstadt, v. Reden aus Berlin. Dann folgte die eigentliche Linke, der „Deutsche Hof". Ihre Führer waren Robert Blum, der beredte Leipziger Volkstribun, aus Köln stammend, ein echter Selfmademan, der sich aus den drückendsten Verhältnissen emporgearbeitet hatte, und nach seinem Tode der witzige Naturforscher Karl Vogt*). Zur Linken gehörten der alte Itzstein, der freisinnige Naturforscher Roßmäßler, Rösler v. Oels (wegen seiner gelben Kleidung der „Reichskanarienvogel" genannt), Löwe-Calbe, Schüler-Jena.

Diese Linke bestand aus Demokraten, denen als freilich oft verschwommenes und entferntes Ideal der republikanische Bundesstaat vorschwebte, womit aber viele die Monarchie in den Einzelstaaten für vereinbar hielten. Von ihr trennte sich bald eine ganz entschieden republikanische, teilweise auch sozialistisch angehauchte äußerste Linke, als deren Führer der radikale Philosoph Arnold Ruge und nach seinem Austritt der ideal angelegte Ludwig Simon (Trier) galt. In ihrem Lokal, dem „Donnersberg" trafen sich die Badenser Brentano, ein ehrgeiziger Advokat, und Professor Hagen, die Sachsen Schaffrath und von Trützschler, die Preußen Schlöffel (ein entschiedener Sozialist) und Wesendonck, die Oesterreicher Berger und Wiesner, der später lang in Amerika weilende und in vielen Farben schillernde Julius Fröbel, Zimmermann-Stuttgart (bekannt als Geschichtsschreiber der Revolution und des Bauernkriegs), und Zitz.

Die Zahl der Mitglieder dieser Klubs berechnet Biedermann („das erste deutsche Parlament") folgendermaßen: Steinernes Haus 17, Café Milani 40, Kasino 136, Landsberg 44, Augsburger Hof 44, Württemberger Hof 45, Westendhalle 50, Nürnberger Hof 12, Deutscher Hof 50, Donnersberg 40. Der Gesamtzahl nach rechnet er 277 Monarchisch-konstitutionelle, 107 monarchische Demokraten und 90 Republikaner. Dies würde freilich nur eine Zahl von 474 Mitgliedern ergeben. Sie wurde auch selten überschritten, während freilich nominell die Gesamtzahl 649 hätte betragen sollen. Im übrigen

*) Später einflußreicher Politiker in Genf und schweizerischer Ständerat.



kann diese Abgrenzung nur eine annähernde sein, da die Grenzen zwischen den einzelnen Gruppen oft sehr unbestimmt waren, so zwischen dem rechten und linken Centrum und dem letztern und der Linken*) und die Art der Zuteilung der Klubs zu den Parteien sich daher sehr verschieden gestaltete.

An den Sitzungstagen wurde fleißig gearbeitet. Die Sitzungen begannen gewöhnlich schon um 9 Uhr morgens und dauerten manchmal bis 4, 5 und 6 Uhr, in einzelnen Fällen sogar bis 8 Uhr. Dagegen wurden viel zu viele Ferientage gegeben und es entwickelte sich öfters eine gewisse Bummelei, wie auch die Bezeichnung der Parteien nach den Klublokalen schon andeutet. Glänzend stand das Parlament bezüglich der Beschlußfähigkeit da; es war nicht ein einziges Mal beschlußunfähig. Aber die Abgeordneten bezogen auch Diäten. Ein gutes Beispiel für gewisse moderne Parlamente!

Dem Bedürfnis nach Zerstreuung kam wohl auch die Fahrt zum Kölner Dombaufest (15. August) entgegen, unternommen von einer großen Anzahl Abgeordneten mit dem Reichsverweser und Gagern an der Spitze. Friedrich Wilhelm hielt natürlich auch wieder seine Rede. Er ließ die „Baumeister am Dome der deutschen Einheit" hochleben, fügte aber sehr charakteristisch hinzu: „Ich bin überzeugt, daß Sie nie vergessen werden, daß es in Deutschland Fürsten giebt und daß ich zu diesen gehöre". Es mochte dabei die Verstimmung über die Berufung Leiningens und über das Scheitern des Projektes, wonach Camphausen das Präsidium des Reichsministeriums übernehmen sollte, durchklingen.**) Jedenfalls aber war damit ziemlich offen angedeutet, daß der König das Verfassungswerk nur auf Grund einer Vereinbarung mit den Fürsten anerkennen werde. Gagern fand auch für nötig in seinem Berichte über die Feier die Bedeutung dieser Worte abzuschwächen. Betonte hiermit der König seinen preußischen Standpunkt, so war es kurz vorher

*) Biedermann bezeichnet das Kasino z. B. als gemäßigte Rechte, den Landsberg und Augsburger Hof aber als rechtes Centrum und teilt die Westendhalle dem linken Centrum zu. Rümelin dagegen nennt Kasino, Landsberg und Augsburger Hof das eigentliche Centrum und die Westendhalle die gemäßigte Fraktion der Linken. Arneth weicht wieder von beiden ab. Später bei der Verfassungsfrage bildeten sich dann wieder andere Parteigruppierungen.

**) Im übrigen verlohnt es sich nicht der Mühe, auf die Eintagsprojekte, die damals zwischen Berlin und Frankfurt ausgeheckt wurden, näher einzugehen.

in der Versammlung selbst zu einer sehr bezeichnenden Aeußerung des preußischen Partikularismus gekommen. Am 7. August kamen eine Anzahl Petitionen um eine Amnestie für politische Verbrecher zur Verhandlung, veranlaßt hauptsächlich durch den Wunsch, Hecker, der in Thiengen in die Nationalversammlung gewählt worden war, die Ausübung seines Mandats zu ermöglichen. Es ließ sich viel für und gegen diese Amnestie anführen und auch freisinnige Männer tadelten mit Recht das Gebahren Heckers scharf. Andererseits konnte aber Ludwig Simon mit Recht fragen, warum man denn für Metternich keine Amnestie verlange, und darauf aufmerksam machen, daß den Wahlen nach zu schließen die Stimmung des badischen Volkes noch demokratisch sei, daß z. B. Bassermann und Mathy nicht gewählt seien. Auch überschritt die Rache der siegreichen Regierungsorgane in Baden jedes vernünftige Maß. Besonders scharf sprach dann der Badenser Brentano, ein persönlicher Freund Heckers. Als er nun ausrief: „Wollen Sie die, die in Baden die Waffen ergriffen haben, zurücksetzen gegen einen Prinzen von Preußen", da erhob sich auf der Rechten und im Centrum ein furchtbarer Sturm. Mehrere preußische Mitglieder eilten zur Tribüne und suchten Brentano herunterzureißen. Ja, zwei der Wütendsten forderten ihn sogar auf Pistolen. Vizepräsident Soiron brach die Sitzung ab. Am folgenden Tage erfuhr dann Brentano aus einem Antrag von 164 Mitgliedern, die den Ordnungsruf gegen ihn verlangten, zu seinem Erstaunen, daß er einen deutschen Volksstamm gröblich beleidigt habe, und Soiron sprach in der That den Ordnungsruf aus. Die stürmischen Szenen erneuerten sich, da die Linke die Berechtigung des Ordnungsrufs bestritt und ihrerseits Einschreiten gegen das unqualifizirbare Gebahren der Rechten verlangte. Da die Gallerie für die Linke Partei nahm, wurde sogar das Publikum ausgeschlossen. Brentano*) verteidigte sich mit dem Hinweis darauf, daß man gegen den König von Hannover ganz andere Dinge gesagt habe, ohne daß jemand darin eine Schmähung der Hannoveraner erblickt habe, und er führte die Empfindlichkeit der Rechten darauf zurück, daß eine Partei den Prinzen von Preußen auf den Thron erheben wolle**). In der That war es sonst durchaus unzulässig die Ehre Preußens mit der eines Prinzen, der

*) Ein Teil der Linken verließ den Saal, weil die Paulskirche militärisch umstellt sei und sie nicht unter Bajonetten beraten wollte.

**) Dies wurde in Berlin vielfach geglaubt.

damals gar keinen Einfluß auf die dortige Regierung hatte, zu identifizieren. Aber Worte waren hier vergeblich gegen die schroffe Parteilichkeit einer siegessicheren Mehrheit. Dieselbe ging über die Petitionen zur Tagesordnung über, verweigerte also die Amnestie (8. August) und warf die wohlbegründeten Reklamationen der Linken unter den Tisch; ebenso wurde auch am 10. August die Wahl Heckers als ungültig erklärt*). Der ganze Fall war im höchsten Grade charakteristisch für die Willkür, mit der die Mehrheit oft verfuhr.

Eine sehr stürmische Debatte veranlaßte auch der Ausschuß mit dem Antrag, die Aufnahme eines Teiles von Posen in den Deutschen Bund anzuerkennen und die dort gewählten Abgeordneten zuzulassen. Mehrere Anträge, teils von radikaler, teils von katholischer Seite, verlangten das gerade Gegenteil. Der Antrag der Radikalen (Ruge, Simon-Trier, Wesendonck, Trützschler u. a.) fügte noch die Forderung eines Kongresses zur Wiederherstellung Polens hinzu. Bei dieser Debatte, die am 24. Juli begann, trennte sich nun Jordan-Berlin (der spätere Verfasser der „Nibelungen") von der Linken, indem er unter vielfachen stürmischen Unterbrechungen derselben ihre polnischen Sympathieen bekämpfte und über die polnische Nation rücksichtslos den Stab brach. Die Debatte zog sich wie gewöhnlich sehr in die Länge. Am folgenden Tage sprach Lichnowsky, der die Polen als Revolutionäre verdächtigte und dabei in seinem Junkerdeutsch die unsterblich gewordene Aeußerung that: „das historische Recht hat kein Datum nicht": ein Satz, der, abgesehen von der Grammatik, auch inhaltlich für den Redner sehr bedenklich war, da seine Partei sich doch so gern auf dieses datumlose historische Recht gegenüber der Gegenwart berief.

Am folgenden Tage (26.) eröffnete Ruge die Erörterung. Einige Tage vorher, am 22. Juli, hatte er einen gerade heutzutage sehr bemerkenswerten Antrag gestellt: „Da der bewaffnete Friede durch seine stehenden Heere den Völkern Europas eine unerträgliche Bürde auferlegt und die bürgerliche Freiheit gefährdet, so erkennen wir das Bedürfnis, einen Völkerkongreß ins Leben zu rufen, zu dem Zwecke einer allgemeinen europäischen Entwaffnung." Auch heute, nach 50 Jahren, sind wir darin noch nicht weiter gekommen als zu — Anträgen und es wird sich auch voraussichtlich noch lange nicht

*) In der Amnestiefrage stimmten u. a. Uhland, Moritz Mohl und beide Jordan mit der Minderheit; in der Wahlfrage Biedermann und Eisenmann.

ändern. Am 26. Juli nahm sich nun Ruge der Polen an und betonte überhaupt das Selbstbestimmungsrecht der Völker ohne Einschränkung. Mehrfach unterbrochen von wütendem Lärm der Rechten, sagte er, allerdings übertreibend. „Die Italiener werden eine Nation werden und die Radetzkys werden aus Italien verjagt werden müssen. Wir, die Deutschen müssen es so wünschen, daß die Radetzkys aus Italien verjagt werden. — Die Herstellung Italiens gehört zu dem neuen Völkerrecht und wir, die wir die Ausführung des neuen Völkerrechts, die wir die Freiheit der europäischen Völker wollen, müssen wünschen, daß die Tyrannen der Italiener, die Tillys*) der neuen Zeit, die Radetzkys geschlagen werden." Hier machte es ihm ein furchtbarer Lärm, untermischt mit Rufen zur Ordnung und Beschimpfungen des Redners, unmöglich fortzufahren. Und wenn Gagern auch den Ordnungsruf unterließ, er nannte doch die Aeußerung Ruges einen halben Verrat an der Nation. Ruge behielt später doch Recht den tosenden Ordnungsmännern gegenüber. Er erlebte es noch, daß Italien von den Oesterreichern befreit wurde und daß einer der feurigsten Vorkämpfer jener Junker, die sich über Ruges Aeußerung so sehr entsetzten, ihm dazu verhalf. (Bismarck wurde das freilich von seinen Anbetern nicht als „halber Verrat" angerechnet, wohl aber Franz Joseph, daß er Napoleons Intervention anrief. Es geht nichts über Konsequenz!) Das Ende der Debatte war, daß die Versammlung ganz Posen in den deutschen Bund aufnahm und die dort gewählten Abgeordneten zuließ.

Zu einer sehr interessanten Debatte kam es auch über die Kirchenartikel der Grundrechte. Linke und Klerikale gingen zusammen in der Forderung der Trennung von Staat und Kirche, erstere machte es also nicht wie die sogenannten Liberalen der siebziger Jahre, deren „Kulturkampf" so kläglich Fiasko gemacht hat. Als Hauptredner der Klerikalen trat damals

*) Radetzky verdiente freilich den Namen eines Tilly durchaus nicht, am wenigsten damals, wo Mailand noch nicht einmal wieder erobert war. Dagegen ließ er sich später manche brutale Handlung gegenüber Einheimischen wie Fremden in der Lombardei zu schulden kommen, so z. B. die Massenausweisung der Schweizer im Jahre 1853 und die damit verbundene Grenzsperre. Diese Maßregeln erregten in dem benachbarten Tessin solche Erbitterung, daß der Name „Radetzky" dort noch heute hie und da als Schimpfwort gebraucht wird. Ruge hatte übrigens unbewußt recht, insofern er den fürchterlichen Haynau prophezeite, der in der That den Namen eines Tilly oder noch einen schlimmeren verdiente.

(in einer großen Rede am 22. August) Döllinger auf, der später der römischen Kirche den Rücken kehrte. Die Versammlung traf unseres Erachtens das richtige, wenn sie die Ordnung und Verwaltung ihrer Angelegenheiten jeder Religionsgesellschaft selbst überließ, nur unter Vorbehalt der allgemeinen Staatsgesetze, das Unterrichts- und Erziehungswesen aber unter die Oberaufsicht des Staates stellte und die Gründung und Leitung von Unterrichtsanstalten von einem staatlichen Befähigungsnachweis abhängig machte.*) Dabei kam es übrigens auch zu einer kleinen Judendebatte, wobei Moriz Mohl einigermaßen antisemitische Grundsätze entwickelte.

Mitten aus diesem Idyll theoretischer Debatten wurde die Versammlung in unliebsamster Weise an die rauhe Wirklichkeit der Thatsachen erinnert. Wir haben gesehen, daß nach dem Rückzuge Wrangels aus Jütland eine faktische Waffenruhe eingetreten war. Zwar kam es noch zu vereinzelten Waffenthaten. Als die Dänen am 28. Mai von Alsen her wieder angriffen und die deutschen Truppen bis Quars zurückdrängten, ging Halkett am folgenden Tage wieder gegen die Flensburger Föhrde und das Nübelmoor vor, konnte aber natürlich die Dänen nicht bis zur Insel Alsen verfolgen. Als Wrangel am 5. Juni durch die Bundestruppen und die Brigade Bonin die dänischen Stellungen bei Satrup und Nübel angreifen ließ, mußten die Deutschen sich sogar wiederzurückziehen, nachdem die Dänen von Alsen Verstärkungen erhalten hatten. Ueberhaupt führte Preußen den Krieg lahm, da der König, wie überall, auch in der schleswig-holsteinischen Sache irgend welche Verbindung mit der „Revolution" oder dem, was ihm als solche zu bezeichnen gefiel, höchst ungern sah, und die Feudalpartei ihn darin bestärkte. Besser bewährten sich in dieser späteren Zeit des Krieges die deutschen Freischaaren und die Bundes-

*) Höchst charakteristisch für unsere bismarckisch-nationalliberale Geschichtsschreibung ist es, wie Oncken in seinem „Zeitalter des Kaisers Wilhelm" die Geschichte des Frankfurter Parlaments behandelt. Freilich hatte in der bekannten Onckenschen Sammlung schon Flathe das Werk des Frankfurter Parlaments summarisch dargestellt, aber das war für Oncken doch kein Grund so zu verfahren, wie er es thut, nämlich bloß das herauszugreifen, was entweder den Unverstand der damaligen Konstitutionellen und die angebliche Bosheit der Demokraten illustrieren oder ad majorem gloriam der spätern Bismarckschen, von den Nationalliberalen immer in demütiger Ergebung befolgten Politik dienen soll, so z. B. seine Ausführungen über die Polendebatte, die Kirchenartikel ꝛc. Alles übrige übergeht er mit Stillschweigen.

truppen. So schlug der Major von der Tann (der bekannte spätere baierische General), der schon anfangs Juni einen kühnen Streifzug unternommen hatte, am 29. Juni die Dänen bei Hadersleben, und am 4. Juli überfiel Halkett ein gelandetes Dänenkorps und nahm den ganzen rechten Flügel desselben nach verzweifeltem Widerstand gefangen.

Aber solche vereinzelte Erfolge waren fruchtlos, da, abgesehen von der lauen Haltung Preußens, die auswärtige Diplomatie sich immer aufdringlicher einmischte. Für den 14. Juli wurde provisorisch ein Waffenstillstand geschlossen, den man einstweilen alle drei Tage erneuerte, während schon früher in London Verhandlungen zwischen den Mächten über den Frieden eröffnet worden waren. Allein diese stießen auf Schwierigkeiten, da Preußen sich nur als Bevollmächtigten der Centralgewalt, diese hingegen als kriegführende Macht angesehen wissen wollte, die andern Mächte aber von der Centralgewalt überhaupt nichts hören wollten. Allerdings hatte Dahlmann in einer großen Rede am 9. Juni, worin er mit Recht sagen durfte, daß er die besten Kräfte seiner Jugend, die Treue eines Menschenalters der schleswig-holsteinischen Sache gewidmet habe, erklärt: „Wenn Sie in der schleswig-holsteinischen Sache versäumen, was gut und recht ist, so wird damit auch der deutschen Sache das Haupt abgeschlagen. Sie werden thun, was die Ehre Deutschlands erfordert", und die Nationalversammlung hatte in der That ihrerseits die Erklärung abgegeben, „daß die schleswigsche Sache als eine Angelegenheit der deutschen Nation zu ihrer Wirksamkeit gehöre und sie Sorge tragen werde, daß bei dem Friedensschluß mit Dänemark das Recht der Herzogtümer und die Ehre Deutschlands gewahrt werde." Allein darum kümmerten sich die fremden Mächte nicht. Sie sahen mehr oder minder alle scheel auf die Entwickelung Deutschlands. Auch Frankreich, das zunächst genug mit sich selbst zu thun gehabt hätte, nahm nach den Junischlachten seine traditionelle, auf Schwächung Deutschlands berechnete Politik wieder auf. So schrieb Bastide, der Minister des Auswärtigen, etwas später, am 8. August, vom Standpunkt der französischen Politik aus ganz richtig an den Gesandten in Berlin: „Die deutsche Einheit ist ein vortreffliches Prinzip, sofern sie sich in den Grenzen der demokratischen Verbrüderung zwischen den verschiedenen Völkern hält, aus denen die große deutsche Familie zusammengesetzt ist. Aber wenn man unter dem Vorwande der Einheit und

Brüderlichkeit Schleswig absorbieren will, das dänisch ist, Limburg, das holländisch ist, die Lombardei und Venetien, die italienisch sind, und Posen, das polnisch ist, vielleicht auch Elsaß-Lothringen, so wird die deutsche Einheit etwas zu bekämpfendes. — Man darf Preußen nicht in die große Konföderation von 45 Millionen Deutschen werfen, welche nicht gegründet werden wird, aber deren Versuch schon uns schaden kann!" Man sieht, Bastide sprach bis zu einem gewissen Grade als Prophet, denn die Einheit Deutschlands hat in der That Frankreich Elsaß-Lothringen gekostet, es ist daher auch vollkommen unverständlich, wie Flathe „ebenso viel Anmaßung als Ignoranz" darin finden kann.*) Die Verhandlungen waren indessen suspendiert und in Malmö unter schwedischer Vermittelung (durch Graf Pourtales) teilweise auch in Bellevue bei Kolding wieder aufgenommen worden. Man einigte sich am 19. Juli auf folgende vorläufige Bedingungen: Dreimonatlicher Waffenstillstand, beiderseitige Räumung der Herzogtümer, Teilung des Heeres derselben

*) Daß die Befürchtungen Bastides schon damals nicht unbegründet waren, geht unter anderem aus einem Gedicht hervor, welches der Prinz von Preußen, also der präsumtive Thronerbe des von den Anhängern der preußischen Hegemonie in Aussicht genommenen Deutschen Kaisers schon im Jahre 1840 verfaßt hatte, darin finden sich unter anderen die Strophen:

Du Straßburg, Burg der Straßen
Von Frankreich und Burgund,
So lang dort Franken rasen
Wird Deutschland nicht gesund.
Du Volk aus den Vogesen
Und dem Ardennenwald,
Wir wollen dich erlösen
Von fremder Truggewalt.
Dann mußt du auch vernehmen
Den deutschen Bundesruf,
Und dich der Knechtschaft schämen,
Die wälsche Art dir schuf.
Und solltest du dich sträuben,
Und fühlst die Knechtschaft nicht,
So wollen wir dich treiben
Zu deiner Kindespflicht.

Also schon das ganze Programm von 1870/71 und der folgenden Jahre samt Ausnahmezustand und Diktaturparagraphen! Und es waren damals unter der gebildeten Jugend des Elsasses sehr starke Sympathien für Deutschland vorhanden, viel stärkere als später.

in ein schleswigsches und holsteinisches, Ersetzung der provisorischen Regierung durch eine von Dänemark und Preußen gemeinschaftlich zu ernennende Behörde. Diese Bedingungen mußten natürlich nach den glänzenden Erfolgen der Deutschen zu Lande überall in Deutschland Entrüstung erwecken. Neue Verhandlungen führten nicht zum Ziel, sie wurden sogar teilweise abgebrochen. Namentlich beschuldigte man Preußen, seine Vollmacht überschritten zu haben, und dieses suchte deshalb wenigstens noch die Genehmigung der Centralgewalt vorzubehalten, um sich in der öffentlichen Meinung einigermaßen zu rehabilitieren. Allein alle Beteiligten verwahrten sich dagegen. Der Bevollmächtigte der Centralgewalt, Max v. Gagern, durfte nicht einmal am Ort der Verhandlungen selbst, sondern nur in der Nähe verweilen. Freilich suchte Schmerling, der damals provisorisch das Auswärtige leitete, die Nationalversammlung noch mit patriotischen Phrasen über den Ernst der Lage hinwegzutäuschen. So versicherte er am 24. Juli, Wrangel werde nur einen für Deutschland ehrenvollen Waffenstillstand abschließen, und in der That hatte Wrangel eine dementsprechende Erklärung abgegeben. Schmerling fügte am 31. Juli in sehr energischer Tonart hinzu: Die Verhandlungen seien abgebrochen, der Krieg werde als deutscher Krieg mit Reichstruppen und Reichsmitteln geführt werden, und der Kriegsminister stellte in Aussicht, Süddeutsche und Oesterreicher würden zu den Preußen stoßen. Mit den Oesterreichern hatte es freilich seine guten Wege. Hatte doch Oesterreich nicht einmal seinen Gesandten aus Kopenhagen abberufen. Die süddeutschen Kontingente rückten freilich ab, überall vom Volke mit Jubel empfangen. Aber dies konnte an der weiteren Entwicklung der Dinge nichts ändern. Am 5. August verlangte Preußen unbeschränkte Vollmacht, den Waffenstillstand abzuschließen. Das Reichsministerium machte einige gewiß gerechtfertigte Vorbehalte. In einem Erlasse verlangte Johann am 7. August, daß der Waffenstillstand im Namen der Centralgewalt geschlossen und daß man an den Abmachungen vom 19. Juli einige Aenderungen zu Gunsten Schleswig-Holsteins vornehme (namentliche Bezeichnung der Mitglieder der Interimsregierung vor dem Waffenstillstand, Aufrechterhaltung der bis zum Waffenstillstand erlassenen Gesetze ꝛc.). Allein Preußen hielt sich durchaus nicht streng an diese Vollmacht, es machte sogar den Dänen in dem Waffenstillstand, den es schließlich am 26. August in Malmö abschloß, noch weitere Zugeständnisse, denn der Waffenstill-

stand sollte nun auf 7 Monate gelten, also gerade über die Zeit, wo die dänische Flotte des Eises wegen nicht operieren konnte. Ferner sollten alle seit dem März von der provisorischen Regierung in den Herzogtümern erlassenen Gesetze außer Kraft gesetzt werden und an die Spitze der neuen Regierung sollte ein Däne, der den Schleswig-Holsteinern überaus verhaßte Graf Moltke, treten. Dänen und Preußen sollten Schleswig und Holstein räumen, nur das schwache schleswig-holsteinsche Korps sollte zurückbleiben, und zwar in Abteilungen zerstreut zur Aufrechterhaltung der Ordnung, d. h. vermutlich zur Unterdrückung demokratischer Bewegungen; die Blockade der deutschen Küste sollte aufhören und die Gefangenen, sowie die gekaperten Schiffe, sollten zurückgegeben werden.

Es ist überflüssig, diese Bedingungen noch näher zu erörtern. Freilich hatten Rußland und Schweden Dänemark für den Fall einer Fortsetzung des Krieges Hilfe versprochen, allein so gewiß es war, daß der deutsche Handel in der Ostsee vollständig vernichtet worden wäre, so sicher war es andererseits auch, daß Rußland einen direkten Angriff auf Deutschland nicht wagen konnte, daß vielmehr dann eine neue Insurrektion in Russisch-Polen wahrscheinlich war und doch ein solcher Krieg unfehlbar die Einigung Deutschlands unter preußischer Leitung herbeigeführt hätte. Frankreich und England hätten sich in diesem Falle neutral verhalten, denn ihre Regierungen hätten es nie und nimmer wagen dürfen, an der Seite Rußlands zu kämpfen. Jedenfalls erregten diese Bedingungen in Deutschland eine ungeheure Entrüstung. Die schleswig-holsteinsche Landesversammlung beschloß, daß sie wider ihren Willen weder aufgelöst noch vertagt werden könne und daß die seit März erlassenen Gesetze ohne ihre Zustimmung nicht aufgehoben werden könnten. Gleichzeitig brachte sie schnell, schon am 8. September, das Verfassungswerk zu Ende, und ließ die Verfassung auch verkünden. Dies war schon ein Protest gegen den Waffenstillstand. Ebenso lebhaft aber war die Erregung auch in Frankfurt.

Kaum waren die Bedingungen dort genauer bekannt (4. September), so las Dahlmann, der, wenn überhaupt einer in dieser Versammlung, als gründlichster Kenner und eifrigster Verteidiger Schleswig-Holsteins und zugleich alter und treuer Anhänger Preußens, das unparteiischste Urteil in dieser Sache hatte, eine Interpellation vor, die mit den Worten schloß: „Am 9. Junius, vor noch nicht drei

Monaten, wurde hier in der Paulskirche beschlossen, daß in der schleswig-holsteinschen Sache die Ehre Deutschlands gewahrt werden solle, die Ehre Deutschlands." Die Anträge überstürzten sich, schließlich wurde aber die Angelegenheit an die Ausschüsse zu schleunigster Berichterstattung verwiesen. Am folgenden Tage, 5. September, referierte er im Namen der vereinigten Ausschüsse, des internationalen und des Ausschusses für die Centralgewalt, über die Angelegenheit. Mit dem edelsten Pathos patriotischen Schmerzes und zugleich mit schneidender Schärfe kritisierte er das Machwerk von Malmö. „Ein siebenmonatlicher Waffenstillstand", rief er aus, „welcher also Deutschland die Möglichkeit entreißt, sich der Vorteile der winterlichen Jahreszeit im Kriege gegen Dänemark zu bedienen, welcher recht geradezu unser armes Deutschland in den ersten April hineinschickt." Vom Grafen Moltke sagte er, er könne ohne Lebensgefahr sich garnicht nach Schleswig-Holstein hineinwagen. Er stellte im Namen der Ausschußmehrheit den Antrag, die Maßregeln zur Ausführung des Waffenstillstandes zu sistieren, und motivierte diese „folgenschwere Entscheidung" mit dem Hinblick auf Gesamtdeutschland. „Dürfen wir", fuhr er fort, „unsere Laufbahn mit dem Bruch der heiligsten Zusagen beginnen — dürfen wir unsere Landsleute, unser eigenes deutsches Fleisch und Blut dem sichern Verderben überliefern, der Rachsucht ihrer haßerfüllten dänischen Feinde, vor welchen nicht einmal die Personen der provisorischen Regierung durch irgend eine Anordnung sicher gestellt worden sind?" Und mit Recht betonte er, daß nicht die Selbständigkeit Schleswig-Holsteins so vielem Widerstand begegne, sondern die Einheit Deutschlands. „Diese neue Macht", so rief er in patriotischer Entrüstung, „welche, so lange Deutschland besteht, noch nie erblickt ward, die ihren Mittelpunkt hier in der Paulskirche hat und über welche das Vertrauen des gesamten deutschen Volkes wacht, sie soll von Anfang in ihrem Aufkommen beschnitten, sie soll, wenn es möglich wäre, nach allen Seiten hin zerfetzt und endlich zerbrochen werden. Unterwerfen wir uns bei der ersten Prüfung, welche uns naht, den Mächten des Auslandes gegenüber, kleinmütig bei dem Anfange, dem ersten Anblick der Gefahr, dann, meine Herren, werden Sie Ihr ehemals stolzes Haupt nie wieder erheben können. Denken Sie an diese meine Worte: Nie!!"

Schärfer als diese vernichtende Kritik Dahlmanns den Waffenstillstand zerfetzte, konnte dieses höchstens der Form, nicht aber der Sache nach geschehen.*) Zimmermann-Stuttgart erinnerte zeitgemäß an den Basler Frieden von 1795. Treffend fügte noch Blum hinzu, es werde sich entscheiden, ob Deutschland in Preußen oder Preußen in Deutschland aufgehe. In demselben Sinne sprachen noch Wesendonck und Wurm. Lichnowsky, Radowitz und natürlich auch der Schaukelpolitiker Bassermann sprachen gegen den Antrag des Ausschusses. Schmerling drohte mit dem Rücktritt des Ministeriums (der klägliche Strohmann v. Leiningen sprach sich nicht aus) für den Fall der Sistierung. Die Versammlung beschloß in der That noch an demselben Tag mit 238 gegen 221 Stimmen die Sistierung der Ausführung des Waffenstillstandes.**) Sofort trat das Ministerium zurück, und der Reichsverweser übertrug nun nach der konstitutionellen Regel Dahlmann die Bildung eines neuen Kabinets. Dieser hatte wohl gehofft, durch eine einmütige Kundgebung der Versammlung auch Preußen zu einem kräftigen Entschluß fortzureißen; daß die Mehrheit so gering sei, hatte er nicht ahnen können und daß nun er gerade das Ministerium bilden sollte, kam ihm wohl auch unerwartet. Auf die Linke wollte er sich nicht stützen, auf das Centrum und die Rechte konnte er sich nicht stützen, weil der größere Teil dieser Partei gegen die Sistierung des Waffenstillstandes gestimmt hatte.***) Nichts destoweniger hätte es gerade im Interesse seiner der preußischen Hegemonie geneigten Politik gelegen, vielleicht irgend ein Koalitionsministerium des Centrums und der gemäßigten Linken zu bilden, um vor allem Schmerling zu entfernen. In der schleswig-holsteinischen Frage hätte sich vielleicht ein Ausweg finden lassen, der das fait

*) Heinrich Simon deutete an, daß die gewaltige nationale Erhebung, die eine fremde Einmischung hervorrufen würde, auch leicht die 34 Throne aufrollen könnte.

**) Nach Rümelin hatten u. a. von den verschiedenen Staaten gestimmt: Aus Preußen für Sistierung 43; dagegen 116; aus Oesterreich 53; 42; aus Württemberg 24; 2; aus Hannover 6; 14; aus Baden 13; 1. Die Stimmen der Baiern hoben sich auf (31 gegen 31). Von Sachsen (20), Hessen-Darmstadt (8), Schleswig-Holstein (10) hatten alle Anwesenden für Sistierung votiert.

***) Immerhin hatten auch Männer wie Biedermann, Droysen, Mittermaier, Moritz Mohl, Rießer, Stahl, Rümelin, Waitz, Uhland, Wurm für seinen Antrag gestimmt, (nicht Vincke und Wippermann, wie Blum irrtümlich behauptet). Er hätte also mit diesen einen Versuch wagen können.

accompli unberührt ließ, und doch das Parlament nicht allzusehr bloßstellte, denn das freilich mußte jedem klar sein, daß die Centralgewalt nicht die Macht hatte, Preußen zur Sistierung des Waffenstillstandes zu zwingen. Aber Dahlmann, wie alle diese ängstlichen Professoren, konnte zu keinem kühnen Entschlusse kommen. Da auch der Versuch, unter dem zweiten Vizepräsidenten v. Hermann ein Ministerium zu bilden,*) scheiterte, so kam man doch wieder auf Schmerling zurück. Dieser aber erklärte nur wieder in sein Amt einzutreten, wenn man den Waffenstillstand genehmige. Am 14. September begannen die Debatten auf's neue.**) Die vereinigten Ausschüsse schlugen die Nichtgenehmigung des Waffenstillstands vor. Die Linke sprach an diesem Tage ziemlich matt und nicht gerade glücklich. Blum warnte davor, die Bewegung in andere Hände, d. h. in die des Radikalismus, übergehen zu lassen. Dieser Aeußerung wegen wurde er von der sächsischen Demokratie so heftig angegriffen, daß nachher erzählt wurde, er habe sich aus Gram darüber nach Wien schicken lassen, wo er dem Tod entgegen ging. Lichnowsky und Vincke sprachen für Genehmigung und ersterer benutzte die Gelegenheit, um die Tribünen zu reizen, auch Heckscher sprach sehr provozierend und taktlos gegen die Linke. Endlich, am 16. September, ging eine schwache Mehrheit unter Preußens und Schmerlings Joch und genehmigte den Waffenstillstand mit 258 gegen 237 Stimmen.***) Man sieht, die Mehrheit vom 5. September †) hatte sich so gut wie

*) Wie Herzog Ernst mitteilt, wollte Erzherzog Johann dem unvermeidlichen Beirat der Coburger, Stockmar, die Kabinetsbildung übertragen, aber dieser lehnte ab.

**) Dänemark hatte inzwischen einige Scheinkonzessionen gemacht.

***) Es waren, genau genommen, zwei Abstimmungen, die erste hatte die Verwerfung der Nichtgenehmigung des Waffenstillstandes zum Ergebnis, die zweite die Annahme eines Antrags, die Vollziehung des Waffenstillstands nicht länger zu hindern. Entscheidend war die erste.

†) Damit soll nicht gesagt sein, daß die Minderheit vom 16. genau der Mehrheit vom 5. entsprochen hätte, es stimmten vielmehr eine ziemliche Anzahl diesmal für Genehmigung, die vorher für Sistierung sich erklärt hatten. Auch jetzt noch votierten, abgesehen von der Linken, u. a. Dahlmann, Biedermann, Eisenmann, Gfrörer, Mittermaier, Moritz Mohl, Rümelin, Uhland, Fürst Waldburg-Zeil, Wippermann, Stenzel, Laube (doch gewiß ein grimmiger Feind der Radikalen) für Nichtgenehmigung. Auch Arneth hätte sich ihnen angeschlossen, wenn er nicht Schmerlings Verbleiben im Ministerium gewünscht und den Sieg des Radikalismus gefürchtet hätte.

gar nicht vermindert, dagegen hatte die Minderheit von damals einen freilich sehr unbedeutenden Zuwachs erhalten, der aber hinreichte, sie in eine Majorität zu verwandeln. Dieser Umfall mußte aber in den weitesten Kreisen die Achtung vor dem Parlament untergraben. Wenn die Versammlung sah, daß gegen den Waffenstillstand nichts zu machen war, so hätte sie mit einem Tadel darüber zur Tagesordnung übergehen sollen, aber noch der Schmach selbst das Siegel aufzudrücken, das war zu viel. Und wenn ein so gemäßigter, entschieden monarchistisch und preußisch gesinnter Staatsmann wie Dahlmann selbst gesagt hatte, daß die Ehre Deutschlands auf dem Spiele stehe, daß man die heiligsten Zusagen breche, daß die deutsche Einheit zerfetzt und zerbrochen werden solle, was Wunder, daß sich das Volk, das keine Rücksichten auf den preußischen Hof zu nehmen hatte, in heiligem Zorn gegen diese schwache und ängstliche Mehrheit erhob! Die Linke hätte freilich damals besser gethan, überhaupt aus der Versammlung auszutreten, sie hätte dadurch ihre Popularität bedeutend gesteigert.*)

Schon am Abend des 16. wurde es in Frankfurt unruhig. Die Linke beriet, ob man nicht den Antrag auf Neuwahlen stellen solle. Große Volksmassen verlangten ein Gegenparlament.**) Die Linke aber begnügte sich vorläufig, den folgenden Tag eine große Volksversammlung auf der Pfingstweide einzuberufen, wozu noch in der Nacht, doch nicht von der Linken selbst, Einladungen an die umliegenden Städte ergingen. Blum und Simon-Trier warnten eindringlich vor Gewaltthaten. Indessen wußten wohl die Führer der Bewegung selbst noch nicht recht, was sie wollten, und es ist kaum anzunehmen, daß wirklich schon ein Aufstand geplant war. Zwar ließ der Mainzer Demokrat Metternich die Telegraphendrähte und Eisenbahnen nach Mainz zerstören, aber auf so kurze Entfernung hin mußte eine solche Maßregel unwirksam bleiben. Jedenfalls hätte man, wenn man wirklich einen Erfolg

*) Bei dieser Gelegenheit erschienen auch in der „Reichstagszeitung“ die bekannten Reime:

75 Bureaukraten —
Schöne Worte, keine Thaten!
75 Aristokraten —
Vaterland, du bist verraten!
75 Professoren —
Vaterland, du bist verloren.

**) Jahn mußte sich vor der erregten Volksmenge in der Westendhalle verstecken.

erzielen wollte, sofort handeln und nicht erst reden müssen. Die Versammlung auf der Pfingstweide nahm einen sehr lebhaften Verlauf. Ueber die Teilnehmerzahl war man, wie gewöhnlich, sehr im unklaren; sie wurde sehr verschieden, zwischen 4000 und 20000, angegeben. Es sprachen die Abgeordneten Zitz, Wesendonck, Simon von Trier, Schlöffel und Hentges, alle von der äußersten Linken. Zitz forderte das Volk auf nun Fraktur zu schreiben, Simon riet von Gewaltthaten ab, wenn auch er und Schlöffel scharf gegen die Majorität sprachen, ebenso erklärte sich Hentges entschieden gegen Ausschreitungen. Unter den andern Rednern zeichnete sich namentlich der spätere nationalliberale Abgeordnete Kapp, den Bismarck einmal in dem bekannten „Wählt Kapp", seinen Wählern empfahl, durch revolutionäre Redensarten aus! In einer Adresse wurden dann die 258 Abgeordneten der Majorität als Verräter an der Freiheit und Ehre des deutschen Volkes erklärt.

Man zog unter Führung Germain Metternichs zum Klublokal der Linken, die aber entschieden abmahnte, worauf in der That die meisten Teilnehmer aus der Umgebung sich entfernten. Der Frankfurter Senat hatte inzwischen aus Mainz Truppen requiriert und wirklich erschienen nachts um 3 Uhr ein Bataillon Oesterreicher und ein Bataillon Preußen und besetzten die Hauptzugänge zur Paulskirche. Am Morgen des 18. war die Paulskirche von dichten Menschenmassen umlagert. Während die Versammlung gerade über Geschäftsordnungsfragen debattierte, versuchte ein Volkshaufe von der Nordseite, die in diesem Augenblick unbewacht war, einzudringen. Allein einigen Abgeordneten und Dienern gelang es, die Anstürmenden abzuwehren, bis dann die Preußen erschienen. Zimmermann behauptet sogar, daß Lockspitzel zur Aufreizung der Massen thätig waren. Der Hauptanführer des Aufständischen, Metternich, ging an diesem Tage mehrmals in Schmerlings Palast aus und ein. Als ein preußischer Offizier dann die Menge zurücktreiben ließ, kam es zu Verwundungen, und nun begann der Barrikadenbau, aber ganz langsam und ruhig. Das Militär schritt nicht ein, denn ebenso wie man seinerzeit das Frankfurter Attentat nicht gehindert hatte, um es aus-

*) Der entschiedene Konstitutionelle Eisenmann ließ der Haltung der Linken wiederholt Gerechtigkeit widerfahren und konstatierte, daß der Aufstand sich ebenso gegen die Linke richtete, als gegen die andern Parteien des Hauses.



beuten zu können, so wollte man nun auch den Aufstand sich entwickeln lassen, um nachher gegen die Demokraten einschreiten zu können und Schmerling im Glorienschein des Staatsretters erstrahlen zu lassen. Auf der Zeil*), in der Hasengasse, Schnurgasse, Töngesgasse, Allerheiligengasse, Fahrgasse und am Graben baute man Barrikaden. Etwa 400 Mann, meist Arbeiter, verteidigten sie. Die Nationalversammlung affektierte indessen eine gewisse Gleichgiltigkeit der Bewegung gegenüber, sie beriet über den Unterrichtsartikel der Grundrechte, wobei der Pfarrer v. Ketteler, später als Bischof von Mainz sehr bekannt, „in schroffer Weise" den kirchlichen Standpunkt betonte. Schmerling trat sein Amt wieder an, diesmal auch formell als Ministerpräsident, da der Fürst v. Leiningen ausgeschieden war. Der Minister des Aeußeren, Heckscher, hatte hingegen schon vorher nach Soden und dann nach Mainz fliehen müssen, verfolgt und beschimpft von der wütenden Menge. Rühl-Hanau beantragte die Auflösung der Versammlung und Anordnung von Neuwahlen, Gritzner-Wien die Sistierung der Sitzungen bis zum Rückzug der Truppen, allein die Dringlichkeit der Anträge wurde verworfen. Gagern schloß dann die Sitzung und um 2 Uhr griffen die Truppen, die fortwährend Verstärkungen erhielten, die Barrikaden an; der Widerstand war teilweise sehr hartnäckig und in der Allerheiligen- und Fahrgasse wurden die Truppen durch das Gewehrfeuer zuerst zurückgetrieben. Uebrigens schonten die Aufständischen auch hier wieder sorgfältig das Eigentum, obgleich sie sogar das Haus des alten Rothschild in ihrer Gewalt hatten. Auch schienen sie zur Einstellung des Kampfes geneigt, wenn man die preußischen Truppen entferne. Einige Mitglieder der Linken und des linken Centrums, Raveaux, Trützschler, Blum, L. Simon suchten zu vermitteln, fanden aber beim Reichsverweser und dem Kriegsminister nur Abweisung, während der Kommandant der Truppen, der österreichische General Nobili, sofort eine Waffenruhe von $1^1/_2$ Stunden bewilligte. Schlöffel, Moritz Hartmann, Vogt, L. Simon, Rösler von Oels, Trützschler und Rühl unterzogen sich der undankbaren und gefährlichen Aufgabe der Ver-

*) Arneth, der an dieser Straße wohnte und als Augenzeuge berichtet, tadelt die „unsinnige" Aufstellung einer preußischen Abteilung über die ganze Breite der Zeil hin.



mittlung*). Die Kugeln pfiffen um sie her, da man in der Hitze des Gefechts von beiden Seiten nicht sogleich das Feuer einstellte. Einige wurden sogar getroffen. Endlich kam eine Waffenruhe auf $^3/_4$ Stunden zu Stande. Die Volkskämpfer waren wenig zum Frieden geneigt. Ein Arbeiter antwortete dem Abgeordneten L. Simon, der ihm die sichere Niederlage vor Augen stellte, mit den trotzigen, aber edeln Worten: „Da die Nationalversammlung Deutschlands Ehre verraten hat, so wollen wir nicht mehr leben, wir wollen die Schande nicht mit tragen, wir wollen sterben wie unsere Brüder, mit den Waffen in der Hand". Blum selbst wurde bedroht, auch Schlöffel verhöhnt. Endlich schienen sie sich doch gegen die Zusicherung allgemeiner Amnestie unterwerfen zu wollen. Die Zuzüge aus Hanau und Mainz blieben aus. In einem zeitgenössischen Artikel heißt es, die Hanauer seien mit 1600 Mann vor der Stadt erschienen und hätten die Aufständischen unterstützen wollen, wenn sie die Republik ausriefen; allein dies geschah nicht, auch mahnten Oberbürgermeister Rühl und Trützschler, deren Ruf sie erwarteten, ab und sie blieben vor den Thoren stehen. Dagegen kamen frische Truppen aus Darmstadt mit starker Artillerie, und nun lehnte Schmerling cynisch die Amnestie ab, weil die dreiviertel Stunden verstrichen seien. Löwe-Calbe (der Löwe ist bekanntlich später sehr zahm geworden!) sagte zu Moritz Hartmann: „Wir sind betrogen, der ganze Waffenstillstand hat nur dazu gedient, Zeit zu gewinnen und die Kanonen abzuwarten." Mit der Artillerie wurde man nun natürlich leicht der Barrikaden Herr, die letzte derselben an der Schnurgasse fiel erst abends 10 Uhr. Aus dem Volk fielen 37 Personen. Viele wurden gefangen und von den Tschechen, welche das österreichische Bataillon bildeten, scheußlich mißhandelt. Die meisten entkamen. Der Verlust des Militärs wurde wie üblich nicht genauer bekannt. Man hat die Kämpfer vom 18. September viel verspottet und geschmäht, weil sie nicht recht wußten, was sie wollten. Aber gerade das erhöht die Tragik dieses Kampfes. Der Idealismus des deutschen Volkes erhob sich gegen die Winkelzüge der Diplomatie, um die geschändete Ehre Deutschlands zu rächen, nicht achtend des Stumpfsinns und des passiven Gehorsams der großen

*) Wenn Herzog Ernst, vermutlich auf Grundlage eines sich sehr unbestimmt äußernden Briefes, behauptet, man habe auch Abgeordnete der Linken unter den Aufständischen gesehen, so spricht dies nur gegen die Zuverlässigkeit seiner Memoiren.

Mehrheit, die einen solchen Kampf als ganz aussichtslos erscheinen ließen. Aber freilich das Philistertum erfüllte sich seitdem mit noch größerem Abscheu gegen die Demokratie, und eine verdammenswerte Bluthat, die während des Kampfes vorfiel, schadete den Radikalen in der öffentlichen Meinung noch mehr, als der Aufstand selbst.

Der Abgeordnete Lichnowsky, allgemein verhaßt als Volksverächter, und sein Kollege, der preußische General Auerswald, ritten den Truppen entgegen, wahrscheinlich um die Stellung der Aufständischen zu rekognoszieren, da sie sich dem Kriegsminister zur Verfügung gestellt hatten.*) Sie wurden von einem Volkshaufen verfolgt, wobei Lichnowsky nach Aussage dreier Zeugen auf das Volk schoß, und aus einem Hause herausgerissen, worin sie sich versteckt hatten. Zuerst wurde Auerswald grausam hingemordet. Lichnowsky sollte als Geißel weggeführt werden, da er sich aber wütend wehrte, wurde er nach schändlichen Mißhandlungen durch mehrere Schüsse tötlich verwundet. Gewiß war die That verdammenswert, aber die Reaktionäre, die nachher solche Standrechtsorgien feierten, haben gewiß kein Recht darüber pharisäisch die Augen zu verdrehen, wie es noch jetzt so häufig geschieht. Lichnowsky zumal hatte durch sein brutales, übermütiges Auftreten als echter Karlistenhäuptling die Volksrache geradezu provoziert und es war Tollheit von ihm sich in die aufgeregten Volksmassen zu wagen**) Das Parlament aber dankte den Truppen für ihre Hingebung und Mäßigung, welch letzterer Ausdruck sogar von Rösler, von Oels beantragt wurde. Schmerling hatte sogleich den Belagerungszustand erklärt. Man nahm aber noch ein besonderes Gesetz zum Schutze der Nationalversammlung an und eröffnete gegen die Abgeordneten, die auf der Pfingstweide gesprochen, eine Kriminaluntersuchung, die freilich aus Mangel an irgendwie stichhaltigen Beweisen im Sande verlief. U. A. hat auch der alte Turnvater Jahn in dieser Krisis durch seine Haltung wahrhaftig nicht imponiert. Im Anfang sehr zaghaft, verlangte er später (2. Oktober) die Untersuchung

*) Auch andere Abgeordnete konnten es sich nicht versagen die Truppen in diesem Bruderkampfe durch Botschaften und Befehle zu unterstützen, so die Preußen Deetz und Boddien!

**) Auch liefen Gerüchte um, wonach Lichnowsky in karlistischem Dienste grausam gegen Gefangene verfahren sei. Wer karlistische Gepflogenheiten aus alter und neuer Zeit kennt, wird dies nicht von vornherein abweisen. Varnhagen schrieb kurz und bündig: den frechen Naseweis Lichnowsky bedauert niemand.

gegen sämtliche Mitglieder der Linken und ihren Ausschluß bis zur Erledigung derselben.*)

Auch außerhalb Frankfurts kam es um diese Zeit zu einigen revolutionären Bewegungen. Jenseits der badischen Grenze auf französischem und Schweizerboden weilten eine Anzahl Flüchtlinge, die ihre republikanischen Luftschlösser bauten. Man wollte die republikanische Idee durch Ausgabe von Obligationen fördern. Es wurden in der That Schuldscheine à 700 fl. oder 400 Thaler hergestellt, zu 5 pCt. verzinslich und rückzahlbar nach Gründung der Republik. Die Scheine trugen die Namen Struves und des radikalen Schriftstellers Heinzen. Nun hatten die Frankfurter Zwischenfälle gerade in Baden große Mißstimmung erzeugt und an mehreren Orten fanden stürmische Versammlungen statt. Einige Demokraten kamen am 20. September zu Struve, der sich eben in Basel befand, und stellten die Stimmung des Volkes als günstig für eine neue Erhebung dar. Ebenso wurde aus Lörrach gemeldet, die Bürgerwehr warte nur auf das Signal zu einer solchen. In unbegreiflicher fast frevelhafter Verblendung entschloß sich Struve auf diese höchst zweifelhaften Nachrichten hin, die Empörung wirklich gleich jetzt zu beginnen. Er bedachte nicht, daß, wie die „Aufschlüsse“ (S. 70) ganz richtig hervorheben, unvorbereitete und nicht von Militärmacht unterstützte Aufstände nur in großen Städten, nicht aber vom Lande aus gelingen können, wie doch schon die Erhebung des Frühjahrs, die weit besser vorbereitet war, genügend gezeigt hatte. Struve ging am 21. September mit wenigen Begleitern nach Lörrach und proklamierte die Republik. Die Bürgerwehr verhaftete die großherzoglichen Beamten. Struve erklärte sich natürlich sofort als Haupt der provisorischen Regierung und ernannte zum Sekretär den jungen Schriftsteller Karl Blind, der damals sozialistisch angehaucht war, heute aber ein eifriger „Reichsfreund“ und sogar fanatischer Gegner der Friedensbestrebungen ist**). In dem „Regierungsblatt“ der deutschen Republik, das in der einzigen Druckerei Lörrachs erschien, veröffentlichte man zwei Erlasse, von denen der eine das Volk zum Kampfe aufrief, der andere die wesentlichen Programm-

*) Der fortwährende Ruf Jahns, des früher von der Polizei selbst Verfolgten, nach dem Polizeibüttel macht überhaupt einen widerwärtigen Eindruck, und in seinem Leben würde seine Thätigkeit in der Nationalversammlung besser fehlen.

**) Sein Stiefsohn hingegen machte bekanntlich im Jahre 1866 ein Attentat auf Bismarck und starb im Gefängnis durch Selbstmord.

punkte der neuen Republik dekretierte. Dieselben entsprachen so ziemlich denen der großen Offenburger Märzversammlung, doch fügte man hinzu, daß sämtliches Grundeigentum des Staates, der Kirche und der auf Seiten der Fürsten kämpfenden Bürger provisorisch an die Gemeinden übergehen und daß alle waffenfähigen Männer vom 18. bis 40. Lebensjahr zu den Waffen greifen sollten. Es kamen in der That einige Zuzüge aus der Umgegend und aus der Schweiz, aber keine militärischen Kapazitäten. Die Republikaner teilten sich in zwei Haufen, die sich dann vor Freiburg vereinigen wollten. Auf dem Marsche erhielten sie nur schwache Verstärkung. Die Gesamtzahl wird verschieden angegeben, doch dürfte die niederste Angabe (3000) jedenfalls die richtigste sein. Der Reichsverweser erteilte sofort, als er die Kunde von diesen Bewegungen erhielt, Befehl, den Aufstand energisch zu unterdrücken. Aber es war nicht nötig. Wohl zeigten sich Sympathien für die Bewegung und man zerstörte sogar Schienen, aber von aktivem Anschluß war nicht die Rede. Der badische Kriegsminister Hoffmann griff am 24. September das eine republikanische Korps, bei dem sich Struve, seine Frau, ihr Bruder und Karl Blind befanden, in Staufen, bis wohin es gelangt war, an und sprengte es nach einstündigem Kampfe auseinander. Die Truppen waren augenscheinlich sehr verhetzt worden, denn wie der badische Minister Bekk selbst erzählt, zogen sie noch am folgenden Tage mehrere Freischärler, (nach demokratischen Angaben waren es 6 Musikanten) aus einem Hause hervor und machten sie sofort nieder. Damit war die Ermordung Auerswalds und Lichnowskys wett gemacht, wenn nicht überboten. Die andere Kolonne hatte sich infolge der Widerspenstigkeit der Schopfheimer schon vollständig aufgelöst.

Struve und seine Verwandten sowie Blind wurden von reaktionären Bürgerwehrmännern verhaftet. Blind und Struve stellte man in Müllheim vor ein Kriegsgericht, das sich aber zum Glück für sie als inkompetent erklärte, da der Belagerungszustand erst nach ihrer Gefangennahme verkündet worden war. Sie wurden nach Rastatt gebracht, Frau Struve hingegen in Freiburg gefangen gehalten. Struve geriet infolge dieses mißglückten Unternehmens ziemlich in Mißkredit, und zwar nicht ohne gewichtigen Grund, denn der Putsch war überaus leichtsinnig und ohne jede Chance des Gelingens unternommen worden. Er diskreditierte die Sache der Freiheit nur noch mehr. Häusser, bekanntlich eine Säule der kleindeutschen, später nationalliberalen

Partei, erhob aber in seiner bekannten Schrift über die badischen Erhebungen auch noch geradezu verläumderische Beschuldigungen gegen Struves persönliche Uneigennützigkeit,*) wie denn überhaupt jene Schrift der Objektivität des so gerühmten Historikers durchaus keine Ehre macht.

Ebenso wie der Struve-Putsch, mußten auch einige sonstige lokale Unternehmungen wirkungslos verpuffen, da sie nicht auf einem gemeinsamen Plane beruhten. So erhob sich in Heilbronn das achte württembergische Infanterie-Regiment unter Führung des Fouriers Hartmann, wurde aber, nachdem Hartmann verhaftet worden, bald entwaffnet; 60 Mann wurden auf den Asperg gebracht. Ebenso erging es dem Fabrikanten Rau von Gailsdorf, der am obern Neckar einen Aufstandsversuch machte. In Köln bildete sich infolge von Reibereien zwischen Civil und Militär ein Sicherheitsausschuß. Am 25. September fand dann eine Volksversammlung statt, und als der Ruf „die Preußen kommen" ertönte, wurden Barrikaden errichtet und die Sturmglocken geläutet. Aber das Militär zerstörte die Barrikaden ohne Mühe, da die Bürgerwehr sich neutral verhielt. In Köln wurde vorübergehend der Belagerungszustand verkündet und man unterdrückte mehrere Blätter. In Düsseldorf nahmen Lassalle und die Gräfin Hatzfeld an der Bewegung teil.

So waren alle diese Putsche und Tumulte erfolglos gewesen, und in Schleswig-Holstein mußten Landesversammlung und provisorische Regierung der neuen Behörde, in die einzutreten Graf Reventlow sich nicht scheute, Platz machen. Natürlich — denn das gehörte bei allen reaktionären Regierungen damals und teilweise auch später zum guten Ton — belästigte die Centralgewalt auch die Schweiz mit Zumutungen wegen der Flüchtlinge, was freilich ziemlich fruchtlos blieb, da die Schweiz ein Jahr vorher ganz andern Mächten getrotzt hatte, als der ohnmächtigen Reichsregierung.

Das Frankfurter Parlament setzte indessen ruhig, als ob nichts geschehen wäre, seine theoretischen Erörterungen fort. So wurde u. a. am 25. September auch der „Entwurf zu einem Gesetze über die deutsche Wehrverfassung" vorgelegt. Der Ausschuß erklärte, er habe

*) Struve forderte nach seiner Rückkehr aus Amerika Häusser wiederholt auf, die Lüge, daß er 16000 fl. mitgenommen, zurückzunehmen, aber dem Heros nationalliberaler Geschichtsschreibung war diese Forderung einfachen Anstandes, wie es scheint, unverständlich. Natürlich wiederholt auch H. Blum die Beschuldigung.

sich dabei a dien Grundzüge der preußischen Wehrverfassung angeschlossen. Dabei war aber die aktive Dienstzeit auf 6 Monate beschränkt (bei der Infanterie) und dann eine fünfjährige Beurlaubung mit mehrmonatlicher Einziehung zur Wiedereinübung festgesetzt. Ferner war (freilich ein zweifelhaftes Experiment, das z. B. nicht einmal im schweizerischen Milizheer durchgeführt ist) die Wahl der Offiziere bis zum Kompagnie- und Schwadronsbefehlshaber den Wehrmännern vorbehalten. Dann wurden alle einseitig militärischen Bildungsanstalten (Kadettenhäuser) und die Ehrengerichte abgeschafft. Natürlich waren die Militärs wütend über den Entwurf, der mit dem bisherigen System völlig brach. Wohl war der Entwurf vielleicht einiger Verbesserungen bedürftig, aber er bildete doch eine geeignete Grundlage für die Einführung einer wirklich freisinnigen Wehrverfassung und für Erleichterung von den drückenden Militärlasten. Darüber schrieb auch der Prinz von Preußen im Jahre 1849 eine Denkschrift, worin er sich natürlich wie immer durchaus auf den konservativen Standpunkt stellte, aber doch das sehr bemerkenswerte Zugeständnis machen mußte: „Wenn darunter (unter der Ausbildung des Infanteristen) das bloße Ausererzieren des Eingestellten verstanden wird, so ist 6 Monate eine zu lange Frist. In 6—10 Wochen ist derjenige Grad der Ausbildung, welcher zum Eintreten in das Bataillon genügt, vollkommen zu erreichen." Freilich fügt er dann hinzu, der Eingestellte sei dann nur ein ausererzierter Rekrut, aber kein erzogener Soldat. Uebersetzen wir aber diesen militärischen Satz in verständliches civiles Deutsch, so heißt dies doch wohl: Die nötige Ausbildung ist schon zu erreichen, aber der Stechschritt fehlt und die „Soldatentugenden", wie sie der Prinz nachher meint, d. h. jener blinde Gehorsam, der Todesmärsche, Mißhandlungen und andern Sport der Vorgesetzten geduldig, ohne sich zu mucksen, hinnimmt. Für eine „Umgestaltung des Heereswesens in volkstümlichem Geist" kann also hinsichtlich der Ausbildungszeit Kaiser Wilhelm von der Demokratie wohl als klassischer Zeuge citiert werden.

Am 19. Oktober legte endlich der Verfassungsausschuß seinen Bericht über die Reichsverfassung vor, den Mittermaier und Droysen verfaßt hatten. Letzterer, ein Schleswig-Holsteiner, und Dahlmann hatten die ersten Artikel entworfen und dabei gleich in sehr deutlicher Weise den Standpunkt der Anhänger der preußischen Hegemonie

kundgegeben*); die §§ 2 und 3 lauteten: „2. Kein Staat des deutschen Reichs darf mit nicht deutschen Ländern zu einem Staate vereinigt sein. 3. Hat ein deutsches Land mit einem nicht deutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so ist das Verhältnis zwischen beiden Ländern nach den Grundsätzen der reinen Personalunion zu ordnen."

Das war natürlich in erster Linie auf Oesterreich gemünzt und hieß soviel als: das gegenwärtige Oesterreich ist vom deutschen Reiche ausgeschlossen, und wenn Oesterreich doch teilnehmen will, so dürfen die nicht deutschen Länder, also vor allem Ungarn und seine Nebenländer, nur durch Personalunion mit Deutsch-Oesterreich verbunden sein**), ein Verhältnis, wie es freilich von der ungarischen Nationalpartei, die mit dem Hofe damals schon im offenen Kriege war, ebenfalls erstrebt wurde. Natürlich erregte dies bei zahlreichen Oesterreichern, von denen immerhin 175 in die Versammlung gewählt und in der Regel auch 100—120 anwesend waren, große Bestürzung, und sie wehrten sich verzweifelt um die Stellung Oesterreichs, zumal da viele den vollständigen Ausschluß Oesterreichs befürchteten.***) Aber auch andere traten für sie ein. So sagte Uhland, der besser als die norddeutschen „Staatsmänner" die Gefahren der Uebermacht Preußens für Südwestdeutschland zu würdigen wußte, am 26. Oktober ebenso treffend wie poetisch: „Mag immerhin Oesterreich den Beruf haben, eine Laterne für den Osten zu sein, es hat einen näheren, höheren Beruf, eine Pulsader zu sein im Herzen Deutschlands — Jetzt soll Oesterreich von uns losgerissen werden? Jetzt, wo es eben jung wie ein Adler, mit den frischen Wunden der März- und Maikämpfe zu uns herangetreten ist, um den neuen Bund der Freiheit zu schließen? Man sagt, die alten Mauerwerke seien darum so unzerstörbar, weil der Kalk mit Blut gelöscht sei — Oesterreich hat sein Herzblut gemischt in den Mörtel zum Neubau der deutschen Freiheit, Oesterreich

*) Der Verfasser erinnert sich noch mit Vergnügen, wie selbstgefällig der alte Droysen in seinem Kolleg über neueste Geschichte von seinem persönlichen Anteil an diesen Beschlüssen sprach, natürlich belohnt durch die üblichen Beifallsbezeugungen der Studenten.

**) Die Minderheit wollte sogar „den innigsten Anschluß Oesterreichs an Deutschland" bloß im Wege des völkerrechtlichen Bündnisses beschließen.

***) Bei dieser Gelegenheit hielt auch der später so berühmte Historiker v. Arneth seine Jungfernrede, natürlich in österreichischem Sinn. Giskra hingegen sprach in glänzender Rede entschieden für den Antrag der Ausschußmehrheit, wenn er dabei auch Oesterreichs Verbleiben bei Deutschland scharf betonte.

muß mit uns sein und bleiben in der neuen, politischen Paulskirche!" Wie aber dieses Problem zu lösen sei, das wußte keiner. Gagern stellte den Antrag: Oesterreich bleibt mit dem übrigen Deutschland in beständigem unauflöslichem Bunde, die organischen Bestimmungen für dieses Verhältnis werden Inhalt einer besonderen Bundesakte. Dies war die Idee des engeren und weiteren Bundes, die nachher noch vielfach erörtert wurde.

Allein zunächst fand der Antrag keinen Anklang und Gagern zog ihn selbst zurück. Andere verlangten den völligen Eintritt Deutsch-Oesterreichs, da der Zerfall Oesterreichs doch unvermeidlich sei. Sie hatten freilich damals zu früh prophezeit, aber für wie lange wird die Zukunft lehren. Am 27. Oktober wurden schließlich jene Artikel des Entwurfs mit großer Mehrheit angenommen, Artikel 2 mit 340 gegen 76 Stimmen, Artikel 3 mit 316 gegen 90 Stimmen,*) Dafür stimmte trotz seiner Sympathien für Oesterreich auch Uhland, der sogar beantragt hatte, diese Artikel gleich zum definitiven Beschluß zu erheben, mit Ausschluß einer 2. Beratung. In diese Debatte spielten schon vielfach die gleichzeitigen verhängnisvollen Vorgänge in Oesterreich hinein und wir müssen uns daher diesen zuwenden, zumal da das allgemeine Interesse sich gerade in der nächsten Zeit fast ausschließlich mit den Ereignissen in Wien und Berlin beschäftigte.

---

*) Im ganzen sprachen in dieser Debatte 36 Abgeordnete, darunter 19 Oesterreicher.

Die Eroberung Wiens und der Staatsstreich in Preußen.

Die Wiener Märzereignisse hatten ihre Rückwirkung in Böhmen. Dort hatte seit Ende April die nationale, bisher nicht stark ausgeprägte Bewegung eine immer bestimmtere tschechische Färbung angenommen. Die Slaven trugen sich mit großen Dingen. Anfang Juni fand in Prag ein großer, von allen slavischen Nationalitäten besuchter Slavenkongreß statt, bei dem viel geredet wurde, aber wenig herauskam. Bezeichnend war, daß man deutsch reden mußte, um sich verständigen zu können. Präsident war der tschechische Historiker Palacky. Sonst traten besonders der Pole Liebelt und der Russe Bakunin hervor. Inzwischen hatte die Flucht des Kaisers auch in Prag große Aufregung hervorgerufen. Der dortige Nationalausschuß, der sehr fleißig gearbeitet hatte, beteuerte in scharfem Gegensatz zu Wien seine Anhänglichkeit an den Kaiser. Der Gubernialpräsident Graf Leo Thun erklärte, er werde keine Befehle von Wien annehmen, und nach längerem Zögern ließ er sich am 29. Mai einen provisorischen Regierungsrat beigesellen, dem Palacky und sein Schwiegersohn Rieger angehörten. Thun spielte nun ein höchst zweideutiges Spiel. Der Wiener Regierung offenen Trotz entgegensetzend, von Innsbruck aus ermutigt, wußte er auch unter harmlosen Vorwänden den ihm unbequemen Nationalausschuß, in dem die tschechische Demokratie dominierte, unschädlich zu machen. Aber alle diese Intriguen konnten nicht den Konflikt in der Stadt verhüten. Der hochmütige Stadtkommandant Fürst Windischgrätz und seine Offiziere waren nicht beliebt, es kam zu den üblichen Konflikten zwischen dem Volk und dem Militär, und am 12. Juni (Pfingstmontag) brach der Konflikt

aus. Auch hier beteiligten sich Studenten und Arbeiter in hervorragendem Maße am Kampfe; auch hier unterstützte die weibliche Bevölkerung die Kämpfer. Nicht bloß Tschechen, auch Deutsche fochten mit. Die Studenten nahmen den Grafen Thun gefangen und drohten, ihn zu hängen. Die Soldaten wurden mehr von den Häusern als von den Barrikaden aus bekämpft und wüteten in gewohnter Weise. Die Fürstin Windischgrätz selbst wurde an einem Fenster des Generalkommandos erschossen.*) Verhandlungen waren fruchtlos, da dem Aufstand die einheitliche Führung mangelte. Da Windischgrätz sah, daß er der Empörung nicht Herr wurde, zog er sich aus der Stadt zurück und bombardierte Prag von der Marienschanze und vom Ziskaberg aus. Endlich gaben die Tschechen, da sie keine Hülfe vom Lande erhielten, ihre Sache verloren, aber erst am 17. Juni. Die Truppen rückten ein, Prag wurde in Belagerungszustand erklärt, allein Windischgrätz**) verfuhr gegen die Unterlegenen mit einer ganz auffälligen Milde, da er sich der Slaven gegen Wien bedienen wollte.

In der That wurde er bei Hofe als der „kommende Mann" betrachtet. Denn in Innsbruck arbeiteten nun die Kaiserin Anna, noch mehr aber die Erzherzogin Sophie an der Reaktion. Im tiefsten Geheimnis, sogar hinter dem Rücken des Kriegsministers, der bald erklären mußte***), daß ein ähnliches Beispiel offenen Ungehorsams von seiten eines Generals seit dem 30jährigen Kriege nicht vorgekommen sei, wurde ihm mit Ausnahme der italienischen Armee der Oberbefehl über sämtliche Streitkräfte übertragen. Aber die scharfsichtige Wiener Demokratie witterte trotz dieses Geheimnisses, wie mehrere politische Dichtungen aus der Zeit unmittelbar nach dem Siege der Truppen in Prag bewiesen, sofort in Windischgrätz den künftigen Gegner.†) Oeffentlich ernannte der Hof am

*) Fürstin Windischgrätz war eine Tochter der Fürstin von Schwarzenberg, die bei einem Hofball in Paris 1810 verbrannte.

**) Eine Zeit lang schien es, als ob Thun und Windischgrätz ersetzt werden sollten, aber die Soldaten, seit lange vorbereitet, meuterten nnd erklärten nur unter Windischgrätz dienen zu wollen.

***) Latour war wohl über das Ziel, aber nicht immer über die Mittel mit Windischgrätz einig und nicht in alles eingeweiht. Daher der vielfache Streit, namentlich über die Entsendung von Truppen ganz wie bei Waldstein.

†) In einem dieser Gedichte wird Windischgrätz (wie wir sahen, nach einer Richtung hin vollkommen zutreffend) als „Alfred, neuer Wallenstein" angeredet und die Erstürmung Wiens prophezeit.

15. Juni den Erzherzog Johann als Stellvertreter des Kaisers, um die Wiener Liberalen in Sicherheit zu wiegen. Dieser gewährte am 8. Juli auf Andringen des Sicherheitsausschusses einige Veränderungen im Ministerium. Pillersdorf trat zurück. Doblhoff, ein unerfahrener Mann, bisher Handelsminister, übernahm das Innere, der Freiherr von Wessenberg, der Bruder des bekannten liberalisierenden Generalvikars, den Vorsitz und das Aeußere; der Handelsminister Hornbostl und der Arbeitsminister Schwarzer waren sehr unbedeutend, wenn gleich liberal; der Justizminister Bach, ein charakterloser Streber, spielte jetzt noch den Demokraten, wandte sich aber immer mehr nach rechts. Im ganzen bestand das Ministerium aus Reaktionären, Nullen oder Schaukelpolitikern.*) Interessant ist übrigens, daß vom 8. bis 18. Juli sich in Wien überhaupt keine Regierung mehr befand, da der Erzherzog abwesend und das neue Ministerium noch nicht konstituiert war.

Am 22. Juli eröffnete der Erherzog Johann den konstituierenden Reichstag in Wien. Höchst schwierig gestalteten sich hier die Debatten infolge der Verschiedenheit der Sprachen und Nationalitäten. Man mußte die Abstimmungsfragen in eine ganze Anzahl von Sprachen übersetzen, natürlich auch entsprechend den Gebrauch dieser Sprachen gestatten, da viele Abgeordnete das Deutsche überhaupt nicht kannten. Die Slaven dominierten. Zwar wurde ein Wiener, Schmitt, zum Präsidenten gewählt, allein die Vizepräsidenten, der parteiische Czeche Strobach und der Pole Smolka**), gewannen weitaus die Oberhand. Die Bauern waren stark vertreten, es waren deren 92, darunter allein 36 aus Galizien, letztere im bittersten Zwist mit dem polnischen Adel. Aus Tyrol waren natürlich Geistliche und deren Freunde erschienen; diese verbanden sich mit den übrigen Reaktionären und, sobald die Slaven sich dem Hofe näherten, auch mit diesen, eine Verbindung, die man heute wieder an der Arbeit sieht. Bei der Linken, der der ritterliche Schuselka, der charaktervolle Fischhof, der herrische und kampfbereite Goldmark, der gutmütige Füster, der edle Zimmer,

*) Ein Teil der Minister war übrigens auch den Radikalen genehm, dagegen hätten sie für den Krieg Schönhals, für die Justiz den konsequenten Dr. Berger und für den Unterricht Füster gewählt.

**) Smolka war später noch der beste der Präsidenten, auch nach Kudlichs Zeugnis. Bekanntlich hat er nachher wieder lange das österreichische Abgeordnetenhaus präsidiert.

der redegewaltige Löhner angehörten, war wenig staatsmännische Einsicht und Energie zu spüren. Die Versammlung beeilte sich natürlich den Kaiser Ferdinand in einer Adresse*) zur Rückkehr einzuladen. In der That kehrte der Kaiser Mitte August wieder zurück und nahm seinen Sitz im Schlosse Schönbrunn. Die dringendste Frage aber war die Ordnung der bäuerlichen Verhältnisse, denn die geplagten Bauern hatten sich vielfach selbst ihr Recht verschafft oder wenigstens provisorische Verordnungen errungen. Hans Kudlich aus Oesterreich-Schlesien, das jüngste Mitglied der Versammlung, selbst ein Bauernsohn, der soeben seine juristischen Studien beendet hatte**), begründete am 26. Juli seinen Antrag: „Von nun an ist das Unterthänigkeitsverhältnis samt allen daraus entspringenden Rechten und Pflichten aufgehoben, vorbehaltlich der Bestimmungen, ob und wie eine Entschädigung zu leisten sei.“ Der Antragsteller schlug zugleich Vollberatung vor, öffnete aber damit die Schleusen unersättlicher Beredsamkeit und zahlloser Amendements. Er selbst mußte ihn mehrmals verbessern und aufs neue vorlegen. Die Reaktion hat später Kudlich den Plan untergeschoben, durch den Antrag die Bauern für die Linke zu gewinnen, dagegen die Entschädigungsfrage schwebend zu erhalten, um mit dem Schreckbild der Entschädigung sie wieder zum Kampfe gegen die Reaktion antreiben zu können. Andere von der äußersten Linken erklärten später den Antrag deshalb für verfehlt, weil der Bauer nach Annahme desselben das Interesse an der Revolution verloren habe. Aber es bedurfte, wie Kudlich schlagend nachweist, gar keiner besonderen Berechnung, weder einer richtigen noch einer falschen, um diese Frage sofort in Angriff zu nehmen. Denn einerseits verlangte die Lage der Bauern gebieterisch eine Besserung, und die Versammlung hätte sich ein Armutszeugnis ausgestellt, wenn sie sich nicht mit denselben beschäftigt hätte. Andererseits aber hatten die Bauern vielfach aufgehört die Robot (den verhaßten Hand- und Spanndienst) zu leisten. Die Debatte verlor sich aber in unendliche Kleinigkeiten und Einzelheiten. Ueber Kudlichs Antrag und die

*) Bei dieser Debatte trat Füster sehr energisch auf; indem er die Langmut des Volkes gegenüber den Hofintriguen betonte, wies er mit verständlicher Drohung auf das Schicksal der Stuarts oder Ludwigs XVI. hin.

**) Kudlich, der heute noch als Arzt, nicht Jurist, in New-York lebt, hat in seinen überhaupt sehr lesenswerten „Rückblicken und Erinnerungen“ diese Debatte sehr eingehend geschildert.

73 dazu gestellten Amendements wurden 141 Reden gehalten, und Strobach, jetzt Präsident, legte seine Ansicht über den Abstimmungsmodus in einem Heft mit 20 Kapiteln und 159 Fragen nieder. Große Schwierigkeiten bot die Entschädigungsfrage. Die Bauern hätten natürlich am liebsten gar keine Entschädigung geleistet, und man kann ihnen dies nach den vielen Leiden, die sie von den Herren zu erdulden gehabt hatten, nicht verdenken. Auch Kudlich war im Grunde derselben Ansicht, allein er wollte eine Entschädigung in den Kauf nehmen um des Grundsatzes der Bauernbefreiung willen. Die Schwarzgelben (so nannte man die reaktionär und rein österreichisch gesinnten Abgeordneten), so Helfert, Lasser, Maier bestanden darauf und das Ministerium stellte sogar die Kabinetsfrage. Ja, kurz vor Thorschluß forderte der charakterlose Bach noch ohne Not einen Konflikt heraus, indem er die konstituierende Kompetenz der Versammlung wieder in Frage stellte, und der Präsident bewies wie früher schon seine Parteilichkeit dadurch, daß er über die Erklärung nicht debattieren ließ. Die Proteste der Linken waren vergeblich. Am 7. September wurde endlich das Gesetz definitiv angenommen. In demselben wurden die Unterthänigkeit und das schutzobrigkeitliche Verhältnis, die Unterschiede zwischen sogenannten Rustikal- und Dominicalgrundstücken, alle auf den unterthänigen Grundstücken haftenden Lasten und Leistungen, namentlich die Robot beseitigt, aber der neue Gutsherr sollte eine billige Entschädigung an den früheren Guts-, Zehnt- und Vogtherrn zahlen. Diese Ablösung der Feudallasten war eine große, aber die einzige bleibende Errungenschaft der Revolution in Oesterreich. Die Bauern aber sahen später in der That dem Todeskampf der Revolution gleichgültig zu.

Währenddem hatte man in Wien allerlei Versuche gemacht den notleidenden Arbeitern zu helfen und die Arbeitslosen zu beschäftigen. Aber bei der großen Anzahl der letztern konnte das Ergebnis kein befriedigendes sein. Es kam mehrfach zu Unruhen, namentlich bei den Erdarbeitern. Besonders blutig gestaltete sich ein Konflikt zwischen Arbeitern und Nationalgarde am 23. August, der aus Anlaß einer Lohnherabsetzung von 5 Kreuzern entstanden war. Nach offiziellem Bericht hatten die Arbeiter 18 Tote und 282 Verwundete, die Nationalgarde und Polizisten 4 Tote und 56 Verwundete. Das Ministerium, dessen Mitglied Schwarzer den Konflikt veranlaßt hatte, beutete denselben natürlich aus. Es erklärte, daß die ganze Nationalgarde und

alleſt ſtädtiſchen Behörden allein dem Miniſterium des Innern untergeordnet ſeien. Der Sicherheitsausſchuß, der ſich ſchon ſeit einiger Zeit für überflüſſig hielt, löſte ſich auf (25. Auguſt). Die Situation wurde überhaupt immer geſpannter. Man witterte allgemein das Herannahen einer großen Kriſis. Am 12. September kam es zu einem großen Krawall aus Anlaß eines verkrachten Schwindelunternehmens. Der Miniſter Doblhoff konnte nur mit Mühe vor dem Zorne der Kleinbürger geſchützt werden. Am 13. September ließ Latour einen Teil der Garniſon ausrücken, um im Verein mit der Nationalgarde eine angeblich aufrühreriſche Verſammlung auf der Aula zu Paaren zu treiben. Von einer ſolchen Verſammlung war aber keine Rede und das Gebahren Latours erſchien um ſo auffallender, als er bloß auf Grund einer anonymen Denunziation gehandelt hatte. Noch wurde diesmal ein blutiger Konflikt mit Mühe vermieden, aber der Reichstag erklärte ſich für permanent. Offenbar hingen den Schwarzgelben die Trauben zu hoch. Die Reaktionspartei bereitete ſich immer energiſcher zu einem entſcheidenen Schlag vor.

Indeſſen aber drängte ſich die ungariſche Frage in den Vordergrund des öffentlichen Intereſſes. Das Kriegsglück Oeſterreichs hatte in Italien die Reaktion begünſtigt, denn der alte Radetzky hatte endlich den von dem übrigen Italien faſt ganz im Stich gelaſſenen Carl Albert bei Cuſtozza entſcheidend geſchlagen, Mailand wieder beſetzt und den König von Sardinien zu einem Waffenſtillſtand (9. Auguſt) genötigt, der den alten Beſitzſtand vorläufig wieder herſtellte. Bloß Venedig erhielt ſich unabhängig. Dieſe Erfolge Radetzkys wirkten auf das Centrum des Reichs zurück. Die Anhänger der alten Zuſtände faßten wieder neuen Mut.*) Schon im Juni hatte der Hof ein hinterliſtiges Doppelſpiel mit den Magyaren begonnen. Der erſt im April ernannte Banus von Kroatien, Jellachich, ein ſtreng loyaler, übrigens tief verſchuldeter Militär, wußte die Abneigung der Südſlaven gegen die Ungarn zum Zwecke der Reaktion zu benützen. Oeffentlich mißbilligt, ja zeitweiſe abgeſetzt, wurde er doch im geheimen

*) Wenn der alte grillenfangende Grillparzer ſchon im Juni von Radetzky ſang: „In deinem Lager iſt Oeſterreich, wir andere ſind einzelne Trümmer", ſo mochte er vom Standpunkt der Reichseinheit recht haben. Es iſt aber nichts deſto weniger wahr, daß die Siege Radetzkys zugleich ebenſoviele Siege der Reaktion waren. Grillparzer wurde dann auch von den Wiener Radikalen, die dies wohl erkannten, heftig angegriffen.

vom Hofe unterstützt. Als aber Kossuth durch seine Maßregeln und Anträge, betreffend die Finanzen, und das Militär immer offener auf einen Bruch mit Oesterreich lossteuerte, als sich im Süden Ungarns die Slaven mit Erfolg gegen die Magyaren erhoben, da setzte der Hof am 4. September den Banus wieder in alle seine Würden ein. Vergebens war gleichzeitig eine ungarische Deputation in Wien eingetroffen, um nochmals die Zustimmung zu den Beschlüssen des ungarischen Reichstags abzuringen. Unter anderem sollte die Deputation auch die Entfernung der Camarilla und die Verlegung der Residenz nach Pest verlangen. Am 9. September wurden die Deputirten, etwa 120 an der Zahl, vorgelassen, aber mit ihren Forderungen abgewiesen. Gleichzeitig wurde auch die Wiedereinsetzung Jellachichs bekannt, und dieser selbst rückte am 11. September mit seinen freilich schlecht gerüsteten Horden in Ungarn ein, während zugleich in Siebenbürgen die rumänischen Bauern über ihre magyarischen Herren herfielen. Die Entrüstung loderte nun natürlich hell auf. Kossuth setzte die Absendung einer neuen Deputation nach Wien durch, und zwar, wie er sagte: „nicht an den verräterischen Hof, sondern an das Volk," d. h. an den Reichstag, um sich des Beistandes desselben zu versichern. Am 19. September verlangte die Deputation dort Einlaß, aber der Präsident Strobach erklärte dies auf Grund der Geschäftsordnung als unzulässig. Vergebens boten die Deutschliberalen alle ihre Kräfte auf, um die Zulassung der Magyaren zu erwirken, vergebens prophezeite Löhner sehr richtig, wenn Ungarn falle, würden alle Völker der Monarchie geknechtet werden. Mit einer Mehrheit von 78 Stimmen wies der Haß der Slaven, vor allem der Tschechen, die Magyaren ab. Den Vorschlag, ihr Begehren durch den Präsidenten, den parteiischen Strobach, an den Reichstag zu bringen, lehnten andererseits die Ungarn ab. Und so war dieser Versuch einer Annäherung gescheitert. Seither spitzten sich die Gegensätze immer mehr zu. Schlag auf Schlag folgten sich nun die Ereignisse, welche den Bruch zwischen den Ungarn und dem Wiener Hof unvermeidlich machten. Am 28. September wurde der von Wien mit außerordentlichen Vollmachten nach Pest gesandte Graf Lamberg auf der dortigen Brücke vom Pöbel ermordet. Am folgenden Tage schlugen die Ungarn Jellachich (einen Heerverderber wie einst sein Vater), worauf er sich gegen die österreichische Grenze hin zurückzog. Am 30. aber ließ der Honved-Major Arthur Görgey den Grafen Zichy, der ins Lager Jellachichs abgehen wollte, als Hoch-

verräter aufhängen, wodurch er in Ungarn sehr populär wurde. Am 1. Oktober wurde in Wien eine große Volksversammlung abgehalten, wobei Dr. Tausenau, ein gewaltiger Redner, unterstützt durch ein mächtiges Organ, den Zusammenhang zwischen der Reaktion in Oesterreich und der in Ungarn nachwies. Gleich darauf wurde ein vom 30. September datiertes kaiserliches Manifest bekannt, worin der ungarische Reichstag aufgelöst, in Ungarn das Kriegsgesetz proklamiert und Jellachich eine vollständige Diktatur in Ungarn übertragen wurde. Dieser Konflikt zwischen dem Hof und den Magyaren gab nun auch den Anlaß zu einer neuen revolutionären Bewegung.

Latour suchte natürlich den bedrängten Jellachich nach Kräften zu unterstützen. Am 5. Oktober ging ein Grenadierbataillon nach Ungarn ab. Am folgenden Tage sollte das rein deutsche Grenadierbataillon Richter, das seit lange in Wien lag, ebenfalls dorthin marschieren. Daraufhin bearbeiteten die Demokraten das Bataillon Richter und nicht ohne Erfolg. Doch waren die Führer der Liberalen und Demokraten im Reichstag, Löhner, Goldmark, Kudlich u. a. einer Erhebung durchaus abgeneigt, weil sie mit Recht fürchteten, daß ein Aufstand der Reaktion nur erwünscht käme. Allein das Volk erkannte mit richtigem Instinkt, daß mit der Niederlage Ungarns auch die Freiheit Oesterreichs dahinsterbe. Als dann am Morgen des 6. das Bataillon Richter am Nordbahnhofe abreisen wollte, hatte sich dort eine große Volksmenge eingefunden, hauptsächlich Studenten, Vorstadtgarden und Arbeiter, die mit den Soldaten fraternisierte. Die Bahnbrücke war teilweise zerstört, die Schienen waren aufgerissen, die Telegraphendrähte abgeschnitten, auch die Taborbrücke war verbarrikadiert, sodaß auch hier der Abmarsch gehindert wurde. Die Stimmung der Nationalgarden war geteilt, die akademische Legion zwar eher gegen den Hof, aber doch lau und nicht sehr zahlreich, weil durch die großen Herbstferien sehr geschwächt. Einzelne suchten zu vermitteln, so Kudlich*), aber mit geringem Erfolg. Er und einige andere Abgeordnete wünschten die Abhaltung einer Sitzung des Reichstags, aber Strobach weigerte sich mit einer geradezu verdächtigen Hartnäckigkeit. Kudlich ging darauf mit einigen anderen ins Kriegsministerium, wo die Minister versammelt waren. Hier thaten

*) Kudlich war vom Ausbruch des Aufstandes im Bett überrascht worden, so wenig dachte er an eine neue Revolution.

Latour und der Apostat Bach sehr zuversichtlich, offenbar weil sie den Aufstand blutig unterdrücken wollten. Inzwischen war es aber an der Taborbrücke zum Kampfe gekommen. Der Generalmajor Bredy wollte gegen 11 Uhr vormittags mit einer starken Mannschaft verschiedener Waffengattungen den Durchmarsch der Truppen erzwingen. Aber die Arbeiter warfen sich auf die Geschütze und eroberten sie, darauf schoß die Infanterie, die Studenten und Nationalgarden antworteten. Der Kampf dauerte fast eine Stunde. Bredy selbst fiel und seine Truppen mußten fliehen. Unterdessen hatte man die große Glocke des Stephansturmes geläutet und darüber kam es zwischen schwarzgelben Garden der inneren Stadt und revolutionären Vorstadtgarden zu einem wütenden Kampf, der sich bis in die Kirche selbst fortsetzte. An einem Altar fiel der Hauptmann der Stadtgarden. Ueberall wurden in der Stadt Barrikaden errichtet und Truppen, die den Stadtgarden zu Hilfe kommen wollten, wurden schließlich von allen Seiten angegriffen und auseinandergesprengt.

Die wütende Menge, meist Arbeiter, stürzte in den Hof des Kriegsministeriums und suchte nach dem verhaßten Latour. Jetzt sollte der Reichstag, den man früher so geringschätzig behandelt hatte, zur Rettung des Kriegsministers herhalten. Da Strobach sich immer noch weigerte, hatte sich endlich ein Teil der Mitglieder unter Smolkas Vorsitz versammelt und eine Deputation von Mitgliedern der Linken ging in der That ab, um Latour zu schützen. Borrosch und Goldmark, beide angesehene Führer der Linken, sprachen höchst eindringlich zum Volk und letzterer dabei in so entschiedenem Ton, daß er selbst in Lebensgefahr geriet.*) Borrosch machte dennoch Eindruck und Latour wäre wahrscheinlich gerettet worden, wenn nicht ein neuer Menschenstrom ins Gebäude eingedrungen wäre. Latour wurde entdeckt und unter grausamen Mißhandlungen hingemordet. Umsonst hatten Smolka, Sierakowski und Fischhof ihn noch mit ihren Leibern zu decken gesucht.**) In scheußlicher Nachäffung der französischen Revolutionsgräuel hängte man den Leichnam an einen Laternenpfahl und trieb so noch Unfug mit ihm. Diese Gräuelthat entfremdete den Wiener Revolutionären sehr viele Sympathien, obschon die Reaktion

*) Das hinderte natürlich die siegreiche Reaktion nicht, Goldmark wegen Mitschuld am Morde Latours steckbrieflich zu verfolgen.

**) Interessant ist, daß einer der drei Hauptmörder, die später am Galgen endeten, ein Landsmann Jellachichs war.

viel größere Missethaten auf dem Gewissen hat. Gleich nach dem Tode Latours wurde auch das Zeughaus bestürmt und nachher regelrecht belagert. Die Besatzung verteidigte sich tapfer, hatte aber namentlich von dem Feuer der in den Nachbarhäusern postierten Mediziner viel zu leiden; erst am anderen Morgen ergab sie sich, wobei Kudlich unter persönlicher Lebensgefahr den Vermittler machte. Das Volk bemächtigte sich der Waffen. Fast alle Minister und die tschechischen Abgeordneten entflohen. Es blieb nur der Finanzminister Kraus, der eine zweideutige Rolle spielte, dabei aber der Reaktion kräftig in die Hände arbeitete. Der Reichstag ließ den Kaiser durch eine Deputation auffordern ein volkstümliches Ministerium zu berufen, eine allgemeine Amnestie zu erlassen und das Manifest gegen die Ungarn zurückzunehmen. Die Deputation langte noch spät in der Nacht in Schönbrunn an und erhielt eine ganz entgegenkommende Antwort. Aber am andern Morgen entfloh der Hof unter dem Schutze der Truppen, diesmal nach Olmütz, also zu den Slaven. Man hatte Ferdinand ein Manifest*) unterschreiben lassen, worin er die schärfste Mißbilligung der Vorgänge aussprach. Es hieß darin: „Die Anarchie hat ihr äußerstes vollbracht. Wien ist mit Mord und Brand erfüllt. Mein Kriegsminister, den schon sein Greisenalter hätte schirmen sollen,**) hat unter den Händen meuchelmörderischer Rotten geendet. — Wer Oesterreich, wer die Freiheit liebt, schaare sich um seinen Kaiser.“ Etwa 40 slavische Abgeordnete erließen von Prag aus eine Erklärung, worin sie gegen die Giltigkeit der Beschlüsse der Zurückbleibenden protestierten und die loyalen Abgeordneten zu einer Versammlung in Brünn einluden. In Wien aber begann eine Massenauswanderung. Fast alle Leute, die in Wien etwas zu verlieren hatten, witterten den drohenden Sturm und verließen die

*) Baron Hübner hatte das Manifest unter Mitwirkung Schwarzenbergs verfaßt.

**) Mit Recht bemerkt einer der besten Geschichtsschreiber der 48 er Revolution, W. Blos: „Uns ist nicht bekannt, daß jemals das Greisenalter gegen die blutigen Verfolgungen einer Reaktion geschützt hätte.“ In der That würde z. B. schon die bekannte schändliche Hinrichtung des greisen Admirals Caraccioli durch Nelson im Jahre 1799 den Gegenbeweis liefern. Uebrigens hat auch der frühere „kosmopolitische Nachtwächter“, der bekannte Apostat und Hofrat Franz Dingelstedt, in einem Gedicht über die That das Argument von der „Locken Silberweiß“ verwendet, wobei er natürlich auch die Verleumdung über General Gagerns Tod pflichtschuldigst wiederholt.

Stadt. Im ganzen sollen an 100000 Personen geflohen sein. Dagegen langten auch von Graz, Linz und Salzburg Züge von Nationalgarden und Studenten zur Verteidigung der Hauptstadt an. Allein auch die Gegner blieben nicht müßig. Auf die Nachricht von den Vorgängen in Wien rückte Jellachich, froh, seine Niederlage den Ungarn gegenüber bemänteln zu können, gegen die Hauptstadt. Auersperg vereinigte seine Truppen mit ihm. Aber nicht dem Banus war die Oberleitung zugedacht. Jetzt wurde in einem Manifest jene außerordentliche Vollmacht für Windischgrätz veröffentlicht (am 16. Oktober). Schon vorher hatte er seine Marschbefehle erteilt. Am 20. Oktober verhängte der neue Befehlshaber von Lundenburg aus den Belagerungszustand und das Standrecht über die Stadt*); er erläuterte später diese Verfügung noch in einer neuen Proklamation.

Gegenüber diesen Maßregeln wäre größte Einigkeit und Energie in der Hauptstadt am Platze gewesen. Leider aber zeigte sich die Wiener Demokratie ihrer Aufgabe durchaus nicht gewachsen. Die Arbeiter hatten begreiflicherweise nach den August-Ereignissen nicht mehr den frühern Eifer. Viele waren auch abgeschoben worden und hatten die Stadt verlassen, so z. B. gerade ihre Führer. Der Reichstag und der am 7. Oktober neu gebildete Gemeinderat wollten es sich und andern nicht eingestehen, daß sie wirklich gegen den Kaiser selbst kämpften. Umsonst beantragte Kudlich, man solle den Landsturm aufrufen, und wies schlagend nach, daß man an diesen oder an die Ungarn appellieren müsse. Man wies ihn ab, und er ging dann auf eigene Hand aufs Land, um die Bauern zu gewinnen. Sie wandten sich an den Kaiser und sogar an den Reichsverweser, an den ersteren mit der Bitte, einen Friedenskongreß einzuberufen. Der Hof lehnte selbstredend ab, erließ dagegen am 19. Oktober, um die Wiener zu isolieren, ein Patent, wodurch alle gewährten Rechte und Freiheiten und die Reichstagsbeschlüsse vor dem 6. Oktober bestätigt wurden.**)

*) In witziger Weise war dies schon in einem Wiener Liede prophezeit worden, das im Hinblick auf ähnliche Maßregeln in andern deutschen Ländern mit dem Refrain schloß:

Standrecht hie und Standrecht da,
Ubi Standrecht, ibi patria.

**) Dieses Manifest war wesentlich milder gehalten, als das erste; es versprach namentlich die Aufrechterhaltung der Beschlüsse über die Bauernbefreiung. Es war eben auf den Bauernfang berechnet.

Die Nationalgarde aber beging den Fehler, in dieser Zeit, wo nur eine rücksichtslose, revolutionäre Diktatur hätte helfen können, den ehemaligen Leutenant Messenhauser, der ein edler Schwärmer und Litterat, aber kein Mann der That und kein Revolutionär, sondern ein Konstitutioneller war, zum Oberkommandanten der Nationalgarde zu ernennen. Er selbst vertrieb sich die Zeit mit kindischen Proklamationen, doch übertrug er wenigstens dem Polen Bem (geb. 1791) die Befestigung und Verteidigung der Außenwerke. Bem, ein Veteran der großen Armee Napoleons, hatte in der polnischen Erhebung von 1831 sich einen Namen gemacht und war nun als Mitglied der Lemberger Nationalgarde nach Wien gekommen, da er offenbar infolge der dortigen Revolution auch die Möglichkeit einer polnischen Erhebung in Aussicht nahm. Er war die hervorragendste militärische Kraft unter allen jenen Polen, die in diesen Jahren auf allen Schlachtfeldern Europas für die Revolution kämpften. Trotzdem er wenig Deutsch verstand,*) wußte er sich bei den Mannschaften beliebt zu machen. Bem verbarrikadierte nun die Zugänge und stellte die alten Werke so gut wie möglich her, er that alles, was in seiner Macht stand, um die Stadt in Verteidigungszustand zu setzen.

Mit Spannung betrachtete man allenthalben die Entwickelung des Kampfes um Wien. Auch der Reichsverweser versuchte eine Vermittelung. Die Reichskommissäre Welcker und Mosle gingen gleich nach Olmütz, wurden aber rund abgewiesen. Noch machten sie dann einen Versuch bei Windischgrätz, der aber nicht begreifen wollte, wie sich die Centralgewalt in österreichische Dinge mischen könne, und in seiner Beschränktheit diese gewiß sehr gemäßigten Herren sogar für Demokraten hielt. Die Linke hatte im Frankfurter Parlament ein Dankesvotum für den Reichstag und die Wiener Bevölkerung wegen ihrer Verdienste im Kampfe gegen die Kamarilla beantragt. Als der Antrag abgelehnt wurde, ging eine Deputation, bestehend aus dem Führer der Partei, Robert Blum selbst, Julius Froebel und den Oesterreichern Moritz Hartmann und Trampusch, nach Wien. Diese Sympathiebezeugung wurde dort mit Begeisterung aufgenommen, hatte aber natürlich keinen praktischen Wert.

Obgleich übrigens der in dem verlassenen Lager Auerspergs auf-

*) Lieblingsworte von ihm scheinen „aufänken“ und „erschießen“ gewesen zu sein.

gefundene, gräßlich verstümmelte Leichnam eines Studenten den Wienern zeigte, was sie vom Feinde zu erwarten hatten, wurde doch nach dem Abzug der Truppen die Ordnung nicht gestört. Die Paläste der gegen Wien kämpfenden Junker wurden nicht beschädigt. Auch die Schätze der Bank tastete niemand an, wie es doch das Gebot der Selbsterhaltung verlangt hätte. Wie Graf v. Hübner in seinem Buch: „Ein Jahr meines Lebens" erzählt, hielt der Finanzminister Kraus*) die Führer der Demokraten bei leidlich guter Stimmung, indem er ihnen hie und da Vorschüsse für die Volksbewaffnung gab. Er durfte überdies ungehindert zwischen Wien und Olmütz verkehren. So gutmütig waren diese verketzerten Demokraten. Der Reichstag, der den strenggesetzlichen Standpunkt selbst gegenüber den Standrechtsproklamationen von Windischgrätz festhielt, hinderte die Verteidigung mehr, als er sie förderte, und wäre wohl besser beseitigt worden, wenn er nicht selbst die Leitung des Kampfes energisch in die Hand nehmen wollte. Der ungarische Reichstag, der Jellachich geächtet hatte, bot dem österreichischen seine Unterstützung an. Der österreichische verhandelte aber zuerst mit dem Gemeinderat darüber und zog die Sache in die Länge. Darauf beschlossen die Ungarn, teils aus Aerger, teils auch von der Blässe der Legalität angekränkelt, jenseits der Leitha zu bleiben. Tausenau, Dr. Frank und andere forderten den Gemeinderat auf, ihnen eine Vollmacht zu erteilen, um die Ungarn zu Hilfe zu rufen, allein der Gemeinderat lehnte es ab. Tausenau ging trotzdem nach Pest, um mit Kossuth zu verhandeln, aber ohne Erfolg. Kossuth war freilich sehr gewillt, die Wiener zu unterstützen, und es gelang ihm, den unentschlossenen Moga endlich bis Nickelsdorf zu bringen; aber der Widerspruch der Offiziere, namentlich des herrischen Görgey, vereitelte den Weitermarsch. Und wie die Wiener durch ihre schwankende Haltung die Ungarn vor den Kopf stießen, so versäumten sie alle zum Teil sehr günstigen Chancen der Verteidigung zu benutzen, so lange es noch an der Zeit war. Ein großer Teil des Bürgertums war eben schwarz-gelb und hemmte die Verteidigung. So hatte man, bevor Bem erschien, versäumt, rechtzeitig das so-

*) Der ungenierte Verkehr des Finanzministers Kraus mit dem Reichstag und dem Gemeinderat, sowie das Verbleiben des diplomatischen Korps in Wien mußten übrigens auch viele Nichtdemokraten in der Fiktion bestärken, daß der Kampf Wiens nicht gegen den kaiserlichen Hof selbst, sondern gegen unbotmäßige Condottieri gerichtet sei.

genannte Neugebäude, das einen ungeheueren Vorrat an Geschützen, Munition ꝛc. barg, zu erobern, was ganz leicht möglich gewesen wäre und vermutlich eine Belagerung ganz vereitelt hätte. Und doch stand es mit der Artillerie wie mit der Kavallerie der Verteidiger schlimm genug.

Die Entscheidung in Wien war verhängnisvoll. Ein Sieg der Ungarn und Wiener hätte auch der demokratischen Bewegung in Deutschland und Italien einen neuen Impuls gegeben und vielleicht auch das Verfassungswerk von Frankfurt gerettet. Man erkannte das auch in Wien und anderwärts sehr wohl. So sang Alfred Meißner:

Der Kampf vor Wien errettet zum zweiten Male die Welt —
O Wien, dein Kampf entscheidet der neuen Welt Geschick,
Die Losung „Krone und Knute" und „deutsche Republik".

Und Freiligrath forderte, um Wien zu retten, zu einer Diversion gegen die Reaktion im übrigen Deutschland auf. Dem „ernsten Norden" rief er zu:

Räum' auf im eignen Hause! Räum' auf und halte Stich —
Den Jellachich zu jagen, wirf deinen Jellachich —
O Deutschland, ein Erheben! O Deutschland, eine That!

Aber die Hoffnungen der Demokraten erfüllten sich nicht. Im Gegenteil brach nun das Unwetter rasch über Wien herein. Die vom ungarischen Reichstag eingesetzte Regierung mit außerordentlichen Vollmachten, an deren Spitze wiederum Kossuth trat, wandte sich zwar nochmals an Windischgrätz, aber dieser erklärte hochmütig, er unterhandle nicht mit Rebellen. Am 22. Oktober berief ein Dekret des Kaisers den Reichstag aus Wien ab und auf den 22. November in das hannakische Städtchen Kremsier. Am 23. Oktober stellte Windischgrätz der Hauptstadt in der schon erwähnten zweiten Standrechtsproklamation eine Frist von 48 Stunden zur Ablieferung der Waffen, Auflösung der bewaffneten Korps, Auslieferung einiger später zu bestimmenden Individuen (als welche er dann Bem, den Ungarn Pulszky, den ziemlich einflußlosen Agitator Schütte und die Mörder Latours nannte) und von 12 Geiseln der Studentenschaft, Unterdrückung der Presse ꝛc. Aber obgleich die Nachlässigkeit der Bürger, ja ihr böser Wille, sich teilweise in bedenklichstem Lichte zeigten und man namentlich Bem auf Schritt und Tritt Hemmnisse bereitete, erfolgte die Unterwerfung nicht. Bem hatte, soweit man ihm freie Hand ließ, die Verteidigung organisiert. Da die

sogenannten Stabilgarden, in denen hauptsächlich der Mittelstand vertreten war, durch Auswanderung dezimiert waren und sonst zu wünschen übrig ließen, so errichtete Bem neben ihnen noch eine Mobilgarde, worin hauptsächlich Arbeiter und Kleinhandwerker, auch einzelne übergegangene Soldaten, ja selbst Knaben vertreten waren. Diese kämpften meist sehr tapfer. Außerdem dann noch die akademische Legion und verschiedene Freikorps. Was die örtliche Verteidigung anbetrifft, so war der Graben, der die am rechten Kanalufer gelegenen Vorstädte umschloß, von der Stadtseite her durch einen Erdwall gedeckt. Der Graben war, um die Verbindung mit der inneren Stadt zu ermöglichen, am Eingang der Thore zugeschüttet, während dagegen an den Thoren Barrikaden errichtet waren. In der Leopoldsstadt (am linken Ufer des Kanals) bot der breite Strom, die „Tabor-Donau", Schutz, und dann kamen noch künstliche Bollwerke hinzu. Im Innern der Vorstädte selbst ließ Bem zahlreiche Barrikaden errichten. Von den Observatorien war das bedeutendste das auf dem Stephansturm.

Nach einigen Scharmützeln kam es schon am 23. Oktober zu heftigeren Kämpfen.*) Am 24. wurde namentlich in der Brigittenau hartnäckig gestritten. Am Abend war der größte Teil der Brigittenau in den Händen der Kaiserlichen und die Einschließung der Stadt durch 70000 Mann mit mehr als 200 Geschützen zur Thatsache geworden. Am selben Tage konnte endlich Messenhauser auf Grund einer Erklärung des Reichstags gegen die Proklamationen von Windischgrätz seinerseits den Belagerungszustand verfügen. Bem erhielt jetzt auch formell die Leitung der Verteidigung nach außen. Aber der vertrauensselige Messenhauser glaubte, der feindliche Oberbefehlshaber werde die gestellte Frist auch selbst einhalten. Windischgrätz aber ließ schon am 25. die Leopoldsstadt angreifen, doch machten die Truppen nur geringe Fortschritte. Am folgenden Tage aber, an dem der Kampf mit Ausnahme der Linie des Wiener Bergs um die ganze Stadt herum tobte, erstürmten die Truppen den Nordbahnhof und eroberten den Prater und einen großen Teil der Leopoldstadt. Besonders hitzig war der Kampf bei der Sophienbrücke, wo auch

*) Bei diesen Kämpfen beteiligte sich u. a. auch die Brigade des schweizer Generals Wyß. Diese schweizer Soldknechte kämpften im Jahre 1848 überall tapfer, aber leider meist im Dienste der Reaktion, so Wyß in Wien, Hentzi in Ofen, die Schweizer in Neapel. Häßliche Erscheinungen in der Weltgeschichte!



Blum mit dem Elitekorps stand.*) Auch der Schmelzer Friedhof wurde von den Truppen genommen, aber auch wieder verloren. Ungeheure Brände wüteten bereits in den vom Kampf heimgesuchten Gegenden. Am 27. fand eine Pause statt. Windischgrätz hätte am Abend des 26. wohl in die Stadt eindringen können. Aber an und für sich unfähig und schwerfällig als General, wollte er auch einen großen militärischen Triumph erringen, und dazu genügten ihm die bisherigen Kämpfe nicht. Angeblich wollte er auch den Wienern Zeit zur Ueberlegung gönnen. Aber eine Versammlung von Delegierten der Nationalgarden, Studenten und des Gemeinderates beschloß Fortsetzung des Kampfes.

Besonders furchtbar gestaltete sich dieser am 28. Eine sehr heftige Beschießung der unglücklichen Stadt mit Bomben, Granaten, Kartätschen und Brandraketen leitete den Angriff ein. Mit Heftigkeit wurde namentlich um den Gloggnitzer Bahnhof gekämpft, wo sich Studenten und Mobilgarden mit verzweifelter Tapferkeit bis zur Dämmerung hielten. Auch in der Landstraße und in der Leopoldstadt konnten die Truppen nur langsam vordringen. An der Sterngasse-Barrikade in der Nähe des Pratersterns leitete Bem die Verteidigung persönlich. Er und die Auserlesensten der Kämpfer, Legionäre, Mobilgarden, die Zuzüge aus Graz und Linz, kämpften hier mit Todesverachtung. Selbst als die Stellung an der Jägerzeil umgangen war, setzte man den Kampf hier fort. Bem selbst wurde verwundet. Am Abend war die ganze Leopoldstadt in den Händen der Truppen und damit war das Schicksal Wiens entschieden, wenn nicht Hilfe von auswärts kam. In den Vorstädten wüteten die Flammen und Rauchwolken hüllten die unglückliche Stadt ein.**)

Bem schlug noch terroristische Maßregeln vor, um eine günstige Kapitulation zu ertrotzen, aber Messenhauser und die Mehrheit erklärten sich für Uebergabe und Bem verschwand, ebenso auch Pulszky und Schütte. Auch der Gemeinderat entschied in diesem Sinne und sandte eine Deputation zu Windischgrätz. Der Fürst empfing sie rauh und wollte nicht von der Auslieferung oben genannter Personen abgehen, obgleich sie verschwunden waren,***) doch bewilligte er einen Waffen-

*) Fröbel stand an einem anderen Punkte.

**) Vom Stephansturme wurden in der folgenden Nacht 34 große Brände signalisiert.

***) Es kennzeichnet diesen Edelsten der Nation, daß er gegenüber dem Präsidenten des Studentenkomitees von „Rotzbuben“ sprach.

stillstand. Die Deputation bat darauf den Fürsten, er solle seine Truppen ohne Waffenstillstand und Kapitulation in die Stadt einrücken lassen, um sie vor dem Proletariat zu schützen. Windischgrätz bestand aber in seinem Starrsinn auf formeller Unterwerfung. Der unfähige Messenhauser ließ darauf von sämtlichen Korps Vertrauensmänner wählen, um über die Uebergabe abstimmen zu lassen. Die Friedenspartei überwog und alles bereitete sich zur Kapitulation vor. Eine neue Deputation ging am 30. nach dem Hauptquartier Hetzendorf, um mit dem neuen Stadtkommandanten v. Cordon die Kapitulation abzuschließen. Es wurde eine neue Frist gesetzt. Da wurde plötzlich die Ankunft der Ungarn gemeldet. In der That war Moga endlich, durch Kossuth angetrieben, bis Schwechat, also bis an die Grenze des heutigen erweiterten Stadtgebietes vorgerückt. Auf dies hin griffen einzelne Abteilungen in der Stadt wieder zu den Waffen, und die tapferen Wiedener Vorstadtgarden machten sogar einen Angriff nach Süden hin. Allein es war zu spät. Jellachich war wohl gerüstet, um die Ungarn zu empfangen. Zwar errang der tollkühne Reitergeneral Guyon, ein Engländer von Geburt, anfangs große Vorteile, aber Moga zögerte, weil er einen Ausfall der Wiener erwartete und Messenhauser, statt den mit Ungestüm geforderten Befehl zu einem solchen zu geben, sich auf dem Stephansturme mit Berthold Auerbach*) unterhielt. Schließlich mußten die Ungarn sich zurückziehen. Anstatt des unfähigen Messenhauser riefen die Studenten und Mobilgarden den radikaleren, aber nicht fähigeren Fenner v. Fenneberg, den Sohn eines österreichischen Generals, zum Oberbefehlshaber aus. Allein diese Wahl wurde nicht allgemein anerkannt, sodaß man eine Zeit lang zwei Kommandanten hatte. Am frühen Morgen des 31. erschien dann ein Abgeordneter des Gemeinderats bei Windischgrätz und beschwor ihn, die Truppen sofort in die Stadt einrücken zu lassen. Aber der steifle derne Oberbefehlshaber stellte eine neue Frist. Um Mittag ging eine neue Deputation zur feierlichen Uebergabe der Stadt ab. Aber kaum war sie abgegangen, als die Intransigenten das Feuer wieder eröffneten. Darauf wurde die innere Stadt etwa 3 Stunden lang beschossen, wobei auch die Hofburg in Brand geriet. Noch ein letztes zweckloses Ringen wilder Ver-

*) Auerbach schien solche Schauspiele zu lieben, wie später sein Verhalten bei der „brüderlichen“ Beschießung von Straßburg zeigte.



zweiflung und alles war vorbei.*) Durch das mit Mühe erstürmte Burgthor drangen nachmittags die Truppen in die Stadt ein.

Von der Burg und vom Stephansdom wehte am 1. November wieder die schwarzgelbe Fahne. Die Kroaten hausten in der Stadt, würdig ihrer Vorfahren im 30jährigen Kriege, aber die Tschechen thaten es ihnen fast noch zuvor. Es mag vieles an den Schilderungen über die Greuelthaten der „vertierten Soldateska" übertrieben sein, aber was unzweifelhaft, sogar mit Nennung der Personennamen und Hausnummern und selbst von reaktionären Gewährsmännern, erzählt wird, genügt vollkommen, um das Wüten der Kriegsknechte zu charakterisieren.**) Die Revolution hatte dagegen das Leben und Eigentum der Schwarzgelben, von Latour abgesehen, nicht geschädigt. Die Verluste sind natürlich nur annähernd zu schätzen. Für die Aufständischen wurde er auf 5—6000 Mann angegeben, wovon freilich wohl sofort viele als Gefangene erschossen wurden. Die offiziellen Angaben für die Armee lauteten auf 56 Offiziere und 1142 Soldaten an Toten und Verwundeten, wohl zu wenig, wenn man bedenkt, daß in Straßenkämpfen der Verlust der Angreifer sicher nicht geringer ist, als der der Verteidiger. Jedenfalls hat Wien unter allen Städten Deutschlands im Jahre 1848 am meisten für die Freiheit gestritten und gelitten, und das sollte man auch heute nicht vergessen. Besonders hat die Studentenschaft hier bewiesen, daß der Idealismus, den man ihr nachrühmt, wenigstens diesmal keine leere Phrase war, und die Wiener Studenten haben sich auch neuerdings mit einem Teile der dortigen Bevölkerung vorteilhaft ausgezeichnet vor ihren deutschen Kollegen, bei denen ein kriechendes, nur nach Amt und Brot

*) Moritz Hartmann erzählt, wie ein alter Proletarier begleitet von einem fahnentragenden Knaben vergebens noch in den menschenleeren Straßen das Volk aufrufen wollte, eine Scene von erschütternder Tragik!

**) In einem Hofe wurde ein Mädchen, das vor seinen Peinigern floh, erschossen. Anderswo fielen ebenso 5 unbewaffnete Insassen desselben Hauses, anderwärts 3 Männer, darunter ein blinder Invalide. Aus der Hundsturmerlinie und dem Linienwalle wurden 57 Leichen von Personen fortgeführt, die ohne Gegenwehr niedergemetzelt worden waren. Selbst ein Kassenbeamter wurde erschossen. Eine schweizerische, damals verlassene Maschinenfabrik wurde gänzlich geplündert und zerstört. Einer der Verhafteten wurde auf dem Transport neunmal probeweise gehängt und viermal durch blinde Schüsse mit Erschießung bedroht. Nach $2^1/_2$ Monaten Untersuchungshaft ließ man ihn als unschuldig frei.

haschendes Strebertum den „Männerstolz vor Königsthronen" nicht mehr aufkommen läßt. Die Sonne des Allerheiligentages, des Totenfestes, beleuchtete mit fahlem Schein auch das blutige Totenfest der Freiheit.

Unter den Wiener Spießbürgern aber machte sich nur ein widerwärtiges, knechtisches Denunziantentum breit, das auch in der Presse und Zeitungsreimerei seinen Ausdruck fand. Die Rache der Sieger ließ nicht auf sich warten. Alle politischen Vereine, Versammlungen und Zeitungen wurden verboten; die Fremdenpolizei wurde aufs strengste gehandhabt, allgemeine Entwaffnung mit der Drohung des Standrechts anbefohlen, Polizeistunde für Wirtshäuser eingeführt und ein Heer von Spionen zur Aushorchung der Gespräche angestellt. Die Universität wurde in eine Kaserne verwandelt, eine Menge Verhaftungen vorgenommen, vom November 1848 bis April 1849 allein 2375, nicht gerechnet die gleich wieder entlassenen Personen. Bis zum 11. November wurden 1381 Personen in kriegsrechtliche Untersuchung genommen, später kamen noch bis Ende November 664 Personen hinzu. Zwei Drittel von ihnen mußten freigesprochen werden, später wurden dann viele, namentlich Studenten oder Mobilgarden, in die italienische Armee gesteckt. 72 wurden zum Tode verurteilt, aber nur 25 Todesurteile wurden vollzogen, die andern nicht — größtenteils aus dem bekannten Nürnberger Grunde.

Pulszky, Blum und Fröbel hatten schon vor der Belagerung wieder abreisen wollen, blieben aber, durch Paßschwierigkeiten Fröbels festgehalten, bis es zu spät war. Blum hielt dann eine Rede in der Aula, die den Radikalen zu maßvoll vorkam. Blum, Fröbel und Moritz Hartmann traten in ein für den innern Polizeidienst gebildetes Elitekorps*) und wurden zu Hauptleuten gewählt. Messenhauser verwendete sie dann ganz gegen alle Erwartung doch im Kampfe, wo sie ihre Pflicht im vollsten Maße erfüllten. Dann am 29. reichten sie ihre Entlassung ein und Blum benutzte seine Anwesenheit nur noch, um entschieden zur Unterwerfung zu mahnen. Also konnte man ihm nicht den Bruch der Kapitulation zum Vorwurf machen, selbst wenn man wirklich die fruchtlosen Verhandlungen vom 29. eine Kapitulation nennen wollte. Die Abgeordneten fühlten sich auch vollständig sicher und verlangten am 2. und 3. November

*) Auch der spätere Parteiführer Eduard Lasker meldete sich als Freiwilliger zu diesem Corps.

ihre Pässe, um nach Frankfurt zurückzukehren. Darauf verfügte der Stadtkommandant Cordon die Verhaftung Blums und Fröbels, um sie als paßlos auszuweisen.*) Bis jetzt war noch von keiner Gefahr die Rede, da der beschränkte Windischgrätz gar keine Ahnung von der Bedeutung Blums in Deutschland hatte; war er doch unter den Auszuliefernden auch nicht genannt! Nun aber mischten sich der wahre Leiter der Olmützer Politik, Fürst Schwarzenberg, und sein Günstling von Hübner**) ein. Letzterer hatte als Generalkonsul mit Blum Streitigkeiten gehabt und wollte sich jetzt dafür rächen. So bestimmte denn Schwarzenberg Windischgrätz auf Antrieb Hübners summarisch zu verfahren. Blum und Fröbel hatten inzwischen in einem Schreiben an Gagern auf Grund des Reichsgesetzes vom 30. September über die Unverletzlichkeit der Parlamentsabgeordneten um Schutz gebeten, aber dies Schreiben kam nie an. Am 8. November protestierten sie auch bei der Zentraluntersuchungskommission unter Berufung auf dieses Gesetz. Aber die Erinnerung an das verhaßte Frankfurt konnte Windischgrätz nur in seinem Entschlusse bestärken. Schwarzenberg waren jedoch inzwischen wieder Bedenken gekommen und er schrieb an Windischgrätz, er solle Blum nicht standrechtlich behandeln, aber es war zu spät. Am Abend noch trat das Kriegsgericht zusammen, das ein kurzes possenhaftes Verhör mit ihm anstellte. Am Morgen um 5 Uhr wurde er ahnungslos geweckt und ihm das Todesurteil vorgelesen. Kaum hatte er noch Zeit, den erschütternden, berühmten Abschiedsbrief an seine Frau und einige Zeilen an Karl Vogt zu richten. Schon um 6 Uhr wurde er nach dem Richtplatz abgeführt auf die Brigittenau, die stark mit Truppen besetzt war. Blum legte sich selbst die Binde vor die Augen und rief: „Ich sterbe für die Freiheit, möge das Vaterland meiner eingedenk sein."***) In Kopf und Herz getroffen, fiel Blum lautlos zur Erde.

*) Hartmann und Trampusch wurden auf freiem Fuß belassen.

**) v. Hübner, später Graf, ist weniger durch seine Thätigkeit im Jahre 1848, als durch die Neujahrsansprache Napoleons III. im Jahre 1859 bekannt geworden. Während er auf Blums Hinrichtung drang, rettete er gleichzeitig einen jungen, schon dem Tode bestimmten Studenten, der später als Baron Haymerle und Minister des Auswärtigen von Oesterreich-Ungarn starb. Bekanntlich wurde auch sein Vorgänger Andrassy nach der Niederwerfung Ungarns verurteilt und in Effigie gehängt.

***) Höchst widerlich ist die Art, wie Laube über die letzten Augenblicke Blums berichtet. Man wittert in dieser schnöden Verunglimpfung schon den Günstling Schmerlings und künftigen Direktor des Burgtheaters.

Um die Schande voll zu machen, meldete die amtliche Wiener Zeitung am folgenden Tage, Blum sei zum Tode durch den Strang verurteilt, jedoch in Ermangelung eines „Freimanns" erschossen worden. Froebel wurde auch zum Tode verurteilt, aber begnadigt, angeblich, weil er eine Broschüre zu Gunsten Oesterreichs geschrieben hatte, in Wirklichkeit wohl, weil Hübner nicht persönlich mit ihm verfeindet war. Er erzählte den ganzen Vorfall nachher in der Nationalversammlung in sehr ruhiger, objektiver Weise.

Die Erschießung Blums war nicht bloß eine Schandthat roher Henkersknechte, ein untilgbares Kainszeichen, das dem österreichischen Junkertum für immer aufgebrannt ist, und zugleich ein Akt gemein persönlicher Rache,*) sie bedeutete mehr. Die blutige Soldatenfaust reckte sich hier den Frankfurter Schönrednern entgegen, der blutbespritzte Fehdehandschuh wurde dem ganzen deutschen Verfassungswerk hingeworfen, das die schwarz-gelbe Militärpartei mit Wut und Ingrimm betrachtete. Die gefühllose Eile der Vollziehung, die an Rohheit das von den Monarchisten so sehr gebrandmarkte Verfahren gegen Ludwig XVI. weit übertraf, wurde noch besonders grell durch den Umstand beleuchtet, daß die Wiener Revolutionäre, die den Machthabern doch weit schuldiger erscheinen mußten, erst viel später hingemordet wurden.**) Messenhauser fiel am 16. als Oberkommandant und Bevollmächtigter des Reichstags, die Redakteure Becher und Jellinek als Vertreter der Presse am 23.

Selbstverständlich erregte die Erschießung Blums in ganz Deutschland, selbst bei den gemäßigt Liberalen, die größte Entrüstung.***)

*) Wie übrigens Hans Blum sich dafür auf das Tagebuch von Hübners berufen kann, verstehe ich nicht ganz; Hübner billigt zwar dort das Verfahren gegen Blum, vermeidet aber sorgfältig seinen persönlichen Anteil daran zu erwähnen.

**) Natürlich fehlte es auch über Blum nicht an den üblichen reaktionären Verleumdungen. Wenn er wirklich Messenhauser die Präsidentschaft der Republik angeboten hätte, so wäre dies jedenfalls, wie er selbst sagte, nur ein Scherz gewesen. Denn an Republik dachte damals in Wien niemand.

***) Wer kennt nicht das tiefergreifende Gedicht Freiligraths „Blum"; drohend rief er aus:

Du rufst sie nicht, die Rächerin, doch wird die Zeit sie bringen!
Der Andern Gräuel rufen sie! So wird es sich vollenden;
Weh Allen, denen schuldlos Blut klebt an den Henkerhänden!"

Aber die Rächerin erschien bis heute nicht, dagegen gesellte die Reaktion Blum noch andere Märtyrer der Freiheit zu. Für Blums Familie veranstaltete die Demokratie eine Geldsammlung. Seine Kinder wurden in der Schweiz erzogen.

Simon (v. Trier) bezeichnete dieselbe in einem von 60 Mitgliedern unterzeichneten Antrag als Mord und empfahl der Zentralgewalt, die Mörder zu züchtigen. Am 16. November legte das Parlament „feierlich Verwahrung" ein und forderte „das Reichsministerium auf, mit allem Nachdruck Maßregeln zu treffen, um die unmittelbaren und mittelbaren Schuldtragenden zur Strafe zu ziehen." Freilich war der Beschluß nur als Stimmungsbild von Wert, da die Zentralgewalt weder die Macht noch den Willen hatte, der Aufforderung nachzukommen. Schmerling sagte übrigens bei einer anderen Debatte, die sich auch auf die österreichische Reaktion bezog, sogar schon am 17. cynisch: Wer sich in Gefahr begiebt, kommt darin um. Giskra sprach von der rohen Willkürherrschaft des neuen Alba, der vor Wien gerückt sei mit türkischer Justiz. Freilich gingen doch einige Reichskommissäre nach Oesterreich, die aber der Erdemokrat Bach mit der Bemerkung abfertigte, jenes Reichsgesetz vom 30. September sei in Oesterreich nie verkündet worden, weshalb sich auch niemand darauf berufen könne.

In Kremsier fand sich dann am 22. November der Reichstag wieder zusammen, der aber nun natürlich gegenüber der allmächtigen Militärpartei ganz bedeutungslos war. Die Regierung hatte dort um so mehr gewonnenes Spiel, als sie sich gegen die deutsche Linke auf die Slaven, namentlich die Tschechen stützen konnte, eine Politik die bekanntlich neuerdings mehrfach, aber zuletzt mit sehr zweifelhaftem Erfolg wiederholt wurde. Es ist eine eigentümliche Ironie des Schicksals, daß sich der Enkel von Windischgrätz selbst doch teilweise wieder auf die Deutschliberalen stützen mußte. Uebrigens war Windisch-

---

Sein Sohn aber ist, seinem Vater sehr unähnlich, bekanntlich ein nationalliberaler Demokratenfresser und Bismarckschwärmer geworden. In seiner deutschen Revolution erzählt er mit Wohlgefallen, daß Bismarck ihm einmal gesagt habe, Robert Blum sei sehr liberal, aber auch sehr national gewesen. Ohne Bismarcks Bestätigung hätte dies der Sohn natürlich nicht gewußt und nicht geglaubt. Blum hat aber die Naivität im gleichen Atemzug eine Aeußerung Bismarcks zu berichten, demnach dieser Blum hätte erschießen lassen! Dies wird auch anderweitig bestätigt. Beust traf in jenen Tagen zum ersten Mal mit seinem spätern Gegner Bismarck zusammen. Als dabei die Rede auf Blums Erschießung kam und Beust sie als einen politischen Fehler tadelte, äußerte Bismarck sehr charakteristisch: Ganz falsch, wenn ich einen Feind in der Gewalt habe, muß ich ihn vernichten. Noch eins. Wenn H. Blum mit so löblicher Entrüstung gegen die Mörder seines Vaters zu Felde zieht, ist nicht, was Blum recht ist, auch Trützschler billig?

grätz doch nicht das leitende Haupt der Militärpartei, wie sich bald auch öffentlich zeigte. An die Spitze des neuen Ministeriums (21. November) trat vielmehr sein Schwager, der Fürst Felix Schwarzenberg, ein General der italienischen Armee, der sich in den dortigen Kämpfen hervorgethan, in seiner hochmütigen Frechheit und seinem Mangel an Kenntnissen jeder Zoll ein Junker, der selbst schon durch Ausschweifungen entnervt, nur durch die Unverfrorenheit seines Auftretens den politisch und finanziell halb bankerotten Staat wieder zu Ansehen und sich zugleich in den Ruf eines genialen Staatsmanns zu bringen wußte.*) Er übernahm den Vorsitz und das Auswärtige. Mit ihm traten ein: Graf Stadion, ein Sohn des bekannten patriotischen Ministers von 1809 für das Innere, Bruck, ein Rheinländer, der Schöpfer des österreichischen Lloyd, für den Handel. Auch Kraus und Bach traten natürlich wieder ein. Bezeichnend für dieses Ministerium ist es, daß eines seiner Mitglieder, Stadion, geisteskrank starb, ein anderes, Bruck, sich später als Finanzminister im Jahre 1855 einen großartigen Betrug zu schulden kommen ließ und sich darauf selbst entleibte, und der Exdemokrat Bach das berüchtigte Konkordat abschloß. Am 27. November veröffentlichte das Ministerium sein Programm, das die liberalen Hauptforderungen enthielt: ein freisinniges Gemeindegesetz, Reform der Verwaltung und Rechtspflege; dann wurde die Staatseinheit nachdrücklich betont. Ueber das Verhältnis zu Deutschland sprach sich das Programm dahin aus, man könne jetzt die gegenseitigen Beziehungen zwischen dem verjüngten Deutschland und dem verjüngten Oesterreich noch nicht bestimmen. Bis dahin werde Oesterreich fortfahren, seine Bundespflichten zu erfüllen. Das hieß soviel als Oesterreich will sich nicht aus Deutschland ausschließen lassen. Der Reichstag nahm das Programm mit Beifall auf und man ließ ihn ruhig mit theoretischen Erörterungen über Grundrechte und Zentralisation und Feudalismus die Zeit totschlagen. Noch aber war ein Schritt zu zu thun, um die Reaktion vollständig zu machen. Nach jener wohlfeilen, aber schamlosen Theorie, daß ein Thronerbe die Zusagen, die sein Vorgänger gemacht, nicht zu halten brauche,**) mußte auch der

*) Schon im August hatte von Hübner für ein Ministerium Schwarzenberg intrigniert, und dieser selbst war schon im September aus Italien gekommen.

**) Dieses Recept hatte der frühere Minister Kübeck am 25. September der Kaiserin in einer Denkschrift angegeben.

Kaiser Ferdinand, der seinen Unterthanen, namentlich den Ungarn feierliche Versprechungen gemacht hatte, abdanken (2. Dezember). An seine Stelle trat Franz Joseph, unter allen jetzt regierenden Monarchen des europäischen Festlandes derjenige, der am längsten das Szepter führt. Natürlich war der unerfahrene achtzehnjährige Jüngling ebenso wie sein Oheim ein Figurant, der für die Umtriebe der Militärpartei und seiner Mutter, der ehrgeizigen klerikalen Erzherzogin Sophie, den Namen hergeben mußte. Selbstverständlich erkannten die Ungarn den Thronwechsel nicht an. Der Reichstag erklärte vielmehr Franz Joseph als einen Usurpator und Windischgrätz, der auch das Oberkommando über ganz Ungarn erhalten hatte, als einen Rebellen.

Gleichzeitig und indirekt gefördert durch die Vorgänge in Wien hatte sich auch der Sieg der Reaktion in Preußen entschieden. Dort war am 22. Mai die preußische Vereinbarungsversammlung (Nationalversammlung wie man sie gewöhnlich nannte) zusammengetreten; die Atmosphäre war damals gerade wieder ziemlich schwül. Die Anregung des Staatsministeriums, den Prinzen von Preußen zurückzurufen, hatte in Berlin große Erregung verursacht. Die Vereinbarungsversammlung wurde dann ohne Störung mit einer Thronrede, womit zugleich die Vorlegung eines Verfassungsentwurfs verbunden war, eröffnet. Es mag richtig sein, daß die Tagung der preußischen Versammlung störend auf die deutsche Einigung wirken mußte, aber nationalliberale oder konservative Historiker wie Flathe haben jedenfalls nicht das Recht, sich darüber zu wundern, wie sie es thun, daß Frankfurter Parlament und preußische Versammlung zusammen tagten, da auch heutzutage Reichstag und preußischer Landtag oft gleichzeitig versammelt sind, ohne daß die Staatserhalter daran Anstoß nähmen. Raveaux hatte zwar in Frankfurt den Antrag gestellt, die Ständeversammlungen sollten keine Einzelverfassungen beraten dürfen, ehe nicht die Reichsverfassung vollendet sei. Aber man hatte sich dann nur zu jenem Beschlusse vom 27. Mai aufraffen können. Für Preußen war dies vielleicht insofern ein Glück, als es vermutlich gar keine Verfassung erhalten hätte, wenn es auf Frankfurt hätte warten wollen. Das freilich war richtig, daß das Frankfurter Parlament der preußischen Versammlung die große Mehrzahl der hervorragenden politischen Kräfte entzogen hatte. Nur auf der Linken hatte man bedeutende

Talente, so den Obertribunalrat Waldeck, Johann Jacoby, den Staatsanwalt Temme, d'Ester aus Köln und Oberbürgermeister Ziegler. Die Versammlung spaltete sich in zwei fast gleiche Teile. Die Konstitutionellen aber schwankten oft unschlüssig zwischen Demokraten und Konservativen hin und her. Nach Stand und Beruf zählte die Versammlung 16 Ritter und Edelleute, 98 Justizbeamte, 48 Verwaltungsbeamte, 28 städtische Beamte, 52 Geistliche, 27 Lehrer, 31 Kaufleute, 28 Handwerker, 68 Bauern, 11 Aerzte, 3 Schriftsteller, 4 Offiziere, 1 Kommis, 1 Handwerksgesellen und 1 Taglöhner. Man sieht also, daß die Juristen und daneben besonders auch die Geistlichen stark vertreten waren.

Der Verfassungsentwurf der Regierung sah ein Zweikammersystem vor. Von der ersten Kammer sollten 180 Mitglieder von Wahlmännern gewählt werden (denselben wie für die zweite Kammer); der Rest sollte aus den königlichen Prinzen und 60 vom König aus der Plutokratie ernannten Männern mit erblichem Sitz gebildet werden. Der Wahlmodus für die Wahlmänner beider Kammern sollte erst noch bestimmt werden. Begreiflicherweise griff die Demokratie diesen ungenügenden Entwurf, der die Erblichkeit wieder einschmuggelte und den Wahlmodus im Dunkeln ließ, sehr heftig an. Selbst die sonst ziemlich zahme Bürgerwehr nahm ihn ungünstig auf, die Arbeiter protestierten und auch aus den Provinzen gingen Verwahrungen ein. Es war in Berlin damals ein buntes bewegtes Leben, das den Philistern bange machte*), während konservative Offiziere, wie z. B. der General von Webern, sich in den pöbelhaftesten Schmähreden über die Revolution ergingen. Gleichzeitig machte auch die Arbeiterfrage wieder viel zu schaffen. Die bedeutendste Rolle spielten damals die Maschinenbauer und die Buchdrucker. Stephan Born, Präsident des leitenden Ausschusses der letzteren, weist in seinen Erinnerungen nach, daß die Lohnforderungen der Setzer und Drucker gerechtfertigt waren. Da die Druckereibesitzer nicht nachgaben, kam es schließlich zu einem Generalstrike der Drucker. Die Angelegenheit schleppte sich längere Zeit hin und wurde erst Anfang Juni durch Erhöhung des Tarifs vorläufig erledigt. Am 4. Juni fand eine große Demonstration in Form eines Zuges nach dem Friedrichshain zu Ehren der Märzgefallenen statt. Der berühmte Naturforscher Nees

*) Auch hier waren eine Zeit lang Katzenmusiken an der Tagesordnung.



v. Esenbeck, ein Sozialist, der später auch dem Arbeiterkongreß in Berlin präsidierte, beantragte in der Nationalversammlung, sie solle sich in corpore am Zuge beteiligen, aber die Versammlung ging darüber zur Tagesordnung über. Indessen nahm eine große Anzahl Abgeordneten (etwa 150) am Zuge Teil, der überhaupt ungeheure Dimensionen annahm. Arbeiter und Bürger freuten sich nochmals in reiner Begeisterung der Märztage, während Beamte und Professoren größtenteils wegblieben.

Die Vereinbarungsversammlung tagte inzwischen in der Singakademie. Der Breslauer Fabrikant Milde wurde zum Präsidenten, Justizrat Esser aus Köln zum ersten und Obertribunalrat Waldeck zum zweiten Vicepräsidenten gewählt. Im Anfang tappte die Versammlung unsicher umher und wußte nicht recht, was sie wollte. Umsonst stellte Nees von Esenbeck den Antrag, durch eine Kommission einen volkstümlichen Verfassungsentwurf ausarbeiten zu lassen, umsonst verlangte Otto, die Versammlung solle feststellen, daß sie seitens der Regierung und der Krone nicht aufgelöst werden könne. Die Versammlung blieb auf Zureden der Minister beim Vereinbarungsprinzip und nahm auch eine Adresse auf die Thronrede an. Das Ministerium hatte inzwischen auch den Prinzen von Preußen wieder zurückkehren lassen, da die Erregung gegen ihn sich jetzt beschwichtigt hatte. Am 8. Juni erschien der Prinz, der in Wirsitz zum Abgeordneten gewählt war, in der Versammlung. Er gab eine sehr allgemein gehaltene farblose Erklärung ab, worin er versprach, der konstitutionellen Monarchie seine Kräfte zu weihen, und überließ dann seinen Sitz seinem Stellvertreter*).

In derselben Sitzung aber kam noch ein für die Anschauungen der Versammlung bedeutungsvoller Antrag von Berends zur Verhandlung: „Die hohe Versammlung wolle in Anerkennung der Revolution zu Protokoll erklären, daß die Kämpfer des 18. und 19. März sich wohl um das Vaterland verdient gemacht haben". Berends wollte durch diesen Antrag ausdrücklich eine Kundgebung provozieren, daß das Recht, das im Dasein der Versammlung sich ausspreche, der Revolution entstamme und daß das Ministerium im Irrtum sei, wenn es die neuen Einrichtungen an die alten Zustände anknüpfen

*) Es mißfiel, daß der Prinz mitten in einer andern Diskussion gesprochen hatte und daß er in Uniform erschienen war. Auch fand man, daß er seine Worte glücklicher hätte wählen können.

wollte. Auch Jacoby forderte die volle „Anerkennung der Revolution in allen ihren Folgen" und betonte den Grundsatz, daß der Gesamtwille des Volkes die ursprüngliche, die einzige Quelle jeder Macht im Staate, also auch der des Königs sei. Dieser Grundsatz der Volkssouveränität sei in den Märztagen zur vollen Geltung gekommen. Wenn er auch den Antrag nicht für opportun hielt, so forderte er jetzt doch, da er einmal gestellt sei, dessen Annahme durch Acclamation. Schulze-Delitzsch wollte beifügen, daß das Volk sich auch durch seine Haltung nach dem Kampfe verdient gemacht habe, was vielen als eine Abschwächung erschien*). Am 9. Juni wurde aber eine motivirte Tagesordnung von Zachariä angenommen, worin zwar die Bedeutung der Revolution und das Verdienst der Kämpfer anerkannt, aber zugleich ausgesprochen wurde, daß die Versammlung keine Urteile abzugeben, sondern die Verfassung mit der Krone zu vereinbaren habe. Die Mehrheit betrug freilich nur 196 Stimmen gegen 177. Diese Abstimmung rief aber unter der Menge große Erbitterung hervor, und mehrere Abgeordnete, sowie der Minister von Arnim, der übrigens schroff aufgetreten sein soll, wurden bedroht und beschimpft, ein Vorfall, der natürlich von den „Heulern" (wie man die Konservativen und Spießbürger im Gegensatze zu den „Wühlern", den Demokraten, nannte) gewaltig übertrieben wurde. Infolge dieser Vorgänge stieg die Spannung wieder auf beiden Seiten. Die Arbeiter suchte der Minister von Patow abzuschieben, und das Zeughaus wurde von Truppen besetzt. Beides erregte großen Verdruß bei den Arbeitern. In der Versammlung beantragte Reichensperger am 14. Juni besondere Maßregeln zu ihrem Schutze, wurde aber von den radikalen Demokraten Lothar Bucher (später die rechte Hand Bismarcks) und Jung (später eine Säule der nationalliberalen Partei) und von Kirchmann bekämpft. Jung gebrauchte dabei den Ausdruck „Schaumspritzen jugendlicher Freiheit", vor dem man nicht gleich erschrecken dürfe. Der Antrag wurde abgelehnt. Die Aufregung in der Stadt aber stieg immer höher.

Das Volk war über die Anwesenheit des Militärs im Zeughause erbittert, außerdem vermutete man, daß die dort befindlichen Waffen heimlich entfernt würden. Die Märzkämpfer Urban, Siegrist und andere Volksredner äußerten sich in diesem Sinne. In der

*) Auch die Minister Camphausen und Hansemann hatten sich natürlich gegen den Antrag Berends ausgesprochen.

Nähe des Finanzministeriums kam es um 8 Uhr abends zu einem Zusammenstoß zwischen Volkshaufen und Bürgerwehr, wobei zwei Männer aus der Menge getötet und zwei schwer verwundet wurden. Eine der Leichen und eine verwundete Frau wurden in der Stadt herumgeführt, um die Menge zur Rache aufzurufen. Deputationen verlangten die Zurückziehung des Militärs. Etwa um neun Uhr kam die verfügbare Mannschaft des bewaffneten Handwerkervereins, besetzte mit Erlaubnis des Ministeriums die unteren Räumlichkeiten des Zeughauses und bewachte mit dem Studentenkorps die Zugänge. Der Hauptmann von Natzmer, der mit 150 Soldaten das Zeughaus besetzt hielt, zog sich in das obere Stockwerk zurück. Während dies geschah, flutete aber gleichzeitig die Menge durch ein gesprengtes Seitenthor hinein. Die Gefahr eines blutigen Konflikts lag nahe und bei der in der Hauptstadt herrschenden Aufregung war es gar nicht abzusehen, welche Dimensionen dieser annehmen würde. Der Leutnant Techow, ein in militärischen Kreisen sehr geschätzter, aber freisinniger Offizier suchte diesem Kampfe um so mehr vorzubeugen, als er dabei den Sieg der Reaktion voraussah. Im Verein mit andern überredete*) er daher Natzmer, in den Abzug der Truppen zu willigen. Das Handwerkerkorps war allein nicht stark genug um die Plünderung des Zeughauses zu verhüten, und so wurde allerlei entwendet, wie Zierraten, alte Waffen, auch eine Anzahl neuer Gewehre (Zündnadel), was die Militärs wegen der Preisgebung eines wichtigen militärischen „Geheimnisses" besonders entsetzte.**) Kaum wurde aber die Nachricht bekannt, so eilten Abteilungen der Bürgerwehr teils auf Befehl, teils freiwillig, herbei, um der Plünderung ein Ziel zu setzen. Als die Bürgerwehr die Trommeln rühren ließ, sprangen die meisten „Selbstbewaffner" zum Fenster hinaus, und die Gewehre wurden ihnen größtenteils ohne Widerstand wieder abgenommen, wie Augenzeugen, der später vielgenannte, gewiß unverdächtige Professor Gneist und Stephan Born, versichern. Um Mitternacht war schon alles vorüber. Born kam dabei der Gedanke, daß es sich bei dem

---

*) Dabei scheinen allerdings unwahre Angaben gemacht worden zu sein, um den Hauptmann mürbe zu machen, doch ist nicht festgestellt, ob dieselben von Techow selbst oder von anderen Anwesenden ausgingen.

**) Sie hätten sich beruhigen können. Obgleich die Hinterlader kurz darauf ihre Probe bestanden, fiel es den andern Staaten unbegreiflicherweise doch nicht ein, sich mit der Frage ernstlich zu beschäftigen, bis es zu spät war.

ganzen widerwärtigen Auftritt um einen Schachzug der Reaktion handle, da die Plünderer gewiß nicht aus freiheitlicher Begeisterung gehandelt hätten*). Stephan Born sprach seinen Verdacht in seinem Blatte „das Volk" aus, in dem Sinne, daß eine Gruppe entschlossener Reaktionäre auf eigene Faust, ohne Wissen des Ministeriums, diesen gefährlichen Streich gewagt hätte. Später bestätigte ihm der bekannte Historiker und nachherige nationalliberale Abgeordnete Adolf Schmidt diesen Verdacht auf Grund von Dokumenten, die ihm ein damaliger Bürgerwehrkommandant übergeben. Leider hat Schmidt diese Dokumente nicht veröffentlicht, aber wir dürfen doch sein Urteil: „der Zeughaussturm war ein von der Reaktion eingefädeltes Manöver" zum unsrigen machen. Vermutlich wollten die Reaktionäre durch bezahltes Gesindel einen blutigen Kampf hervorrufen, der dann Gelegenheit zur Beseitigung der Märzerrungenschaften geboten hätte. Dafür spricht auch das auffällige Zögern des Stadtkommandanten v. Aschoff, worauf auch Techow in einer Schrift über diese Vorgänge aufmerksam machte. Natürlich, wenn rechtzeitig eingeschritten wurde, war es mit dem Konflikt nichts. Um so erbitterter mußten die Militärs darüber sein, daß durch Techows Vermittlung und Natzmers Abzug der schöne Plan vereitelt und zugleich das Dogma vom soldatischen Kadavergehorsam gefährdet war. Natzmer wurde mit zehn Jahren Festungshaft und Entlassung aus dem Dienste bestraft, aber schon im Jahre 1849 begnadigt. Techow erhielt 15 Jahre Festungshaft, entkam durch Bestechung, nahm an der badisch-pfälzischen Erhebung teil und wanderte dann nach Australien aus. Von Zeit zu Zeit erließ man einen Steckbrief gegen ihn, um die Verjährung zu unterbrechen. Nach dem Tode Kaiser Wilhelms kam er in die Schweiz und frug in Berlin an, ob er in die Heimat zurückkehren könne. Darauf wurde der Steckbrief gegen ihn erneuert — im Jahre 1888! Das ist preußische Gnade! Ein Student hatte die rote Fahne des demokratischen Klubs an einen sichern Ort bringen wollen, wobei auch Hochrufe auf die Republik ertönten; gegen ihn beantragte der Staatsanwalt (im Februar 1849) wegen Hochverrats die Todesstrafe mit dem Rad von unten auf. Natürlich wurde er freigesprochen.

---

*) In der That war sehr auffällig, daß die Leute sich so leicht entwaffnen ließen, und daß einzelne der nicht abgelieferten Gewehre sogleich für einen Spottpreis verkauft wurden.



Der Zeughaussturm wurde von den Reaktionären sehr gehässig gegen die Demokratie ausgebeutet. Die Beschädigungen und Entwendungen wurden in schamloser Weise übertrieben. Berlin wurde von der sogenannten Vendée Preußens, d. h. aus Pommern und der Mark, zum Teil schon vor dem Zeughaussturm mit einer Flut von pöbelhaften Adressen überschüttet. Reaktionäre Klubs bildeten sich überall und die Junker erhoben immer kecker ihr Haupt. Gleichzeitig hatte die Versammlung einen Antrag Waldecks angenommen, wonach eine Kommission den Verfassungsentwurf umarbeiten sollte. Erster Vorsitzender der Kommission wurde Waldeck, zweiter der bekannte Nationalökonom Rodbertus. Bald darauf trat das Ministerium zurück (20. Juni)*). Finanzminister Hansemann, der im Amte blieb, half ein neues Kabinet bilden, an dessen Spitze der Regierungspräsident Auerswald trat, Arbeitsminister wurde der bisherige Versammlungspräsident Milde, Kultusminister Rodbertus, Justizminister Märcker, Minister des Innern Kühlwetter. Dieses neue, immerhin blos halb parlamentarische Ministerium, das sich „Ministerium der That" nannte, versprach eine Reihe von Reformen: volkstümlichere Organisation der ersten Kammer, Vorlagen über Bürgerwehr, Aufhebung der Feudallasten, Neugestaltung der Gemeindeordnung, Justiz und Steuergesetzgebung mit Aufhebung der Steuerfreiheit der Feudalherren, (die sich aber noch bis in's Jahr 1891, wenigstens bezüglich der Mediatisirten erhielt) sowie Maßregeln zur Hebung des Kredits und zur Förderung des Handels und der Arbeit. Dadurch wurden die vertrauensseligen Bürger wieder ein wenig beruhigt und dies zeigte sich auch in der Haltung der Versammlung gegenüber Frankfurt. Ein Antrag Jacobys (11. Juli), die Versammlung solle die Ernennung eines unverantwortlichen Reichsverwesers mißbilligen, zugleich aber erklären, daß das Frankfurter Parlament befugt gewesen sei, einen solchen Beschluß ohne Zustimmung der Regierungen zu fassen, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

*) Als Grund dieses Rücktritts gab Camphausen einige Tage später an, sein Ministerium sei nur ein solches der Vermittlung und des Uebergangs gewesen und er habe auf keine sichere Mehrheit zählen können. Sybel macht natürlich den „wilden Zorn der demokratischen Partei" dafür verantwortlich, H. Blum hingegen giebt, was bisher niemand wußte, an, daß der König, aus Zorn über den Zeughaussturm, das Ministerium entlassen habe. Vielleicht haben auch die Projekte über die Wirksamkeit Camphausens in Frankfurt schon eingewirkt.

Zu Anfang Juli mehrten sich die Anzeichen der Reaktion. Mit dem 1. Juli*) erschien als neues Preßorgan der Junker, die „Neue Preußische Zeitung", nach dem Landwehrkreuz, das sie auf dem Titel trug, Kreuzzeitung genannt. Der erste Redakteur derselben war Herrmann Wagener**), ein eifriger Mitarbeiter wurde v. Bismarck-Schönhausen***). Die Feudalen hatten sich zunächst noch etwas zurückgehalten, jetzt aber, da die Versammlung durch die Beratungen über das Jagdgesetz und die Befreiung des bäuerlichen Grundbesitzes auch ihre Privilegien antastete, erhoben sie sich zur Verteidigung derselben mit dem zähen und brutalen Egoismus, der die Agrarier heute noch kennzeichnet. Unter der Führung v. Bülow-Cummerows, der schon im März in einem Aufruf vor Ueberstürzung in den Zugeständnissen gewarnt und von den Urwahlen den Untergang der Monarchie und der „Geschichte des deutschen Volkes" prophezeit hatte, bildete sich ein sogenanntes „Junkerparlament", zur Wahrung der Interessen des adeligen Grundbesitzes (eröffnet am 19. August). Auch in schlechten Poesien versuchten sich Adelige und Bureaukraten. So reimte kurz darauf ein Justizrat v. Merckel:

„Gegen Demokraten helfen nur Soldaten."

Auch der massenhafte Abzug der Arbeiter aus Berlin war ein bedenkliches Symptom†). Demonstrationen, Katzenmusiken und Tumulte

*) Einige Probenummern waren bereits vorher im Druck erschienen.

**) Es ist ein merkwürdiger Zufall, daß gerade zwei Führer der Junkerpartei und langjährige Redakteure der Kreuzzeitung, dieses Organs der Gottesfurcht und frommen Sitte, wie Wagener und Hammerstein, sich schließlich als ordinäre Schwindler entpuppten.

***) In einer Karrikatur des Kladderadatsch wurden Gerlach, Stahl, Wagener und Bismarck als neue Kreuzfahrer zusammengestellt.

†) Aus dieser Zeit, Ende Juli, stammt auch das berühmte, ergreifend großartige Gedicht Freiligraths: Die Toten an die Lebenden! Als Symptom der Reaktion erscheinen den Märzgefallenen, d. h. dem Dichter selbst, u. a.:

Der Aberwitz des Dänenkriegs, die letzte Polenschande,
Das rüde Toben der Vendée in stockigen Provinzen,
Der Soldateska Wiederkehr, die Wiederkehr des Prinzen —
Die Tücke, die den Zeughaussturm zu einem Diebszug machte,
Die selber uns, die selbst das Grab noch zu begeifern dachte.

Dann sagte er zürnend eine neue Revolution voraus. Wegen dieses Gedichtes, das gewaltiges Aufsehen machte und reißenden Absatz fand, wurde Freiligrath Ende August verhaftet und Anfang Oktober in Düsseldorf, wo er damals wohnte, vor die Geschworenen gestellt, aber unter donnerndem Beifall freigesprochen. Der erste politische Prozeß, der in der Rheinprovinz durch Geschworene entschieden wurde.

wechselten ab. So veranstalteten am 21. August der Schriftsteller Edgar Bauer, Bruder von Bruno Bauer, die beide damals radikale Demokraten, später hochkonservativ waren, und der deutsch-katholische Agitator Dowiat eine Demonstration gegen das Ministerium. Sie waren gereizt durch Exzesse von im Solde der Reaktion stehenden Pöbelbanden in Charlottenburg (beide Bauer wurden dabei furchtbar mißhandelt). Die Gelegenheit schien günstig, denn Anlaß zu Verstimmungen war genug vorhanden. Am 30. Juli hatte der König sämtliche Mitglieder der Versammlung in das Neue Palais nach Potsdam eingeladen, und fast alle folgten der Einladung; auch die Demokraten, die doch besser gethan hätten wegzubleiben, konnten es nicht lassen, sich an den Strahlen der königlichen Sonne zu wärmen. Allein die Hofschranzen verwandelten diese Aufmerksamkeit, wie selbst Flathe zugiebt, „durch absichtliche Vernachlässigung der Gäste in eine Beleidigung". Die armen blamirten Volksvertreter erhielten erst nach 3—4 Stunden Staub, Hitze und Durst einige Erfrischungen. Der König selbst hatte an Bodelschwingh und Vincke appelliert, um letztere zur Bildung eines Kampfministeriums zu bestimmen, wobei er deutlich auf einen Konflikt zwischen Krone und Versammlung spekulirte. Am 31. Juli kam es in Schweidnitz zu einem Zusammenstoß zwischen Militär und Bürgerwehr, wobei das Militär brutal feuerte und 14 Mann von der Bürgerwehr getötet wurden. Am 6. August, am gleichen Tage wie in Frankfurt, wurde die Todesstrafe abgeschafft, die der Justizminister in einer großen Rede selbst bekämpft hatte, was der Camarilla natürlich neuen Anlaß zu Intriguen gegen das Ministerium gab. Allein andererseits fehlten auch Differenzen zwischen dem Ministerium und der Versammlung nicht. Denn der Beschluß der letztern, daß die Landwehr die Offiziere bis zum Hauptmann einschließlich selbst wählen sollte, schien den alten preußischen Bureaukraten und Militärzöpfen das Ende der Welt zu verkünden*). Da jener Vorfall in Schweidnitz große Entrüstung hervorgerufen hatte, stellte der Abgeordnete Stein am 9. August den Antrag, der Kriegsminister möge den Offizieren in einem Erlaß befehlen, sich von reaktionären Bestrebungen fern zu halten und durch Annäherung an das Bürgertum zu zeigen, daß sie aufrichtig an der Verwirklichung eines

---

*) Abgesehen davon gab es auch viel Streit um Farben und Fahnen — Schwarzweiß und Schwarzrotgold.

konstitutionellen Rechtszustandes mitarbeiten wollten; Offiziere, deren politischen Ueberzeugungen dies widerspreche, sei der Austritt zur Ehrenpflicht zu machen. Der Antrag war logisch und von bürgerlich-liberalem Standpunkt aus unanfechtbar. Denn wenn die Armee von der Politik sich fernhalten soll, so sollen deren Mitglieder ebensowenig an reaktionärer wie an liberaler Propaganda teilnehmen, ein Standpunkt, der freilich auch neuerdings, zumal in Kriegervereinen, zu Gunsten der herrschenden Gewalten außer Acht gelassen wird. Und ein konstitutionelles Staatswesen ist auch ohne Harmonie zwischen Civil und Militär unmöglich. Die Versammlung nahm den Antrag an, aber der König war durch den Beschluß sehr verletzt und verweigerte seine Zustimmung. Unter diesen Umständen fand nun jene radikale Demonstration statt. Es kam dabei vor dem Palast des Ministerpräsidenten zu einem Zusammenstoß; das Volk brach die Gitter an der Rampe aus, riß das Pflaster auf und warf die Fenster des Palastes ein. In der Behrenstraße wurde eine Barrikade errichtet. Schüsse fielen und viele wurden verwundet, schließlich mußte das Volk fliehen. Dowiat wurde verhaftet. Edgar Bauer floh nach einiger Zeit. Auch dieser Versuch, das Ministerium Auerswald zu stürzen, wurde natürlich gegen die Demokraten ausgebeutet. Bald darauf trat auch der Volksführer Held mit den Junkern in Verbindung und verlor dadurch alles Vertrauen bei den Arbeitern. Er wurde später von Manteuffel und Bismarck unterstützt.

Auerswald trat natürlich nicht zurück, sondern brachte schon gleich am andern Tage ein Gesetz über unerlaubte Volksversammlungen und Zusammenrottungen ein, dagegen wurde die Sanktion der freisinnigen Gesetze verschleppt. Am 4. September gab endlich das Ministerium die Erklärung ab, es werde den Beschluß über den Antrag Stein nicht ausführen, da der gewünschte „Erlaß an die Armee von verderblichen Folgen sein würde". Stein stellte sofort den Antrag, die Versammlung möge beschließen, es sei die „dringendste Pflicht" des Ministeriums „den Erlaß ohne weiteres ergehen zu lassen". Die Beratung wurde auf den 7. September vertagt. Auch die Bürgerwehr geriet jetzt wieder in Bewegung, und sie ließ durch ihren Kommandanten Rimpler dem Präsidenten der Versammlung, Grabow, eine Erklärung übermitteln, wonach sie deren Beschlüsse mit allen Mitteln aufrecht erhalten werde. Die Debatte dauerte 9 Stunden. Die Linke hatte am Abend vorher beschlossen, aus der Versammlung

auszuscheiden, wenn dieselbe den neuen Antrag Stein verwerfe. In der That wurden einige Abänderungsanträge beseitigt und der Antrag Stein mit 219 gegen 149 Stimmen angenommen. Die Linke jubelte über diesen Erfolg. Am Abend sprach eines ihrer Mitglieder, Graf Reichenbach, ein schlesischer Großgrundbesitzer: „Das Volk und seine Vertreter haben sich geeinigt; halten wir diese Vereinigung fest und wir können die Feuerschlünde verachten, die vor den Thoren Berlins stehen". Aber er jubelte zu früh. Das Ministerium Auerswald dankte natürlich ab und die Junker glaubten nun ihre Zeit gekommen*). Aber es war noch nicht so weit. Es wäre auch zu gewagt gewesen, unter dem Eindrucke des Waffenstillstandes von Malmö einen Staatsstreich zu machen. Der König versuchte es dann mit dem Reichsfinanzminister Beckerath, der eben infolge der Sistierung jenes Waffenstillstandes zurückgetreten war. Beckerath, ein Mann von streng religiöser und preußischer Gesinnung, besaß das Vertrauen des Königs und glaubte auch deshalb ein umfassendes liberales Programm vorlegen zu dürfen: Anerkennung der in Frankfurt zu beschließenden Reichsverfassung unter Vorbehalt der Vereinbarung über die Dynastie des Reichsoberhaupts, Habeascorpusakte, Abschaffung der Todesstrafe (die noch nicht sanktionirt war), volkstümliche Reform des Heerwesens, Amnestie für Posen. Aber Friedrich Wilhelm lehnte solche Bedingungen begreiflicherweise ab, drückte aber sein Bedauern darüber aus, „daß Beckerath der Regierung seines Königs und Freundes das mildernde, beschwichtigende Oel seines Namens entzogen", eine Redewendung, welche die phrasenreiche unklare Ausdrucksweise des Königs trefflich charakterisiert**). Er berief nun ein außerparlamentarisches Ministerium unter dem alten General v. Pfuel (21. September), dessen Mitglieder Leute ohne Namen waren. Pfuel machte wider alles Erwarten Konzessionen. Er lieferte wirklich den gewünschten Erlaß und der König sanktio-

---

*) Wie Varnhagen erzählt, hatte der König kurz vorher die Minister beschworen, die Nationalversammlung und die Bürgerwehr aufzulösen, aber vergeblich. Varnhagen selbst wurde damals mehrfach als Minister vorgeschlagen.

**) Es erhielt sich mit Hartnäckigkeit das Gerücht, der König wolle oder solle, durch die Junker bestürmt, zu Gunsten des Prinzen v. Preußen abdanken; andererseits wurde (nach Schleiden) wiederholt der Wunsch laut, König und Prinz sollten zu Gunsten des Sohnes des letzteren, des späteren Kaisers Friedrich, auf den Thron verzichten.

nierte die beiden Gesetze zum Schutze der persönlichen Freiheit und der Bürgerwehr. Freilich hofften viele einen Konflikt in Berlin, wobei man kräftig einschreiten könne, so z. B. Bismarck, der ja auch später diese Politik gegenüber den Sozialdemokraten, freilich ohne Erfolg, versuchte. Allein Pfuel ging einem Konflikt aus dem Wege. Die Versammlung beschränkte sich übrigens nicht blos auf die Abwehr der Reaktion, sie hatte im Gegenteil inzwischen manches verdienstvolle Gesetz geschaffen. Freilich zeigte sie hinsichtlich der Feudallasten zu wenig Entschiedenheit. Dieselben waren nämlich, wie aus einem Promemoria des Freiherrn v. Patow, Ministers im Kabinet Camphausen, hervorgeht, keineswegs beseitigt. Die Versammlung beschloß die Wahl von gemischten Kommissionen zur Ermittelung der bäuerlichen Verhältnisse, lehnte dagegen einen Antrag auf sofortige Aufhebung der Robotdienste ab.

Vor den Thoren Berlins lauerte indessen schon die Reaktion. Am 15. September war Wrangel zum Oberbefehlshaber in den Marken ernannt worden. In der That wurden nun um Berlin etwa 50000 Mann mit zahlreichem Geschütz zusammengezogen. Am 17. September erließ Wrangel einen drohenden Armeebefehl. Am 20. wurde Wrangel von der Bürgerwehr in ihrer Vertrauensseligkeit wie ein Triumphator empfangen. Er hielt eine höchst charakteristische Ansprache. welche dem, der verstehen wollte, deutlich zeigen mußte, was bevorstand. Er sagte, er sei zum Einschreiten berufen, wenn die Ordnung gestört und das Gesetz übertreten werde, aber nur dann, wenn die Bürgerwehr nicht mehr ausreiche. Er wolle die Freiheit gegen die Anarchie schützen. Dann fuhr er fort: „Die Truppen sind gut, die Schwerter haarscharf geschliffen, die Kugeln im Lauf. Wie traurig sehe ich Berlin wieder! In den Straßen wächst Gras, die Häuser sind verödet, die Läden sind voll Ware, aber ohne Käufer, der fleißige Bürger ohne Arbeit, ohne Verdienst; der Handwerker verarmt. Das muß anders werden, die Anarchie muß aufhören, und ich verspreche es Euch; ein Wrangel hat noch nie sein Wort gebrochen."

Die Philister jubelten noch über dieses säbelrasselnde Bekenntnis einer schönen Militärseele, und auch die Versammlung, die immerhin doch besorgt war über solche Anmaßungen, beruhigte sich auf die Zusicherungen Pfuels wieder leicht. Aber die Frist war kurz. Fortwährend bestürmten die Feudalen den König mit ihren Einflüsterungen. Besonders war die Abschaffung der Todesstrafe ein Stein des An-

stoßes. Der König war dagegen, die Minister dafür. So trat der Hof schon am 6. Oktober, also lange vor den Ereignissen, welche schließlich den Vorwand zum Staatsstreich abgeben mußten, mit dem Grafen Brandenburg in Verbindung, einem sehr schroffen, adelsstolzen Mann, der übrigens zu solchem Stolz keine besondere Veranlassung hatte (er war ein natürlicher Sohn Friedrich Wilhelms II.) und dem auch seine Lobredner, wie z. B. Jäger, keine hohe geistige Begabung nachzurühmen wissen*). Allein es kam nochmals zu einer Verständigung. Sogar der russische Gesandte mahnte diesmal von einem Ministerwechsel ab, obgleich der Zar selbst bei den russischen Herbstmanövern zu dem preußischen General Grafen Dohna gesagt hatte, daß er ihm seine Truppen zur Verfügung stelle, wenn er gegen das meuterische Berlin marschiere. Der General aber hatte schlagfertig geantwortet, daß ein preußischer General nie anders als auf Befehl seines Königs marschiere.

Endlich, am 12. Oktober, auch hier spät genug, trat die Versammlung in die Beratung des neuen Verfassungsentwurfes ein. Sie beging dabei den Fehler, den König in seinen romantischen Liebhabereien auch da zu kränken, wo es sich um ziemlich bedeutungslose Formeln handelte. Gleich beim ersten Paragraphen beantragte der Abgeordnete Schneider den Titel „von Gottes Gnaden" zu streichen. Umsonst bekämpfte ein Minister den Antrag, während andere ihn unterstützten und der Abgeordnete Schulze-Delitzsch sogar in sehr geschäftsmäßig-realistischer Manier sagte: „Man pflegt, wenn ein Handlungshaus bankerott geworden ist, die Firma nicht mit in das neue Geschäft hinüberzunehmen. Nun glaube ich, daß in der Geschichte der Absolutismus mit der alten Firma „Von Gottes Gnaden" vollständig bankerott gemacht habe. Der Gesellschafter „Die Gottes Gnade", welche einstehen müßte für seine Verpflichtungen, scheint sich aus dem Geschäfte ganz zurückgezogen zu haben, und dadurch mag eben dasselbe vollständig Bankbruch erlitten haben. Ich rate daher, wir nehmen die alte bankerotte Firma nicht in das neue Geschäft hinüber." Der Antrag wurde in der That angenommen, einige Tage darauf aber, am 15. Oktober, als der Präsident Grabow dem König gratulierte, machte dieser seinem Herzen Luft. Er rief

*) Kurz vorher war er in Breslau mit der gewünschten Schneidigkeit eingeschritten.

ihm zu: „Sie lassen kein Recht unangetastet; das Heiligste selbst ist vor Ihren Angriffen nicht sicher. Sie haben mein mir von Gott verliehenes Recht auf die Krone angetastet; Sie wollen mir das von Gottes Gnaden nehmen. — Sagen Sie den Herren, die Sie gesandt, daß ich den Aufruhr und die Aufrührer, wo ich sie finde, bekämpfen und zerschmettern werde und daß ich mich hierzu durch Gottes Gnade stark genug fühle." Friedrich Wilhelm IV. hätte sich beruhigen können. Das Gottesgnadentum ist in unseren Tagen erst recht wieder aufgekommen und das Zerschmettern auch. In einer Deputation der Bürgerwehr sagte der König: „Vergessen Sie nicht, daß Sie die Waffen von mir haben." Um die Lage noch kritischer zu machen, kam es am 16. Oktober zu einem blutigen Konflikt zwischen der Bürgerwehr und den Arbeitern, wobei mehrere der letzteren fielen und auch eine Barrikade errichtet und vergeblich gestürmt wurde mit Verlust von mehreren Toten und Verwundeten auf beiden Seiten.*) Unterdessen wurde Brandenburg wieder berufen. Zunächst schien es auf einen Wechsel im gegenwärtigen Ministerium abgesehen, allein da die im Amte befindlichen Mitglieder ihre Bedingungen stellten, unterhandelte man mit Manteuffel und Ladenberg. Manteuffel schlug nun die Vertagung und Verlegung der Versammlung nach Brandenburg vor. Die Versammlung aber ahnte nicht, wie nahe ihr das Verderben war. Am 26. Oktober versammelte sich sogar noch ein demokratischer Kongreß in Berlin, an dem namentlich Parlamentarier der Hauptstadt und von Frankfurt teilnahmen, u. a. auch Arnold Ruge und der spätere Nationalliberale und Bismarckverehrer Ludwig Bamberger, der sich aber damals sehr radikal geberdete. Es kam dabei gar nichts heraus. Dagegen benützte Ruge die Gelegenheit, um eine Sturmpetition für die Wiener zu inscenieren. Ruge zog am 31. Oktober mit etwa 1000 Mann nach dem Schauspielhaus, wo die Versammlung jetzt tagte und eben in der Morgensitzung den Adel abgeschafft hatte. Es hatte sich eine gewaltige Menschenmasse gesammelt, die nun während der Abendsitzung der Versammlung die Bürgerwehrbataillone umlagerte, die das Schauspielhaus umstellt hatten. Waldeck stellte den in Anbetracht der Verhältnisse höchst naiven Antrag, die Regierung auf-

*) Schleiden und der Afrikareisende Dr. Peters — natürlich nicht zu verwechseln mit dem famosen Kolonialhelden, der Neger züchtigte und Negerinnen liebte — wurden beschimpft und mißhandelt. Die Bürgerwehr vermochte schließlich die Verteidiger der Barrikade, zu kapitulieren und sich zurückzuziehen.

zufordern, alle Mittel zum Schutze der in Wien bedrohten Volksfreiheit schleunigst aufzuwenden. Der Antrag fand Widerspruch und es wurde dagegen ein solcher von Rodbertus angenommen, der freilich praktisch nicht weniger wertlos war: Man solle die Regierung auffordern, bei der Zentralgewalt Schritte zu thun für die bedrohte Volksfreiheit und den Frieden. Sogar Pfuel, der allerdings seine Entlassung schon verlangt und erhalten hatte und die Geschäfte nur noch interimistisch*) fortführte, stimmte für den Antrag. Während dieser Verhandlungen sollen einige Mitglieder der Versammlung beschimpft und durch Vorhalten von Stricken mit Erhängen bedroht worden sein. Nach Varnhagen v. Ense beruhen die meisten dieser Erzählungen auf reaktionären Lügen. Es wird sich mit diesen Stricken verhalten haben, wie mit den famosen Dolchen im Rate der Fünfhundert in der Sitzung vom 19. Brumaire.**) Auch scheinen Lockspitzel thätig gewesen zu sein. Einige Demokraten faßten einen Aufwiegler, der sich nachher als reaktionärer Adeliger entpuppte.

Am 2. November kündigte Pfuel die Entlassung des Ministeriums an. Es hatte sich geweigert, wie der König verlangte, die Truppen sofort einrücken zu lassen. Am selben Tage zeigte Brandenburg an, er sei mit der Bildung eines Ministeriums betraut. Zugleich wies eine Bekanntmachung des abtretenden Ministers des Innern die Behörden an, die Truppen nach Berlin zu rufen, falls die Bürgerwehr nicht rechtzeitig und vollständig ihres Amtes walte. Jetzt fuhr die Versammlung aus ihren Träumen empor. Die Linke verlangte, die Versammlung solle sich in Permanenz erklären und einen Aufruf an das Volk erlassen.

Die Versammlung beschloß hingegen in scharfen Ausdrücken gegen das Ministerium zu protestieren und um ein volkstümliches Ministerium zu bitten. Den Hauptanteil an dieser Adresse hatte Lothar Bucher. Die Deputation mit dem damaligen Präsidenten von Unruh

*) Er soll sich nachher noch bis 1 Uhr nachts mit Jacoby und Jung unterhalten haben.

**) Ueberhaupt ist es merkwürdig, daß bei solchen Fällen von angeblicher oder wirklicher Einschüchterung parlamentarischer Versammlungen durch erregte Volksmassen selten irgend ein konservativer Abgeordneter an Leib und Leben geschädigt wurde. Wer hat nicht von der Einschüchterung der Gironde durch den Pöbel bei der Verurteilung Ludwig XVI. gehört! Thatsächlich wurde aber keiner der Abgeordneten, die gegen den Tod gestimmt hatten, zunächst wirklich auch nur verwundet, während hingegen der Montagnard Lepelletier von einem alten Gardisten ermordet wurde.

begab sich nach Potsdam. Der König wollte die Deputation zuerst gar nicht empfangen. Als er erschien, las der Präsident die Adresse vor. Der König würdigte sie aber keiner Antwort, sondern drehte sich um, um fortzugehen. Da trat Johann Jacoby vor und sprach: „Majestät, wir sind nicht allein hierhergesandt, um diese Adresse zu überreichen, sondern auch die Wahrheit über die Stimmung des Landes zu berichten. Wollen Ew. Majestät uns Gehör schenken?" Der König erwiderte: „Nein" und entfernte sich. Darauf rief ihm Jacoby das berühmte Wort nach: „das ist eben das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen." Darüber entsetzten sich die Philister furchtbar; selbst Liberale machten ihm sofort und nachher auch in der Versammlung die heftigsten Vorwürfe, wie später ebenfalls unsere national-servilen Geschichtsschreiber. Der einzig wirklich halbwegs stichhaltige Vorwurf, der Jacoby gemacht werden könnte, wäre der, daß nicht er, sondern der Präsident zu sprechen befugt war. Aber darüber durfte sich Jacoby hinwegsetzen, da er wohl ahnen mochte, daß der Präsident die Würde der Versammlung gegenüber dem König nicht wahren würde. Der letztere erklärte, daß er am Ministerium festhalten werde. Die Versammlung selbst wußte offenbar nicht recht, was sie thun sollte, sie vertrödelte die nächsten Tage mit untergeordneten Dingen.

Erst am 9. November, am Tage der Erschießung Blums, erschien das neue Ministerium Brandenburg-Manteuffel-Ladenberg in der Kammer. Es kannte offenbar die Stimmung der Berliner Mittelklassen ziemlich gut, sonst hätte es nicht so lange gewartet. Graf Brandenburg verlas eine königliche Botschaft, die unter Berufung auf die natürlich sehr aufgebauschten Tumulte der letzten Zeit die Versammlung sofort vertagte und sie auf den 27. November wieder nach Brandenburg einberief. Als darauf Graf Brandenburg noch einiges hinzufügen wollte, unterbrach ihn von Unruh unter lebhaftem Beifall der Linken mit der Erklärung, er habe dem Ministerpräsidenten das Wort nicht erteilt, und fragte die Versammlung an, ob sie die Sitzung aufheben wolle. Brandenburg erklärte darauf unter gewaltiger Erregung der Versammlung, er müsse gegen jede Fortsetzung als ungesetzlich protestieren, und verließ mit den Ministern den Saal. Die Bürgerwehrmänner auf den Tribünen riefen: „Verhaften" und dies wäre freilich jetzt, wo der Konflikt da war, das einzig richtige gewesen. Aber solcher Energie war die Versammlung nicht fähig, die Mit-

glieder der Rechten folgten den Ministern. Die Versammlung beschloß die Beratungen fortzusetzen und erklärte das Verfahren des Ministeriums als eine schwere Pflichtverletzung gegen die Krone und das Land. Darauf ging die Versammlung ruhig auseinander und ließ also dem Gegner volle Handlungsfreiheit. Freilich war die Rechtsfrage vielleicht zweifelhaft. Faktisch aber war wenigstens die Verlegung der Versammlung eine Gewaltmaßregel, die als eine Kopie des österreichischen Verfahrens die schlimmsten Befürchtungen erwecken mußte. Das Ministerium ließ aber immerhin, um das Einrücken der Truppen zu entschuldigen, noch ein Zwischenspiel vorausgehen. Es ließ bei der Bürgerwehr anfragen, ob sie bereit sei, die Versammlung aufzulösen oder keinem Mitglied den Eintritt ins Lokal zu gestatten. Natürlich wies der Kommandant Rimpler dies ab. Am 10. um 5 Uhr morgens kam die Versammlung wiederum zusammen. Die Bürgerwehr erklärte, den Schutz der Versammlung zu übernehmen. Die Arbeiter boten, die letzten Zwistigkeiten vergessend, gleichfalls ihre Hülfe an. Aber die Mehrheit der Versammlung konnte sich nicht zu energischen Maßregeln entschließen. Herr v. Unruh erklärte: „Ich bin der Meinung, daß hier nur passiver Widerstand geleistet werden könne", und an dieses seither tausendfach wiederholte Schlagwort klammerte sich in der That die Versammlung. Herr v. Unruh zeigte sich durch seine Haltung schon damals zum Nationalliberalismus reif, dem er nachher angehörte. Auch andere, wie Temme, rieten übrigens vom Widerstand ab. Waldeck erklärte, er wisse nichts von militärischen Dingen.

Am Nachmittag, den 10., rückten dann die Truppen, 20 000 Mann stark, ein, ohne den geringsten Widerstand zu finden. Die witzigen Berliner Jungen riefen ihnen zu: „Reiten Sie unser schönes Gras nicht nieder". Die Truppen umschlossen die Bürgerwehr und Wrangel antwortete dem Kommandanten Rimpler, der erklärte, die Bürgerwehr sei entschlossen, die Freiheit des Volkes, die Würde der Nationalversammlung zu schützen, und würde nur der Gewalt weichen: „Sagen Sie Ihrer Bürgerwehr, die Gewalt wäre nun da, ich werde mit den Truppen für die Ordnung einstehen. Die Versammlung wird binnen 15 Minuten den Sitzungssaal verlassen und dann wird auch die Bürgerwehr abziehen". Und in der That fügte sich die Versammlung ohne weiteres, abgesehen von einem nichtssagenden Protest, statt wenigstens die Gewalt zum äußersten schreiten

zu lassen. Paarweise schritten die Abgeordneten, v. Unruh und Rimpler voran, die Freitreppe hinunter und gingen davon, wie schlechte Bediente, die man aus dem Hause jagt. Auch die Bürgerwehr verschwand. Ein großer Teil der Spießbürger billigte diese Lösung; sie hatten jetzt wieder Ruhe und die famose Parole der Spießbürger: „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht" ist ja in Berlin entstanden. Freilich schien es am 12. noch zu einem Kampfe kommen zu wollen, während die Versammlung, deren Mitglieder man einfach nicht mehr ins Schauspielhaus hineingelassen hatte, im Schützenhaus tagte. Allein v. Unruh beschwichtigte die Menge. Am Abend wurde dann Berlin in Belagerungszustand erklärt. Alle Klubs und Vereine wurden aufgelöst, die demokratischen Blätter unterdrückt. Während am 11. der König eine Proklamation erlassen hatte, erklärte am 17. die Nationalversammlung den Belagerungszustand als ungesetzlich und ließ diese Erklärung an den Straßenecken anschlagen. Aber da die Bürgerwehr sich ruhig auflösen und entwaffnen ließ, war der passive Widerstand der Versammlung nur leeres Gerede. Was konnte es helfen, wenn die Versammlung am 13. November eine Denkschrift genehmigte und später veröffentlichen ließ, worin sie, gestützt auf eine Reihe von Erwägungsgründen, das Verfahren des Ministeriums als Hochverrat erklärte und den Staatsanwalt aufforderte, in dieser Sache seine Pflicht zu thun. Die Versammlung hatte nicht einmal mehr eine bleibende Stätte, sie mußte von Lokal zu Lokal wandern und wurde jedesmal wieder durch Soldaten auseinandergesprengt. Am 15. November kam die Versammlung, noch 226 Mann stark, nochmals im Hotel Mielentz zusammen. Schulze-Delitzsch und einige andere beantragten, das Ministerium sei nicht berechtigt Steuern zu erheben, so lange die Versammlung in Berlin nicht ungestört ihre Beratungen fortsetzen könne. Während der Debatte erschien aber der Major Herwarth v. Bittenfeld, der also seine später in den Kriegen von 1864 und 1866 so bekannt gewordene Laufbahn als Werkzeug des Staatsstreichs begann, und erklärte, er habe Befehl, Gewalt zu gebrauchen, wenn die Versammlung nicht gutwillig auseinandergehe. Der Präsident wollte wieder nachgeben, aber Waldeck rief zornig aus: „So holen Sie Ihre Bajonette und stechen Sie uns nieder. Ein Landesverräter, der den Saal verläßt." Hierauf verließ der Major den Saal für einen Augenblick, und in dieser Zeit faßte die Versammlung den Steuerverweigerungsbeschluß

und ging dann auseinander. Auch die Zentralgewalt bestrebte sich, wieder einmal in dieser Angelegenheit ihre Ohnmacht zu dokumentieren. Das Reichsministerium sandte als Reichskommissäre die Abgeordneten Simson, Hergenhahn und Bassermann nach Berlin, und das Frankfurter Parlament faßte Beschlüsse gegen die Verlegung der Versammlung und gegen das neue Ministerium. Aber dieses letztere lehnte die Vermittlung der Kommissäre als eine Einmischung in innere Angelegenheiten Preußens ab, und der schlotternde Philister Bassermann erklärte, als er in Frankfurt Bericht erstattete, am 18. November: „Ich sah hier (in Berlin) Gestalten die Straßen bevölkern, die ich nicht schildern will.“ Seither haben sich die „Bassermannschen Gestalten“ in der deutschen Sprache eingebürgert.*) Auch der Apostat Jordan-Berlin und Vincke sprachen für die preußische Regierung. Indessen protestierten andere preußische Mitglieder energisch. Immerhin beschloß das Parlament am 20. November, die Zentralgewalt aufzufordern, auf die Ernennung eines Ministeriums hinzuwirken, welches das Vertrauen des Landes besitze, und erklärte, daß es die dem preußischen Volke gewährten und verheißenen Rechte und Freiheiten schützen werde, bezeichnete aber gleichzeitig den Steuerverweigerungsbeschluß als null und nichtig. Am 27. November wurde in der That die Versammlung in Brandenburg wieder eröffnet. Ein Teil der Linken trat wieder ein, aber bald verließen wieder eine Anzahl Mitglieder die Versammlung und machten sie beschlußunfähig. Da erklärte am 5. Dezember eine Kabinetsordre die Versammlung als aufgelöst und oktroyirte eine Verfassung „in möglichster Berücksichtigung der von gewählten Vertretern des Volkes ausgegangenen Vorarbeiten“, aber auch vorbehaltlich der Revision derselben im ordentlichen Wege der Gesetzgebung. Natürlich wurde von reaktionärer und „gemäßigter“ Seite alle Schmach auf die Vereinbarungsversammlung geworfen und dieselbe trotz ihrer sehr zahmen Opposition als republikanisch und revolutionär verschrieen. Demgegenüber wies ein rheinländischer Abgeordneter treffend darauf hin, daß sich unter der Mehrheit vom

*) Varnhagen schrieb mit massiver Entrüstung: „Schändlicher, lügenhafter Bericht Bassermanns in Frankfurt a. M. über den Zustand Berlins, was er in den Straßen gesehen, vor und bei dem Belagerungsstand, erst Gestalten, die ihn erschreckten, dann bessere Leute mit frohen Gesichtern. Der feige Hoffschmeichler, der Ministerlakai! Daß Berlin auch vorher ruhig war, muß er gestehen; die Schreckgestalten sind ein Gespenst, die frohen Gesichter eine Lüge.“

9. November 4 ehemalige Minister, 3 Oberlandesgerichtspräsidenten, 26 Geistliche, 5 Landes- und Stadtgerichtsdirektoren, 2 Professoren und 49 Räte der Justiz und Verwaltung befanden. Die Verfassung sah sehr freisinnig aus, sie nahm in der That viel aus dem Entwurf der Versammlung, der sogenannten „Charte Waldeck", mit hinüber. Da fanden sich allerlei schöne Dinge, so Rechtsgleichheit ohne Standesvorrechte, Gewährleistung der persönlichen Freiheit, Unverletzlichkeit der Wohnung, Beschlagnahme von Briefen und Papieren nur auf richterlichen Befehl, Freiheit des religiösen Bekenntnisses, Zivilehe, Recht auf allgemeine Volksbildung, unentgeltlicher Volksschulunterricht, Preß-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, Verbot der Stiftung und Beseitigung bestehender Fideikommisse (mit gewissen Beschränkungen), Teilbarkeit des Grundeigentums und Ablösbarkeit der Grundlasten, Ministerverantwortlichkeit, jährliche Berufung der Kammern, Oeffentlichkeit der Sitzungen, Schwurgerichte für schwere und politische Verbrechen und für Preßvergehen, keine Bevorzugung bei Steuern, selbständige Gemeindeverwaltung mit Einschluß der Ortspolizei usw. Das waren sehr wesentliche Errungenschaften, und der Preuße unserer Tage wird es sich nur mit Beschämung eingestehen können, wie viele derselben seither wieder verloren gegangen sind. Aber die Verfassung war eine oktroyirte, ein Geschenk der königlichen Gnade, das wieder zurückgenommen oder verkümmert werden konnte. Sie war nicht durch freie Vereinbarung mit der Volksvertretung zustande gekommen. Und dann schaute der Pferdefuß der kommenden Reaktion überall deutlich hervor. Zunächst war das Zweikammersystem eingeführt, das man überall auf dem Festland England sklavisch nachgeahmt, als ob nicht, wenigstens in der Monarchie, nur zu viel Garantieen gegen eine Ueberstürzung in der Gesetzgebung vorhanden wären, zumal in Deutschland, wo Militär und Adel eine so große Rolle spielen. Die Wahlart wurde durch besondere Verordnungen geregelt. Die erste Kammer sollte vorläufig nach einem Census, später durch Provinzial-, Bezirks- und Kreisvertreter gewählt werden. Für die zweite Kammer war jeder selbständige Preuße Wähler, die Wahlart aber natürlich wieder indirekt. Gleichzeitig aber war zu den Artikeln 63 und 67 ausdrücklich angemerkt, bei der Revision der Verfassung bleibe zu erwägen, ob ein Teil der Mitglieder der ersten Kammer vom König zu ernennen und ob für die zweite Kammer nicht ein anderer Wahl-

modus, namentlich der der Einteilung nach bestimmten Klassen für Stadt und Land, vorzuziehen wäre, denn das allgemein gleiche Wahlrecht war natürlich der schnörkelhaften Romantik des Königs zu einfach und den Junkern vollends ein Gräuel. Jene Revision aber — und das war vielleicht das bedenklichste — sollte nach Art. 112 „sofort nach dem ersten Zusammentritt der Kammern" vorgenommen werden, und daß sie nicht in freisinnigem Geiste erfolgen werde, war jedem Unbefangenen von vornherein klar. „Außerdem öffnete", wie selbst Flathe sagt, „derselbe Akt, welcher das Thor der Revolution schloß, dasjenige der Reaktion durch das von dem Könige vorbehaltene Recht (Art. 105) in Abwesenheit der Kammern unter Verantwortlichkeit des Gesamtministeriums und nachträglicher Genehmigung durch die Kammern für dringende Fälle Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen". Und Friedrich Wilhelm hatte die Verfassung nicht aus innerer Ueberzeugung gegeben, sondern nur, weil die Reaktion jetzt noch nicht zu plump dreinfahren konnte. An Bunsen schrieb er damals selbst: „Die Verfassung giebt mir ein wenig Bauchweh, weil sie eigentlich schlecht ist."

Uebrigens hatte sich das Land doch nicht überall so willig in den Gewaltstreich gegen die Vereinbarungsversammlung gefügt. Es kam an mehreren Orten zu Unruhen, namentlich in Erfurt, wo sogar am 21. November ein Straßenkampf zwischen Demokraten und Militär stattfand. Die Demokraten in Köln, deren Leiter Karl Marx war, erließen einen Aufruf zum bewaffneten Widerstand gegen gewaltsame Steuereintreibung, und in Düsseldorf that Lassalle ein Gleiches. Die „Neue Rheinische Zeitung", deren Chefredakteur Carl Marx und deren Mitarbeiter Engels und Freiligrath waren, stellte sich offen auf den Boden der Revolution und wies nach, daß auch der kontrerevolutionäre Boden revolutionär und die Steuereintreibung ungesetzlich sei.*) Dahlmann aber gebrauchte in einer großen Rede, die er

*) Es ist bemerkenswert, daß gerade die Begründer der deutschen Arbeiterbewegung, Marx und Lassalle, am entschiedensten zum Widerstand aufforderten. Beide wurden dafür prozessiert, aber auch den Vertretern des „passiven Widerstandes" ging es später nicht besser. Schulze-Delitzsch und 41 andere Abgeordnete der Versammlung wurden wegen ihrer Steuerverweigerungs-Proklamationen an die Wähler im April 1850 vor die Geschworenen gestellt, aber alle wurden freigesprochen mit Ausnahme von Lothar Bucher, der mit 15 Monaten Festungshaft und mit Entziehung

am 14. Dezember in Frankfurt zu Gunsten des absoluten Vetos hielt, das selbst von Treitschke als „unselig" bezeichnete Wort von der „rettenden Thai" des preußischen Königs, und die Reaktionäre beeilten sich natürlich, dem neuen Ministerium diesen Ehrentitel zu vindizieren.

der Nationalkokarde, d. h. des Wahlrechts, bestraft wurde. Er floh nach England und hat sich, wie wir wissen, mit seinem damaligen Gegner Bismarck später vortrefflich vertragen.

Die deutsche Reichsverfassung.

Während das Schicksal Deutschlands sich in Wien und Berlin entschied, debattierten die Frankfurter Gelehrten über theoretische Fragen, ohne sich um die Dinge der wirklichen Welt viel zu kümmern*). Scharf, aber zutreffend sagt Pfau: Die Männer der Thal „wurden von der Sippschaft jener unversehrbaren Kautschukmänner überstimmt, die später als Gothaer und dann als Nationalliberale nach jedem offiziellen Fußtritt in alter Geschmeidigkeit wieder aufstanden und deren Charakterlosigkeit zum Fluche der deutschen Nation geworden ist". Und Herwegh sang damals mit sehr unfeinem, aber nicht unwitzigem Spott:

Umringt von Feindeslagern,
Die Gänse giga — gagern,
Im Parla — Parla — Parlament
Das Reden nimmt kein End.

Aeußerlich lag, da die Gesinnung Friedrich Wilhelms nur den Eingeweihten bekannt war, der Schwerpunkt der ganzen deutschen Frage im Verhältnis Deutschlands zu Oesterreich. Das Wiedererstarken Oesterreichs machte sich alsbald auch in Frankfurt in fühlbarster Weise geltend. Mit Recht schrieb selbst Bunsen, als der Kampf in Ungarn begann, in sein Tagebuch: „In Ungarn wird ein Kampf gekämpft, wobei der Sieg der Deutschen leicht die Sklaverei Deutschlands werden kann, nicht auf lange, aber für dieses Geschlecht." In jenen Tagen, als Schwarzenberg durch das Programm von Kremsier den

*) Wegen äußerer Umstände hatte die Versammlung vom 6. November bis 11. Januar ihre Sitzungen in die deutsch-reformierte Kirche verlegt.

Willen bekundete, Oesterreichs Staatseinheit neu zu begründen und doch mit dem deutschen Teile bei Deutschland zu verbleiben, sagte am 30. November der österreichische Abgeordnete Graf Deym, Oesterreich könne und wolle sich von seinen nichtdeutschen Provinzen nicht trennen und werde von den Beschlüssen des Frankfurter Parlaments nur annehmen, was ihm passe. Er wagte es einmal offen die Frage als eine Machtfrage zu behandeln und erklärte den Anschluß Oesterreichs an Deutschland als unstaatsmännisch*). „Wenn Sie wirklich etwas erreichen wollen, so bleibt Ihnen nichts übrig, als ein Heer aufzustellen; gehen Sie diesen Weg, nehmen Sie, erobern Sie Oesterreich." Es war nutzlos, wenn auch begreiflich, daß Raveaux hierauf der Entrüstung der Versammlung lebhaften Ausdruck gab, von Intriguen sprach und die Oesterreicher fragte, warum sie eigentlich nach Frankfurt gekommen seien: „Kamt ihr", so rief er aus, „um die Zügel der Regierung Deutschlands in die Hand zu nehmen? — Man muß glauben, daß man nur deswegen uns einen österreichischen Prinzen an die Spitze stellte, um das österreichische Interesse zu wahren." Nach diesen Aufklärungen begann nun doch auch das Zentrum einzusehen, wie schlecht es selbst bis jetzt für Verwirklichung seiner Ideen gesorgt hatte. Die beiden Beseler setzten den Rücktritt Schmerlings durch. Schmerling ging nach Olmütz und warnte Schwarzenberg vor zu großer Offenherzigkeit. Er kam wieder als kaiserlicher Bevollmächtigter bei der Zentralgewalt und konnte nun um so ungenierter für die Zwecke seiner Regierung intriguiren. Schwarzenberg aber erklärte gleichzeitig, Oesterreich denke nicht daran, sein Recht und seine Stellung in Deutschland aufzugeben, noch in Frankfurt über sich absprechen zu lassen. Der Reichsverweser berief am 16. Dezember Gagern zum Nachfolger Schmerlings, was schon längst logisch gewesen wäre, da Gagern einmal das Vertrauen der Mehrheit besaß. An seiner Stelle wurde Simson aus Königsberg zum Präsidenten der Versammlung gewählt. Die Oesterreicher aber schieden nicht aus der Versammlung aus, wie es doch eigentlich der Anstand erfordert hätte.

Am 18. Dezember legte Gagern sein Programm vor. Er betonte, daß der Reichstag in Kremsier das Schwarzenbergsche Programm gebilligt und daß auch die große Mehrheit der Deutsch-Oesterreicher

*) Es handelte sich dabei um einen höchst anstößigen Wahlerlaß des mährisch-schlesischen Landesguberniums.

damit einverstanden sei. Da nun die Einheit Oesterreichs gewahrt werden solle, so könne nach den Beschlüssen der Versammlung Oesterreich nicht in den Bundesstaat eintreten und die Verfassung des letzteren könne nicht Gegenstand der Unterhandlung mit Oesterreich sein. Hingegen solle das Bundesverhältnis Deutschlands im allgemeinen aufrecht erhalten werden. Es sei aber durch eine besondere Unionsakte zu ordnen. Gagern kam also auf seinen Antrag vom Oktober zurück, er befürwortete wiederum die Idee des engeren und weiteren Bundes. In der That war dies die einzige Möglichkeit, Oesterreich in irgend welchem Verbande mit Deutschland zu erhalten und doch einen festen Bundesstaat zu begründen, falls man nicht den Rat des Grafen Deym befolgen wollte. Aber freilich war dann dieser Bundesstaat immer ein Rumpf und umfaßte nicht ganz Deutschland.

In den Debatten hierüber zeichnete sich die veränderte Stellung der Parteien deutlich ab. Die Erbkaiserpartei, eine Zeitlang zurückgedrängt, machte immer mehr Proselyten. Die Linke aber, ohnehin erbittert über einige gegen sie gerichtete Beschlüsse der Versammlung, mußte naturgemäß von den Freunden der preußischen Spitze sich desto mehr entfernen, je näher die Kaiseridee, welche sie verwarf, ihrer Verwirklichung rückte. Venedey z. B. erklärte sich entrüstet sogar gegen eine Verhandlung des Gagernschen Programms. Vielleicht spekulierten auch manche noch immer auf den Zerfall Oesterreichs. Die Linke suchte nun Fühlung mit den Oesterreichern und den Klerikalen, und so stellte sich die neue „großdeutsche Partei", allerdings in ihren positiven Bestrebungen uneinig, der „kleindeutschen", welche die preußische Hegemonie anstrebte, entgegen*). Es gelang der Linken übrigens in dieser Zeit auch die Publizierung der Grundrechte durchzusetzen, die am 28. Dezember erfolgte. Das Gagernsche Programm aber wurde in die Abteilungen verwiesen und Venedey hatte für den neugebildeten Ausschuß darüber Bericht zu erstatten. Natürlich that er es in ablehnendem Sinne. In der Verhandlung, die am 4. Januar 1849 begann, sprachen besonders Jordan und der Reichsfinanzminister Beckerath für das Gagernsche Programm, und letzterer kennzeichnete die Situation mit dem treffenden Wort: „Das Warten auf Oesterreich ist das Sterben der deutschen Einheit." Am 13. Januar

*) Bei der Wahl des Ausschusses für das Gagernsche Programm erfocht die neue Koalition schon einen Sieg.

wurde das Gagernsche Programm mit 261 gegen 224 Stimmen angenommen. Allein bei der Verhandlung über das Reichsoberhaupt brach der Kampf von neuem aus. Es wurden verschiedene Vorschläge gemacht, u. a. die Wählbarkeit jedes Deutschen, die der Abgeordnete Schüler Jena mit den bedeutsamen Worten verteidigte: „Wir wollen eine Macht schaffen, die wir haben, nicht eine Macht, die uns hat.“ (Bismarck hat hingegen später eine Macht geschaffen, der das Volk sich beugte, nicht eine solche, die sich dem Volke beugte.) Ferner ein Turnus (d. h. ein regelmäßiger Wechsel in der Reichsoberhauptswürde), oder ein Direktorium von fünf Gliedern, Lösungen, die derselbe Schüler mit dem Wort abfertigte, dieses sei die Anarchie nebeneinander, jener die Anarchie nacheinander. Welcker, einer der eifrigsten Großdeutschen, wollte sogar Turnus und Direktorium so miteinander verbinden, daß Oesterreich und Preußen von 6 zu 6 Jahren abwechselten und im Verhinderungsfall des einen der beiden Herrscher dieser Länder des andern Reichsverweser sein sollte. Am 19. Januar wurde dann der Ausschußantrag: „Die Würde des Reichsoberhaupts wird einem der regierenden deutschen Fürsten übertragen“ mit 258 gegen 211 Stimmen angenommen, aber damit die Erblichkeit der Kaiserwürde noch nicht entschieden. Darüber kam es am 22. Januar nochmals zu einer sehr interessanten Erörterung. Der Württemberger Rümelin berief sich auf seinen Landsmann Pfizer und empfahl die preußische Spitze. Er protestierte gegen den Vorwurf einer Teilung Deutschlands und sagte im Hinblick auf Oesterreich: „Ich würde mir lieber einen Arm abhauen lassen und einarmig durch die Welt gehen, als zwei gesunde Arme haben, von denen der eine auch noch einer zweiten Person angewachsen ist, die das gleiche Recht hätte, sich desselben zu bedienen wie ich.“ Dahlmann erklärte, die Erblichkeit zu verteidigen komme ihm vor, wie wenn er es übernommen hätte, eine Lobrede auf das Einmaleins zu halten. Ganz anders sprach Uhland. Er deutete, ohne einen Namen zu nennen, an, man hätte im Anfang der Bewegung Gagern zum Reichsoberhaupt wählen sollen. Er schloß mit den berühmten Worten: „Es wird kein Haupt über Deutschland leuchten, das nicht mit einem vollen Tropfen demokratischen Oeles gesalbt ist.“*) Am 23. Januar

*) Uhland war freilich ein schlechter Prophet; denn ein mit solchem Oel gesalbtes Haupt ist bis jetzt nicht erschienen. Wird es je erscheinen?

wurde die Erblichkeit mit 263 gegen 211 Stimmen verworfen, also hatten wohl gerade die Oesterreicher den Ausschlag gegeben. Gagern hatte unterdessen, durch den vielfachen Widerstand erschreckt, Vollmacht verlangt und erhalten, den Weg der Verständigung mit Oesterreich zu betreten. Und bei dieser Gelegenheit hatten 60 österreichische Abgeordnete feierlich gegen den Ausschluß Deutsch-Oesterreichs protestiert und erklärt, kein Beschluß würde sie vermögen, aus der Versammlung auszuscheiden. Der Kaisertitel wurde allerdings in jener Sitzung vom 23. angenommen.

Die Erbkaiserpartei aber hatte, ganz abgesehen von den Schwierigkeiten im Parlament selbst und mit Oesterreich, die Rechnung ohne den Wirt gemacht, d. h. ohne das zu wählende Reichsoberhaupt selbst, denn dieses wollte von der Ehre, die ihm zugedacht war, nichts wissen. Bunsen hatte ihm geschrieben: „Sie wollen die Zustimmung der Fürsten, gut und recht, die sollen Sie haben.“ Darauf antwortete der König am 13. Dezember in einem Briefe, der höchst charakteristisch für die Anschauungen, aber auch für die sehr wenig vornehme Ausdrucksweise des geistreichsten Zollern seit Friedrich dem Großen ist. Er schrieb darin u. a.: „Ich will weder die Zustimmung der Fürsten zu der Wahl noch die Krone. — Die Krone ist erstlich keine Krone. Die Krone, die ein Hohenzoller nehmen dürfte, wenn die Umstände es möglich machen könnten, ist keine, die eine, wenn auch mit fürstlicher Zustimmung eingesetzte, aber in die revolutionäre Saat geschossene Versammlung macht, sondern eine, die den Stempel Gottes trägt, die den, dem sie aufgesetzt wird, nach der heiligen Oelung „von Gottes Gnaden“ macht, weil und wie sie mehr denn 34 Fürsten zu Königen der Deutschen von Gottes Gnaden gemacht und den letzten immer der alten Reihe gesellt. Die Krone, die die Ottonen, die Hohenstaufen, die Habsburger getragen, kann natürlich ein Hohenzoller tragen; sie ehrt ihn überschwänglich mit tausendjährigem Glanze. Die aber, die Sie leider meinen, verunehrt überschwänglich mit ihrem Ludergeruch der Revolution von 1848, der albernsten, dümmsten, schlechtesten — wenn auch gottlob nicht bösesten dieses Jahrhunderts. Einen solchen imaginären Reif, aus Dreck und Letten gebacken, soll ein legitimer König von Preußen sich geben lassen. Soll die tausendjährige Krone deutscher Nation, die 42 Jahre geruht, einmal wieder vergeben werden, so bin ich es, und meines

Gleichen, die sie vergeben werden. Und wehe dem, der sich anmaßt, was ihm nicht zukommt."

Der König war also nicht bloß, wie wir früher sahen, ein Großdeutscher, sondern er hatte auch einen unüberwindlichen Abscheu vor allem, was nur entfernt mit der Revolution oder dem, was ihm sein an Verfolgungswahnsinn grenzender Geisteszustand als solche erscheinen ließ, in Beziehung stand. Und demgemäß handelte er auch. Er beschwor Oesterreich durch einen nach Olmütz gesandten Flügeladjutanten, Grafen Brühl, nicht aus dem Bunde auszutreten. Schwarzenberg, der seinen Mann kannte, schlug dem König gegenüber einen ziemlich hohen Ton an und rückte bei einem zweiten Besuch Brühls mit einem Programm heraus, wonach Deutschland in sechs Kreise geteilt werden sollte, wovon Oesterreichs sämtliche Länder einen, die übrigen Teile Deutschlands mit je einem Königreich an der Spitze die anderen fünf bilden sollten. Gegen das Parlament müsse man ein Truppenkorps bei Frankfurt aufstellen. Brühl brachte am 8. Januar die vollständige Zustimmung des Königs. Der Minister des Auswärtigen (er hieß damals wie heute v. Bülow) stand hingegen wesentlich auf dem Standpunkt der kleindeutschen Partei. Er und Bunsen, den man von London hatte kommen lassen, kritisirten den Vorschlag Schwarzenbergs scharf und entwarfen ein Rundschreiben an die deutschen Höfe, das den Gedanken des engeren und weiteren Bundes entwickeln sollte. Bunsen bestürmte den König dringend, dieses Zirkular zu genehmigen, hatte aber, wie es scheint, zunächst keinen Erfolg. Am folgenden Tage hielt er in Anwesenheit der Grafen Brandenburg und Canitz dem Könige nochmals darüber Vortrag. Dieser fragte ihn, ob er die Zirkularnote billige, und als Bunsen natürlich bejahte, sagte er zum Grafen Brandenburg: „Nun, so lassen Sie sie abgehen, nur daß deshalb die Verhandlungen mit Oesterreich nicht abgebrochen werden". Als dann die drei unter sich waren, sagte der Graf Brandenburg ziemlich respektwidrig: „Des Herrn Kopf ist anders organisiert, als der eines anderen Menschen; weshalb hat er sich so lange gesträubt und weshalb unmittelbar nachher auf einmal nachgegeben?" Eine kleine Scene, welche die politische Befähigung des Königs und die Beurteilung, die dieselbe durch seine Umgebung erfuhr, trefflich kennzeichnet! Am 23. Januar erließ dann Preußen wirklich eine Note an die deutschen Regierungen, worin der Wunsch ausgesprochen war, daß Oesterreich sich an den

deutschen Dingen beteilige. Wolle es dies aber nicht, so könne es auch gegen einen engeren Bundesstaat nichts einwenden. Die Regierungen sollten sich über die bisher angenommenen Artikel der Reichsverfassung äußern. Der Nationalversammlung wurde geraten, auf die Wünsche der Einzelregierungen zu hören; denn ohne deren freie Zustimmung werde Preußen keine ihm angebotene Stellung annehmen. Die Aufrichtung einer neuen Kaiserwürde sei nicht notwendig und würde der Einigung wesentliche Hindernisse in den Weg legen. Obgleich diese sonderbare Note in ihrem zweiten Teile die im ersten Teile angedeutete Annäherung an die kleindeutsche Partei wieder aufhob, war Schwarzenberg doch über dieselbe sehr entrüstet. Am 4. Februar erließ er eine Erklärung, die Schmerling am 8. Februar in Frankfurt mitteilte. Dieselbe verwarf den engeren Bundesstaat, der mit dem unitarischen Staat identisch sei. Oesterreich, die „erste deutsche Macht", würde dadurch ausgeschlossen und das sei eine Zerreißung Deutschlands. Gegen eine Unterordnung unter eine von einem Fürsten geübte Zentralgewalt verwahre sich der Kaiser und seine Regierung aufs feierlichste. Damit wußte man in Frankfurt, woran man war. Von den Regierungen sprachen sich die kleinern allerdings mit vielen Abänderungsvorschlägen für die Kaiseridee aus, die Königreiche aber dagegen. Die Linke aber schloß nun am 14. Februar ein bestimmtes Bündnis mit den Großdeutschen und Klerikalen. „Für jeden Zoll Volksfreiheit", erklärte Carl Vogt, „verhandle ich einen Zoll vom Oberhaupte, man sichere uns nur freies Wahlgesetz und ich willige in den Kauf".

Aber die Anmaßung Schwarzenbergs schlug dem Faß den Boden aus. Der Reichstag zu Kremsier hatte indessen ein idyllisches Dasein fortgeführt und noch naiver als das Frankfurter Parlament sich mit akademischen Erörterungen über eine Verfassung, deren Verwirklichung von vornherein höchst problematisch war, beschäftigt. Natürlich mußten hier wieder Grundrechte entworfen werden, in denen auch die Volkssouveränität als leitender Grundsatz aufgestellt wurde. Im Verfassungsentwurf des Ausschusses wurde dem Kaiser nur ein aufschiebendes Veto zugestanden. Am 1. März hatte der Ausschuß seinen Entwurf vollendet. Aber das Ministerium konnte sich mit dem Reichstage nicht einigen*), und sogar die Tschechen, die mit Recht fürchteten,

*) Besonderes Aufsehen erregte der Fall des Bauernabgeordneten Keim, den Schwarzenberg, weil er gegen letzteren in seinen eigenen Herrschaften gesiegt, wegen

nachher betrogen zu werden, suchten die Verfassung rasch unter Dach und Fach zu bringen. Allein längst ließen die Lorbeeren von Berlin den Adel, den Klerus und das Militär nicht schlafen. Hatten die preußischen Minister Schwarzenberg die Verlegung der Volksvertretung in ein Landstädtchen abgesehen, so mußten nun die Oesterreicher von jenen die Oktroyirung kopieren. Die vorübergehenden Erfolge der Oesterreicher in Ungarn bestärkten die Machthaber in diesem Vorhaben. Am 6. März legte Stadion einer Versammlung der Rechten und des Zentrums den Entwurf einer oktroyirten Verfassung vor. Aber selbst hier stieß er auf heftigen Widerspruch. Er versprach, sich im Ministerrat für Aufschub zu verwenden. Am andern Tage aber war der Sitzungssaal von Militär gesperrt und an den Straßenecken eine Proklamation angeschlagen, worin die Auflösung des Reichstags und die Oktroyirung einer vom 4. März datierten Gesamtstaatsverfassung verkündet wurde. Die Abgeordneten reisten ab,*) da sie vollständig ohnmächtig waren. 33 Mitglieder erließen noch eine Verwahrung gegen die in jenen Proklamationen gegen den Reichstag gemachten Vorwürfe. Die Slaven waren aber wirklich die Düpierten. Gegen den radikalen Teil der Tschechen wußte man sich mit Verhaftungen und Belagerungszustand zu helfen. Serbien und Kroatien ging es ähnlich. Jene Verfassung selbst enthielt alle gewöhnlichen konstitutionellen Errungenschaften; aber dies war nur Flunkerei, ebenso wie die angebliche Aufrechterhaltung der ungarischen Verfassung, die thatsächlich aufgehoben wurde. Die Hauptsache war, daß Oesterreich durch die neue Verfassung zu einem zentralisierten Einheitsstaat umgestaltet werden sollte, was mit den Plänen derer, die das Verbleiben der deutschen Reichshälfte in Deutschland wollten, durchaus unvereinbar war.

Die Nachricht von dieser Proklamation schlug nun wie eine Bombe in Frankfurt ein, denn die Gesamtstaatsverfassung schloß definitiv einen Eintritt Deutsch-Oesterreichs in den Bundesstaat aus. Unter dem frischen Eindruck der neuen Herausforderung stellte Welcker, der bisher einer der eifrigsten Großdeutschen gewesen war, einen

angeblicher Majestätsbeleidigung aus niedriger Rachsucht verklagen ließ. Der Reichstag verweigerte seine Auslieferung nach heftiger Debatte, wobei die polnischen Bauern mit der Linken stimmten.

*) Einige wurden auch verfolgt, so Kudlich und Violand, deren abenteuerliche Flucht ersterer anziehend geschildert hat. Kudlich ging dann nach Sachsen, der Pfalz und Baden.

dringlichen Antrag, dessen Quintessenz in folgendem bestand: die gesamte deutsche Reichsverfassung wird nach den Beschlüssen der ersten Lesung en bloc angenommen, künftige Verbesserungen werden dem Reichstag vorbehalten und dem König von Preußen wird die erbliche Kaiserwürde übertragen. Oesterreich solle der Eintritt mit seinen deutschen Ländern offengehalten werden. Dieser Antrag mußte, so schien es, noch mächtig gefördert werden durch einen Erlaß Schwarzenbergs vom 9. März, worin dieser mit einer fast naiv erscheinenden Auffassung erklärte: Oesterreich sei jetzt ein Einheitsstaat; es sei das Verhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich in der Weise zu ordnen, daß Oesterreich bei Deutschland bleiben könne. Oesterreich könne zugestehen: ein Bundesdirektorium, Einteilung des Reichs in große, durch Volkswahl in sich vertretene Körper, deren einen der ganze Kaiserstaat bilden würde, und ein von Einzelregierungen und Kammern ernanntes Staatenhaus, aus mittelbarer Wahl hervorgegangen, nicht gelähmt durch eine Volksvertretung.*) Damit wurden also die Slaven und Magyaren ebenfalls in den deutschen Bundesstaat eingeschmuggelt, das Uebergewicht Oesterreichs war entscheidend und die ganze Volksvertretung des Bundes eskamotiert. Die Entscheidung über den Antrag Welcker aber stand (so wenig konnte selbst diese unerhört freche Zumutung die Parteien im Parlamente einigen) wiederum den Oesterreichern zu. Umsonst beschworen Welcker und Riesser diese nicht gegen den Antrag des ersteren zu stimmen, aber es war alles vergebens. Am 21. März wurde der Antrag Welcker mit 283 gegen 252 Stimmen verworfen. Die Oesterreicher gaben natürlich den Ausschlag und unter ihnen befanden sich sogar 3 Welschtiroler, die erklärt hatten, Welschtirol gehöre nicht zu Deutschland. Aber noch gaben die Kleindeutschen die Hoffnung nicht auf. Sie traten mit der gemäßigten Linken in Verbindung. Diese nahm den Erbkaiser an, die Erbkaiserpartei gewährte dagegen das allgemeine Wahlrecht und das suspensive Veto. Auch die Großdeutschen stimmten für die demokratischen Forderungen, um die Reichsverfassung den Regierungen recht ungenießbar zu machen. Am 28. März wurde endlich die Reichsverfassung von den Abgeordneten unterzeichnet und in derselben Sitzung wurde Friedrich Wilhelm IV. von 290 gegen 248 Stimmen, die sich der Wahl enthielten, gewählt.

*) Die Erklärung zeichnet sich in ihren positiven Vorschlägen keineswegs durch Klarheit aus, namentlich ist die Stellung jener „Körper" zur Zentralgewalt etwas zweifelhaft.

Ein großer Teil der Linken, vor allem preußische Mitglieder derselben, hatten mit der Mehrheit gestimmt. Der Präsident Simson feierte das Ergebnis in einer Ansprache; Frankfurt und das Bürgertum von ganz Deutschland schwammen in Entzücken. Der Reichsverweser aber zeigte seinen Rücktritt an, worauf der Präsident die Thorheit beging, ihn zum Bleiben zu bewegen.

Die Reichsverfassung, die nach so viel Mühen zustande gekommen war, wahrte der Exekutive gegenüber den Einzelstaaten wie der Volksvertretung vollständig die nötigen Rechte. Die Reichsgewalt hatte die Vertretung nach Außen, das Recht über Krieg und Frieden, die Verfügung über das Heer (mit gewissen Concessionen an die Einzelstaaten) und über die Marine, die Oberaufsicht über Schifffahrtsanstalten und schiffbare Gewässer, die Oberaufsicht und das Gesetzgebungsrecht über Eisenbahnen, Landstraßen, Post- und Münzwesen. Das Reich bildet ein Zollgebiet. Der „Kaiser der Deutschen" ist unverantwortlich mit verantwortlichen Ministern. Er übt die gesetzgebende Gewalt in Gemeinschaft mit dem Reichstag. Diese besteht aus dem Staatenhaus, das zur Hälfte von den Regierungen, zur Hälfte von den Volksvertretungen der betreffenden Staaten ernannt wird*), und aus dem Volkshaus, der direkten Vertretung des Volks, die nach einem besondern gleichzeitig erlassenen Wahlgesetz aus allgemeinen direkten und geheimen Wahlen (ein Abgeordneter auf 100000 Seelen) hervorgehen sollte. Die Wahlperiode für das Staatenhaus beträgt sechs Jahre mit Erneuerung zur Hälfte je alle drei Jahre, für das Volkshaus zunächst vier, dann immer drei Jahre. Die Mitglieder des Reichstags beziehen ein Tagegeld und Entschädigung für Reisekosten. Jedes Haus hat das Recht des Gesetzesvorschlags, der Beschwerde und der Ministeranklage. Ein Reichstagsbeschluß bedarf der Zustimmung beider Häuser. Wenn derselbe Beschluß in drei unmittelbar folgenden ordentlichen Sitzungsperioden unverändert gefaßt wird, so wird er auch gegen den Widerspruch des Kaisers Gesetz (aufschiebendes Veto)**). Sonst waren die Kompetenzen die

*) Bei der Verteilung war auch Deutsch-Oesterreich noch in reichem Maße berücksichtigt, sein Beitritt also immer noch in Aussicht genommen. Bis zum Eintritt sollten die Mittel- und ein Teil der Kleinstaaten eine stärkere Vertretung im Staatenhause erhalten.

**) Diese Bestimmung befand sich bereits in der französischen Verfassung von 1791 und besteht noch jetzt in der norwegischen Verfassung, der freisinnigsten aller monarchischen Verfassungen.

gewöhnlichen einer sehr freisinnigen konstitutionellen Verfassung. Das Volkshaus kann aufgelöst werden, allein nach drei Monaten muß der Reichstag sich wieder versammeln. Die Sitzungen beider Häuser sind öffentlich. Abschnitt V handelt von den Kompetenzen des Reichsgerichts, Abschnitt VI von den Grundrechten. Zu diesen gehörten: Reichsbürgerrecht, allgemeine Freizügigkeit, Aufhebung aller Standesvorrechte, auch des Adels als eines Standes; Gleichheit vor dem Gesetz, Aufhebung aller nicht mit einem Amte verbundenen Titel; Zutritt aller Befähigten zu den öffentlichen Aemtern; gleiche Wehrpflicht; Schutz gegen willkürliche Verhaftung; Ersatzpflicht für widerrechtliche Gefangenschaft, Abschaffung der Todesstrafe (abgesehen vom Kriegs- und Seerecht), des Prangers, der Brandmarkung und der körperlichen Züchtigung; Unverletzlichkeit der Wohnung und des Briefgeheimnisses; vollständige Preßfreiheit, namentlich Beseitigung aller vorbeugenden Maßregeln; Schwurgerichte für Preßvergehen; volle Glaubens- und Gewissensfreiheit; selbständige Ordnung der Angelegenheiten der Religionsgesellschaften durch diese selbst; Civilehe und Civilstand; Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre; unentgeltlicher und obligatorischer Volksschulunterricht und unentgeltlicher Unterricht für Unbemittelte an allen öffentlichen Lehranstalten; freies Vereins-, Versammlungs- und Petitionsrecht, Teilbarkeit des Grundeigentums; Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit, der grundherrlichen Polizei und der aus dem guts- und schutzherrlichen Verbande fließenden persönlichen Abgaben und Leistungen; Aufhebung der Familienfideikommisse; keine Bevorzugungen von Ständen und Gütern in Staat und Gemeinde; Verbot der Ausnahmegerichte; öffentliches und mündliches Gerichtsverfahren; Selbstverwaltung der Gemeinden; Verfassung mit Volksvertretung und Ministerverantwortlichkeit. Im 7ten Abschnitt (Gewähr der Verfassung) war u. a. auch der Eid des Kaisers auf die Verfassung angegeben, ohne den derselbe keine Regierungsverhandlungen vornehmen kann. Ebenso haben auch die Reichsbeamten diesen Eid zu leisten und in den Bestimmungen über die Reichsgewalt war festgesetzt, daß in den Fahneneid an erster Stelle die Verpflichtung zur Treue gegen das Oberhaupt und die Verfassung aufzunehmen sei.

Diese Verfassung vernachlässigt freilich fast vollständig die in unsern Tagen so bedeutsame Sozialreform. Bei Artikel 173 (über die Besteuerung) hatten zwar Simon von Trier, Nauwerck und Roß-

mäßler versucht, das Recht auf Arbeit in die Reichsverfassung zu bringen, allein sie wurden nach langer Debatte abgewiesen. Im übrigen aber bedarf es kaum des Beweises, daß diese Verfassung, ohne der Executive ihre unbedingten Erfordernisse zu nehmen, unendlich viel freisinniger und preiswürdiger war, als das Pfuschwerk Bismarcks vom Jahre 1871, das als Non plus ultra von Staatsweisheit ausposaunt wurde. Ohne in Einzelheiten einzutreten, seien einige Hauptunterschiede zwischen der Reichsverfassung von 1849 und den heutigen Zuständen des deutschen Reiches flüchtig berührt. Allerdings hat der Kaiser heute selbst kein Veto, allein durch den Einfluß, den er im Bundesrat ausübt und der faktisch noch viel größer ist, als rechtlich, ist er Herr der Situation auch in der Gesetzgebung und kann durch Auflösungen durchdrücken, was er wünscht, durch den Widerstand des Bundesrats aber jede volkstümliche Reform auf die Dauer vereiteln. Dieser Bundesrat ist nur eine Vertretung der Regierungen und nicht der Einzelstaaten, er berät geheim. Taggelder werden im Reichstag nicht verabreicht. Verantwortlich ist im neuen Reiche von den Ministern nur der Reichskanzler, was einer faktischen Unverantwortlichkeit gleichkommt. Der Fahneneid wird nicht auf die Reichsverfassung geleistet, so daß der Kaiser das Heer vollständig zu seiner Verfügung hat, um allenfalls einen Staatsstreich zu machen und die Volksvertretung auseinanderzujagen. Der Adel wird immer noch bevorzugt, zumal beim Heer, ohne daß man auf Grund der Verfassung dagegen wirken könnte. Die Wehrpflicht ist allgemein, aber nicht gleich, und die Berechtigung zum Einjährigendienst ist oft mehr ein Privilegium des Reichtums als ein solches der Bildung. Das Titelwesen blüht, angefangen vom Reserveleutenant, üppiger als je. Die Todesstrafe wird noch von Zeit zu Zeit vollzogen. Die Preßfreiheit ist vielfach ein leerer Schall*) und die Preßvergehen werden im größten Theil Deutschlands nicht durch Schwurgerichte abgeurteilt, dank dem Absolutismus Bismarcks und der Feigheit der Nationalliberalen. Auf ein freies Vereinsrecht wartet man heute noch vergebens. Die Fideicommisse vermehren sich namentlich in Preußen. Die Militärgerichtsbarkeit, nach Art. 175 der 49er Verfassung auf militärische Verbrechen und Vergehen sowie Disziplinar-

*) Die Anwendung des „groben Unfugs", des dolus eventualis, des ambulanten Gerichtsstandes und die massenhaften Majestätsbeleidigungsprozesse illustrieren die Preßfreiheit genügend.

vergehen beschränkt, ist neuerdings noch weiter ausgedehnt worden, und auch die freisinnigere bayerische Militärstrafprozeßordnung wird dem schneidigen Großpreußentum geopfert. Die Selbstverwaltung der Gemeinden wird durch das Bestätigungsrecht der Regierung, Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher ꝛc. illusorisch gemacht. Selbst das allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht, das Bismarck im Jahre 1867 einfach kopierte, indem er auf Grund des Wahlgesetzes von 1849 den norddeutschen Reichstag wählen ließ, wird verkümmert, da die Wahlkreise nicht auf Grundlage der neuen Volkszählungen zeitgemäß abgeändert und deshalb die großen Städte eines großen Teils ihrer rechtmäßigen Vertretung beraubt werden. Außerdem wird es fortwährend durch sehr ernsthafte Angriffe der Schlot- und Krautjunker bedroht. Die Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre wird fortwährend verleugnet; Beweis das preußische Disziplinargesetz für Privatdozenten und der Fall Delbrück. Der Zutritt zu den öffentlichen Aemtern in der Justiz, beim Militär und in der Selbstverwaltung wird jedem Demokraten oder entschieden Freisinnigen möglichst erschwert.

Soviel über die Reichsverfassung! Die Hauptsache aber war nun, ob der erwählte Kaiser die Wahl auch annehmen würde. Die Eingeweihten durften sich darüber keinen Illusionen hingeben. Noch im März hatte Friedrich Wilhelm an Arndt geschrieben, die Krone von Frankfurt sei keine Krone, sondern das eiserne Halsband der Knechtschaft, wodurch er zum Leibeigenen der Revolution gemacht werden würde. Und an Beckerath schrieb er unter dem üblichen Wortschwall: Man besiege den Teufel nicht, indem man sich ihm ergebe. Beckerath und Bunsen fürchteten einen Aufstand, falls der König nicht nachgebe; aber der König glaubte einer Empörung leicht Herr werden zu können, und wie die Erfahrung zeigte, mit Recht. Immerhin ging eine Deputation von 33 Mitgliedern, an ihrer Spitze der Präsident Simson, nach Berlin, um dem König die Krone anzutragen. Am 2. April kamen sie dort an, und der Graf von Brandenburg gab ihnen wie der preußischen Kammer beruhigende Erklärungen. In der That schwankte der König im entscheidenden Augenblicke doch wieder. Er beriet sich mit den Ministern und der „Kamarilla“ über die Antwort, wobei er besonders die Zustimmung der Fürsten betonte. Bedenken gegen die Verfassung scheint zuerst niemand geäußert zu haben, und die Stimmung für Annahme über-

wog. Erst am Morgen des 3. April wußte Alvensleben einen Passus über die Revision der Verfassung einzuschmuggeln, der einer Ablehnung gleich kam. So wirkte die Antwort des Königs in der Audienz des 3. April wie eine kalte Douche. Nach einigen Komplimenten an die Adresse des Parlaments erklärte er, er könne nicht „mit Verletzung heiliger Rechte“ und „ohne das freie Einverständnis der gekrönten Häupter, Fürsten und freien Städte“ annehmen. Die Regierungen müßten jetzt in gemeinsamer Beratung prüfen, ob die Verfassung dem Einzelnen wie dem Ganzen fromme.

Das hieß so viel als eine Ablehnung, denn erstens war ein freies Einverständnis der gekrönten Häupter höchst unwahrscheinlich; zweitens war die Kaiserwahl unter der Voraussetzung erfolgt, daß der König die Verfassung en bloc annehme, und nun kündigte er eine Revision durch die Regierungen an. Namentlich die letztere Forderung war die entscheidende und schmetterte die Deputationsmitglieder ganz nieder. Diese Ablehnung war ein höchst verhängnisvoller Schritt, der jede Möglichkeit, das Einigungswerk zu vollenden, zerstörte*). Aeußerlich war die Lage Preußens sehr günstig. Das preußische Volk hätte im Fall der Annahme hinter dem König gestanden, auch die Regierungen der Mittelstaaten hätten sich dem Volkswillen anbequemt. Oesterreich freilich hätte seine Stellung wohl kaum ohne Kampf aufgegeben. Es hatte gerade dem italienischen Kriege durch den Sieg bei Novara ein Ende gemacht; aber es erlitt eben in Ungarn eine Niederlage nach der andern, und ob der Zar, der kurz darauf Oesterreich dort Hülfe leistete, auch mit Preußen angebunden hätte, bleibt doch sehr fraglich, namentlich da dann ein Einschreiten Frankreichs zu Gunsten Deutschlands zu erwarten war. So hatte Preußen also nichts zu fürchten. Aber Friedrich Wilhelm wollte als Gegner der Revolution, worunter er auch den Liberalismus verstand, und als Großdeutscher nichts von dieser Krone wissen. Immerhin schien er, wie eine Note an die Regierungen vom gleichen Tage versicherte, bereit, die provisorische Leitung von Deutschland zu übernehmen.

Am 5. April rief Schwarzenberg die österreichischen Abgeordneten aus Frankfurt ab, während der Reichsverweser blieb, um das Verfassungswerk gründlich zu verpfuschen. Die Nationalversammlung hielt am

*) Wie plötzlich diese Schwenkung erfolgte, geht u. a. daraus hervor, daß der Prinz von Preußen noch nach der Audienz nichts von diesem Passus wußte.

11. April durch eine feierliche Erklärung an der Reichsverfassung fest. Am 14. April übergaben die Vertreter von 28 Regierungen, Baden und beide Hessen an der Spitze, dem preußischen Bevollmächtigten eine Note, worin sie Kaiserwahl und Reichsverfassung anerkannten. Der König von Württemberg, der vielleicht selbst einmal auf die deutsche Krone gehofft und früher, als er den reaktionären Zumutungen Widerstand leistete, am meisten Anrecht darauf gehabt hatte, erklärte freilich dem Andringen des Ministeriums Römer und der Stände gegenüber zuerst: dem Hause Hohenzollern unterwerfe ich mich nicht. Als aber die Kammer jeden Angriff auf die Reichsverfassung als Hochverrat erklärte, als er weder in Stuttgart noch in Ludwigsburg gegen die Volksstimmung einen Rückhalt fand, da gab er am 24. April nach. Bayern freilich versagte seine Zustimmung am 23. April. Hannover und Sachsen lösten ihre Volksvertretungen auf, weil sie sich für die Reichsverfassung aussprachen. Und ein gleiches that sonderbarer Weise auch Preußen. Die Wahlen zur 2ten Kammer waren ziemlich demokratisch ausgefallen. Ende Februar war die Kammer zusammengetreten und gleich in der Adreßdebatte kam es zu sehr scharfen Redekämpfen. So beschwor z. B. der Dichter Kinkel den Schatten Blums gegen den Geist der rettenden That herauf und rief die Not, den Hunger, das Proletariat und den Volkszorn zu der Entscheidungsschlacht auf, von der Bismarck-Schönhausen gesprochen hatte. Am 21. April nahm die 2te Kammer mit 179 gegen 159 Stimmen den Antrag Rodbertus an, die Reichsverfassung als rechtsgültig zu erklären. Gegen denselben sprach wiederum Bismarck, der sagte, er wolle lieber daß Preußen Preußen bleibe, als daß der König zum Vasallen der Linken herabsteige. „Es wird als solches stets in der Lage sein, Deutschland Gesetze zu geben, nicht sie von andern zu empfangen.“ Bismarck hat allerdings später reichlich dafür gesorgt, daß Preußen Deutschland Gesetze geben konnte. Umsonst ging Beckerath nochmals nach Berlin, um den König umzustimmen; es war vergebens. Das Ministerium beschloß, sich der Kammer zu entledigen, und es fand einen bequemen Vorwand in der auf Antrag Waldeck's und Unruh's beschlossenen Aufforderung den Belagerungszustand aufzuheben. Am 27. April wurde die 2te Kammer aufgelöst. Am 28. April erfolgte dann auch die definitive Ablehnung der Kaiserwürde mit der Motivirung, daß die Verfassung mit dem suspensiven Veto und dem Wahlgesetz nur ein Mittel geworden sei die

oberste Gewalt zu Gunsten der Republik zu beseitigen. Die Auflösung der Kammer erregte ungeheuere Erregung in Berlin und anderwärts, viel mehr als der Gewaltstreich vom November. Es kam zu Zusammenstößen, bei denen einige Leute aus dem Volke getötet wurden. In Breslau fand zu Gunsten der Reichsverfassung am 7. Mai eine Erhebung statt, wobei die errichteten Barrikaden erst nach hartem Kampfe genommen wurden. Im Norden blieb hingegen alles ruhig. Die krassen Verleumdungen der Junker gegen die Demokratie, die vielfach in den schamlosesten, abgeschmacktesten und unglaublichsten Erfindungen gipfelten, (man lese z. B. das damalige Sonntagsblatt der „Kreuzzeitung"!) thaten offenbar ihre Wirkung. Nur am Rhein war die Aufregung größer. In Düsseldorf kam es am 10. Mai zu einem Barrikadenkampf. Noch härter war der Kampf in Iserlohn. An beiden Orten soll das Militär furchtbar gehaust haben. In Elberfeld weigerten sich die Landwehrleute, dem Aufgebot des Ministeriums Folge zu leisten, und es wurde alles zu energischem Widerstande vorbereitet. Aber im entscheidenden Augenblicke erfaßte die Bourgeoisie solche Furcht vor den Arbeitern, daß man deren Führer auswies; dadurch war die Bewegung gelähmt und die Barrikaden wurden ohne Kampf wieder abgerissen. In Köln beschlossen die rheinischen Gemeindeverordneten das Volk aufzufordern, an der Reichsverfassung festzuhalten und die Frankfurter Versammlung zu ersuchen, den Widerstand zu organisiren; sie verlangten außerdem die Entlassung des Ministeriums und die Einberufung der Kammer. Allein zu einer Erhebung in größerem Maßstabe kam es auch dort nicht. Am 18. Mai wurde die „Neue Rheinische Zeitung",*) das entschiedenste Organ der dortigen Demokratie, unterdrückt.

---

*) In der letzten Nummer brachte sie noch ein trotziges, drohendes Abschiedswort von Freiligrath, das mit den Worten schloß:

Wenn die letzte Krone wie Glas zerbricht,
In des Kampfes Wettern und Flammen,
Wenn das Volk sein letztes „Schuldig" spricht,
Dann stehen wir wieder zusammen!
Mit dem Wort, mit dem Schwert,
An der Donau, am Rhein —
Eine allzeit treue Gesellin,
Wird dem Throne zerschmetternden Volke sein
Die Geächtete, die Rebellin!

Waldeck wurde am 16. Mai verhaftet und ein Hochverratsprozeß gegen ihn eingeleitet, da er dem König besonders verhaßt war. Aber die gerichtliche Verhandlung förderte, wie der preußische Gymnasialdirektor Jäger sagt, „anstatt des gewünschten Hochverrats ein Buben- und Schurkenstück der Reaktion und ihrer Lakaien, Lüge, Fälschung und Spitzbubenkünste aller Art zu Tage.“ Damit begann eine nichtswürdige „Demagogenhetze“, die lange Jahre dauerte. Wenn man wie gewöhnlich keine Verschwörungen fand, so erfand man solche, ein System, das ja von der politischen Polizei aller Länder und Zeiten befolgt worden ist. Am 30. Mai aber wurde ein Wahlgesetz oktroyirt, wodurch das berüchtigte Dreiklassenwahlsystem eingeführt wurde, das Bismarck, freilich nur, solange es seinen Absichten nicht günstig war, das denkbar schlechteste aller Wahlsysteme genannt hat.

Die Erhebungen für die Reichsverfassung in Sachsen und in der Pfalz und die badische Republik.

So waren die einzelnen Versuche sich für die Reichsverfassung zu erheben, in Preußen vollständig gescheitert. Ernster war der Widerstand in Sachsen. Die republikanische Partei hatte, wie Jäger richtig bemerkt, „einen Rechtsgrund oder Vorwand, eine Legitimität, die wenigstens ebensoviel wert war, als die Legitimität so manches deutschen Fürstenhauses, die Reichsverfassung." *) In Sachsen aber überwogen die Elemente, die sich ohne Hintergedanken und ohne die „Reichsverfassung" nur als Vorwand zu benützen für diese erhoben. Die sächsischen Kammern waren sehr demokratisch und manche Mitglieder teilten nicht den üblichen Vertrauensdusel der Regierung gegenüber. So sprach der Abgeordnete Kell in der zweiten Kammer am 15. Februar 1849 das vielberufene Wort: „Die Gründe der Regierung kenne ich nicht, aber ich muß sie mißbilligen," ein Wort, das allerdings in der alten florentinischen Geschichte seine Analogie findet. Das neue Ministerium Beust-Rabenhorst, seit Ende Februar, benützte nun den Vorwand, daß die Kammern mit Steuerverweigerung drohten, um am 30. April, wie schon erwähnt, den Landtag aufzulösen und so der Anerkennung der Reichsverfassung zu entgehen.**) Die Frage der Reichsverfassung führte

*) Mit Recht fügt er hinzu: „War diese Verfassung nicht auf vollkommen rechtmäßige Weise zu Stande gekommen? In voller Ruhe, ohne allen äußeren Zwang, hatten sie die Männer beraten und beschlossen, welche das Vertrauen der Nation — mit Zustimmung und nach Anordnung der Regierungen — nach Frankfurt entsendet hatte."

**) Friedrich Wilhelm hatte an den König von Sachsen einen Adjutanten abgesandt, um ihn zur Verweigerung der Anerkennung der Reichsverfassung aufzufordern, und ihm eventuell bewaffnete Hülfe versprochen.

übrigens zu einer teilweisen Ministerkrisis, infolge deren Zschinsky ins Ministerium eintrat. Allein diese Wendung im konservativen Sinne steigerte die Erbitterung aufs höchste, Stadtverordnete, Bürgerwehr und Arbeiter, Liberale und Demokraten sympathisierten mit einander.*) Der König aber schlug die Annahme der Verfassung rund ab. Am 3. Mai setzten die Stadtverordneten einen Verteidigungsausschuß ein. Es kam beim Zeughaus zu einem Zusammentreffen, wobei durch einen Kartätschenschuß eine Anzahl Personen getöte wurde. Der Ruf nach Rache ertönte nun allgemein und überall wurden Barrikaden errichtet. Am andern Morgen (4. Mai) früh flüchtete der König mit den Ministern auf den Königstein, und gleichzeitig begann auch der Kampf. Das Militär, das die Neustadt und in der Altstadt Schloß und Zeughaus innehatte, machte keine Fortschritte. Nach der Flucht des Königs bildete sich eine Regierung von Tzschirner, Heubner und Todt, von denen aber nur der erstgenannte entschiedener Republikaner war. Von später bekannten Persönlichkeiten beteiligten sich auch der Architekt Semper (wie behauptet wird, zunächst aus Aerger über die schlechte Konstruktion einer Barrikade, wofür er dann ein wahres Meisterwerk einer solchen konstruierte), und Richard Wagner, der schon im Jahre 1848 den Wienern in einem Gedichte seine Sympathie ausgesprochen hatte. Auch die berühmte Opernsängerin Schröder-Devrient rief zum Kampfe auf. Tzschirner war der leitende Kopf der Regierung, hatte aber mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Bürgerwehr war etwas zweideutig und die Aufständischen begingen die Thorheit einen Waffenstillstand zu schließen, der nur dem Militär zu Gute kommen konnte. Wohl erhielten sie Verstärkungen von auswärts, aber lange nicht in dem Maße wie das Militär. Die Communalbehörden wollten noch vermitteln, aber Beust und Rabenhorst stellten die härtesten Bedingungen; denn inzwischen waren die Preußen gekommen, zwei preußische Infanteriebataillone und Artillerie. Am Nachmittag des 6. begann der Kampf von neuem. Die Aufständischen konnten mit ihren wenigen Geschützen gegen die feind-

*) Natürlich stellt auch hier Beust die Theorie einer lange von Fremden vorbereiteten Verschwörung auf, eine Theorie, die seit der Bartholomäusnacht in solchen Fällen immer mit dem gleichen schlechten Erfolge wiederholt wird. Hier mögen ja fremde Agitatoren vorgearbeitet haben, wie Bakunin, aber der Ausbruch selbst war, wie Born berichtet, ganz spontan.

liche Artillerie nicht aufkommen. Der Obercommandant der Aufständischen, Heinze, ließ sich am 7. Mai, teils aus Leichtsinn, teils aus Absicht, gefangen nehmen, nachher trat dann Stephan Born, der sich gerade in Dresden befand, an die Spitze; er hatte schon an den vorhergehenden Tagen mit Glück und Geschick eine Abteilung befehligt.*) Aber gegen die Uebermacht der Truppen war jeder Widerstand vergeblich. Am 7. rückten dieselben immer weiter ins Innere vor, allerdings nur unter heftigstem Widerstand. Durch die fortwährenden Hetzereien gegen die Demokraten war das Militär so fanatisirt, daß es viele nutzlose Grausamkeiten beging. So wurde sogar ein Prinz von Schwarzburg-Rudolstadt, österreichischer Offizier, der in einem Gasthof krank lag, ermordet. Der preußische Oberst von Waldersee giebt selbst zu, daß die Preußen keinen Pardon gaben, auch die Sachsen dazu überredeten, und daß die letzteren ihre Lehrer übertrafen. Zuletzt waren fast nur noch Arbeiter auf den Barrikaden. Born errang am 8. noch mehrfache Erfolge. Am 8. Mai Abends, nachdem selbst Frauen und Mädchen auf den Barrikaden gefallen waren, beschlossen die Führer den aussichtslosen Widerstand ins Erzgebirge zu verlegen. Nichtsdestoweniger mußten noch am 9. Mai einige Barrikaden gestürmt werden.**) Mit dem Fall von Dresden war aber auch der Widerstand überhaupt zu Ende. Heubner und Bakunin wurden verhaftet. Tzschirner ging nach Baden und Todt nach der Schweiz. Die Sieger hausten mit der gewöhnlichen Rachgier. Gefangene oder Wehrlose wurden getötet oder mißhandelt. Aus dem Volke fielen 178 Personen. Der gewöhnliche offizielle Lügenbericht gab den Verlust der Truppen auf 34 Tote und 36 Verwundete an, eine in Anbetracht eines Straßen- und Barrikadenkampfes geradezu lächerliche Proportion. Die Gefangenen wurden hart bestraft.***) Das Zuchthaus von Waldheim wurde geradezu in ganz Deutschland berüchtigt wegen der grausamen Strafverschärfungen,

*) Es wurde vielfach behauptet, Bakunin, Hegelianer, aber Feind der Deutschen, habe die Verteidigung geleitet. Freilich hielt er sich auf dem Rathaus auf, und es ist ihm vielleicht auch nominell ein Commando übertragen worden, allein faktisch hat er, wie Born versichert, „nicht den geringsten Einfluß auf den Gang der Dinge gehabt.“ Er that sich gütlich, aß, trank und schlief — das war Alles.

**) Born zog schon am Morgen ab und machte alle Anstrengungen, um die im Erdgeschoß des Rathauses befindlichen totmüden Kämpfer zu wecken, aber vergeblich, sie gerieten in Gefangenschaft.

***) Wagner wurde in contumaciam zum Tode verurteilt. Immerhin wurde kein Todesurteil vollzogen, sehr im Gegensatz zum preußischen Verfahren in Baden.

die hier zur Anwendung kamen. Bakunin wurde wegen des Prager Aufstandes an Oesterreich ausgeliefert, das ihn wieder an Rußland überantwortete, dort wurde er nach Sibirien geschickt und entkam später nach Nordamerika.*)

Das Frankfurter Parlament hatte diesen Ereignissen nicht gleichgültig zugesehen. Am 4. Mai beschloß es auf Wydenbrugks Antrag, die Regierungen, die gesetzgebenden Körperschaften, Gemeinden und das ganze Volk zur Durchführung der Reichsverfassung aufzufordern und schrieb die Wahlen zum Reichstag auf den 22. August aus, wobei die Erbkaiserpartei noch mitwirkte.**) Am 10. Mai wurde dann auf Betreiben der Linken ein Antrag von Reden angenommen, „dem schweren Bruch des Reichsfriedens, welchen Preußen sich durch unbefugtes Einschreiten in Sachsen habe zu Schulden kommen lassen, sei durch alle zu Gebote stehenden Mittel entgegenzutreten, neben Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit seien die Bestrebungen für Durchführung der Reichsverfassung gegen jeden Zwang in Schutz zu nehmen und die Centralgewalt sei zur Ausführung dieser Beschlüsse aufzufordern". Das Ministerium Gagern aber reichte gleichzeitig seine Entlassung ein. Preußen rief am 14. Mai seine Abgeordneten ab und Sachsen und Hannover folgten ihm. Erzherzog Johann, der sich nun immer deutlicher als Werkzeug Schwarzenbergs entpuppte, bildete ein neues Ministerium aus unbekannten und lächerlichen Persönlichkeiten, eine wahre Spottgeburt. Am 19. Mai beschloß dann die verstümmelte Versammlung die Ernennung eines Reichsstatthalters, und 65 Mitglieder, der Kern der Erbkaiserpartei, zeigten am 21. ihren Austritt an.

Unterdessen hatte in der Pfalz und in Baden die Revolution schon gesiegt. Auf die entschiedene Weigerung Baierns, die Reichsverfassung anzunehmen, fand in Kaiserslautern am 1. und 2. Mai eine Volksversammlung statt, worin ein Landesverteidigungsausschuß

*) Bekanntlich wurde er später der Vater des russischen Nihilismus und ein Führer der anarchistischen Bewegungen. Er trieb sich an vielen Orten herum und wohnte u. a. längere Zeit bei Locarno, wo man sich noch mancherlei Absonderlichkeiten von ihm erzählt.

**) Bei dieser Gelegenheit sagte Moritz Mohl prophetisch: „Bedenken Sie doch auch, daß das Deutsche Volk Gut und Blut, sein warmes Herzblut, dafür hergeben soll, um den König von Preußen zum Kaiser und die übrigen deutschen Stämme zu Vasallen des preußischen Stammes zu machen." Wer denkt nicht an die bekannten „Vasallen" auf dem Moskauer Fest 1896!



gewählt wurde. Dieser Ausschuß, dem einige Mitglieder der Frankfurter Linken angehörten, forderte nun Behörden und Militär zur Anerkennung der Reichsverfassung auf, wünschte aber eine möglichst gesetzliche Revolution zu machen. So versäumte man es auch, sich rechtzeitig der Festungen Landau und Germersheim zu bemächtigen, während sonst das Militär zahlreich zur Bewegung überging. Es wurde überhaupt zu viel geredet, gesungen und getrunken, und zu wenig gehandelt. Die provisorische Regierung bestand zum Teil aus sehr gemäßigten Leuten, die viel zu wenig Energie zeigten. Als Kommandant wurde der völlig unfähige Fenner von Fenneberg gewählt.*)

Viel nachhaltiger war die Bewegung in Baden. Hier war, gegenüber den Vaterlandsvereinen, eine umfassende Organisation von etwa 400 Volksvereinen geschaffen worden, wobei auch die Arbeiter- und Turnvereine als Zweigvereine aufgenommen wurden. Wohl versuchte die Regierung durch politische Prozesse der Bewegung Einhalt zu thun, aber mit wenig Erfolg. Auch für die Verbreitung der demokratischen Presse, namentlich von Flugschriften, wurde eifrig gearbeitet. So kam es, daß der Landesausschuß der Volksvereine, worin Brentano und der radikale Goegg saßen, bald mehr Autorität besaß als die Regierung. Als nun die Bewegung in der Pfalz ausbrach, stand der Entschluß fest, ihr zu Hülfe zu kommen, die entschiedenern Elemente, Goegg an der Spitze, aber strebten von Anfang an nach der Gründung der Republik. Sonst hätte ja die Bewegung, soweit sie sich gegen die Regierung richtete, auch gar keinen Sinn gehabt, da letztere die Reichsverfassung bereitwilligst anerkannt hatte. Goegg, der vorläufig mit seinen Plänen nicht durchdringen konnte, berief auf den 12. Mai einen Landeskongreß der Delegierten der sämtlichen Volksvereine und auf Sonntag, 13. Mai, die Landes-Volksversammlung nach Offenburg ein. Auf dem Delegiertenkongreß wurde die Proklamirung der Republik, die Goegg, Stay und andere befürworteten, abgelehnt und beschlossen, an den Großherzog eine Deputation zu senden, die Rücktritt des Ministeriums, Auflösung der Kammern und Einberufung einer konstituierenden Versammlung verlangen solle. Dagegen drang Goegg insofern mit seiner Auf-

*) Zuerst hatte man an den General Dufour gedacht, ohne zu bedenken, daß der konservative Schweizer nie eine solche Stellung annehmen würde.

der Bewegung zu stellen. Brentano, ein ehrgeiziger Advokat, war konstitutionell-demokratisch, nicht Republikaner, und bezweckte bei der ganzen Bewegung wohl nichts anderes als selbst Ministerpräsident zu werden. Am 14. Mai erschien er in Rastatt und erklärte, er wolle in Karlsruhe der Anarchie steuern. Am gleichen Tage traf dann auch der Landesausschuß in Karlsruhe ein. Brentano erklärte vom Rathausbalkon, er wolle nur für die Reichsverfassung und für die Aufrechterhaltung der Ordnung wirken; Hoff aus Mannheim aber verlas das Offenburger Programm. In Rastatt hatte der Landesausschuß verfügt, daß jeder Beamte eidlich bei Strafe der Absetzung sich verpflichten müsse, dem Landesausschuß unbedingt Folge zu leisten. Brentano aber änderte die Eidesformel dahin ab, daß dieser Gehorsam nur „unbeschadet der durch die Landesverfassung übernommenen Verpflichtungen" geleistet werden solle. So lähmte Brentano durch seine Halbheit und Unentschlossenheit die ganze Erhebung und ist später nicht mit Unrecht als Leichenbitter der Revolution bezeichnet worden. Dabei drohte er den Republikanern gegenüber bei jeder Gelegenheit mit seinem Rücktritt, und man hatte nicht den Mut, ihn beim Worte zu nehmen.

Der Landesausschuß verstärkte sich nun in Karlsruhe auf 24 Mitglieder, worunter Struve und Rotteck (ein Sohn des bekannten Abgeordneten und Historikers). Er setzte eine Vollziehungskommission ein, an deren Spitze Brentano mit dem Departement des Innern und Aeußern trat. Goegg übernahm die Finanzen, Peter die Justiz und Eichfeld den Krieg. Dieses Ministerium ließ sehr viel zu wünschen übrig. Brentano setzte seine unheilvolle Schaukelpolitik fort; Peter und Eichfeld besaßen nicht die nötige Energie, letzterer ließ überdies zu viel Zeit verstreichen; Goegg allein arbeitete mit Feuereifer und Energie und zeigte wenigstens guten Willen, wenn es ihm auch an Erfahrung durchaus fehlte und er sich oft von Untergebenen täuschen ließ. Er war sehr von sich eingenommen, dabei aber durchaus uneigennützig und ehrlich. Vielleicht war er zu gutmütig gegen die großherzoglichen Beamten. So soll er einen Diener des Großherzogs ausbezahlt, ja diesem selbst Geld gesandt haben, damit er seine Gasthofrechnung in Frankfurt bezahlen könne. Uebrigens mußte die Stellung eines Finanzministers in diesen drangvollen Zeiten immer eine sehr heikle sein. Ein schwerer Verlust war es für die republikanische Sache, daß Hecker, der ein entschiedener Republikaner und zugleich noch populärer

als Brentano war, sich damals in Amerika befand. Der Vollziehungsausschuß lud ihn ein zurückzukehren, allein er kam erst in Straßburg an, als alles vorbei war. In Ermanglung Hecker's hätte man, da es Struve durchaus an praktischem Verwaltungstalent fehlte, Sigel zum Diktator mit außerordentlichen Vollmachten ernennen sollen So schwächte die Meinungsverschiedenheit unter den Führern von vornherein die ganze Revolution. Am 17. Mai schlossen der badische Landesausschuß und die neue provisorische Regierung der Rheinpfalz einen Vertrag, wonach die beiden Länder in militärischer Hinsicht als ein Land betrachtet und das badische Kriegsministerium als gemeinschaftlich anerkannt wurde, während über die politische Führung lediglich nichts festgesetzt wurde, dagegen komischer Weise die Brückengelder über den Rhein abgeschafft wurden. Am 19. Mai erschien ein Manifest, das den Kampf des badischen Volkes gegen die der Reichsverfassung feindlichen Mächte verkündigte; diesem Aufruf schlossen sich auch die Abgeordneten Trützschler, Erbe und Raveaux an.

Die Revolution hätte nur dann auf Erfolg hoffen können, wenn sie entschieden die Offensive ergriffen hätte, und auch Brentano verschloß sich dieser Erkenntnis nicht ganz. So sandte er Blind und Schütz nach Paris, um Waffen und Offiziere zu beschaffen. Nach andern Orten wurden Redner zur Propaganda ausgesandt, aber ohne besonderen Erfolg. In Hessen wurden die Volksversammlungen vom Militär auseinandergesprengt. In Rheinhessen riefen Zitz und Ludwig Bamberger*) das Volk zu den Waffen, verstanden aber noch nicht zu organisiren und zogen dann mit 1500 Mann in die Pfalz ab. Der pfälzische Freischaarenführer nahm Worms, ging aber bald wieder zurück. In Württemberg suchte Fickler, der gerade in dieser Zeit in Baden am nötigsten gewesen wäre, da er der einzige war, dessen Popularität die Brentanos aufwog, für die Revolution zu wirken. Aber er fand nur an den jüngeren Elementen der dortigen Demokraten, Carl Mayer, Julius Haußmann, Ludwig Pfau, Unterstützung. Die Bewegung hielt sich hier durchaus in den engen Schranken der Gesetzlichkeit und der Reichsverfassung. Fickler wurde in Stuttgart

*) Bamberger, der nachher in die Schweiz flüchtete und in contumaciam zum Tode verurteilt wurde, hat bekanntlich später als einer der Hauptführer der Nationalliberalen eine große Rolle gespielt, aber auch als solcher dem entschiedenen Fortschritt durch seine Kompromißpolitik großes Unheil zugefügt, das er seit seiner Trennung von jener Partei nicht entfernt wieder gut machen konnte.

verhaftet, auf dem Hohenasperg festgehalten und fehlte gerade aus diesem Grunde wie 1848 bei den entscheidenden Ereignissen der Revolution. Die badische Regierung antwortete darauf mit einer Kriegserklärung an Württemberg, die weiter keinen Zweck hatte, da man die Streitkräfte Badens anderwärts nötig genug brauchte. Inzwischen hatten sich eine Menge tüchtiger demokratischer Kräfte nach Baden geflüchtet. Aber Brentano war mißtrauisch gegen die Nichtbadenser und wollte sie deshalb nicht verwenden. Am 1. Juni, als die Lage immer kritischer wurde, hatte sich endlich der Landesausschuß aufgelöst und eine provisorische Regierung, bestehend aus Brentano, Goegg, Fickler (der damals in Stuttgart, aber noch frei war), Peter und Sigel gewählt. Brentano hatte man nicht zu entfernen gewagt; aber Struve versuchte nun mit einer Anzahl von entschiedenen Demokraten, Heinzen, Galeer (dem Stifter des schweizerischen Grütlivereins), Wilhelm Liebknecht aus Gießen (dem heutigen Führer der Sozialdemokratie), Dortu, Tzschirner, Martiny und Anderen auf eine energische Politik hinzuwirken, und sie sandten auch eine Deputation mit sehr bestimmten Forderungen in diesem Sinne an die Regierung. Darüber wurden nun in Karlsruhe allerlei abenteuerliche und unheimliche Gerüchte verbreitet, und Brentano ließ jetzt, selbst erschreckt und auf die dortige Bürgerwehr und das Militär sich stützend, Struve, Johann Philipp Becker, den sehr tüchtigen und erfahrenen Oberbefehlshaber der Volkswehren, Böning, den Befehlshaber der Flüchtlingslegion, und Liebknecht verhaften. Darüber wäre es beinahe zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen den Freischaaren und Volkswehren einerseits und dem Militär und der Bürgerwehr andererseits gekommen. Goegg vermittelte, forderte und erhielt die Freilassung der Gefangenen. Der Vorfall aber mußte, da er die innere Zwietracht der Regierung in so eklatanter Weise enthüllte, den schlechtesten Eindruck machen.

Am 10. Juni wurde dann die konstituirende Versammlung eröffnet. Sie bestand aus 63 Abgeordneten. Der Pfarrer Schlatter, der sie als Alterspräsident eröffnete, mußte später im Zuchthaus dafür büßen. Die Lage war schon sehr kritisch geworden und die Männer, die nun doch erschienen, wußten wohl, daß sie sich damit in erster Linie der Rache der Reaktion aussetzten. Sie brachten daher der Freiheit und dem Vaterland ein nicht genug zu schätzendes Opfer. Sie begriffen denn auch vollständig, daß die Lage auch außer-

ordentliche Maßregeln erheischte und stimmten denn auch der von Goegg vorgeschlagenen außerordentlichen revolutionären Zwangssteuer, Auflösung des Gendarmeriekorps, Entwaffnung der 2ten und der 3ten Aufgebote der Bürgerwehren zu Gunsten der ins Feld rückenden ersten Aufgebote bei. Nur den unvermeidlichen Brentano wußten sie nicht zu beseitigen. Junghans stellte sogar den Antrag, Brentano zum provisorischen Regenten zu erwählen. Die Versammlung entschied sich indessen für eine Diktatur von 3 Mitgliedern, von denen am 13. Juni Brentano mit 53, Goegg mit 47 und Werner mit 35 Stimmen gewählt wurden. Goegg nahm nur unter der Bedingung an, daß er zur Armee abgehen könne. Da man die sehr thörichte Bestimmung traf, daß dasjenige Mitglied der Regierung, welches die meisten Stimmen erhalten habe, die Minister ernennen solle, so hatte Brentano wiederum den vorwiegenden Einfluß, und in der That ernannte er teilweise laue und wenig beliebte Persönlichkeiten. Die Versammlung erklärte dann noch Baden als Freistaat und vertagte sich auf einige Tage, damit die Mitglieder zu Hause für die Bedürfnisse der Armee sorgen könnten.

Inzwischen war der Krieg in vollem Gange. Natürlich hatten die Erhebung der Soldaten und die Verjagung vieler Offiziere die Disciplin sehr gelockert und die Armee teilweise desorganisirt. Auch waren nicht alle Teile des Heeres, das nur 15,000 Mann zählte, der Revolution gleichmäßig zugethan. Die Artillerie neigte am meisten zur Demokratie; dagegen waren Dragoner und Gendarmen unzuverlässig. Auch unter den Bürgerwehren, die zusammen ebenfalls etwa 14,000—15,000 Mann zählten, befanden sich namentlich in den größeren Städten viele conservative Elemente. Der Landesausschuß hatte einen Kriegssenat eingesetzt, wo Struve den Ton angab, der aber in solchen Dingen sich als sehr unerfahren erwies. Auch sorgte Brentano dafür, daß viele conservative Offiziere in der Armeeverwaltung verblieben. Becker leistete als Anführer der Volkswehren sehr viel. Er hielt streng auf Ordnung, aber er hatte Mühe, die Disciplin wieder zu befestigen. In seinem Bureau arbeiteten u. a. Tiedemann und Dortu. Es bildete sich auch eine Anzahl Freikorps, unter denen die Hanauer Turner, die schon im September für die Republik gewesen waren, das hervorragendste bildeten. In der Pfalz wurde der unfähige Fenneberg bald abgesetzt, und eine Commission von 3 früheren preußischen Offizieren Beust, Anneke und Techow

(vom Zeughaussturm her bekannt) ernannt. Als neuen Oberbefehlshaber hatte man sich wieder einmal einen Polen verschrieben; denn ohne einen solchen schien nun einmal keine Revolution comme il faut gemacht werden zu können. Sznayda (vielleicht ursprünglich Schneider) rechtfertigte aber das in ihn gesetzte Vertrauen nicht.

So war in der Pfalz sehr wenig geschehen, als der Feind heranrückte. Der Großherzog von Baden hatte inzwischen die Centralgewalt und die preußische Regierung um Hülfe angerufen. Beide entsprachen sofort dem Gesuch. Der Reichsverweser bildete eine Reichsarmee aus Truppen solcher Staaten, welche die Reichsverfassung anerkannt hatten, Hessen, Nassauern, Mecklenburgern. Es war ein merkwürdiges und widerwärtiges Schauspiel, daß diese Reichstruppen nun gegen die badischen Truppen, die sich doch formell auch für die Reichsverfassung erhoben, kämpfen sollten. Die Preußen bildeten zwei Armeekorps unter den Generalen v. Hirschfeldt und von der Gröben und dem Oberbefehl des Prinzen von Preußen. Indessen kamen diese Streitkräfte langsam heran und es wäre Zeit zur Offensive gewesen. Aber Eichfeld that nichts, obwohl es nahe gelegen hätte, zum Schutze des Parlaments nach Frankfurt vorzurücken. Freilich konnte sich auch die Nationalversammlung nicht dazu entschließen, die badisch-pfälzischen Truppen herbeizurufen, obwohl Raveaux die Linke aufforderte darauf anzutragen. In der That hätte ein solcher Verstoß auf Frankfurt große Chancen gehabt. Beide Hessen, vermuthlich auch Württemberg, wären der Erhebung zugefallen und dieselbe wäre, auch wenn sie schwerlich gesiegt hätte, doch erst nach harten Kämpfen bezwungen worden. Am 25. Mai war Franz Sigel zum Oberbefehlshaber ernannt worden. Er nahm sofort den Angriffsplan auf Frankfurt, den Raveaux selbst entworfen hatte, auf; Blenker und Zitz sollten von Worms aus über den Rhein setzen und die Hessen im Rücken fassen, er selbst wollte sie in der Front angreifen. Sigel, der blos 25 Jahre zählte, besaß Energie, Mut, militärische Einsicht und als entschiedener Republikaner auch den besten Willen, allein er wurde vielfach durch die reaktionären Offiziere gehemmt. Leider war er durch eine Krankheit zu lange in der Schweiz zurückgehalten worden. Sigel wollte nun bei Heppenheim durch ein Scheingefecht die Hessen beschäftigen, während die Hauptmacht den Feind über Fürth im Odenwald umgehen wollte. Blenker sollte Worms behaupten, Zitz auf Oppenheim, Metternich mit Odenwälder

Volkswehren von Eberbach auf Beerfelden und Fürth vorrücken. Am 30. Mai überschritt Sigel die hessische Grenze, warf bei Heppenheim hessische Kavallerie zurück und wollte durch einen kecken Reiterangriff auch zwei Geschütze nehmen. Aber das Feuer des Feindes erzeugte bei den Dragonern eine Panik; diese jagten in wilder Flucht bis Weinheim zurück. Die Infanterie war indessen, statt den Feind über Fürth zu umgehen, in Weinheim geblieben, verlangte nun aber gegen den Feind geführt zu werden. Sigel mußte nun unter ungünstigen Verhältnissen zwischen Hemsbach und Laudenbach den Hessen ein Gefecht liefern, das zwar zunächst günstig verlief, aber durch die Nachlässigkeit Eichfelds, der sich vorzeitig zurückzog und so den Hessen ermöglichte, den Badensern in die Flanken zu fallen, eine unglückliche Wendung nahm. Auch die andern Führer, der Phrasen- und Wirtshausheld Metternich, der sich nicht rührte, Blenker, der aus Worms schon am Tage vorher wieder abzog, thaten nicht ihre Pflicht und Zitz erhielt sogar von der pfälzischen Regierung Befehl nicht vorzurücken.

Die monarchistischen Offiziere (und Brentano) benützten nun diese Gelegenheit, um Sigel zum Sündenbock zu machen. Brentano setzte, von den Offizieren gedrängt, Sigel ab und ernannte den unfähigen und reaktionären Hauptmann v. Beck an seine Stelle. Sigel aber eilte nach Karlsruhe und rechtfertigte sich beim Landesausschuß so glänzend, daß er, wie schon erwähnt, in die fünfgliedrige provisorische Regierung gewählt und zum Kriegsminister*) ernannt wurde. Er setzte nun Beck, der durch seine Sorglosigkeit einen Ueberfall der Offenburger Volkswehr durch die Hessen verschuldet hatte, wieder ab. Er selbst wollte nun aufs neue die Offensive ergreifen, die allerdings jetzt nicht mehr so verlockend war, da sich das Parlament nicht mehr in Frankfurt befand. Aber in dieser Zeit hatte der Landesausschuß wieder einen der unvermeidlichen Polen herbeigerufen. Es war Mieroslawski, der Veteran der Aufstände in Posen, den die preußische Regierung als französischen Bürger hatte freigeben müssen. Er

*) Raveaux hatte den Eindruck, daß Sigel bei aller Tüchtigkeit und Aufopferungsfähigkeit sich nicht gut zum Oberbefehlshaber oder zum Kriegsminister eignete, da es ihm an Erfahrung und Menschenkenntnis fehlte. Abgesehen davon, daß dieses Urteil sehr subjektiv sein dürfte, würde es noch nicht die Thatsache widerlegen, daß er unter den damals in Baden verfügbaren Kriegsmännern der tüchtigste war.

hatte eben die Sizilianer gegen die Neapolitaner befehligt und war kaum von seinen Wunden genesen. Glück hatte er bisher nicht viel gehabt und er machte oft auch grobe Fehler. In Karlsruhe soll er mehrere Tage mit seiner Equipierung und mit Marktten über den Kredit für dieselbe verloren haben. Auch verstand er kein Deutsch. Immerhin zeigte er Energie und Geschick und genoß im allgemeinen auch Zutrauen. Indessen hätte Sigel doch wohl mehr geleistet. Letzterer blieb übrigens als Generalstabschef bei den Armeen. Mieroslawski aber beschränkte sich den Wünschen Brentanos gemäß auf die Defensive.

Freilich war nun auch der günstige Augenblick verpaßt. Am Neckar sammelte sich die Reichsarmee unter dem früheren Reichskriegsminister Peucker, 20,000 Mann stark, und auch das Armeekorps von der Gröben bewegte sich in dieser Richtung. Hirschfeldt, bei dem sich der Prinz von Preußen befand, auf den bei Ingelheim ein Attentat verübt wurde, drang in die Pfalz ein. Auch Bayern und Württemberger zogen sich an der Grenze zusammen, ja selbst die Oesterreicher machten Miene am Bodensee einzugreifen.*) Zunächst fiel die Rheinpfalz. Bei Kirchheimbolanden bestand die rheinhessische Legion ein Gefecht, das Gros zog sich übereilt zurück und nur die kleine Nachhut, unter ihnen ein schönes junges Mädchen, Mathilde Hitzfeldt, mit einer schwarz-roth-goldenen Fahne in der Hand, verteidigte sich tapfer. Die kleine Schaar wurde teils getödtet, teils gefangen. Die pfälzische Regierung floh, und die Preußen drangen rasch vor, da Sznayda gar nicht verstand, das gebirgige Land zu verteidigen. Noch bestand Willich am 17. Juni ein Gefecht bei Annweiler, wobei er in Folge seiner Unfähigkeit einen übergroßen Verlust erlitt. Am 15. waren die Preußen vor Ludwigshafen erschienen und nahmen den stark verbarrikadirten Ort nach zweistündigem Kampf.**) Am Ueberschreiten der Rheinbrücke aber wurden sie durch ein überlegenes Feuer der badischen Artillerie gehindert,

*) Als sie am 14. Juni bei Friedrichshafen Truppen landen wollten um von dort ins badische Gebiet einzufallen, beschossen die oberschwäbischen Bürgerwehren das Dampfboot so heftig, daß es zurückfahren mußte.

**) Nach Becker und Eiselen (Geschichte der süddeutschen Mairevolution) hätte hiergegen die Ludwigshafener Bürgerwehr die Preußen zuvorkommend aufgenommen. Das Feuer gegen Ludwigshafen wurde von Corvin und dem schweizerischen Artillerieoffizier Steck geleitet.

die schließlich die preußische, trotzdem sie Mannheim mit glühenden Kugeln beschoß, zum Schweigen brachte.

Gleichzeitig aber hatte auch Peucker von Norden her einen Vorstoß gegen die Neckarlinie gemacht, bei Käferthal, Ladenburg und Schriesheim. Peucker hatte die Vorhut der Badenser aus Käferthal vertrieben, aber der tapfere polnische Oberst Tobian nahm es wieder. Tobian wurde schwer verwundet, aber sein Landsmann Oborski, der darauf den Befehl übernahm, verfolgte den Feind weiter bis Birnheim. Weniger glücklich verlief das Gefecht zuerst im Centrum, weil der Commandant desselben, ein gewisser Beckert, sich zweideutig benahm. Ladenburg ging zuerst verloren, aber Mögling fiel von Schriesheim her dem Feind in die Flanke und so mußten die Reichstruppen Ladenburg so schnell als möglich wieder räumen, so daß Major Hindersin,*) der vom Kirchturm das Schlachtfeld übersah, gefangen wurde. Am gleichen Tage lieferte Becker auch einem Corps von Bayern und Kurhessen bei Hirschhorn am Neckar ein glückliches Gefecht, wobei sich namentlich die Hanauer Turner auszeichneten. Am folgenden Tage ließ Mieroslawski Oborski und Mögling gegen Schriesheim marschiren und vereinigte sich mit ihnen bei Leutershausen. Um Leutershausen, das Peucker besetzt hatte, wurde heftig und hartnäckig gekämpft. Allein schließlich wurde der Feind vertrieben und über Großsachsen bis gegen Weinheim zurückgeworfen. Großsachsen mußte freilich von den Badensern wieder geräumt werden, wobei nach dem eigenen Geständnis des preußischen Oberstleutnants Staroste, der in seinem Tagebuch sich auf einen fanatisch-preußischen Standpunkt stellt, 20 verspätete Volkswehrmänner erbarmungslos niedergemetzelt wurden. In Heidelberg herrschte großer Jubel über diese Erfolge der badischen Truppen. Allein die Freude wurde sehr gedämpft durch die Nachricht, daß in Paris der Versuch Ledru-Rollins, den Präsidenten und die Majorität der Nationalversammlung zu stürzen, die durch die römische Expedition die Verfassung verletzt hatten, am 13. Juni mißlungen war. Man hatte für den äußersten Notfall immer noch gehofft an Frankreich einen Rückhalt zu haben. Jetzt war auch diese Hoffnung geschwunden.

Peucker verzichtete nun darauf die Neckarlinie zu forcieren und überließ die Hauptaktion dem Prinzen von Preußen, der erst jetzt die

*) Später als Artilleriechef im Kriege von 1870/71 bekannt geworden.

„großartige Zerstreuung eines Krieges", wie er sich später einmal ausdrückte, recht genießen konnte. Peucker rückte über Fürth in den Odenwald, um den rechten Flügel der Badenser zu umgehen, von der Gröben marschirte gegen die Neckarlinie und Hirschfeldt rüstete sich bei Germersheim den Rhein zu überschreiten, nachdem auch Landau entsetzt worden war. Von Germersheim aus erklärte der Prinz das ganze Großherzogtum Baden in Kriegszustand. Wer Widerstand leistete, war dem Kriegsgericht verfallen und die Corpskommandanten waren bevollmächtigt, Todesurteile zu bestätigen. Die Pfälzer hatten inzwischen, 6000 Mann stark mit 8 Geschützen, am 18. Juni den Rhein überschritten, eine Verstärkung, die in Anbetracht des höchst schwächlichen Widerstands, den sie geleistet, eher entmutigend wirkte. Zitz und Bamberger aber flüchteten sich in sehr vorschneller Eile in die Schweiz.

Am 20. Juni überschritten die Preußen bei Germersheim den Rhein. Der Übergang gelang ohne Schwierigkeit, da der Pole Mniewski die nötigsten Vorsichtsmaßregeln unterließ. Die Batterie Blinds, eines Bruders des demokratischen Führers, wurde ohne Schuß genommen. Nur das Linienbataillon Biedenfeld hielt gegenüber den Husaren stand und warf sie sogar zurück, wobei auch Prinz Friedrich Carl verwundet wurde. Die Preußen teilten sich nun. Die Division Brun sollte dem badischen Heer den Rückzug nach Karlsruhe abschneiden; die Division Hanneken sollte auf Mannheim rücken um die Neckarlinie im Rücken zu fassen. Gröben rückte von Norden gegen Mannheim und Heidelberg vor, und Peucker manövrirte im Odenwald gegen die rechte Flanke. Mieroslawski, dessen Operationszentrum sich in Heidelberg befand, sah sich nun von 3 Seiten angegriffen. Er faßte den kühnen Entschluß sich zuerst auf das Hirschfeldt'sche Corps zu werfen. Er zog die Hauptmacht, 9 Bataillone Linie, 8 Bataillone Volkswehr, 10 Schwadronen Dragoner und 20 Geschütze, ungefähr 15,000 Mann, zusammen und rückte den Preußen entgegen. Die badische Armee hatte nun Front nach Süden, das Hirschfeldt'sche Corps nach Norden. In Heidelberg blieb Johann Philipp Becker zur Deckung zurück, ebenso die Division Thome, die dem Befehl des Oberfeldherrn nicht gehorchte. Die pfälzischen Volkswehren im Verein mit badischen Linientruppen wurden unter Willich, Blenker und Twinski gegen Bruchsal vorgeschoben. Da aber Sznayda immer noch Oberbefehlshaber war und sich zuviel in Wirtshäusern

aufhielt, rückte die Colonne viel zu langsam vor, um ernstlich in den Kampf eingreifen zu können.

Am 21. Juni früh morgens stieß Mieroslawski bei Waghäusel und Philippsburg auf die preußischen Vorposten. Es war die Division Hanneken, die auf Mannheim marschirte. Die preußische Vorhut wurde von der badischen unter Mone, der dabei drei Wunden erhielt, geworfen, dann griff Oborski die Zuckerfabrik in Waghäusel (ein früheres Schloß der Bischöfe von Speyer) an und erstürmte sie nach viermaligem Angriff. Die Preußen wurden aus Waghäusel vertrieben. Bei dieser Gelegenheit fiel der junge Schlöffel, der an der Stelle des schwer verwundeten Mögling die Führung der Sturmkolonne übernommen hatte. Sigel umging auf dem linken Flügel die Preußen und drang bis Wiesenthal vor. Hanneken mußte nun nach Philippsburg zurückweichen. Mieroslawski aber beging den unverzeihlichen Fehler den Feind nicht energisch zu verfolgen, sondern den allerdings ermüdeten Truppen eine Stunde Rast zu gönnen. Diese Unthätigkeit wurde verhängnisvoll; denn nun rückte die Division Brun von Bruchsal her heran und griff Sigel an. Dieser verlangte der Uebermacht gegenüber Unterstützung. Mieroslawski sandte die Dragoner unter Beckert zu Hülfe, allein dieser schwenkte auf halbem Wege mit seinen Dragonern ab und jagte mit dem Ruf: wir sind umgangen, davon. Die Kavallerie ritt unter die andern Truppen hinein und brachte alles in Verwirrung, so daß sich das eben noch siegreiche Heer in voller Unordnung nach Hockenheim und Heidelberg zurückziehen mußte.

Hier und in Dresden machten die Preußen zuerst vom Zündnadelgewehr Gebrauch, ohne daß die übrigen deutschen Regierungen sich daraus eine Lehre gezogen hätten, sodaß sie dann im Jahre 1866 in sehr unangenehmer Weise durch eigenen Schaden über die Vorzüge der Hinterlader belehrt wurden. Noch mehr Schuld als Beckert trug übrigens an diesem Ausgang Sznayda, der es versäumt hatte, die Division Brun bei Bruchsal festzuhalten. Am 22. besetzte er erst Bruchsal. Bei Ubstadt wurde die Vorhut seiner Truppen am 23. geworfen, und Sznayda verlor vollständig den Kopf, so daß Goegg, der sich bei diesem Korps befand, den Oberbefehl übernehmen mußte. Goegg, unterstützt von einigen tüchtigen Offizieren, wie Techow, Beust und Annecke, brachte die Truppen wieder zum Stehen und warf die preußischen Ulanen durch Artilleriefeuer zurück. Dieses Gefecht war

deshalb von großer Bedeutung, weil es den Rückzug der Hauptarmee, den die Preußen verhindern wollten, gesichert hat. Bei dieser Gelegenheit wurden übrigens eine Anzahl Gefangene von den Preußen auf dem Fleck erschossen. Sznayda mußte sich vor dem Zorn seiner eigenen Truppen nach Frankreich flüchten. Mieroslawski hatte sich natürlich in Heidelberg nach diesen Gefechten nicht halten können, um so weniger, als in Mannheim, zum Teil unterstützt durch die verräterischen Dragoner Beckerts, eine Kontrerevolution insceniert wurde, wobei das energische Parlamentsmitglied Trützschler, jetzt Zivilkommissar für Mannheim und Regierungsdirektor des Unterrheinkreises, mit mehreren andern Volksmännern verhaftet wurden. Becker verteidigte Heidelberg tapfer und deckte den Rückzug der Armee über Neckargemünd nach Sinsheim, wo es zu einem Gefechte mit der Vorhut der Reichsarmee kam, dann ging der Rückzug während des Gefechts bei Ubstadt hinter dem Sznayda'schen Korps nach Durlach, wo die Armee nach einem 40 stündigen Marsch am 24. Juni abends ankam. Dieser halbkreisförmige Flankenmarsch war eine sehr respektable Leistung Mieroslawskis und seines Heeres. Die preußische Führung ist mit Recht getadelt worden, da sie bei größerer Energie und Geschicklichkeit diesen Rückzug wohl hätte hindern und dann den Krieg schneller hätte beendigen können. Der Prinz von Preußen schien auch vergessen zu haben, daß es eine der Hauptregeln der modernen Kriegskunst ist, möglichst wenig Truppen zu detachieren, um an der entscheidenden Stelle recht stark zu sein. Er hatte eben damals seinen genialen Generalstabschef noch nicht, der ihm später die Lorbeeren einsammelte.

In dem überfüllten Durlach, wo sich auch das Sznaydasche Korps in voller Auflösung befand, konnte Mieroslawski nicht bleiben; er rückte direkt nach Rastatt ab, um seine Truppen dort zu reorganisieren. Becker aber bestand am 25. Juni noch ein Rückzugsgefecht bei Durlach, wo er tapfer aushielt und es Goegg in Karlsruhe ermöglichte die zurückgelassenen Kriegsmaterialien und einige zum Abfall geneigte Truppenteile fortzuschaffen. Karlsruhe selbst war nicht zu halten, da an die von Mieroslawski angeordnete Entwaffnung der Bürgerwehr jetzt im Angesichte des Feindes nicht mehr zu denken war. Goegg entrann selbst mit Mühe den ihn verfolgenden Ulanen.*)

*) Mit Recht wurde es aber getadelt, daß Goegg nun mit der Bürgerwehr noch parlamentirte. Entweder energisch einschreiten oder Karlsruhe verlassen!

Mieroslawski versuchte nun die Murglinie zu halten. Er besetzte noch dieselbe von Steinmauern am Rhein bis Gernsbach, beging aber den Fehler, seine Stellung vor der Murg, statt, wie Sigel anriet, hinter diesem Flusse zu nehmen, wodurch das Festungsgeschütz zur Geltung gekommen wäre*). Am 28. Juni wurde ein Angriff der Preußen zurückgewiesen. Am 29. folgte ein solcher in größerem Maßstab auf der ganzen Murglinie. Sigel ging siegreich bis Rauenthal vor. Allein leider wurde Mercy bei Rothenfels geworfen (und bei dieser Gelegenheit auch der Dichter Kinkel gefangen genommen). In Gernsbach flohen die Pfälzer unter Blenker ohne nennenswerten Widerstand, wobei auch vereinzelte Aufständische noch nach dem Kampfe niedergemacht wurden. Noch leistete Becker mit seiner Artillerie bei Kuppenheim am 30. Juni tapfern Widerstand; aber die Murglinie mußte aufgegeben werden. Auf dem Rückzug kämpften einzelne Abtheilungen verzweifelt und eroberten eine mecklenburgische Haubitze**). Am 30. wurde Rastatt cerniert. Es befanden sich dort etwa 6000 Mann, unter ihnen Tiedemann als Gouverneur, Heilig als Artilleriekommandant, Biedenfeld als Kommandant der Linie und Böning als Kommandant der Volkswehren. Mieroslawski aber reichte nun am 1. Juli seine Entlassung ein und ging in die Schweiz.

Jetzt endlich hatte auch Brentano abgewirtschaftet. Die Regierung und die konstituirende Versammlung waren nach Freiburg geflüchtet. Brentano hatte seit der Ernennung der dreiköpfigen Diktatur so gut wie nichts mehr gethan und höchstens entschiedenen Entschlüssen entgegengewirkt. Am 28. Juni setzte endlich Struve in der Versammlung den Beschluß durch, jeden für einen Verräter zu erklären, der mit dem Feinde unterhandeln wolle. Da legte Brentano seine Stelle nieder und flüchtete mit einigen Begleitern nach Feuerthalen bei Schaffhausen, von wo aus er dann die entschiedenen Republikaner in einer öffentlichen Erklärung noch mit Schmähungen überhäufte.

---

*) Becker tadelt überhaupt die ganze Aufstellung an der Murg und behauptet, man hätte sich nach Württemberg werfen und dieses Land revolutionieren sollen.

**) Wie Staroste erzählt, wurde der bei dieser Gelegenheit gefangene Major Greiner von der schwäbischen Legion, da er angeblich noch nachher auf die Truppen einzuwirken versuchte, niedergestoßen!

Auch Struve folgte ihm bald, da er nicht an Brentanos Stelle zum Diktator gewählt wurde, mit ihm der größte Teil der Mitglieder der konstituirenden Versammlung und einige von Brentano ernannte Minister. Nur Goegg, Becker und Sigel, in denen sich die ganze Energie der Revolution verkörperte, wollten nicht nachgeben. Allein die Lage der Republikaner war unhaltbar geworden. In Freiburg herrschte Mutlosigkeit. In der Nacht vom 4. auf den 5. Juli wurde auch Freiburg aufgegeben. Man wollte noch den Schwarzwald verteidigen und bei Donaueschingen ein befestigtes Lager errichten. Allein auch dieser Plan wurde bald vereitelt. Umsonst suchte Goegg noch im Seekreis die Volkswehren aufzubieten. Aber der Kommandant der dortigen Volkswehren ließ ihn im Stich, und er selbst wäre beinahe von den Hessen gefangen worden. Noch hätte man sich bei Allensbach behaupten können; aber Goegg wollte das entschieden demokratische Konstanz*) nicht unnütz einem Bombardement aussetzen. Am 11. Juli überschritt er mit 1200 Mann Volkswehren von Konstanz aus die Schweizer Grenze**), und an demselben Tage ging auch Sigel, der noch die Corps von Becker und einigen andern an sich gezogen hatte, bei Eglisau über den Rhein. Die Truppen wurden natürlich entwaffnet, aber man nahm ihnen das Versprechen ab, sich im Falle eines Krieges gegen die Schweiz unter den Befehl des Generals Dufour zu stellen. Die Schweiz befürchtete also offenbar Verwicklungen, und nicht ganz mit Unrecht, denn Friedrich Wilhelm IV. hatte den Verlust von Neuenburg noch lange nicht verschmerzt, er kam sogar immer wieder darauf zurück, und es war daher zu befürchten, daß die Preußen nun ihre Rechte bewaffnet geltend machen würden. Indessen ging die Gefahr vorüber.

In Baden hielt sich nur noch Rastatt, gegen das die Preußen nicht viel ausrichteten, da die Festungsartillerie der ihrigen über-

---

*) Goegg weiß die aufopferungsfähige und entschiedene Haltung der Konstanzer nicht genug zu rühmen. Später, in den 60er und 70er Jahren, verfiel dann freilich die Mehrheit der Konstanzer dem ärgsten und charakterlosesten hurrahpatriotischen Nationalliberalismus, und erst neuerdings ist eine Wendung zum Bessern eingetreten.

**) Goegg blieb in einem langen Leben seinen Ueberzeugungen treu. Er lebte später in Südamerika und starb im Sommer 1897 in seiner Vaterstadt Renchen.

legen war. Man machte nicht ohne Erfolg einige Ausfälle. Allein zwei Parlamentäre, der bekannte frühere preußische Offizier von Corvin und Lang, die mit preußischer Erlaubnis Erkundigungen über die allgemeine Lage einzogen, brachten die Nachricht, daß Rastatt allein stehe, und darauf entschloß man sich zur Kapitulation auf Gnade und Ungnade. Es ist unrichtig, daß die Besatzung durch falsche Vorspiegelungen des preußischen Generals von der Gröben getäuscht wurde. Derselbe versprach nur seine Verwendung, gab aber keine feste Zusage. Am 23. Juli 1849 rückte die Besatzung aus. Die Gefangenen wurden in den feuchten Kasematten zusammengepfercht und abscheulich behandelt.

Bald begannen die Kriegsgerichte ihre Henkerarbeit. Es ist begreiflich, daß die preußischen Offiziere besonders nach Preußen fahndeten, die in den Reihen der Revolution gedient hatten; es ist am Ende auch zu verstehen, daß diese harten Soldatennaturen die früheren Militärs als Eidbrüchige und demgemäß als todeswürdige Verbrecher behandelten. Empörend aber war es, daß man auch Civilisten hinschlachtete, die nur als Sekretäre, Kommissäre, Redakteure oder dergleichen gedient hatten.*) Die Hinrichtungen wurden gewöhnlich mit öffentlichen Motivirungen, „Warnungen" genannt, begleitet. Besonders erregte das Schicksal von Trützschler und Dortu Teilnahme. Trützschler wurde bei der Gerichtsverhandlung von der entarteten Mannheimer Plutokratie noch verhöhnt. Obgleich blos Civilkommissär, wurde er doch am 14. August in Mannheim erschossen. Er starb gefaßt und stolz. Die Lorbeeren von Windischgrätz hatten, wie es schien, das preußische Standgericht nicht schlafen lassen. Weil der österreichische Feldmarschall ein Parlamentsmitglied hatte erschießen lassen, mußten sich darum auch die preußischen Offiziere gleicher Blutthat schuldig machen? Dortu, Auskultator aus Potsdam, dessen Eltern sich dringend beim Prinzen von Preußen verwendeten, fiel schon am 31. Juli bei Freiburg mit antikem Mut. Er rief: „Ich sterbe für die Freiheit. Schießt gut, Brüder". Mehrere wurden an denselben Orten erschossen.

---

*) Treffend schreibt Pfau: „Wie Preußen an den besiegten Verfechtern der von den Regierungen selber für notwendig erklärten und gesetzlich hergestellten Freiheiten und Einrichtungen mit standrechtlichen Blutgerichten seine Rache kühlte, soll ihm bis zu seiner politischen Besserung unvergessen sein." Wobei höchstens einzuwenden ist, daß der größere Teil der Erschossenen nicht oder nicht nur für die Reichsverfassung, sondern auch für die badische Republik kämpfte.



In Rastatt fielen 19 Opfer, Tiedemann, der alte Chef der Flüchtlingslegion, Böning, Heilig, Biederfeldt, Elsenhans, der blos den „Festungsboten“ redigirt hatte, Mniewski. In Landau wurde im Jahre 1850 noch ein Graf Fugger erschossen. Die Zahl der Opfer betrug 27. Zu Zuchthausstrafen verurteilte man 68; Corvin wurde zum Tode verurteilt, aber zu 10 Jahren Zuchthaus begnadigt, weshalb er (wohl mit Unrecht) als Verräter verdächtigt wurde. Auch Mögling, der den Richtern selbst durch seine stolze Haltung imponirte,*) wurde auf Verwendung des Königs von Württemberg zur gleichen Strafe verurteilt und verließ als gebrochener Mann den Kerker. Besonders empörend war das Verfahren gegen den Dichter Kinkel. Ein Passus aus dem Urteil über ihn verdient hervorgehoben zu werden, weil er die Sinnesart dieser preußischen Militärrichter, die sonst bei jeder Gelegenheit mit ihrem „Noblesse oblige“ renommiren, in ein grelles Licht stellt. Am 20. September wurde das Urteil verkündet. In der Motivirung heißt es: „Die Gesetze des preußischen Landrechts bestimmen zwar für diejenigen, die sich nicht als Anführer beteiligt haben, nur 6—18 Jahre Gefangenschaft. Weil aber der Angeklagte ein Mann von so hoher Bildung ist und besser als ein Anderer wußte, was er that; weil ferner bei ihm die Entschuldigung wegfällt, daß er bei dem Aufstand etwas für sich zu gewinnen vermeinte, darum erhöhen wir für ihn die Strafe auf lebenslängliche Festungshaft.“ Also das Streben nach einem hohen idealen Ziel war diesen Richtern unfaßbar, hingegen das Streben nach nacktem materiellen Gewinn eine Entschuldigung! Solche Richter waren freilich nicht wert, dem Angeklagten die Schuhriemen aufzulösen. Damit war aber das Maß der Ungerechtigkeit noch nicht voll. Hirschfeldt war noch nicht zufrieden. Wie aus der von ihm erlassenen Warnung hervorgeht, hatte er ein Todesurteil erwartet und bestimmte nun das Generalauditoriat, die Aufhebung des Urteils zu verlangen. Auch die „Kreuzzeitung“ verlangte den Tod Kinkels.*) Der König

*) Hans Blum findet die Urteile milde, da ja nach dem Buchstaben des Gesetzes tausende von meuterischen Soldaten den Tod verdient hatten. Die hätte man wohl alle erschießen oder ins Loch sperren sollen! Und wie hätte man dann wieder eine badische Armee zusammengebracht!

**) Auch Bismarck erklärte in der schon erwähnten Unterredung, er hätte Kinkel damals erschießen lassen.

verwandelte nun die Festungshaft in Zuchthausstrafe, und so brachte man das Kunststück fertig, eine Strafverschärfung als eine Gnade auszugeben. Kinkel mußte dann bekanntlich in Naugard und Spandau Wolle spulen wie ein gemeiner Verbrecher. Er wurde im Jahre 1850 von seiner Gattin und Carl Schurz, dem jetzigen nordamerikanischen Staatsmann, befreit.*)

Der Prinz von Preußen hatte sich an diesen Urteilen nicht selbst beteiligt, wohl aber hatte er durch jene Proklamation von Germersheim die Corpskommandanten im Voraus zu denselben ermächtigt.**) Die großherzoglich badische Regierung machte zu allen Einkerkerungen und Erschießungen noch die an der Revolution Beteiligten solidarisch haftbar für den Schaden, den sie auf 3 Millionen Gulden berechnete. So kam es zu vielfachen Vermögenskonfiskationen. Die Einquartierung und der Belagerungszustand dauerten dabei fort. Die Einwohner wanderten massenhaft aus. Auf 80000 Menschen berechneten die „Aufschlüsse" die Anzahl der Auswanderer. Es waren jedenfalls gerade die entschiedenen, charakterfesten Elemente, die sich so dem Druck entzogen. Was übrig blieb, war reif für den — Nationalliberalismus; und damit ist alles gesagt. In der That ist es jedenfalls nicht zufällig, daß gerade in den Gegenden, wo preußische Intervention stattfand, in Sachsen, Baden und der Pfalz der Nationalliberalismus; vielfach im Bunde mit den Konservativen, zur herrschenden Partei geworden ist und dabei, um seine Herrschaft zu behaupten, den reak-

---

*) Daß Kinkel sich so sehr mit dem neuen Reiche ausgesöhnt, wie vor einigen Jahren in der „Gartenlaube" zu lesen stand, scheint nach den Gedichten aus späterer Zeit, selbst noch nach 1866, nicht recht glaublich.

**) Der Unterschied zwischen der Behandlung politischer Verbrecher in der Monarchie und in der Republik trat ein paar Jahre darauf grell zu Tage. Im September 1856 erhoben sich bekanntlich die Royalisten in Neuenburg auf Winke von Berlin aus, wurden aber sofort niedergeworfen. „Sie konnten", wie der Nationalliberale und Neupreuße Jäger treffend sagt, „für ihre Rebellion ganz dasselbe anführen, was „die Rebellen" in Polen oder in Ungarn oder in Baden oder in Schleswig-Holstein, denen man mit Pulver und Blei den Mund gestopft hatte: sie hatten sich wie jene gegen eine Regierung in Waffen erhoben, der sie die Rechtmäßigkeit absprachen mit Gründen, die schließlich nicht besser und nicht schlechter waren, als die von jenen angeführten; die Schweiz griff nicht zu jener Art von Widerlegung." In der That ließ sie sogar die Royalisten frei, als internationale Verwicklungen drohten.

tionärsten Maßregeln seine Zustimmung gab (vergleiche das unerhörte sächsische Wahlgesetz vom Jahre 1896).

Was schließlich noch die Verluste anbelangt, so sind diese gewohnheitsmäßig auf preußischer Seite*) viel zu niedrig angegeben worden. Es berührt tragikomisch, daß die so geringe Anzahl preußischer Toten und Verwundeten in den offiziellen Berichten plötzlich ganz bedeutend anschwoll, als es galt die Angeklagten vor den Kriegsgerichten zu belasten. Uebrigens war es natürlich, daß die Badenser mehr Tote hatten als die Preußen, da nach dem Zeugnis von Staroste die Preußen selten Pardon gaben. Sichere Angaben lassen sich aber nicht machen.

*) Wir sprechen hier nur von den Preußen, da die Reichsarmee bei den entscheidenden Kämpfen wenig mehr in Betracht kam.

Die Auflösung des Rumpfparlaments und der Sieg der Reaktion.

Während der Katastrophe der Revolutionsarmee hatte sich auch das Schicksal der deutschen Nationalversammlung entschieden. Am 30. Mai hatte das Parlament, das mit einigen Ausnahmen nur noch aus Mitgliedern der Linken bestand, den Beschluß gefaßt, seinen Sitz nach Stuttgart zu verlegen. Auch wieder eine Halbheit, da es sich, wie die Dinge nun einmal lagen, weit besser nach Karlsruhe*) gewandt und dadurch der Revolution wenigstens eine moralische Unterstützung geleistet hätte. Am 6. Juni hielt das „Rumpfparlament", das noch 105 Mitglieder zählte, dort im Halbmondsaal die erste Sitzung und setzte eine Regentschaft ein, bestehend aus Raveaux, Karl Vogt, Schüler-Zweibrücken, Heinrich Simon und Becher. Auch diese Wahl war keine glückliche, denn die Reichsregenten waren entweder schwankend in ihrer Parteistellung oder nur Gelehrte und keine Männer der That. Die Regenten erteilten auch Befehle an die verschiedenen Truppenteile, um die sich aber niemand kümmerte. Sie waren so unklar in ihren Zielen, daß sie von der württembergischen Regierung gleichzeitig die Verstärkung der Besatzung von Rastatt und Landau verlangten, die doch in entgegengesetzten Lagern standen! Das Ministerium Römer aber erklärte sich entschieden gegen die Regentschaft und wurde vom Erzherzog Johann noch dazu zum Einschreiten geradezu aufgefordert. Man verweigerte den Abgeordneten den Ständesaal und sie

*) Raveaux beklagt sich bitter über die unfreundliche oder geradezu feindselige Haltung der Bevölkerung in Stuttgart und Umgebung.



mußten schließlich im Fritz'schen Reithause Zuflucht suchen. Um ganz sicher zu gehen, konfiscierte die Regierung sogar die Kanonen der Bürgerwehr. Endlich kündigte Römer dem Präsidenten Löwe-Calbe an, er werde das Parlament nicht mehr dulden. Als das bekannt wurde, forderte Uhland den Präsidenten auf, sich in geordnetem Zug zum Sitzungslokal zu begeben, um so die Gewalt an sich vollenden zu lassen. Am 18. Juni, 3 Uhr nachmittags wurde dieser Entschluß ausgeführt. Uhland und Schott, der Schwiegervater Römers, nahmen den Präsidenten in die Mitte. Die Straße war von Militär gesperrt. Ein Civilkommissär verlas eine Erklärung, wonach keine Sitzung mehr geduldet würde. Der Präsident wollte seinerseits eine Erklärung abgeben, aber diese wurde durch Trommelwirbel abgeschnitten. Da die Infanterie zögerte, mit dem Bajonett gegen die wehrlosen Volksvertreter vorzugehen, gab General Miller (Vater jenes Miller, der vor einigen Jahren durch seine Opposition gegen die Verpreußung des württembergischen Militärs bekannt geworden, dann aber wieder zu Kreuz gekrochen ist) der Cavallerie Befehl, einzuhauen. In der That wurden die Säbel über den Häuptern der Abgeordneten geschwungen. Günther, der Schwager Blums, riß in der Entrüstung die Kleider auf und rief: Stoßt zu, wenn ihr einen deutschen Volksvertreter morden wollt. Aber ein Rest von Scham hielt die Reiter ab, wirklich von ihren Waffen Gebrauch zu machen. Die Abgeordneten wichen der Gewalt.*) Das Volk begrüßte sie mit Hochrufen, aber die Bürgerwehr sah in stumpfer Apathie dem empörenden Vorgang zu. Im Hotel Marquardt wurde dann die letzte Sitzung geschlossen. Pfau sagt durchaus nicht zu scharf: „Römer hat sich durch solch unnötige Brutalität ein unvergängliches Schandmal gesetzt.“ In der That hätte er, wenn er einmal darauf erpicht war der Reaktion Handlangerdienste zu leisten, dies wenigstens in einer weniger rohen Weise thun sollen, als es geschah.

Löwe**) forderte nun, da es zu spät war, die Abgeordneten auf, sich am 25. in Karlsruhe einzufinden; aber gerade an diesem Tage rückten dort die Preußen ein und so floh ein großer Teil der Abgeordneten mit den badischen Revolutionären in die Schweiz. So

*) Als die Reichsregenten erschienen, um das Schicksal der Collegen zu teilen, und man sie hoch leben ließ, drohte ein alter Major auf sie und die Menge schießen zu lassen, wenn nochmals Hoch gerufen würde.

**) Bekanntlich wurde Löwe ein Bismarckschwärmer.

endete dieses Parlament, auf das die Nation so große Hoffnungen gesetzt hatte. Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen, und so wurde auch das Parlament mit Hohn überhäuft, gerade von denen, die es einst mit Jubel empfangen hatten. Wir haben seine großen Fehler, den Mangel an Energie, die unerträgliche Schwatzhaftigkeit und die Verschleppung der wichtigsten Fragen nicht verhehlt. Aber jedenfalls war dieses Parlament immer noch weit besser und freisinniger als alle Reichstage des modernen deutschen Reiches.*) Was an den Zuständen des neuen deutschen Reiches gut ist, ist größtenteils aus der Reichsverfassung entlehnt, und was davon abweicht, taugt nichts. Mehrere der Mitglieder wurden von der siegreichen Reaktion zu harten Strafen verurteilt, so Raveaux und Ludwig Simon zum Tode, Löwe und Heinrich Simon zu lebenslänglichem Zuchthaus. Die Nürnberger hängen zum Glück keinen, bevor sie ihn haben. Johann Jacoby aber stellte sich in Königsberg selbst den Gerichten, viel eher eine „That leuchtenden Bürgermutes" als der von Oncken so bezeichnete Gewaltstreich Mathy's in Karlsruhe. Er wurde trotz der Pression der Reaktionäre nach einer glänzenden Selbstverteidigung freigesprochen.

Inzwischen hatte sich auch das Geschick der Schleswig-Holsteiner entschieden. Preußen hätte gern den Waffenstillstand von Malmö in einen Frieden verwandelt, aber Dänemark, von Rußland und England unterstützt, stellte so unverschämte Forderungen,**) daß Preußen, nachdem es sich gründlich blamirt, schließlich doch die Entscheidung der Waffen anrufen mußte. Die Dänen kündigten den Waffenstillstand auf den 3. April. Ihre Streitkräfte beliefen sich auf 30,000 Mann, ihnen gegenüber zählten die Schleswig-Holsteiner unter General von Bonin 20,000 Mann, bei denen

*) Auch der revolutionsfeindliche Sybel sagt: „Die Richtung, welche sie dem vaterländischen Sinne gegeben, ist unvertilgbar geblieben und auch eine glücklichere Folgezeit hätte das Gelingen nicht erlebt, wäre nicht durch unser erstes Parlament, trotz aller Irrtümer über die Mittel, mit so gewaltigem Nachdruck das Ziel dem Volke gezeigt worden: Die Freiheit im Innern, die Einheit nach Außen.

**) Ein komischer Zufall wollte es, daß der dänische Ministerpräsident, ein Graf Moltke, während der Wintermonate mit einem interimistischen Vertreter der Reichsgewalt, einem Grafen Bismarck, freilich nicht von Schönhausen, sondern von Schierstein, unterhandeln mußte.

sich viele preußische Offiziere befanden; dazu kamen 45,000 Mann Reichstruppen unter dem Befehl des preußischen Generals v. Prittwitz. Mit dem Abbruch des Waffenstillstandes setzte die Zentralgewalt eine neue Statthalterschaft ein, der wieder Beseler und Reventlow angehörten. Die Dänen fielen sofort in Schleswig ein, fanden aber sehr starken Widerstand und hofften durch eine Flottendiversion die Deutschen zum Rückzug zu zwingen. Am 5. April erschien ein dänisches Geschwader unter dem Befehl des Kapitäns Paludan in der Bucht von Eckernförde und versuchte die Stadt anzugreifen; aber die Befehlshaber der im Norden und Süden der Bucht aufgestellten Strandbatterien, Hauptmann Jungmann und Unteroffizier v. Preußer, empfingen die feindlichen Schiffe trotz ihrer gefahrvollen Lage mit einem so scharfen Feuer, daß ein Teil derselben schwer beschädigt wurde. Besonders litten das Linienschiff „Christian VIII." und die Fregatte „Gefion", da sie sich als Segelschiffe dem Bereich des feindlichen Feuers nicht gut entziehen konnten. Der „Christian VIII." fuhr auf und die Besatzung beider Schiffe mußte sich ergeben, der „Christian VIII." flog in die Luft, eben, als man die noch an Bord befindlichen Verwundeten retten wollte, wobei auch der tapfere v. Preußer seinen Tod fand. Bekanntlich hat sich Herzog Ernst v. Coburg-Gotha, Befehlshaber der Reservebrigade, einen bedeutenden Anteil am Erfolg zuschreiben lassen und diese Legende auch in seinen Memoiren nicht ohne gewisse Kunstgriffe, die an Fälschung grenzen, aufrecht zu erhalten versucht. Es ist nun aber klar nachgewiesen, daß der Herzog keine entscheidenden Befehle gegeben hat und keine geben konnte, weil die Strandbatterien nicht unter seinem Commando standen, daß er sich während des Kampfes außer Schußweite hielt und erst wieder in Eckernförde eintraf, als sich Paludan mit den Schiffsmannschaften bereits ergeben hatte. Ein höchst lehrreiches Beispiel zur Beurtheilung fürstlicher und amtlicher Berichte!

In Deutschland herrschte über den glücklichen Beginn des Kampfes großer Jubel, den nur Friedrich Wilhelm IV. nicht theilte, denn er witterte in der schleswig-holsteinischen Sache nur die Revolution. Der Sieg von Eckernförde aber erregte außerdem die Eifersucht Englands. Der Gouverneur von Helgoland ließ auf Schiffe, die unter deutscher Flagge auf dänische Kreuzer Jagd machten, feuern, und Palmerston fragte in Bremen an, was das für Schiffe unter unbekannter Flagge gewesen seien, und sprach davon, sie als Piraten zu behandeln. Unter

diesen Umständen begann denn Preußen neue Unterhandlungen, während die Schleswig-Holsteiner die Dänen bei Gudsoe schlugen und Fridericia belagerten. Der dänische Obergeneral Rye aber zog in aller Stille Verstärkungen an sich und stürzte sich in der Nacht auf den 6. Juli mit großer Übermacht auf die Belagerer. Der Kampf war furchtbar, aber schließlich wurde das Zentrum der Schleswig-Holsteiner gesprengt, der linke Flügel vernichtet, das Belagerungsgeschütz genommen. Bonin rettete mit Mühe die Trümmer des Heeres. Auch die Dänen hatten schwere Verluste, Rye selbst fiel. Die Verantwortung dieses Unglücks trägt wesentlich Prittwitz, der zwar die Belagerer gewarnt, sie aber nicht unterstützt hatte. Preußen aber, wo die Junker schon längst gegen die Parteinahme für Schleswig-Holstein wütheten, schloß nun am 10. Juli einen schmählichen Präliminarfrieden. Schleswig erhielt eine besondere provisorische Verwaltung, unbeschadet seiner politischen Verbindung mit Dänemark. Die Regierung sollte aus drei Mitgliedern bestehen, von denen eines Preußen (Graf Eulenburg), das andere Dänemark (Tilisch) und das dritte als Schiedsrichter England ernannte. Durch eine Demarkationslinie wurde Schleswig in zwei Teile geteilt, von denen der nördliche durch schwedische, der südliche durch preußische Truppen besetzt wurde. Durch eine Trennung Schleswigs von Holstein, das deutsches Bundesland bleiben sollte, wurde die Herstellung der alten Zustände vorbereitet. Umsonst protestierten die verratenen Schleswig-Holsteiner, Regierung sowohl wie die Landesversammlung.*) Der Vertrag wurde ausgeführt.

Den schwächlichen und kläglichen Versuchen Preußens nun nach Ablehnung der Kaiserwürde einen engeren Bundesstaat zu bilden, konnte jeder Unbefangene sofort ein baldiges schmähliches Ende prophezeien. Es stiftete zum Zwecke der Gründung eines solchen mit Sachsen und Hannover das sogenannte Dreikönigsbündnis (26. Mai). Allein die beiden andern Königreiche machten von Anfang an Vorbehalte und meinten die Sache überhaupt nicht ehrlich. Preußen war übrigens zu diesem Entschlusse erst gekommen, nachdem

*) Über die nun folgende dänische Reaktion zu perorieren, dürfte übrigens nach den neuesten Ausweisungen in Nordschleswig und nach der Maßregelung Delbrücks, der dieses Verfahren gebrandmarkt, nicht geraten sein. Wenn die Dänen sogar die blau-weiß-roten schleswig-holsteinischen Farben selbst bei den unschuldigsten Anlässen verfolgten, so ist in neuester Zeit in Elsaß-Lothringen wiederholt Ähnliches geschehen.

Schwarzenberg das preußischerseits vorgelegte Programm eines engeren Bundesstaats und einer weiteren Union, das in seiner Verkehrtheit so recht den phantastisch-romantischen Neigungen des Königs entsprach,*) und die preußisch-deutschen Interessen vollständig den österreichischen untergeordnet hätte, bestimmt zurückgewiesen hatte. Der Reichsverweser aber erklärte, als Preußen ihm die Zentralgewalt abnehmen wollte, am 24. Mai feierlich, daß er keiner Macht der Erde das Recht zuerkenne, ihn von seinem Posten zu verdrängen. Es lohnt nicht der Mühe, auf die widerwärtigen diplomatischen Verhandlungen einzugehen, die über diese Angelegenheit noch geführt wurden. Daß die Frankfurter Erbkaiserpartei sich am 26. Juni nochmals in Gotha versammelte, um das neue, von Radowitz entworfene Programm, eine Verschlimmbesserung der Reichsverfassung, zu billigen, hatte natürlich gar keinen Wert. Pfau sagt:**) „So erhielten die Frankfurter Kaisermacher den Gattungsnamen Gothaer, ein Titel allgemeiner Mißachtung, der sich später in die Bezeichnung Nationalliberale verwandelte, aber nur, um eines noch schlimmeren Klanges teilhaftig zu werden." Der König aber verfiel immer mehr der „kleinen aber mächtigen Partei" der Reaktion, die jede Reform in der deutschen Frage wegen ihres Zusammenhanges mit der Revolution verabscheute. Dieser Standpunkt fand u. a. einen charakteristischen Ausdruck in einer Rede des Abgeordneten v. Bismarck-Schönhausen vom 6. September, worin er das berüchtigte Wort von der „fauligen Gährung süddeutscher Zuchtlosigkeit" gebrauchte.

Oesterreich konnte nun immer rücksichtsloser auftreten, da es mit russischer Hülfe durch die Kapitulation von Vilagos (13. August) Ungarn niedergeworfen***) und am 22. August durch die Uebergabe von

*) Der Sitz des Direktoriums dieser weitern Union sollte in Regensburg sein, natürlich aus romantischen Liebhabereien für den alten Reichstag unseligen Angedenkens, der dort getagt hatte!

**) Varnhagen sprach sich womöglich noch schärfer aus: „Was kann aus der trostlosen Gesellschaft hervorgehen? Ein demütiges unwürdiges Herankriechen an Preußens dünkelvolle Willkür u. s. w."

***) Der österreichische Oberbefehlshaber Haynau, ein Bastard des ersten Kurfürsten von Hessen, von den Italienern bezeichnend die „Hyäne von Brescia" genannt und noch besonders gereizt, weil Görgey vor den Russen und nicht vor den Oesterreichern kapituliert hatte, wütete in der That wie ein Raubtier gegen die besiegten Magyaren. So wurden in Arad an einem einzigen Tage 13 Generäle und andere hohe Offiziere teils gehängt, teils erschossen. Herwegh stellte im Juni

Venedig auch das letzte Stück seiner italienischen Besitzungen wieder gewonnen hatte. So ließ sich denn Preußen dazu bewegen, in einem am 30. September unterzeichneten Vertrag ein sogenanntes „Interim," d. h. die Bildung einer aus Bevollmächtigten Oesterreichs und Preußens bestehenden Zentralbundeskomm ssion mit Amtsdauer bis 1. Mai 1850, zuzugestehen. Erst als diese ihr Amt antrat, am 20. Dezember, durfte auch das gefügige Werkzeug Oesterreichs, der Reichsverweser, verschwinden, die einzige „hohe Säule", die noch aus den Trümmern des Reichs von 1848 stehen geblieben war. Die Wiederherstellung des alten Bundestags war jetzt nur noch eine Frage der Zeit. Was in den nächsten Jahren noch über die deutsche Frage verhandelt wurde, war lediglich Makulatur.

So war die große Bewegung kläglich gescheitert. Ein trostloser und berechtigter Pessimismus ergriff die Gemüter der Patrioten. Nicht blos in Baden, in ganz Deutschland nahm die Auswanderung einen großen Umfang an. Die Bureaukratie rächte sich für den ausgestandenen Schrecken durch eine doppelte Brutalität, und statt der steifen Beschränktheit früherer Zeit, entwickelte sich ein niedriges, boshaftes Denunziantentum, ein Geist kleinlichster Rachsucht und Schadenfreude. Das damalige Regierungssystem war in den meisten Orten weit schlimmer und hassenswerter als vor der Revolution, und mit der politischen Reaktion ging die kirchliche Hand in Hand. Die Periode der fünfziger Jahre ist in der That eine der traurigsten und schmählichsten der deutschen Geschichte. Was etwa die Revolution, an Gewaltthaten begangen, ist ein Kinderspiel gegenüber dem, was nun an Rechtsverdrehungen und Justizmorden geleistet wurde.

Und doch war die Bewegung nicht fruchtlos. Die Bauern waren von den Feudallasten befreit worden oder diese Befreiung war wenigstens eingeleitet. In dem größten deutschen Staate, in Preußen, konnte das

---

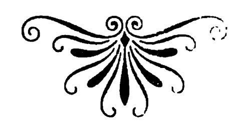
1866 bei Beginn des deutschen Krieges die Sünden der preußischen und der österreichischen Reaktion treffend zusammen, indem er ausrief:

Freiburg und Brigittenau!
Rastatt, Aradts Galgen!
Zwei — — blond und grau —
Mögen sie sich balgen!

Und ein Elsässer hat damals in dem Entwurf eines Gedichts, das leider nicht vollendet wurde, vom „Henker Trützschlers und vom Henker Blums" geschrieben, die sich um Kränze blutigen Ruhms stritten.

konstitutionelle System ungeachtet des Widerwillens des Königs und der Junker und der infolgedessen vorgenommenen Verschlechterungen der Verfassung nicht mehr beseitigt werden. Die leitenden Gedanken der Reichsverfassung aber, besonders die Grundrechte, sie blieben dem deutschen Volke ein heiliges Vermächtnis einer großen, von Idealen erfüllten Zeit, die weder niedriges Strebertum noch Anbetung der Gewalt und des Erfolges als erleuchteten Patriotismus betrachtete. Das deutsche Volk wird, da es bisher seine Rechte zu wahren versäumt hat, im zwanzigsten Jahrhundert seine Aufgabe darin erblicken müssen, dieses Vermächtnis, die Fortschrittsideen des Jahres 1848 zu verwirklichen und weiter auszugestalten. Wir können unsere Darstellung nicht besser schließen, als mit den Worten, die einer der bekanntesten Achtundvierziger, der amerikanische Staatsmann Karl Schurz, bei der Jubelfeier in New-York am 14. Mai 1898 gesprochen hat:

„Das deutsche Volk wird darin die beste Garantie seines Bestehens finden, daß es nicht einen bloßen Bund der Fürsten, sondern ein von freudigem Nationalgefühl in sich verbundenes freies und stolzes Volk darstellt. Es ist zu hoffen, daß die Gewalthaber in Deutschland es nie auf eine Probe des Gegenteils werden ankommen lassen. Der echte Achtundvierziger hat mit ehrlichem Enthusiasmus für diese großen Züge und hohen Ideale gekämpft und ist bereit gewesen, sich dafür totschlagen zu lassen. Und das deutsche Volk, was immer auch unsere Irrtümer und Ueberstürzungen gewesen sein mögen, hat alle Ursache, statt über das „tolle Jahr" zu spotten, darauf stolz zu sein und seiner Jugend einen ewig lebendigen Funken desselben opferwilligen Idealismus zu wünschen."



Alphabetisches Personen- und Ortsverzeichnis.

A.

B.

C.

D.

E.

F.

G.

H.

I (i).

J (j).

K.

S.

T.

U.

V.

W.




LOUIS SCHNEIDER & Cie
G.M.B.H.
FRIEDRICH-
STRASSE 16.
LINDEN-
STR. 101-102.

